Beteiligungen des Kreises Euskirchen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, einer Anstalt des öffentlichen Rechts sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden

Beteiligungsbericht 2016

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen 5

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes 5

2. Rechtliche Grundlagen 5

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes 7

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten 7

5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2016 10

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts 12

1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR 12

2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG) 15

3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VkA) 18

4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU) 23

5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG 30

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) 34
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern 34
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) 49
6.2.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH 49
6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH 54
6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L. 57
6.2.4 AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH 60
6.2.5 KKM Servicegesellschaft mbH 62
6.2.6 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH 65

7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) 67

8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) 82
8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH 82
8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) 99
8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH 100
8.2.2 KEV Energie GmbH 103
8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH 105
8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG 108
8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG 110
8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG 112
8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG 114

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH) 116
9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH) 116
9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) 117

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) 123

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L. 129

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH 133

13. Vogelsang IP gGmbH 140

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) 148

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) 162

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts 166

1. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR) 166

2. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR) 173

3. d-NRW AöR 181

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden 182

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz) 183

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) 196

3. Zweckverband Kronenburger See 204

4. Zweckverband Naturpark Rheinland 205

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE) 207

6. Zweckverband Region Aachen 222

7. Erftverband 231

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER) 232

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung 234

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 15.09.2017 236

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen 236

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht 236

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2016 wird mit dem Haushaltsplan 2018 veröffentlicht und darüber hinaus dem Kreistag per Info-Vorlage zur Kenntnis gegeben. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „http://www.kreis-euskirchen.de/“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen” und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung”.
Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im Einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108b der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht in den Teilen B bis D zu jeder Beteiligung wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Gliederungspunkt A
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Gliederungspunkt B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Gliederungspunkt C
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Gliederungspunkt F
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Gliederungspunkt H
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Gliederungspunkt D
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Gliederungspunkt E
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Gliederungspunkt G

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düshorner Heide)
- RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

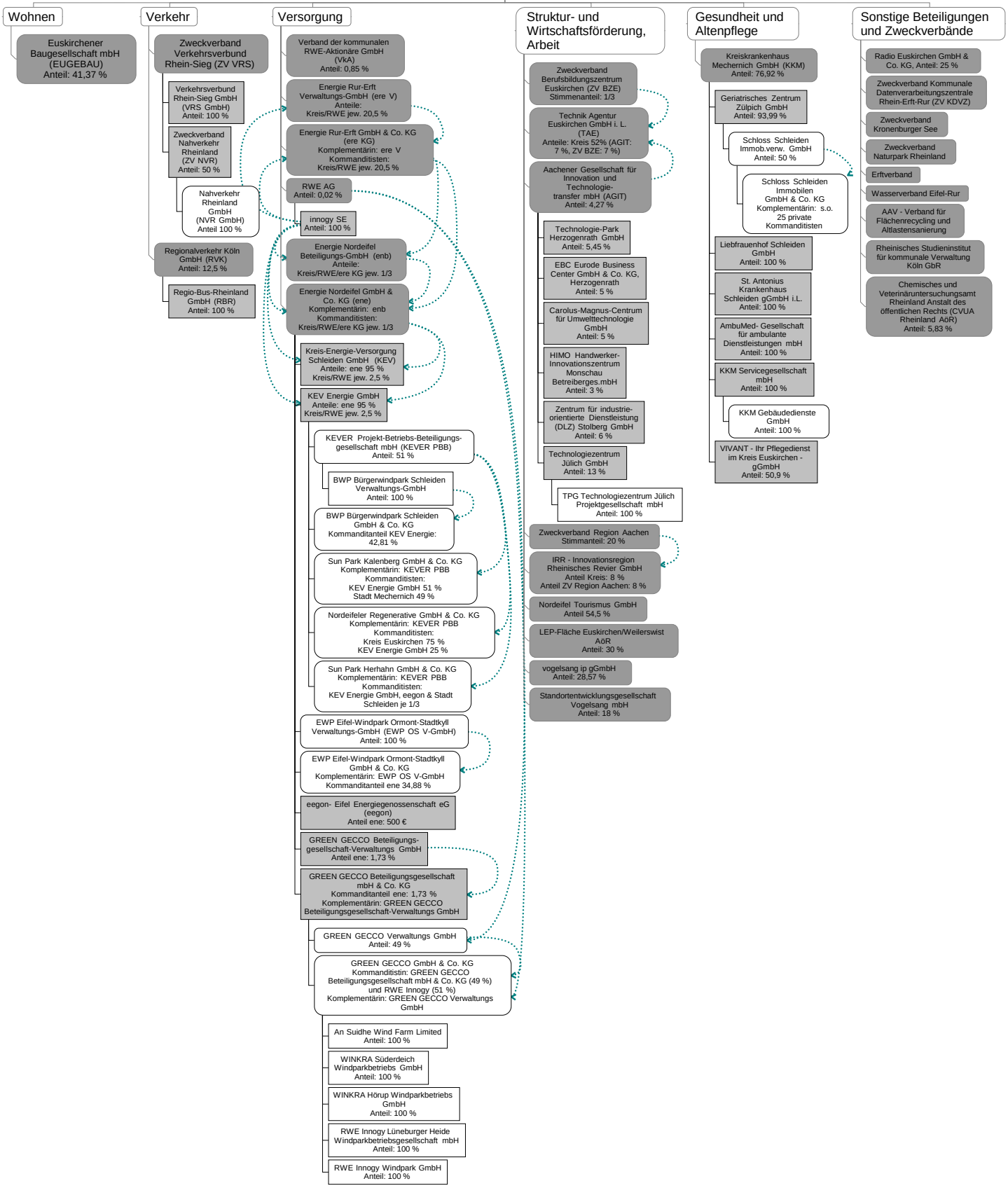
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2016. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 15.09.2017 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 8: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2016
- Seite 9: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen
Stand 31.12.2016



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2016

Vollkonsolidierung

- Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM), Anteil: 76,92%
  - KKM Servicegesellschaft mbH, Anteil: 100%
    - KKM Gebäudedienste GmbH Anteil: 100%
  - AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH Anteil: 100%
  - Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH Anteil: 93,99%
    - Von untergeordneter Bedeutung
    - Schloss Schleiden Immob.verw. GmbH Anteil: 50%
      - Schloss Schleiden Immobilen GmbH & Co. KG Komplementärin: s.o. 25 private Kommanditisten
  - Liebfrauenhof Schleiden GmbH Anteil: 100%
  - VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH Anteil: 50,9%
  - St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L. Anteil: 100%
- Von untergeordneter Bedeutung
  - Technik Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i. L. Anteil: 52%
  - Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) Anteil: 54,5%

At Equity - Konsolidierung

- Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH Anteil Kreis/RWE/ere KG jew. 1/3
- Energie Nordeifel GmbH & Co. KG Kommanditisten: Kreis/RWE/ere KG jew. 1/3
  - Keine Konsolidierung
    - Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV) Anteile: ene 95% Kreis/RWE jew. 2,5%
    - KEV Energie GmbH Anteile: ene 95% Kreis/RWE jew. 2,5%
      - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) - Anteil 51%
        - BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH Anteil: 100%
      - BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG Kommanditanteil KEV Energie: 42,81%
      - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG Kommanditanteil KEV Energie: 51%
      - Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG Kommanditisten: Kreis Euskirchen: 75% / KEV Energie: 25%
      - Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG Kommanditanteil KEV Energie: 1/3
    - eegon - Eifel Energiegenossenschaft eG (eegon) Anteil ene: 500 €
    - GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwwaltungs GmbH Anteil ene: 1,73%
    - GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG Kommanditateil ene: 1,73% Komplementärin: GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
      - GREEN GECCO Verwaltungs GmbH Anteil 49%
      - GREEN GECCO GmbH & Co. KG Kommanditisten: GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (49%) und RWE Innogy (51%) Komplementärin: GREEN GECCO Verwaltungs GmbH
        - An Suidhe Wind Farm Limited Anteil: 100%
        - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH - Anteil: 100%
        - WINKRA Hörup Windparkbetriebs GmbH - Anteil: 100%
        - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkgesellschaft mbH - Anteil: 100%
        - RWE Innogy Windpark GmbH - Anteil: 100%
    - EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH (EWP OS V-GmbH) Anteil: 100%
    - EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG Kommanditanteil ene: 34,88% Komplementärin: EWP OS V-GmbH
- Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH Anteil Kreis: 20,5%
- Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG Kommanditanteil Kreis: 20,5%
- Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU) Anteil: 41,37%
- Zweckverband BZE Stimmenanteil: 33%
- AöR LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anteil: 30%
- Von untergeordneter Bedeutung
  - Vogelsang ip gGmbH, Anteil 28,57%
  - Radio Euskirchen GmbH & Co. KG Anteil: 25%
  - Zweckverband Region Aachen Stimmanteil 20%

Keine Konsolidierung

- Zweckverband Naturpark Rheinland Stimmenanteil: 16,67%
- Zweckverband Kronenburger See Stimmenanteil: 11%
- Zweckverband KDVZ Antei Umlage: 6%
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) Stimmenanteil: 5%
  - Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) Anteil: 100%
  - Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) Anteil: 50%
    - Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR GmbH) Anteil 100%
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen rechts (CVUA Rheinland AöR) Anteil: 5,83%
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln
- IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH Anteil Kreis: 8% - Anteil Zweckverband Region Aachen: 8%
- VkA GmbH Anteil: 0,85%
- Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH Anteil: 18%
- Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) Anteil: 12,5%
  - Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR) Anteil: 100%
- AGIT Anteil: 4,27%
  - Technologie-Park Herzogenrath GmbH Anteil: 5,45%
  - EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath Anteil: 5%
  - Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH Anteil: 5%
  - HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreiberges.mbH Anteil: 3%
  - Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH Anteil: 6%
  - Technologiezentrum Jülich GmbH Anteil: 13%
    - TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH Anteil: 100%
- RWE AG Anteil: 0,02 %
  - innogy SE Anteil: 100%

5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2016

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 20.04.2016

- Der Kreistag hat dem Antrag der UWV-Fraktion (A 101/2015) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** beschlossen: bisheriges Mitglied: Andreas Bühl (UWV) - neues Mitglied: Franz Troschke (UWV).
- Der Kreistag hat dem gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion (A 103/2016) zugestimmt und eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen **BZE, TAE** und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beschlossen.
- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion (A 109/2016) zugestimmt und die Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wie folgt beschlossen: ordentliches Mitglied bisher: Thilo Waasem (SPD), stellvertretendes Mitglied bisher: Gerhard Stentrup (SPD) – ordentliches Mitglied neu: Gerhard Stentrup (SPD), stellvertretendes Mitglied neu: Thilo Waasem (SPD).
- Der Kreistag hat die Veräußerung eines Gesellschafteranteils an der **Nordeifel Tourismus GmbH** in Höhe von 1.200 € (zum Nennwert) an die Stadt Bad Münstereifel beschlossen (V 201/2016).
- Der Kreistag hat beschlossen, an Stelle des Allgemeinen Vertreters des Landrates, Herrn Manfred Poth, Herrn Wolfgang Andres (Pressesprecher) als Vertreter in die Mitgliederversammlung des Vereins „**Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.**“ zu entsenden (V 206/2016).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 06.07.2016

- Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen **BZE, TAE** und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016, s.o.). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen soll.
- Der Kreistag hat der Beteiligung der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ENE)** an der **„Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ [Arbeitstitel]** als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € zugestimmt. In einer ersten Beteiligungsstufe soll sich die ENE an der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von 49.000 € (49 %) beteiligen. Das Eigenkapital der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ soll vor Baubeginn auf bis zu 11,0 Mio. € erhöht werden. Die ENE soll hierbei ihre Kommanditeinlage auf bis zu 1.500.000 € erhöhen. Die prozentuale Beteiligung wird sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt der weiteren Kommanditisten zur „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenso hat der Kreistag der Beteiligung der ENE an der persönlich haftenden Gesellschafterin der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“, der **„Windpark Obere Kyll Verwaltungs GmbH“ [Arbeitstitel]**, mit einem Stammkapital von bis zu 25.000 € (bis zu 100 %) zugestimmt. Darüber hinaus hat der Kreistag den Entwurf des geänderten **§ 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der ENE** zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter des Kreises in den Gesellschafterversammlungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und der Energie Rur Erft GmbH & Co. KG zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt (V 210/2016)
- Der Kreistag hat die Vertreter des Kreises in den entsprechenden Gremien ermächtigt, der Unterzeichnung des „Vergleichsvertrages VRS“ zuzustimmen (D 24/2016). Betroffene Gremien sind zum einen der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung der **Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)** und zum anderen der Beirat der Verkehrsunternehmen im **Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)**, sofern sich eine Notwendigkeit zur Unterzeichnung des Vertrages ergibt.
- Der Kreistag hat dem Beschluss der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Naturpark Rheinland** zur Änderung der Verbandssatzung vom 08.12.2015 zugestimmt (V 214/2016).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 05.10.2016

- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion (A 124/2016) zugestimmt und folgende Umbesetzung in den nachstehenden Gremien der **Vogelsang ip gGmbH** (Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung) beschlossen: a) bisheriges stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates: Emmanuel Kunz (SPD) – neues stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates: Wolfgang Heller (SPD) und b) bisheriges ordentliches Mitglied der Gesellschafterversammlung und zugleich stellvertretender Stimmführer: Emmanuel Kunz (SPD) – neues ordentliches Mitglied der Gesellschafterversammlung und zugleich stellvertrender Stimmführer: Wolfgang Heller (SPD).

- Der Kreistag hat beschlossen, den gesellschaftsvertraglich geregelten Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen an die **Vogelsang IP gGmbH** von max. 142.858 € p.a. für die Geschäftsjahre 2017 bis 2019 auf bis zu max. 242.858 € p.a. zu erhöhen. Dieser Beschluss stand unter dem Vorbehalt, dass alle anderen Gesellschafter ebenfalls eine entsprechende Erhöhung ihres Betriebskostenzuschusses nach dem Anteil ihres Gesellschafteranteils beschließen (V 235/2016).

5.4 Beschlüsse des Kreistages vom 14.12.2016

- Der Kreistag hat dem zusätzlichen Finanzbedarf der **AGIT mbH** gem. aktualisiertem Wirtschafts- und Stellenplan 2017 zugestimmt und beschlossen, die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 8.500 € im Haushaltsplan 2017 bereitzustellen. Ebenso wurde der teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichenden Zuschussregelung (quotal auf alle Gesellschafter -ohne Sparkassen-) zugestimmt. Die Verwaltung wurde beauftragt, bei der AGIT-Geschäftsführung die jährliche Vorlage einer mittelfristigen Wirtschafts- und Finanzplanung über jeweils 5 Jahre einzufordern (V 273/2016).

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts

1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: http://www.rheinstud.de

A) Ziele der Beteiligung
Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse
In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.
Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	**1.086.381,21 €**	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	010 11133	53.669 €	55.525 €	50.476 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Institutsausschuss
c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Institutsausschuss

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Johannes Adams	GBL I	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Die in den Institusausschuss entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit in 2015 keine Vergütung.

c) Institutsvorsteher
Kreisdirektor des Rhein-Erft-Kreises, Herr Michael Vogel, vertreten durch Frau Patricia Florack

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt. Es folgt nachstehend die Berichterstattung über den Jahresabschluss 2015.

Rheinisches Studieninstitut für kommunal Verwaltung in Köln GbR
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	60.069	72.594	87.872	-12.525
	60.069	72.594	87.872	-12.525
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	329.389	290.318	81.130	39.071
Liquide Mittel	1.183.765	1.312.951	1.681.347	-129.186
	1.513.155	1.603.270	1.762.477	-90.115
C Rechnungsabgrenzungsposten				0
Summe Aktiva	**1.573.224**	**1.675.864**	**1.850.349**	**-102.640**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	575.570	808.666	1.022.700	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	50.226	-233.096	-214.034	283.322
	625.796	575.570	808.666	50.226
B Rückstellungen	888.651	761.286	853.296	127.365
C Verbindlichkeiten	58.777	339.008	188.387	-280.231
Summe Passiva	**1.573.224**	**1.675.864**	**1.850.349**	**-102.640**

Rheinisches Studieninstitut für kommunal Verwaltung in Köln GbR - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	2.668.405	2.552.203	2.660.179	116.203
2	Sonstige betriebliche Erträge	14.088	5.704	24.680	8.383
3	Materialaufwand, davon:	1.378.495	1.539.243	1.661.821	-160.748
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	29.264	64.191	69.960	-34.927
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.349.231	1.475.052	1.591.861	-125.821
4	Personalaufwand, davon:	427.358	406.385	328.302	20.972
a)	Löhne und Gehälter	330.299	313.417	249.449	16.882
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	97.058	92.968	78.854	4.090
5	Abschreibungen	26.950	29.733	64.406	-2.783
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	799.826	822.331	860.070	-22.505
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	362	6.690	15.706	-6.328
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	**50.226**	-233.096	-214.034	283.322
9	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**50.226**	**-233.096**	**-214.034**	**283.322**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	*	10	10	-

H) Kennzahlen

./.

* Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)
45030 Essen

Internet: http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/

A) Ziele der Beteiligung
Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Der RWE-Konzern war seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche" bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgte durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01.04.2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE" und ab September als „innogy SE" – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens: Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Felxibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Durch die Reorganisation ist RWE ein Energieversorger mit drei Standbeinen geworden:

- Konventionelle Stromerzeugeung (RWE Generation)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)
- innogy-Beteiligung

Die beiden erstgenannten Tätigkeitsfelder bilden das operative Kerngeschäft. Dagegen hat innogy den Status einer Finanzbeteiligung. Eine Grundlagenvereinbarung garantiert der neuen Konzerngesellschaft, dass sie unternehmerisch eigenständig agieren kann und die RWE AG ihren Einfluss als Mehrheitseigentümerin ausschließlich über die gesetzlichen Organe Aufsichtsrat und Hauptversammlung ausübt. Auch über ihre Strategie bestimmt innogy selbst.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

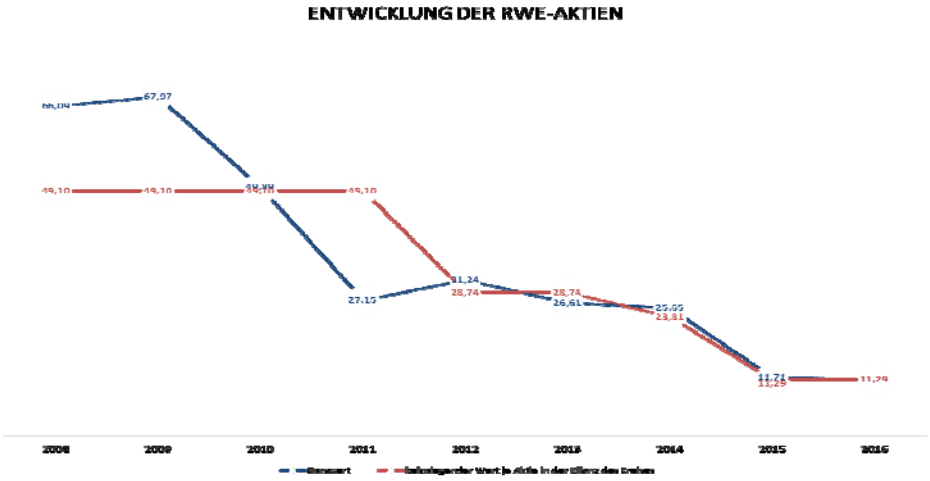
Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	892.632 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	5.846.107.368 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	5.847.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein

Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wurde. Mit dieser Abwertung wurden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 GemHVO auf einen Kurswert von 23,81 € je Aktie, so dass in der Bilanz des Kreises der beizulegenden Wert in Höhe von 2.234.850 € angesetzt wurde. Zum 31.12.2015 wurde aufgrund einer weiteren, als dauerhaft eingestuften Wertminderung eine weitere außerplanmäßige Abschreibung auf den Kurswert von 11,285 € je Aktie vorgenommen. Der niedrigere beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 1.059.097,25 € wider.



D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

	Produkt /	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	010 11114	0 €	78.998 €	78.998 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Hauptversammlung
b) Aufsichtsrat
c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:
Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:
Vertreter des Kreises im ***Beirat des RWE Konzerns*** *und im* ***Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG****:* *Landrat Günter Rosenke*

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:
Grundvergütung: 3.000 €/a
Sitzungsgeld: 1.000 €/Sitzung
Auslagenersatzpauschale: 100 €/Sitzung

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	32.115	36.482	39.264	-4.367
	32.115	36.482	39.264	-4.367
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.003	210	1.784	1.793
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.626	4.782	5.687	3.844
Liquide Mittel	2.884	1.612	2.149	1.272
	13.513	6.604	9.620	6.909
C Rechnungsabgrenzungsposten	345	326	385	19
D Aktive latente Steuern	0	451	2.091	-451
Summe Aktiva	**45.973**	**43.863**	**51.360**	**2.110**
Passiva	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.574	1.574	1.574	0
Kapitalrücklage	2.385	2.385	2.385	0
Gewinnrücklagen	733	1.739	4.994	-1.006
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	5	615	0
	4.697	5.703	9.568	-1.006
B Rückstellungen	2.419	3.002	3.697	-583
C Verbindlichkeiten	38.808	35.150	38.073	3.658
D Rechnungsabgrenzungsposten	49	8	22	41
Summe Passiva	**45.973**	**43.863**	**51.360**	**2.110**

RWE AG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	-1.240	-74	1.533	-1.166
2	Zinsergebnis	-368	-1.038	-852	670
3	Sonstige betriebliche Erträge	1.614	237	602	1.377
4	Personalaufwand	47	67	67	-20
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	391	602	420	-211
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	569	1.706	146	-1.137
7	Ergebnis nach Steuern	-1.001	-3.250	650	2.249
8	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-1.001**	**-3.250**	**650**	**2.249**
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	1.006	3.255	-35	-2.249
10	**Bilanzgewinn**	**5**	**5**	**615**	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	58.652	59.762	59.784	umgerechnet in Vollzeitstellen

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Stromerzeugung	216,1	213,0	208,3	Mrd. kWh
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien	614.745	614.745	614.745	in Tsd. Stück
Ergebnis	- 9,29 €	- 0,28 €	2,77 €	je Aktie
bereinigtes Nettoergebnis	1,26 €	1,83 €	2,09 €	je Aktie
Dividende	0,00 €	0,00 €	1,00 €	je Stammaktie

3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VkA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: http://www.vka-rwe.de/

A) Ziele der Beteiligung
Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden 30 Kreise 3 kommunale Verbände 27 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	**127.822.97 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	010 11114	1.626 €	1.626 €	1.626 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Verwaltungsrat
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung
Landrat Günter Rosenke

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat
Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung
Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Roger Graef, Bollendorf (bis 30.04.2016)
Landrat a.D. Peter Ottmann, Nettetal (ab 01.05.2016)

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2015/16 betrugen insgesamt 103.751,00 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 51.735,91 € auf Herrn Gerlach, 44.082,76 € auf Herrn Graef und 7.932,33 € auf Herrn Ottmann.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Bilanz -				
Werte zum	**30.06.2016**	**30.06.2015**	**30.06.2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	417	1.048	1.992	-631
Finanzanlagen	162.602	162.602	273.467	0
	163.019	163.650	275.459	-631
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.323	14.706	10.619	-6.383
Liquide Mittel	200.693	250.597	115.641	-49.904
	209.015	265.303	126.261	-56.287
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.380			2.380
Summe Aktiva	**374.414**	**428.953**	**401.720**	**-54.539**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Eigene Anteile	-12.297	-12.297	-2.556	0
Kapitalrücklage	1.528.094	1.354.772	1.181.450	173.322
Gewinnrücklagen	412.297	412.297	402.556	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.707.308	-1.493.286	-1.338.887	-214.022
	348.609	389.308	370.386	-40.700
B Rückstellungen	21.500	35.434	22.584	-13.934
C Verbindlichkeiten	4.305	4.210	8.749	96
Summe Passiva	**374.414**	**428.953**	**401.720**	**-54.539**

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2015 bis 30.06.2016	**01.07.2014 bis 30.06.2015**	**01.07.2013 bis 30.06.2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Sonstige betriebliche Erträge	12.734	120.469	813	-107.735
2	Personalaufwand, davon:	157.416	199.772	179.297	-42.356
a)	Löhne und Gehälter	148.239	188.127	167.305	-39.888
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.177	11.645	11.992	-2.468
3	Abschreibungen	631	944	684	-313
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.888	79.907	89.351	4.981
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.060	15.070	19.610	990
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	119	425	1.515	-306
7	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-214.022**	**-144.659**	**-247.393**	**-69.363**
8	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.493.286	-1.338.887	-1.091.494	-154.399
9	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	-9.740	0	9.740
10	**Bilanzverlust**	**-1.707.308**	**-1.493.286**	**-1.338.887**	**-214.022**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015/2016

„Vorbemerkung

Im Geschäftsjahr 2015/2016 hat ein Wechsel in der Geschäftsführung stattgefunden. Der bisherige Geschäftsführer Roger Graef ist mit Ablauf des 30. Aprils 2016 aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Mit Wirkung zum 1. Mai 2016 wurde Landrat a.D. Peter Ottmann zum neuen Geschäftsführer bestellt.

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.
Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträ-

ger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, dem RWE, anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.
Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt werden, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen. Ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen führt dies in der Folge zu einer sukzessiven Verminderung des Eigenkapitals und zu einer Belastung der Liquidität der Gesellschaft. Um etwaige negative Konsequenzen zu vermeiden, bedarf es deshalb entweder einer Erhöhung der durch die Gesellschafter zu leistenden Nachschüsse oder einer Verwertung des vorhandenen Vermögens. Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die 2.200 im Finanzanlagevermögen erfassten Aktien einer deutschen Versicherungsgesellschaft.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2016 auf 348.608,62 € (30. Juni 2015 389.308,39 €). Es wurde durch eine Zuzahlung der Gesellschafter in Höhe von 173.322,00 € (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 93,1 % (30. Juni 2015 90,9 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2015/2016 ein Jahresfehlbetrag von 214.021,77 €, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Auch der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten verminderte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 49.903,87 € auf 200.692,76 €. Der Buchwert der im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens (Aktien der Versicherungsgesellschaft) beläuft sich unverändert zum Vorjahresstichtag auf 162.602,00 €.
Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 69.462,69 € auf 214.021,77 €. Die Verschlechterung des Jahresergebnisses ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr durch den Verkauf von 1.500 Aktien von ursprünglich insgesamt 3.700 Aktien der Versicherungsgesellschaft ein Veräußerungsgewinn von 119.837,23 € erzielt werden konnte, der als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst wurde. Die gesamten sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Vorjahr auf 120.469,23 €. Im Vergleich dazu werden im Berichtsjahr 2015/16 lediglich sonstige betriebliche Erträge von 12.734,07 € ausgewiesen. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Berichtsjahr im Wesentlichen eine Entschädigungszahlung in Höhe von 10.000,00 € aufgrund einer Vergleichsvereinbarung mit einem Kreditinstitut im Zuge des Verkaufs von gebundenen RWE-Aktien. Weitere Erträge (Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens; 16.060,00 €; 2014/15 15.070,00 €) resultieren aus der Dividendenzahlung der Versicherungsgesellschaft, von der unverändert 2.200 Aktien gehalten werden.
Diesen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt deutlich geringeren Erträgen stehen vor allem aufgrund geringerer Geschäftsführerbezüge und aufgrund von gesunkenen übrigen Gehältern um 42.356,09 € verminderte Personalaufwendungen gegenüber. Die Geschäftsführer hatten im vorigen Geschäftsjahr aufgrund von temporär geltenden Sondervereinbarungen notwendige Mehrarbeiten geleistet, die entsprechend vergütet wurden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.980,50 € erhöht.
Die Kostensenkungen – insbesondere im Bereich der Personalaufwendungen – konnten den deutlichen Ertragsrückgang insgesamt nicht kompensieren, so dass sich der Jahresfehlbetrag auf 214.021,77 € erhöhte.
Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2015/16 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.
Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.
Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschafter befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen und komplexen Situation, in der es gilt, sich zur Energiewende und der Geschäftspolitik des RWE-Konzerns sowohl kurzfristig als auch in langfristiger Hinsicht zu positionieren. Dabei sind sowohl gesetzliche Anforderungen als auch kurz- und langfristige finanzwirtschaftliche Aspekte in die Überlegungen einzubeziehen. So müssen die kommunalen Anteilseigner des RWE-Konzerns jenseits ökonomischer Aspekte sicherstellen, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag zur Energieversorgung innerhalb ihrer Kommunen auch weiterhin sicherstellen können. Gleichzeitig belasten nahezu sämtliche beteiligten Kommunen Sparzwänge, die die ökonomischen Handlungsspielräume stark einschränken. Hier spielt die Dividende des RWE-Konzerns, die eine wichtige Einnahmequelle der Kommunen darstellt, eine wesentliche Rolle. Angesichts der nicht erfolgten Ausschüttung einer Dividende für das Jahr 2015 und der weiterhin auf niedrigem Niveau stagnierenden Aktienkurse überprüfen einige Kommunen ihr Engagement bei RWE. Der VkA hat in mehreren Papieren dazu Position bezogen. In der Folge wurde in 2015 dem VkA von einem Mitglied der beabsichtigte Verkauf von RWE-Aktien angezeigt. In einem weiteren Fall wurden RWE-Aktien verkauft.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des VKA unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, haben sich in den vergangenen Jahren drei Gesellschafter (kommunalnahe Kreditinstitute) entschlossen, ihre Anteile an die Gesellschaft zu verkaufen. Dennoch stuft die Geschäftsführung es als potentielles Risiko ein, dass Gesellschafter, die sich zur (teilweisen) Veräußerung ihrer RWE-Aktien entschließen oder weiterhin im Besitz von RWE-Aktien sind, beabsichtigen, ihre Anteile am VKA an diesen zurückzugeben. Durch das Ausscheiden weiterer Gesellschafter würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft verschlechtern. Die Gesellschafterversammlung hat in ihren Sitzungen am 22. April 2015 und am 19. November 2015 insgesamt drei Anträge auf Übernahme von Gesellschafteranteilen durch den VKA abgelehnt. Eine Verpflichtung zur Rücknahme von Gesellschaftsanteilen sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor. Dennoch geht die Geschäftsführung davon aus, dass sich die Diskussionen zu diesem Thema weiter fortsetzen und der Austritt weiterer Gesellschafter nicht ausgeschlossen werden kann.

Chancen werden darin gesehen, dass die Geschäftsführung des VKA die Interessen der kommunalen RWE-Aktionäre auch zukünftig bestmöglich vertritt und unterstützt. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings sowie über die eigene Homepage werden die Gesellschafter regelmäßig über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert. Positive Aspekte werden in der Gründung der Tochtergesellschaft innogy und deren bevorstehendem Börsengang gesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die voraussichtlich positive Entwicklung der innogy sich auch verbessernd auf den Mutterkonzern auswirken wird („Strahl und Hebelwirkung“). Gerade jetzt ist eine wirksame Vertretung der kommunalen Interessen, die nicht unmittelbar an der neuen Gesellschaft beteiligt sein werden, dringend erforderlich, was – bei weiteren möglichen – Austritten zunehmend erschwert würde.

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend bestehen bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt. Darüber hinaus werden von der Geschäftsführung keine weiteren wesentlichen Chancen und Risiken gesehen, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen.

5. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter bzw. durch Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2016/17 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2015/16 liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die Kosten des Geschäftsapparates werden gegenüber dem Geschäftsjahr 2015/16 im Rahmen der allgemeinen Kostenerhöhung wieder leicht steigen.

6. Nachtragsbericht
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 30.06.2016 eingetreten sind, sind der Geschäftsführung der Gesellschaft nicht bekannt.

Essen, den 30. September 2016
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Die Geschäftsführer

Landrat a.D.	Staatssekretär a.D.
Peter Ottmann	Ernst Gerlach“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	3	3	2	-

H) Kennzahlen
./.

4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: http://www.eugebau.de/

Die bisherige Firmierung der Gesellschaft (Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH) wurde gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12.11.2015 am 28.01.2016 im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn geändert und lautet nun „Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)“.

A) Ziele der Beteiligung
Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070 €	0,08 %
Stadt Zülpich	6.210 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.760 €	0,11 %
5 private Gesellschafter	2.300 €	0,08 %
Summe	**2.610.500 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

	Produkt /	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	010 11114	109.076 €	109.076 €	109.076 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:		**Stellvertreter:**	
Michael Höllmann	SPD	Hans-Erhard Schneider	CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied
Landrat Günter Rosenke
Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

1. Hans-Josef Engels	CDU
2. Bernd Kolvenbach	CDU
3. Norbert Häger	SPD
4. Ellen Mende	B 90/Grüne

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betrugen in 2015[*1] 14.640,32 €.

c) Geschäftsführer
Oliver Knuth
Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen in 2015[*1] 120.891,08 €.

[*1] Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt. Es folgt nachstehend die Berichterstattung über den Jahresabschluss 2015.

Euskirchener Baugesellschaft mbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	40.942	43.185	35.807	-2.243
Sachanlagen	53.032.203	49.245.754	47.414.421	3.786.449
Finanzanlagen	170	170	170	0
	53.073.315	49.289.109	47.450.398	3.784.206
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.724.385	2.383.911	3.475.490	340.474
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	211.722	535.009	332.534	-323.287
Liquide Mittel	2.061.950	2.272.939	1.705.365	-210.989
	4.998.057	5.191.859	5.513.389	-193.802
C Rechnungsabgrenzungsposten	9.061	14.498	6.475	-5.437
Summe Aktiva	**58.080.432**	**54.495.465**	**52.970.262**	**3.584.967**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-2.760	-2.760	
Gewinnrücklagen	11.449.091	11.221.376	11.128.593	227.715
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	668.598	548.953	405.795	119.645
	14.724.739	14.378.070	14.142.128	346.670
B Rückstellungen	244.806	224.432	180.944	20.374
C Verbindlichkeiten	43.110.887	39.892.964	38.646.989	3.217.923
Summe Passiva	**58.080.432**	**54.495.465**	**52.970.262**	**3.584.967**

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.236.916	9.709.736	8.090.451	-1.472.820
2	Bestandsveränderungen	357.754	-1.090.632	528.275	1.448.386
3	Sonstige betriebliche Erträge	348.507	118.489	159.411	230.019
4	Materialaufwand, davon:	4.166.671	4.036.837	4.501.717	129.833
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.166.671	4.036.837	4.501.717	129.833
5	Personalaufwand, davon:	1.196.102	1.166.610	1.247.172	29.492
a)	Löhne und Gehälter	930.012	913.912	988.039	16.099
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	266.090	252.697	259.133	13.393
6	Abschreibungen	1.281.667	1.332.221	1.151.321	-50.553
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	436.412	368.457	414.576	67.955
8	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen	10	11	10	-0
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.701	16.397	23.341	-11.696
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	861.386	915.180	926.754	-53.793
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	110.210	166.954	-64.394	-56.744
12	Ergebnis nach Steuern	**895.442**	767.743	624.343	
13	Sonstige Steuern	226.844	218.789	218.547	8.055
14	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**	**668.598**	**548.953**	**405.795**	**119.645**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

„Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener Baugesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Die Gesellschaft firmierte bis zum 27. Januar 2016 unter dem Namen Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 28. November 2015 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages, sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Das weltwirtschaftliche Umfeld hatte sich im Laufe des Jahres 2015 etwas eingetrübt. Insbesondere Russland und Brasilien erleben derzeit eine stärkere Rezession und Chinas Wachstumsraten haben sich spürbar verringert. Dies wirkte sich unmittelbar auf die deutsche Exportdynamik aus. Dagegen ist die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und Großbritannien auf kräftigen Wachstumskurs zurückgekehrt.

In der Summe positive Entwicklungen zeigten auch die Länder des Euroraums. Mit 1,6 % war die wirtschaftliche Entwicklung 2015 wieder deutlich positiv. Bis auf Griechenland scheinen alle Euroländer erneut auf einen leichten Wachstumspfad zurückgefunden zu haben. Die Konjunktur in Deutschland ist

weiterhin aufwärts gerichtet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2015 um 1,7 % höher als im Vorjahr. Eine robuste Binnenkonjunktur hat dabei die schwächere Exportdynamik kompensiert. Während im ersten Quartal auch die Exporte noch Impulse lieferten, war zuletzt vor allem der Konsum die tragende Säule der Konjunktur. Der private Konsum nahm gestützt auf steigende Beschäftigungszahlen und wachsende Einkommen deutlich zu. Der Staatskonsum expandierte nicht zuletzt bedingt durch Hilfsleistungen für Flüchtlinge ebenfalls stark. Damit setzte die deutsche Wirtschaft das robuste Wachstum des Jahres 2014 (+1,6 %) fort. In den beiden vorangegangenen Jahren war das Bruttoinlandsprodukt sehr viel moderater gewachsen. In längerfristiger Betrachtung lag das Wirtschaftswachstum 2015 gut über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre, der +1,3 % betrug.

Branchenspezifische Entwicklung
Im Kreis Euskirchen wurden in 2015 rund 499 Wohnungen erstellt (Vorjahr 661), insgesamt 24,5% weniger als in 2014. In 2015 wurden für 926 Wohnungen Baugenehmigungen beantragt (Vorjahr 490). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 89 %. Grund für diese Steigerung in 2015 dürfte sein, dass ab dem Jahr 2016 erhöhte energetische Standards für Neubauten gelten. (Quelle Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen IT.NRW).
Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. (Siehe hierzu Statistische Berichte des Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen "Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2008 bis 2030).

Wohnungsmarkt
Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein "Vermietermarkt". Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten
Der in 2014 begonnene Bau eines Mehrfamilienhauses mit 14 Wohnungen in der Frauenbergerstraße 91 in Euskirchen wurde Ende 2014 fertiggestellt. Die Vermietung erfolgte zum 01.01.2015. Im Jahr 2015 wurde mit dem Bau eines Gebäudes mit 14 öffentlich geförderten Wohnungen, einem Gemeinschaftsraum, einer Büroeinheit und einer Kindertagesstätte "An der Vogelrute 5" in Euskirchen begonnen. Weiterhin wurde in 2015 mit der Errichtung der Kindertagesstätte in der Hardtstraße 21 in Euskirchen-Stotzheim begonnen. Mit den Fertigstellungen dieser beiden Bauprojekte wird Mitte 2016 gerechnet.

Instandhaltung / Instandsetzung
Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2015 betrugen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 1.803. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt

Modernisierung
Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird z.Z. modernisiert. Die in 2014 begonnene Modernisierung und Instandhaltung des Hauses Appelsgarten 10 in Euskirchen wurde in 2015 abgeschlossen. Weiterhin wurde in 2015 die Dachsanierungen der Häuser Rüdesheimer Ring 101-103 und 105-107 in Euskirchen, sowie die Fassadensanierung des Gebäudes Hochstadenstraße 40-42 in Zülpich durchgeführt.

Trägerbau
In 2015 wurden keine Bauträgermaßnahmen durchgeführt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes
Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2015 insgesamt 1.395 Wohnungen, 9 gewerbliche Einheiten, 366 Garagen und 517 Einstellplätze. Von den Wohnungen waren 716 freifinanziert, die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung.
Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kamen in 2015 durch den Erwerb der Häuser in Euskirchen Bendenstraße 35 mit 28 Wohnungen, Am Erlenhof 17, 25-27 mit 12 Wohnungen und Veybachstraße 13 mit 2 Wohnungen insgesamt 42 Wohnungen hinzu.

Fremdverwaltung
Ende 2015 verwaltete die Gesellschaft 282 Wohnungen, eine gewerbliche Einheit und 45 Garagen für Dritte.

Verwaltung nach WEG
Weiterhin war die Gesellschaft in 2015 für die zwei Wohnungseigentümergemeinschaften in Euskirchen Charleviller Platz 1 mit 24 Wohnungen sowie 17 Garagen und Thüringer Straße 11a mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke
Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über fünf baureife Grundstücke mit 4.576 qm, drei Grundstücke mit 16.044 qm bzw. eine Gewerbefläche mit 4.507 qm im Zustand der Erschließung, fünf Ackerlandflächen mit 28.272 qm, ein Waldgrundstuck mit 4.564 qm, zwei Gartenparzellen von 663 qm, sowie eine Freifläche von 247 qm.

Ertragslage
Es wird für das Geschäftsjahr 2015 ein Jahresüberschuss von TEUR 669 (Vorjahr: TEUR 549) ausgewiesen. In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2015 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.183	2.038	145
- Bauträgertätigkeit	-7	193	-200
- Betreuungstätigkeit	84	164	-80
- Sonstigem	-40	-13	-27
	2.220	**2.382**	**-162**
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	1.662	1.548	114
Betriebsergebnis	**558**	**834**	**-276**
Ergebnis der Finanzrechnung	5	16	-11
Ergebnis der neutralen Rechnung	216	-134	350
Steuern vom Einkommen und Ertrag	110	167	-57
Jahresergebnis	**669**	**549**	**120**

Die Mietausfälle von TEUR 153 betrugen 1,8 % (Vorjahr: 2,7 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,0 % (Vorjahr: 2,5 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2015. Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2016 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage
Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind größtenteils fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2015 um TEUR 3.585 auf TEUR 58.080 erhöht.
Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maß Eigenkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 91,4 % (Vorjahr: 90,5 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 24,8 % (Vorjahr: 25,8 %).
Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs.1 HGB
Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 669 (VJ TEUR 549), die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 24,8 % (VJ 25,8 %), die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,82 % (VJ 2,99 %), der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 2.622 (VJ TEUR 2.306), die Fluktuationsquote mit 13,4 % (VJ 10,1 %) und die Leerstandsquote mit 1,0 % (VJ 2, 1 %).
Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegeben Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren größtenteils erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses konnte aufgrund der höheren Mieteinahmen sowie den Verkäufen aus dem Anlagevermögen übertroffen werden. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvalutierungen. Damit einhergehend ist die Gesamtkapitalrentabilität leicht unter dem VJ-Niveau zurückgegangen. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte wiederum im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden. Diese Entwicklung ist ebenfalls auf die gestiegenen Mieteinnahmen zurückzuführen. Die Leerstandsquote

konnte auf 1 % reduziert werden und liegt somit unterhalb des VJ-Niveaus. Die Fluktuationsquote liegt hingegen über dem VJ-Wert.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage
Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr
Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2015 nicht eingetreten.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB
Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAP mbH weiterhin automatisiert. Auch in 2016 sollen Optimierungen durchgeführt werden.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2016 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB
Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2015 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung
Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.
Nach dem Gesetz zu Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.
Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.
Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertig gestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.
Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.
Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.
Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierefrei zu erstellen.
Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenbergerstraße.
Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.
Die Anforderungen der Basel II - Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Prognosebericht
Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan wird mit einem Jahresergebnis für 2016 von ca. TEUR 499 gerechnet. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren Gesamtkapitalrentabilität, Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote und Leerstandsquote dem Niveau des Jahres 2015 entsprechen. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2015 in Höhe von 24,8 % (Vorjahr 25,8 %) wird in 2015 voraussichtlich sinken. Grund hierfür sind die Investitionen in Neubauten und die Modernisierung des Gebäudebestandes. Diese Planung erfolgt aufgrund § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. Paragraf 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zug der Umsetzung des § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, 31. März 2016 Die Geschäftsführung:
(Knuth)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	*1	32	69	insgesamt
	*1	20	58	davon Teilzeitkräfte und Auszubildende

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
Wohnungseinheiten	*1	1.395	1.353	Anzahl
Gewerbeeinheiten	*1	9	9	Anzahl
Garagen/Einstellplätze	*1	883	877	Anzahl
Wohn- und Nutzfläche	*1	93.152	90.443	m^2
Fluktuationsquote	*1	13,4	10,1	%
Leerstandsquote	*1	1,0	2,1	%

*1 Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: http://www.radioeuskirchen.de/

A) Ziele der Beteiligung
Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner – insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	**Einlage**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	**511.291,88 €**	**100,00 %**

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.
Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

	Produkt /	**erhaltene Zahlungen (nach Steuern)**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	010 11114	18.367 €	21.447 €	39.672 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:
Dominik Schmitz CDU Stellvertreter: Emmanuel Kunz SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung
Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Dietmar Henkel, Leichlingen, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

1. Manfred Poth	bis 20.04.2016	AV
Wolfgang Andres	ab 21.04.2016	Stabsstelle 12
2. Stefanie Seidler		SPD

Die in die Veranstaltergemeinschaft entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.932	4.040	6.148	-2.108
Sachanlagen	38.869	42.993	43.432	-4.124
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	66.366	72.598	75.145	-6.232
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.220.478	1.304.246	1.242.250	-83.768
Liquide Mittel	75	50	195	25
	1.220.553	1.304.296	1.242.444	-83.743
C Rechnungsabgrenzungsposten	250	750	1.250	-500
Summe Aktiva	**1.287.169**	**1.377.643**	**1.318.839**	**-90.475**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	611.487	611.487	-122.779
Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0	-22.272	0
	1.000.000	1.122.779	1.100.507	-122.779
B Rückstellungen	43.900	44.800	43.300	-900
C Verbindlichkeiten	243.269	210.064	175.032	33.204
Summe Passiva	**1.287.169**	**1.377.643**	**1.318.839**	**-90.475**

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.187	5.289	5.445	-3.103
Liquide Mittel	8.656	7.571	7.793	1.084
	10.843	12.861	13.238	-2.018
Summe Aktiva	**10.843**	**12.861**	**13.238**	**-2.018**
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	2.900	3.691	4.800	-791
B Verbindlichkeiten	7.943	9.170	8.438	-1.227
Summe Passiva	**10.843**	**12.861**	**13.238**	**-2.018**

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	872.371	856.127	914.897	16.243
2	Sonstige betriebliche Erträge	7.457	15.324	19.648	-7.867
3	Materialaufwand	855	387	0	468
4	Personalaufwand	4.064	3.051	2.338	1.013
5	Abschreibungen	14.599	13.775	13.548	824
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	810.213	737.802	758.436	72.411
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1.611	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.512	3.583	4.381	-71
	davon an verbundene Unternehmen	2.656	2.536	2.418	120
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.722	15.923	23.229	-11.201
10	Ergebnis nach Steuern	**41.864**	96.931	134.225	-55.067
11	Sonstige Steuern	309	261	216	48
12	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**41.555**	**96.669**	**134.009**	**-55.114**
13	Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	0	22.272	100.507	-22.272
14	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	41.555	74.397	33.502	-32.842
15	**Ergebnis nach Verwendungsrechnung**	**0**	**0**	**0**	0

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	350.302			350.302
2	Sonstige betriebliche Erträge	105	339.728	336.807	-339.623
3	Materialaufwand, davon:	104.998	82.522	85.788	22.476
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	104.998	82.522	85.788	22.476
4	Personalaufwand, davon:	230.649	243.283	237.569	-12.634
a)	Löhne und Gehälter	191.890	202.918	198.852	-11.028
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	38.759	40.365	38.717	-1.606
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.397	13.923	13.450	-525
6	Ergebnis nach Steuern	**1.363**	0	0	1.363
7	Sonstige Steuern	1.363			1.363
8	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**0**	**-0**	**-0**	**0**

Lagebericht 2016

„I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2016 insgesamt ein Wachstum von + 4,9 %. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzplus von + 4,7 % aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um + 8,0 %. Die Internetwerbeumsätze sinken zum Vorjahr um - 4,2 %. Die Gattung Radio erzielte 2016 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzwachstum von + 8,9 %.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 42 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 97 um TEUR 55 unterschritten.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 16 (1,9 %) auf nun TEUR 872 gestiegen. Hiervon entfallen TEUR 585 (TEUR - 42 bzw. - 6,7 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen Werbeumsätze und TEUR 267 (TEUR + 35 bzw. + 15,2 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Hierin enthalten sind die Erlöse aus der Flexibilisierung von Werbezeiten von Radio NRW mit TEUR 21 (Vorjahr TEUR 21).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 810 um 9,8 % (TEUR 72) höher als im Vorjahr. Der Kostenanstieg entfällt mit TEUR 10 auf die Kosten der Veranstaltergemeinschaft. Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH erhöhte sich um TEUR 38 auf TEUR 219 (+ 21,0 %).

Die Gesellschaft hatte für 2016 ein Ergebnis von TEUR 59 geplant. Das geplante Ergebnis wird um TEUR - 18 unterschritten.

Die Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag" des Senders lag im März 2016 (E.M.A. 1/2016) bei 28,8 % und im Juli 2016 /E.M.A. 11/2016) bei 29, 1 %. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer vor den öffentlich-rechtlichen Sendern des WDR.

b Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen weitere Kapitalrücklagen von TEUR 489.

Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2016 ein Eigenkapital von TEUR 1.000 und eine Eigenkapitalquote von 77,7 % aus.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2017 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 79.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 610 enthalten und liegen im Vergleich zum Vorjahr damit etwas höher. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 279 im Plan enthalten und liegen um TEUR 33 höher als in 2016.

Die Einbuchungen der Werbeerlöse im Januar und Februar 2017 zeigen, dass die geplanten Umsatzziele erreichbar sind.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil.

Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Für die Geschäftsjahre 2017 und 2018 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 24. März 2017
Geschäftsführung“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	0	0	0	kein eigenes Personal

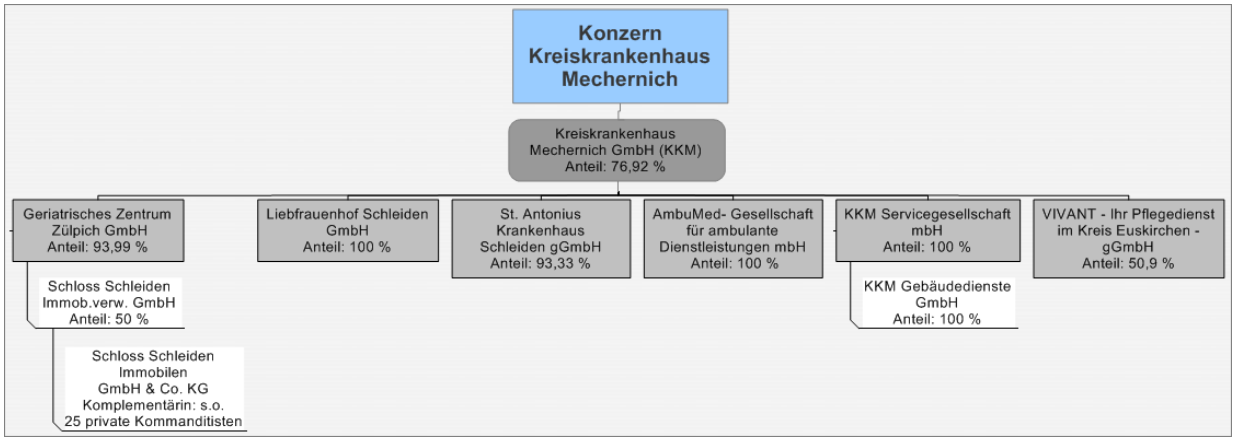
H) Kennzahlen

./.

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: http://www.kkhm.de/



6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern

A) Ziele der Beteiligung
Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Mit Erklärung vom 27.07.2017 hat die Geschäftsführung bestätigt, dass die Betätigung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich im Geschäftsjahr 2016 den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und somit der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

C) Beteiligungsverhältnisse
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500 €	23,08 %
Summe	**665.000 €**	**100,00 %**

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1.	Günter Rosenke	Landrat
2.	Rita Gerdemann	CDU
3.	Rudi Mießeler	CDU
4.	Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5.	Leo Wolter	CDU
6.	Heinrich Hettmer	SPD
7.	Hans Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD
8.	Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9.	Nathalie Konias	B 90/Grüne
10.	Dr. Klaus-Peter Jeck	skB/fraktionslos

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder		Aufwandsentschädigung 2016
1. Günter Rosenke	Landrat	1.200 €
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU	2.400 €
3. Günther Schulz	CDU	900 €
4. Ute Stolz	CDU	900 €
5. Karl Vermöhlen	SPD	1.200 €
6. Wolfgang Heller	SPD	900 €
7. Hans Reiff	FDP	1.200 €
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne	1.200 €

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung)		Aufwandsentschädigung 2016
1. Manfred Poth	AV	0 €
2. Dirk Jahr	CDU	0 €
3. Ursula Beul	CDU	300 €
4. Dr. Sabine Dirhold	CDU	300 €
5. Heinrich Hettmer	SPD	0 €
6. Andreas Schulte	SPD	0 €
7. Frederik Schorn	FDP	0 €
8. Angela Kalnins	B 90/Grüne	0 €

c) Geschäftsführung

Mitglieder der Geschäftsführung	Bezüge 2016
Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik	231,8 T€
Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen	217,0 T€

Die vorstehend genannten Geschäftsführer der KKM GmbH vertraten diese bis zum 30.06.2016 in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften gemeinschaftlich. Sie mussten lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen.

In der Sitzung des Verwaltungsrates am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung beschlossen. Aufgrund dessen nimmt der Geschäftsführer „Finanzen“ mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	268.754	327.085	358.251	-58.331
Sachanlagen	51.130.118	43.485.178	42.818.701	7.644.940
Finanzanlagen	5.680.805	6.099.081	6.050.081	-418.276
	57.079.677	49.911.344	49.227.033	7.168.333
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.344.932	1.840.925	1.891.167	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.831.544	12.421.549	9.903.132	3.409.996
Liquide Mittel	10.446.094	5.913.868	8.721.755	4.532.226
	28.622.570	20.176.342	20.516.053	8.446.228
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	39.541	26.224	30.400	13.318
Summe Aktiva	**89.231.863**	**73.603.984**	**73.263.560**	**15.627.879**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	17.746.154	16.254.251	14.826.609	1.491.903
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.084.545	1.491.903	1.427.642	-407.358
	27.582.989	26.498.444	25.006.542	1.084.545
B Sonderposten	19.272.451	15.995.724	17.200.357	3.276.727
C Rückstellungen	13.614.590	9.116.506	9.272.329	4.498.084
D Verbindlichkeiten	28.060.125	21.989.321	21.780.344	6.070.804
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	700.517	0	0	700.517
F Rechnungsabgrenzungsposten	1.190	3.988	3.988	-2.798
Summe Passiva	**89.231.863**	**73.603.984**	**73.263.560**	**15.627.879**

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	379.380	532.336	624.150	-152.955
Sachanlagen	68.095.509	69.296.572	66.770.348	-1.201.062
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	68.493.695	69.847.713	67.413.303	-1.354.018
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.816.504	2.460.882	2.388.792	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.815.075	13.889.145	12.210.023	2.925.930
Liquide Mittel	11.474.018	8.559.210	11.077.632	2.914.808
	31.105.597	24.909.236	25.676.447	6.196.361
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.656.638	3.656.638	-166.563
D Rechnungsabgrenzungsposten	422.826	455.366	508.120	-32.540
Summe Aktiva	**103.512.192**	**98.868.952**	**97.254.508**	**4.643.239**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.305.451	4.305.451	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	19.157.959	17.918.668	16.218.052	1.239.291
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	1.501.518	1.835.433	1.362.672	-333.915
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.383.526	1.269.181	1.687.714	114.345
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.475.799	1.239.291	1.700.616	236.508
	32.271.948	31.015.719	29.722.200	1.256.229
B Sonderposten	19.274.576	19.361.441	20.395.012	-86.865
C Rückstellungen	14.984.407	11.218.543	11.183.585	3.765.864
D Verbindlichkeiten	36.143.752	36.425.432	35.090.765	-281.680
E Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung	700.517	761.860	823.203	-61.343
F Rechnungsabgrenzungsposten	136.991	85.957	39.744	51.034
Summe Passiva	**103.512.192**	**98.868.952**	**97.254.508**	**4.643.239**

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	92.450.115	67.830.538	64.028.841	24.619.576
2	Bestandsveränderungen	203.449	-7.600	3.600	211.049
3	Sonstige betriebliche Erträge	5.229.630	7.898.332	8.002.642	-2.668.703
4	Materialaufwand, davon:	23.672.063	19.567.947	18.062.874	4.104.116
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11.340.009	9.493.948	8.977.449	1.846.061
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.332.054	10.073.999	9.085.424	2.258.055
5	Personalaufwand, davon:	58.604.604	45.095.167	43.059.126	13.509.437
a)	Löhne und Gehälter	47.651.095	36.192.642	34.555.822	11.458.452
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.953.509	8.902.525	8.503.304	2.050.984
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.456.869	2.004.404	1.876.213	452.465
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.588.845	3.067.783	3.012.246	521.062
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343			61.343
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.636.812	2.143.220	2.041.843	493.592
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	238.771	167.463	189.928	71.308
11	Abschreibungen	5.400.468	4.458.611	4.073.190	941.858
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.045.869	7.182.812	7.569.653	4.863.058
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	239.322	57.067	146.538	182.255
	davon aus verbundenen Unternehmen	9.788	20.210	21.761	-10.422
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	498.418	593.331	628.538	-94.912
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.962	127.884	0	-109.922
16	Ergebnis nach Steuern	1.114.604	1.514.091	1.444.929	-399.487
17	Sonstige Steuern	30.059	22.188	17.287	7.871
18	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.084.545**	**1.491.903**	**1.427.642**	**-407.358**

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	111.818.927	99.762.501	95.762.652	12.056.426,34
2	Bestandsveränderungen	203.449	7.879	-19.087	195.570,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	5.531.637	9.691.736	9.944.696	-4.160.099,03
4	Materialaufwand, davon:	24.898.583	24.111.947	23.099.149	786.636,06
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.710.010	12.290.811	11.954.347	419.198,85
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.188.573	11.821.136	11.144.802	367.437,21
5	Personalaufwand, davon:	72.213.074	68.084.187	65.418.883	4.128.887,65
a)	Löhne und Gehälter	58.685.213	54.935.524	52.685.710	3.749.688,19
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.527.862	13.148.662	12.733.173	379.199,46
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.456.869	2.471.367	2.321.141	-14.498,31
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	3.650.422	3.500.418	3.452.384	150.004,22
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichpostens für Darlehnsförderung	0	61.343	61.343	-61.343,00
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.636.812	2.611.217	2.490.260	25.594,74
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	238.771	189.092	215.674	49.679,05
11	Abschreibungen	6.149.462	5.882.095	5.517.939	267.366,70
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.064.931	12.026.112	11.772.215	3.038.818,69
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	260.286	40.416	138.024	219.869,76
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	897.201	1.069.290	1.106.597	-172.089,04
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	81.149	165.667	13.143	-84.517,65
16	Ergebnis nach Steuern	1.741.607	1.396.053	2.027.293	406.896,78
17	Sonstige Steuern	95.894	53.533	32.443	42.361,03
18	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.645.712**	**1.342.520**	**1.994.851**	**364.535,75**
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-169.913	-103.228	-294.235	-66.684,59
20	**Konzerngewinn**	**1.475.799**	**1.239.291**	**1.700.616**	**431.220,34**

Lagebericht des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2016

„1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit den im Folgenden dargestellten Konzerngesellschaften. Sie ist zugleich Trägergesellschaft für die Krankenhäuser Mechernich und Schleiden, die im Jahr 2016 durchgängig mit 523 Betten / Plätzen im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen geführt wurden.

Im Rahmen einer regionalen Planungskonferenz am 19. Februar 2015 wurde zur Umsetzung des Krankenhausplans 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen für die Krankenhäuser des Kreises Euskirchen ein geeinigtes Konzept zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und dem Verband der Ersatzkassen in Nordrhein auf der einen Seite und den Krankenhäusern auf der anderen Seite abgestimmt. Die Bettenzahl für das Kreiskrankenhaus Mechernich wurde dabei – entgegen dem landesweiten Trend zur Reduzierung von Krankenhausbetten – von 413 auf 418 Betten erhöht. Die geänderte Struktur wurde durch den Feststellungs-Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 04. Februar 2016 mit Wirkung ab dem 01.01.2016 in das Betten-Soll und das Betten-Ist des Landeskrankenhausplans umgesetzt.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. war die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2013 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von TEUR 30 beteiligt (Anteil: TEUR 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hielt die Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH. Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung 01. Januar 2014 ihren Anteil am Stammkapital der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. von 49 % auf 93,33 % erhöht; die übrigen 6,67 % sind bis Ende 2016 bei dem vorherigen Mehrheitsgesellschafter Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH verblieben. Mit vorgenanntem Notarvertrag wurde zudem vereinbart, den Krankenhausbetrieb der St. Antonius

Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. mit allen Aktiva und Passiva in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zu integrieren.
Diese Integration ist mit Wirkung ab dem 01.01.2016 umgesetzt worden. Grundlage hierfür war u. a. ein Notarvertrag vom 05. November 2015, mit dem die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. die Übertragung des Krankenhausbetriebs mit allen Aktiva und Passiva auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH vereinbart haben. Die Übertragung und der damit verbundene Rechtsträgerwechsel für das St. Antonius Krankenhaus Schleiden wurde mit Bescheid vom 04. Februar 2016 durch die Bezirksregierung Köln genehmigt. Mit Wirkung ab dem 01.01.2016 wird das Krankenhaus Schleiden damit als Betriebsstätte der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH fortgeführt. Für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L., die damit lediglich als GmbH-Hülle ohne Geschäftsbetrieb verblieb, wurde auf der Grundlage entsprechender Gremienbeschlüsse zwischenzeitlich das Liquidationsverfahren eingeleitet.
Durch die Zusammenführung der beiden Krankenhäuser innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zu einem Gesamtkrankenhaus soll insbesondere den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 gefolgt werden. Darüber hinaus wird durch das Entstehen größerer Einheiten erwartet, dass die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhäuser zumindest teilweise aufgehoben werden können.
Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. war zuletzt durch Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 30. September 2015 mit 105 Betten in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Im Rahmen der Planungskonferenz am 19. Februar 2015 wurde auch für das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden die Bettenstruktur neu festgelegt. Unter Beibehaltung der Gesamtbettenzahl von 105 ist insbesondere der Ausweis von 15 geriatrischen Betten erreicht worden, die im Rahmen einer Dependancelösung von der Klinik für Akutgeriatrie des Kreiskrankenhauses Mechernich mit betrieben werden. Die Inbetriebnahme der geriatrischen Betten erfolgte zeitgleich mit der Übertragung des Krankenhausbetriebs des Krankenhaus Schleiden auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung zum 01.01.2016.
Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält Anteile an folgenden Konzerngesellschaften:
An der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH ist sie mit einem Anteil von 93,99 % am Stammkapital beteiligt; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatrischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Zudem betreibt die Gesellschaft das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie, Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie.
Die Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 27,6 TEUR beträgt. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co.KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt.
An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von 100 TEUR einen Geschäftsanteil von 51 % (51 TEUR). Mit notariellem Vertrag vom 22. Dezember 2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH den bis dahin von dem Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gehaltenen Geschäftsanteil in Höhe der verbleibenden 49 % (49 TEUR) mit Wirkung zum 01. Januar 2015 übernommen. Ab diesem Zeitpunkt ist das Stammkapital damit zu 100 % bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH angesiedelt. Infolge der Übernahme des gesamten Stammkapitals durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat die Liebfrauenhof Schleiden GmbH ab dem 01. Januar 2015 ihre „Kirchlichkeit“ verloren. Ab diesem Zeitpunkt ist die Gesellschaft nunmehr ein kommunales Unternehmen.
Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatrischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen.
An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich (seit 2010) und zum Liebfrauenhof in Schleiden (seit 2012) sowie auf dem Gelände des Geriatrischen Zentrums in Zülpich (seit 2013).
Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von 25 TEUR zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrtpflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und durch

den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) an der Olefmündung in Gemünd mit den Versorgungsbereichen Allgemeinmedizin und Frauenheilkunde erfüllt.
Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von 25 TEUR ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestellung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von 25 TEUR die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach dem im November 2016 durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlichten Jahresgutachten 2016 / 2017 „Zeit für Reformen“ entwickelt sich das bundesdeutsche Bruttoinlandsprodukt nach Steigerungsraten von 1,6 % und 1,7% in den Jahren 2014 und 2015 auch in 2016 und 2017 mit erwarteten Veränderungsraten von +1,9% bzw. +1,3% weiterhin konstant positiv. Zum Aufschwung beigetragen habe insbesondere auch die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Aufschwung sei aber noch nicht selbsttragend, so dass die Aufschwungphase nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Umsetzung erforderlicher Reformen zu nutzen sei.
Problematisch werden neben geopolitischen Risiken (protektionistische Tendenzen, Klimapolitik, schwierige Transformationsprozesse in China) und der zunehmenden Unsicherheit politischer Entwicklungen in Europa (Brexit, Haushaltssicherungskonzepte) auch bundespolitische Problemstellungen gesehen.
Nationale Entwicklungserfordernisse und -chancen sieht der Sachverständigenrat insbesondere in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Über die Förderung von Qualifikation und Bildung könne über mehr Chancengleichheit das Ungleichgewicht zwischen Einkommen und Vermögen verringert werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Dies sei auch vor dem Hintergrund des weiterhin erwarteten Migrationsdrucks von Asylbewerbern notwendig. Reformbedarf bestehe zudem weiterhin im Bereich der Gesetzlichen Sozialsysteme. Die Gesetzliche Rentenversicherung sei demographiefest zu machen, zum Beispiel durch eine Kopplung des Renteneintrittsalters an die höhere Lebenserwartung. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schlägt der Sachverständigenrat vor, die Finanzierung der GKV durch eine Bürgerpauschale mit integriertem Sozialausgleich zu finanzieren. Handlungsbedarf wird darüber hinaus auch in der Sicherstellung zusätzlicher Investitionen in öffentliche Infrastrukturen (Straßen, Schulen, Gesundheit) gesehen, die durch Kürzungen bei konsumtiven Ausgaben finanziert werden sollen.
Die für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** lassen sich für 2016 wie folgt beschreiben:
Das Bundesministerium für Gesundheit hat im März 2017 die vorläufigen Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung veröffentlicht. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % je Versicherten gestiegen. Der Ausgabenzuwachs für die Krankenhausbehandlung war dabei wiederum unterdurchschnittlich und betrug im Vergleich zum Vorjahr 2,8%. Die Ausgaben der GKV für den Bereich Krankenhaus sind in diesem Zeitraum absolut um 2,6 Mrd. EUR gestiegen und betrugen mit insgesamt 73,7 Mrd. EUR 33,1% der Gesamtleistungsausgaben.
Mit Wirkung zum 01.01.2016 ist das Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz – KHSG) in Kraft getreten. Im Gesetzgebungsverfahren war es gelungen, zur Verbesserung der Betriebskostendeckung dringend erforderliche Maßnahmen zu erreichen: Entgegen der ursprünglichen Planung, den Versorgungszuschlag mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. EUR abzuschaffen, werden die Mittel ab dem Jahr 2017 in einen sogenannten Pflegezuschlag umgewandelt. Für die Jahre 2016 bis 2018 wurde ein Pflegestellenförderprogramm gesetzlich verankert, mit dem zusätzliche Stellen im Pflegedienst finanziert werden können. Das Programm entspricht mit einem Fördervolumen von 330 Mio. Euro im Jahr 2018 bundesweit einem Stellenvolumen von etwa 6.000 Stellen. Zudem werden Mehrkosten aus Tarifabschlüssen, die die maßgebliche Budgetveränderungsrate überschreiten, hälftig refinanziert. Nachteilig wird sich für die Krankenhäuser die Einführung eines Fixkostendegressionsabschlages nach § 10 Abs. 13 Krankenhausentgeltgesetz, der ab 2017 bei der Vereinbarung zusätzlicher Leistungen anzuwenden ist, auswirken.
Mit den Regelungen des KHSG wurde die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser auf eine verbesserte Grundlage gestellt, gelöst wurde die bestehende Unterfinanzierung jedoch nicht. Ebenfalls nicht gelöst ist die seit Jahren unzureichende Investitionsförderung durch die zuständigen Bundesländer.
Vor diesem Hintergrund haben sich die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Jahr 2015 zu einem „Bündnis für gesunde Krankenhäuser – Investieren aus Verantwortung“ zusammengeschlossen. Ziel

des Bündnisses ist es, das gesetzlich zur Investitionsförderung der Krankenhäuser verpflichtete Land Nordrhein-Westfalen und die Öffentlichkeit über die Situation in den Krankenhäusern im Hinblick auf die Investitionsfinanzierung aufmerksam zu machen, um die Finanzierungssituation merklich und dauerhaft zu verbessern.
Im Rahmen dieses Bündnisses hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beauftragt, erstmals flächendeckend das „Investitionsbarometer NRW“ zur konkreten Investitionssituation der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser zu erstellen. Die Studie belegt eindrücklich, dass die Krankenhäuser strukturell unterfinanziert sind. 500 Mio. EUR investierte das Land Nordrhein-Westfalen 2014 in die Krankenhäuser. Der jährliche Finanzbedarf liegt bei über 1,5 Mrd. EUR.
Das KHSG enthält zahlreiche Maßnahmen mit einem Bezug zur Qualität der Krankenhausbehandlung: planungsrelevante Qualitätsindikatoren, Regelungen zu Qualitätszu- und -abschlägen sowie zu Qualitätsverträgen, Mindestmengenregelungen, Zweitmeinungsverfahren und Qualitätskontrollen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Bereits zuvor waren mit dem Versorgungsstrukturgesetz Neuregelungen zum Entlassungsmanagement und mit dem E-Health-Gesetz der Medikationsplan und die Arzneimitteltherapiesicherheitsprüfung eingeführt worden. Die genannten Neuregelungen und insbesondere auch die Neufassung der sektorenübergreifenden Qualitätsmanagementrichtlinie (QM-RL) durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) fordern den Einsatz einer Vielzahl, teilweise auch zusätzlicher Qualitätsmanagement-Instrumente durch die Krankenhäuser.
Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:
Im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Geschäftsbereich Statistik des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) im Jahr 2015 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Nordrhein-Westfalen erstellt. Zentrales Ergebnis der Berechnung ist langfristig (bis 2060) ein Rückgang der Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens um rd. eine Million Personen. Zugleich steigt die Zahl der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 20,6% im Jahr 2014 auf 29,4% im Jahr 2040. Für den Kreis Euskirchen stellen sich die Ergebnisse auf regionaler Ebene wie folgt dar: Bei einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahl um 2,5% bis zum Jahr 2040 auf dann ca. 183.000 Personen erhöht sich die Zahl der über 65-Jährigen von aktuell 20,3% überproportional auf 33,6% (+65,5%). Absolut gesehen entspricht dies einem Anstieg von 38.000 auf 61.500 Personen im Alter von über 65 Jahren. Aufgrund dieses demografischen Wandels wird die Nachfrage nach Altenpflegeleistungen weiter ansteigen.
Damit unter diesen sich ändernden Bedingungen auch in der Zukunft eine gute Versorgung pflegebedürftiger Menschen sichergestellt werden kann, sind weiterhin erhebliche gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse zu bewältigen. Mit der Zielsetzung, die Pflegeversicherung zukunftssicher zu gestalten und die Situation der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu verbessern, haben daher sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren verschiedene Gesetze und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht.
Durch das im Jahr 2008 in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz und das seit Januar 2013 geltende Pflegeneuausrichtungsgesetz wurden bereits vor Jahren merkliche finanzielle Anreize für die Inanspruchnahme von ambulanten und teilstationären Pflegeleistungen gesetzt.
Das im Oktober 2014 verabschiedete NRW Wohn- und Teilhabegesetz umfasst insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung einer stationären Unterbringung von Pflegebedürftigen durch Schaffung und Stärkung von alternativen Versorgungsformen (Wohnformen mit Pflege- und Unterstützungsangeboten, Betreuung im häuslichen Umfeld, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen). Mit dem Gesetz verbunden ist zudem eine Neuregelung der Investitionskostenfinanzierung für Altenpflegeeinrichtungen, die aufgrund aktueller BSG-Rechtsprechung erforderlich war.
Das zum Dezember 2015 in Kraft getretene Hospiz- und Palliativgesetz soll eine Verbesserung der Palliativversorgung bzw. der Sterbebegleitung in der eigenen Häuslichkeit und in vollstationären Pflegeeinrichtungen ermöglichen und die Finanzierung ambulanter und stationärer Hospizleistungen verbessern. Damit gehört die ambulante Hospizversorgung bei entsprechender Qualifizierung nun auch zum Leistungsspektrum ambulanter Pflegedienste.
Seit Januar 2016 ist das neue Krankenhausstrukturgesetz gültig. Danach können Patienten, die nach einem Krankenhausaufenthalt oder einer ambulanten Behandlung weiter versorgt werden müssen, neben Kurzzeitpflegeleistungen auch häusliche Krankenpflege als Grundpflege oder hauswirtschaftliche Versorgung erhalten, ohne dass gleichzeitig eine Behandlungspflege erforderlich ist.
Das seit Anfang 2015 geltende Pflegestärkungsgesetz I (PSG I) hat in Fortsetzung des Pflegeneuausrichtungsgesetzes die Leistungen für die im Sinne des Sozialgesetzbuchs XI knapp 2,9 Mio. Pflegebedürftigen weiter verbessert.
Mit dem im Januar 2016 in Kraft getretenen Pflegestärkungsgesetz II (PSG II) wurde die größte und tiefgreifendste Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung seit ihrer Einführung realisiert und die rechtliche Grundlage für die Vorbereitung des neuen Begutachtungsverfahrens auf Basis eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und der Umstellung auf Pflegegrade und neue Leistungsbeträge geschaffen. Mit dem neuen Begriff der Pflegebedürftigkeit und der damit einhergehenden Umstellung der bisherigen Pflegestufen auf fünf Pflegegrade sollen der Unterstützungsbedarf der Pflegebedürftigen besser erfasst

und die Leistungen passgenauer auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurden die Pflegebedürftigen automatisch in die neuen Pflegegrade überführt. Die ca. 1,5 Mio. Demenzkranken erhalten nun ebenfalls einen gleichberechtigten Zugang zu allen Hilfsangeboten und sind den körperlich Kranken gleichgestellt. Die Hilfen setzen früher ein und steigen mit wachsendem Unterstützungsbedarf, wodurch viele Pflegebedürftige erstmals Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Insgesamt stehen für die Pflege ab 2017 jährlich 5,0 Mrd. EUR zusätzlich zur Verfügung. Neben der Inanspruchnahme ambulanter Pflegeleistungen wird auch der Zugang zur Tagespflege finanziell verbessert, indem die Beträge für ambulante Sachleistungen zusätzlich in gleicher Höhe auch für die Inanspruchnahme der Tagespflege zur Verfügung stehen.
Inwieweit mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und der Überführung in Pflegegrade tatsächlich und nachhaltig eine Verbesserung der Versorgungssituation der pflegebedürftigen Menschen einhergeht, kann zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beantwortet werden.
Für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten, wobei zur besseren Vergleichbarkeit die Belegungsdaten des Krankenhauses Schleiden in den Vorjahresvergleich mit einbezogen werden.

b) Geschäftsverlauf

In der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat die Zahl der stationären Krankenhausfälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 23.121 in 2015 auf 23.951 in 2016 zugenommen (+ 830; + 3,6 %). Damit war ein Anstieg der Auslastung der insgesamt 523 Planbetten /-plätze von 82,4% in 2015 auf 85,3% in 2016 verbunden.
Die Zahl der Case-Mix-Punkte hat sich auf 24.366 Punkte (Vorjahr 23.364 Punkte) erhöht. Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 0,993 in 2015 auf 0,997 in 2016 angestiegen (+ 0,03; +4,0 %). Die mit den Kostenträgern in den Entgeltverhandlungen für 2016 vereinbarten Case-Mix-Punkte (23.300 Punkte) konnten damit wiederum deutlich übertroffen werden.
Der Fallzahlanstieg ist vollständig auf das Krankenhaus Mechernich zurückzuführen. Die Patientenzahl am Standort Krankenhaus Schleiden ist mit 4.784 Fachabteilungsfällen gegenüber dem Vorjahr (4.820 Fachabteilungsfälle) leicht rückläufig; dabei stehen Fallzahlrückgänge in den Bereichen Innere Medizin sowie Allgemein-, Viszeral- und Unfallchirurgie der guten Inanspruchnahme der Geriatrie (+196 Fälle) mit Wirkung ab dem 01.01.2016 gegenüber.
Der Fallzahlanstieg im Krankenhaus Mechernich wurde – mit Ausnahme der Klinik für Orthopädie – durch positive Leistungsentwicklungen in allen Kliniken erreicht. Die Fallzahl der Klinik für Orthopädie hat um 120 Fälle (-7,9%) auf 1.412 Fälle abgenommen. Ursächlich hierfür ist unter anderem der Ausbau orthopädischer Leistungsbereiche in anderen Krankenhäusern der Region.
Zum Leistungsanstieg im Krankenhaus Mechernich trug auch die Versorgung von Asylbewerbern bei. Im Jahr 2016 wurden mit Leistungsschwerpunkten in den Bereichen Kinder- und Jugendmedizin und Frauenheilkunde / Geburtshilfe insgesamt 583 Personen (Vorjahr ca. 300 Personen) auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes versorgt.
Die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitation der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** war im Jahr 2016 wiederum sehr gut. Die Einrichtung war durchgängig vollausgelastet. Vor diesem Hintergrund ist auch der Beschluss der Gesellschaft zu sehen, die Kapazitäten der Geriatrischen Rehabilitation von derzeit 40 auf 62 Plätze zu erweitern (siehe Abschnitt 1). Die am Standort Zülpich solitär betriebene Kurzzeitpflegeeinrichtung mit insgesamt 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 9,1 Plätzen das Vorjahresniveau (8,3 Plätze) übertreffen.
Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich liegt bei 64,1 Plätzen (98,6 %) und ist damit leicht rückläufig gegenüber 64,7 Plätzen im Vorjahr. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung waren 21,9 Plätze (99,5 %) ausgelastet.
Die insgesamt 65 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2016 durchschnittlich zu 96,2% (62,5 Wohnungen) belegt, damit liegt der Auslastungsgrad um 3,1 %-Punkte über dem Vorjahreswert (93,1 %).
Die Belegung der von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheimen stellte sich in 2016 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden (102 Soll-Plätze) lag 2016 bei 100,0 Plätzen und damit leicht unterhalb des Vorjahresniveaus (101,1 Plätze). Das Brabenderstift in Zülpich war bei 61 Soll-Plätzen im Durchschnitt des Jahres 2016 mit 60,7 Plätzen und damit in Höhe der Vorjahrsbelegung (60,8 Plätze) ausgelastet. Beide Pflegeheime konnten damit wiederum die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98% erreichen bzw. sogar überschreiten.
Auch der Geschäftsverlauf der **Vivant – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** war weiterhin positiv: Wie bereits in den vergangenen Jahren, konnte auch im Berichtsjahr die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstationen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 446 erhöht werden. Dabei wurden sowohl die SGB XI- *(+ 246*) als auch die SGB V-Leistungen *(+ 200*) gesteigert. Dazu trugen insbesondere die Sozialstationen Schleiden *(+ 270*) und Mechernich *(+ 140*) bei. Der Leistungsanstieg in Schleiden ist insbesondere auf die Konsolidierung und die Ansiedlung dieser Sozialstation im Krankenhaus Schleiden zurückzuführen. Leicht rückläufige Abrechnungsfälle *(./. 23*) waren für die Sozialsta-

tion Weilerswist zu verzeichnen. Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen beträgt im Berichtsjahr 84,3 % (29,6 Plätze) und konnte gegenüber dem Vorjahr um 10,2 %-Punkte oder 4,3 belegte Plätze gesteigert werden. Die Inanspruchnahme der Tagespflege im Barbarahof lag bei 94,6 % (Vorjahr: 99,9 %), die im Liebfrauenhof Schleiden bei 63,3 % (Vorjahr: 41,4 %) und im Geriatrischen Zentrum bei 96,1 % (Vorjahr: 81,7 %).
Im von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulanten Dienstleistungen mbH** getragenen Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich war die Leistungsentwicklung im Jahre 2016 leicht rückläufig. Die Zahl der im Ambulanten OP-Zentrum operierten Patienten hat sich von 1.573 Operationen im Jahre 2015 auf 1.525 (-3,4 %) im Jahre 2016 reduziert. Der Rückgang ist auf eine rückläufige Inanspruchnahme durch die Kliniken der Krankenhäuser in Mechernich und in Schleiden zurück zu führen. Die Zahl der durch niedergelassene Ärzte durchgeführten Eingriffe stellte sich gegenüber dem Vorjahr mit ca. 450 Eingriffen unverändert dar.
Die Zahl der KV-Abrechnungsfälle im MVZ an der Olefmündung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 100 Fälle auf 7.025 Quartalsfälle.
Die Konzernunternehmen **KKM Servicegesellschaft mbH** (Einkauf und Zentrallager) sowie **KKM Gebäudedienste GmbH** (Unterhaltsreinigung) erbringen Leistungen für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzerngesellschaften. Die Leistungserbringung beider Gesellschaften beruht auf Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Konzernunternehmen.
Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH weiterhin gut dar.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Jahre 2016 ein Jahresergebnis von 1.085 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 1.492 TEUR). Der Rückgang des Jahresergebnisses ist vollständig auf das negative Betriebsergebnis des Krankenhauses Schleiden zurückzuführen, das sich nach der Übertragung des Krankenhausbetriebs des Krankenhauses Schleiden auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung ab 01.01.2016 erstmals im GmbH-Ergebnis darstellt.
Der Jahresfehlbetrag für das Krankenhaus Schleiden konnte im Vorjahresvergleich (567 TEUR) zwar nur leicht auf 522 TEUR verbessert werden, stellte sich gegenüber dem für 2016 geplanten Ergebnis aber leicht verbessert dar. Das Ergebnis für den Krankenhausstandort Mechernich hat sich gegenüber dem Vorjahr (1.492 TEUR) auf 1.607 TEUR leicht verbessert. In dem Ergebnis sind Verlustübernahmen für die Tochtergesellschaften (insgesamt 120 TEUR für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich und für das von der AmbuMed getragene Medizinische Versorgungszentrum in Gemünd) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 96 TEUR enthalten. Das positive Jahresergebnis des Krankenhauses Mechernich ist vorrangig wiederum auf die vorstehend dargestellte positive Leistungsentwicklung zurückzuführen, die sich im Jahr 2016 fortgesetzt hat. Den Leistungsentwicklungen standen korrespondierend entsprechende Aufwandserhöhungen gegenüber, so dass sich das Ergebnis insgesamt leicht oberhalb des Vorjahresniveaus darstellt.
Die Ertragslage des Jahres 2016 ist durch einmalige Erstattungen der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Köln (KZVK) für seit dem Jahr 2002 einbehaltene so genannte Sanierungsgelder in Höhe von 970 TEUR beeinflusst, die als periodenfremde Erträge (769 TEUR) und als Zinserträge (201 TEUR) ausgewiesen werden. Den Erträgen stehen sonstige Personalaufwendungen in Höhe von 941 TEUR aus der Bildung einer Rückstellung für mittelbare Altersversorgungszusagen an Arbeitnehmer bei der KZVK gegenüber.
Der Jahresabschluss der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L.** schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 807 TEUR, der vorwiegend (804 TEUR) aus der Übertragung aller Aktiva und Passiva auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultiert.
Für die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wurde im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss in Höhe von 16 TEUR nach einem Vorjahresverlust von 49 TEUR erwirtschaftet. Positive Jahresergebnisse konnten mit dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof und in den Leistungsbereichen Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen und Vermietungen erreicht werden. Aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums resultierte im Geschäftsjahr 2016 wiederum ein Jahresfehlbetrag, der wie im Vorjahr mit 75 TEUR durch Zuschüsse der Konzernmutter abgemildert wurde.
Die Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** haben im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 214 TEUR im Vergleich zu 122 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Zülpich ein Überschuss von 48 TEUR (Vorjahr: +16 TEUR) und auf die Altenpflegeeinrichtung im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 166 TEUR (Vorjahr +106 TEUR). Zu der Verbesserung des Jahresergebnisses um 92 TEUR trug insbesondere die positive Ergebnisentwicklung im Leistungsbereich der Einrichtungen bei. Die Ergebnisse im Leistungsbereich verbesserten sich für den Liebfrauenhof von -143 TEUR im Vorjahr auf -78 TEUR im Jahr 2016 und für das Brabenderstift von -22 TEUR (Vorjahr) auf einen Überschuss von +22 TEUR (2016).

Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist des Weiteren – wie bereits in den Vorjahren – wiederum ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich, das insbesondere infolge der Weitergewährung einer 12,5 %-igen Mietreduzierung durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultiert. Diese Mietreduzierung ist mit einem jährlichen Entlastungsbetrag von 96 TEUR verbunden.
Auch die Ertragslage der Liebfrauenhof Schleiden GmbH ist durch Erstattungen der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse Köln (KZVK) für seit dem Jahr 2002 einbehaltene Sanierungsgelder in Höhe von 105 TEUR beeinflusst, die als periodenfremde Erträge (80 TEUR) und als Zinserträge (25 TEUR) ausgewiesen werden. Den Erträgen stehen sonstige Personal-Aufwendungen in Höhe von 102 TEUR aus der Bildung einer Rückstellung für mittelbare Versorgungszusagen an Arbeitnehmer bei der KZVK gegenüber.
Die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Geschäftsjahr 2016 wiederum einen Jahresüberschuss erwirtschaften. Er beträgt 344 TEUR nach 293 TEUR im Vorjahr. Die Prognose für das Jahr 2016 (Jahresüberschuss von 190 TEUR) wurde insbesondere aufgrund eines unerwartet hohen Anstiegs der Leistungen übertroffen. Die Sozialstationen in Mechernich, Zülpich und Weilerswist erzielten wie bereits in den Vorjahren weiterhin positive Jahresergebnisse; dabei konnten die Sozialstationen in Mechernich und Zülpich den Überschuss nochmals steigern. Die Sozialstation Schleiden schloss dagegen erwartungsgemäß mit einem Jahresfehlbetrag ab, der sich mit - 12 TEUR gegenüber dem Vorjahreswert allerdings planmäßig deutlich verbessert darstellt.
Für die Tagespflegeeinrichtungen konnte insgesamt ein Jahresüberschuss in Höhe von 16 TEUR (Vorjahr 19 TEUR) erzielt werden. Dabei schlossen die Einrichtungen in Mechernich und Zülpich jeweils mit einem Jahresüberschuss, während aus der Tagespflege in Schleiden erwartungsgemäß weiterhin ein Jahresfehlbetrag resultierte.
Für die **AmbuMed-Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** verschlechterte sich das Jahresergebnis auf einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -46 TEUR nach einem Vorjahresfehlbetrag in Höhe von -2 TEUR. Das Ergebnis entfällt – wie im Vorjahr – vollständig auf den Betrieb des AOPZ in Zülpich, da die Verluste des MVZ an der Olefmündung auch im Jahr 2016 durch die Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ausgeglichen wurden. Insofern resultiert aus dem Betrieb des MVZ für die AmbuMed GmbH weiterhin keine Ergebnisauswirkung. Das Jahresergebnis für das AOPZ ist durch periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 57 TEUR belastet, die mit 54 TEUR im Wesentlichen auf Umsatzsteuernachzahlungen für die Jahre 2010 bis 2015 zurück zu führen sind, die im Nachgang einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Aachen zu leisten waren.
Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 1.476 TEUR nach 1.239 TEUR in 2015 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2016 Gewinnanteile in Höhe von 170 TEUR (Vorjahr: 103 TEUR) zugewiesen. Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträgen konnte um 8.092 TEUR (+ 7,4 %) auf 117.600 TEUR gesteigert werden.
Analog zur Entwicklung der Gesamtleistung erhöhten sich die Personalkosten um 6,1% um 4.129 TEUR auf 72.213 TEUR. Damit entsprechen die Personalkosten einem Anteil von 62,5 % der Gesamtleistung. Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.
Maßgeblich für die Steigerung des Konzerngewinns um 237 TEUR sind gegenüber dem Vorjahr gestiegene Jahresüberschüsse bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (unter Berücksichtigung des im Vorjahr für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. resultierenden Jahresfehlbetrages), der Liebfrauenhof Schleiden GmbH und der Vivant – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH. Der Jahresfehlbetrag der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. in Höhe von 807 TEUR wirkt sich im Konzernabschluss lediglich mit 3 TEUR ergebniswirksam aus, da der aus der Übertragung der Aktiva und Passiva auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultierende Fehlbetrag in Höhe von 804 TEUR durch die Auflösung des passivischen Unterschiedsbetrags aus der Kapitalkonsolidierung neutralisiert wird.
Zum erhöhten Jahresüberschuss trug auch die Verbesserung des Finanzergebnisses um 392 TEUR (+ 38 %) bei. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass hiervon ein Betrag von 226 TEUR auf einmalige Zinserstattungen durch die KZVK entfällt, denen Aufwendungen aus der Zuführung für Altersvorsorgeaufwendungen gegenüberstehen.
Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 177 TEUR belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des **Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert. Das Eigenkapital erhöhte sich unter Berücksichtigung der Auflösung des passivischen Unterschiedsbetrags aus der Kapitalkonsolidierung insgesamt um 1.256 TEUR (+ 4,0 %) auf 32.272 TEUR.
Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.476 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 170 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile. Infolge der vollständi-

gen Übernahme der Gesellschaftsanteile an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i.L. mit Wirkung ab dem 01.01.2016 reduziert sich das Konzerneigenkapital zudem in Höhe der zusätzlich übernommenen Gesellschaftsanteile in Höhe von 390 TEUR.
Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 30.888 TEUR (95,7 %) auf die Konzernmutter. Die Konzern-Eigenkapitalquote stellt sich mit 31,2% trotz der Erhöhung des Eigenkapitals infolge einer zum Bilanzstichtag 2016 verlängerten Bilanz leicht unterhalb der Quote per 31.12.2015 (31,4%) dar.
Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich um 4.643 TEUR (+ 4,7 %) auf 103.512 TEUR. Auf der Aktivseite steht einer Abnahme des Anlagevermögens um 1.355 TEUR die Zunahme des Finanzmittelfonds um 2.915 TEUR auf 11.474 TEUR sowie die Zunahme der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 2.926 TEUR auf 16.815 TEUR gegenüber.
Auf der Passivseite ist neben dem gestiegenen Eigenkapital (1.256 TEUR) insbesondere die Zunahme der Rückstellungen (+3.765 TEUR) zu nennen, denen im Wesentlichen ein Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-533 TEUR) und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-133 TEUR) gegenübersteht. Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Baumaßnahmen am Krankenhausstandort Mechernich in Höhe von 2.000 TEUR standen dabei im Konzern planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 2.533 TEUR gegenüber. Zum Anstieg der Rückstellungen führte insbesondere die Zunahme der Rückstellung zur Abgrenzung von Abrechnungsrisiken (+2.284 TEUR), die erstmalige Bildung einer Rückstellung für mittelbare Versorgungszusagen an Arbeitnehmer bei der KZVK (+1.043 TEUR) sowie die Zunahme von Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 706 TEUR (davon 482 TEUR für Urlaubsansprüche und Mehrarbeit).
Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 11.474 TEUR (31.12.2015: 8.559 TEUR). Der Anstieg (+ 2.915 TEUR) resultiert wie im Vorjahr wiederum aus deutlichen Mittelzuflüssen aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit sowohl im Mutterunternehmen wie auch im Konzern. Dem Finanzmittelbestand stehen Ausgabeverpflichtungen im Bereich von Baumaßnahmen sowie im Rückstellungsbereich gegenüber.
Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

In der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2016 folgende Baumaßnahmen fertiggestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- In seiner Sitzung am 25. September 2015 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH beschlossen, die OP-Kapazitäten in einem ersten Bauabschnitt (OP-Neubau) um vier OP-Säle und verschiedene Nebenräume im 2. Obergeschoss oberhalb der neuen Zentralsterilisation zu erweitern. Die Gesamtkosten des ersten Bauabschnitts werden voraussichtlich 5.750 TEUR inklusive 1 Mio. EUR für Ausstattungen betragen. Die Fertigstellung ist für Anfang 2018 vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls festgelegt, dass für die Innere sowie für die Chirurgische Notaufnahme im 1. Obergeschoss über der Zentralsterilisation neue Räumlichkeiten mit einem Gesamtkostenvolumen von ca. 784 TEUR geschaffen werden sollen. Die Inbetriebnahme ist für den Monat November 2017 geplant.
- Im März 2015 hatte der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH auch der Erweiterung der vorhandenen Liegendkrankenanfahrt am Krankenhaus Mechernich mit einem Kostenvolumen von 320 TEUR zugestimmt. Die vorhandene Anfahrt entsprach nicht mehr den aktuellen Anforderungen der neuen Rettungswagen, welche in Länge, Breite und Höhe deutlich größer geworden sind. Die Arbeiten wurden im Frühjahr 2016 zum Abschluss gebracht.
- Für das Krankenhaus Schleiden ist bereits im Jahr 2014 beschlossen worden, das Erdgeschoss mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. EUR neu zu gestalten. Die Maßnahme wird sich unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken.
- Vor dem Hintergrund der mittlerweile stabilen Vollauslastung der Geriatrischen Rehabilitation und bestehender Wartelisten haben die Gremien der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH und der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Dezember 2016 Beschlüsse zur Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitation um 22 auf 62 Betten gefasst. Die Baukosten inklusive Ausstattung und ca. 30 Parkplätzen belaufen sich auf 2,6 Mio. EUR und werden über eine Kreditfinanzierung bei der NRW-Bank bei Übernahme einer Bürgschaft durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH abgedeckt werden. Der Baubeginn ist für Mitte 2017 mit Fertigstellung Ende 2018 und Inbetriebnahme Anfang 2019 vorgesehen. Mit der Erweiterung ist die Neuschaffung von ca. 10 bis 15 Vollzeitstellen verbunden.

Personal

In 2016 wurden 1.630 Mitarbeiter in den Dienstarten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 70,9 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienstarten.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Die branchenbezogenen Risiken der Krankenhausbranche sind grundlegend in Kapitel 2. a) dargestellt worden. Insbesondere das KHSG enthält zahlreiche Maßnahmen mit einem Bezug zur Qualität der Krankenhausbehandlung. Damit diese Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können, sind die bestehenden Instrumente im Bereich des Qualitäts- und des Risikomanagements für die Krankenhäuser in Mechernich und in Schleiden fortzuführen und auszubauen (z. B. Einführung der E-Medikation).

Unter Berücksichtigung der weiterhin zunehmenden Leistungsinanspruchnahme werden für das Krankenhaus Mechernich keine größeren Risiken gesehen. Für das Krankenhaus Schleiden wird erwartet, dass sich die zum 01.01.2016 umgesetzte Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die damit einhergehende Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit weiterhin positiv auswirken wird. Durch die krankenhausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses mit 523 Betten kann zum einen den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 im Bereich der dort abgeleiteten Strukturvorgaben besser begegnet werden. Zum anderen können durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhausstandorte zumindest teilweise für das Krankenhaus Schleiden aufgehoben und so konkurrenzfähigere Strukturen geschaffen werden.

Die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Altenpflegesektor, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II bewirken gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, während für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH und die Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen eher Risiken resultieren könnten. Aus der Neuregelung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten, die durch das ab dem 01.01.2015 geltende Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) und die damit verbundene Durchführungsverordnung (APG DVO) vorgegeben ist, resultieren für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH aufgrund einer gesetzlich fixierten Übergangsregelung bis zum 31.12.2019 zunächst keine erheblichen Auswirkungen. Für Folgejahre ab dem Jahr 2020 bleibt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen der Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH tatsächlich ergeben werden.

Spezielle Risiken können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime, insbesondere in Euskirchen, Hellenthal, Bad Münstereifel und Dahlem, ergeben. Durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Altenpflegeheime in der Region wird es generell schwieriger, frei werdende Altenpflegeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu besetzen.

Für die VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH besteht mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen sowie zum anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den so genannten „Billiglohnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsinanspruchnahme im SGB-XI-Bereich führen können.

b) Chancen- und Prognosebericht

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH geht auf der Grundlage der Leistungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2017 sowie der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2017 davon aus, dass auch im Jahre 2017 zumindest das im Wirtschaftsplan ausgewiesene positive Ergebnis (1.134 TEUR) erreicht werden kann. An den Krankenhausstandorten Mechernich und Schleiden wurden per 30.04.2017 insgesamt 8.558 Patienten stationär versorgt. Damit konnte die Vorjahresfallzahl (8.204 Fälle) wiederum und zwar um 354 Fälle übertroffen werden. Von den Mehrfällen entfielen dabei 230 Fälle auf das Krankenhaus Mechernich und 124 Mehrfälle auf das Krankenhaus Schleiden.

Im Nachgang zu einer steuerlichen Konzernbetriebsprüfung haben die Gremien der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Dezember 2016 Beschlüsse gefasst, die Tochtergesellschaften KKM Servicegesellschaft mbH und AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH mit Wirkung ab dem 01.01.2017 mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zu verschmelzen. Die Verschmelzungsbeschlüsse sollen in den Gesellschafterversammlungen im Juni 2017 mit entsprechender Rückwirkung gefasst werden. Vor dem Hintergrund der auf Kostendeckung ausgerichteten konzerninternen Tätigkeit der Tochtergesellschaften wird das Jahresergebnis der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Verschmelzungen nicht wesentlich beeinflusst werden.

Für die weiteren Konzernunternehmen ist Folgendes festzuhalten:

Die Leistungsinanspruchnahme der von der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** getragenen Einrichtungen hat sich in den ersten drei Monaten 2017 weiterhin positiv dargestellt: In der Geriatrischen Rehabilitation konnte das hohe Vorjahresbelegungsniveau beibehalten werden. In der Kurzzeitpflege stellte sich die Inanspruchnahme mit durchschnittlich 10,9 Plätzen in den ersten drei Monaten des lau-

fenden Jahres deutlich höher als im Vorjahreszeitraum (ca. 8 Plätze) dar. Im Barbarahof lag die Auslastung bei durchschnittlich 64,9 Plätzen (99,8 %) und damit um 0,9 Plätze über der durchschnittlichen Belegung in 2016. Gemessen an dem den Entgeltvereinbarungen für die Einrichtungen zugrunde liegenden Sollauslastungsgrad von 98 % stellt sich die Belegungssituation in der Geriatrischen Rehabilitation und im Barbarahof nach wie vor positiv dar. Von den insgesamt 65 Betreuten Wohnungen waren in den ersten drei Monaten des Jahres 2017 im Durchschnitt 63 Wohnungen (96,9 %) vermietet. Dieser Wert liegt damit deutlich über dem Vorjahr mit 95,4%. Positiv auf die Ertragslage werden sich die für 2017 neu vereinbarten Leistungsentgelte für die Kurzzeitpflegeeinrichtung im Geriatrischen Zentrum Zülpich, für den Barbarahof und für den Barbarahof HPZ in Mechernich (jeweils + 2,5%) auswirken. Auch für die Geriatrische Rehabilitationsklinik werden als Ergebnis der im zweiten Quartal 2017 noch zu führenden Entgeltverhandlungen steigende Entgeltsätze erwartet.
Die aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich resultierenden Verluste werden wie im Vorjahr auch im Jahre 2017 mit einem Betrag bis zu 75 TEUR weiterhin durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen. Den Betrag von 75 TEUR übersteigende Verlustanteile müssen durch die Gesellschaft getragen werden. Durch die geplante Veräußerung des dermatologischen Arztsitzes zum 01.07.2017 wird sich die wirtschaftliche Situation des MVZ ab dem 2. Halbjahr 2017 verbessern. Der Belegung im ersten Quartal 2017 Rechnung tragend, wird für das Geschäftsjahr 2017 insgesamt mit einem nahezu ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.
Die wirtschaftliche Entwicklung der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ist maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen abhängig. Diese stellt sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2017 gegenüber dem Vorjahresstand zwar leicht rückläufig, aber weiterhin positiv dar. Von den vorgehaltenen 163 Gesamtplätzen waren 160,2 (98,3%) ausgelastet.
Für den langfristigen Erfolg der Einrichtungen ist es vor dem Hintergrund der beschriebenen Rahmenbedingungen von besonderer Bedeutung, die hohe Leistungsqualität beizubehalten. Neben zahlreichen Maßnahmen im Bereich des einrichtungsbezogenen Qualitätsmanagements ist es dazu erforderlich, dass so genannte Präsenzkräftekonzept weiterhin aufrecht zu erhalten, obwohl keine ausreichende Finanzierung der Leistungen über die Entgelte möglich ist.
Für das Jahr 2017 wird bei einer kalkulierten Soll-Auslastung von 98 % (99,96 Plätze im Liebfrauenhof sowie 59,79 Plätze im Brabenderstift) für die Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich insgesamt ein positives Jahresergebnis (82 TEUR) erwartet.
Für die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** wird vor dem Hintergrund der zu erwartenden steigenden Nachfrage nach qualifizierten Pflege- und Betreuungsleistungen – bedingt durch die demographische Entwicklung und die Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen – bei gegebener hoher Leistungsqualität weiterhin ein positiver Rahmen für eine gute Entwicklung sowohl im Bereich der ambulanten Pflege als auch der Tagespflege gesehen.
Die Situation der Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Weilerswist wird für 2017 weiterhin positiv bewertet. Diese Sozialstationen werden auch im kommenden Jahr Überschüsse erzielen. Für die Sozialstation Schleiden wird – auch bedingt durch den Standortwechsel in das Krankenhaus Schleiden – eine weitere Verbesserung der Leistungsinanspruchnahme und in der Folge der wirtschaftlichen Situation erwartet.
Auch die Entwicklung der Tagespflegeeinrichtungen an allen drei Standorten ist positiv, so dass für 2017 auch in diesem Bereich weiterhin von einer positiven Ergebnissituation auszugehen ist.
Insbesondere vor dem Hintergrund der guten Inanspruchnahme der bereits langjährig etablierten Sozialstationen ist insgesamt davon auszugehen, dass die VIVANT gGmbH auch in 2017 ein positives Jahresergebnis – geplant in der Größenordnung von ca. 170 TEUR – erreichen wird.
Sowohl für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH werden im Jahr 2017 – trotz der weiterhin defizitären Situation des Krankenhauses Schleiden – positive Ergebnisse erwartet.

Mechernich, den 23. Mai 2017

gez. Hermann Gemke	gez. Manfred Herrmann
Geschäftsführer	Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
KKM GmbH	1.099	907	908	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKM Konzern	1.630	1.582	1.569	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen (ab 2016 einschl. Krankenhaus Schleiden)

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
Planbetten / -plätze	523	413	413	
davon:				
vollstationäre Betten	513	403	403	
Tagesklinik Geriatrie	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	24.437	18.949	18.545	inkl. Jahresüberliegerfälle und Asylbewerber
Casemixpunkte	24.366	19.533	18.655	Bewertungsrelationspunkte (BWR), inkl. Asylbewerber
Casemixindex	0,997	1,031	1,006	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	85,3 %	84,40 %	83,86 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	6,76	6,30	6,38	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

6.2.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

A) Ziele der Beteiligungen
Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000 €	6,01 %
Summe	**5.704.000 €**	**100,00 %**

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	**27.609,76 €**	**100,00 %**

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG
Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
23 private Kommanditisten, insgesamt:	1.375.929,17 €	100,00 %
Summe	**1.375.929,17 €**	**100,00 %**

*Bilanzwert 31.12.2016

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:
Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die

Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH
a) Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

1. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM:	Josef Reidt
2. Erster stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates KKM:	BM Ulf Hürtgen
3. Zweite stv. Vorsitzende des Verwaltungsrates KKM:	Ute Stolz
4. Landrat des Kreises Euskirchen:	LR Günter Rosenke
5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied:	André Heinrichs

Die Höhe der Beiratsbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 9,5 T€.

b) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Die Höhe der Geschäftsführerbezüge belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 17,6 T€.

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH
a) Geschäftsführung Dipl. Ing. Joachim Stiller
Hermann Gemke

Die Schutzklausel nach § 286 IV HGB[1] wurde im Berichtsjahr angewandt.

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG
a) Geschäftsführung Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Geschäftsführung zu entnehmen.

[1] Bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, können die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b HGB verlangten Angaben über die Gesamtbezüge der dort bezeichneten Personen unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Geriatrisches Zentzrum Zülpich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	97.079	169.738	234.429	-72.659
Sachanlagen	16.194.326	16.650.722	16.661.236	-456.396
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	16.305.210	16.834.265	16.909.470	-529.055
B Umlaufvermögen				
Vorräte	37.716	39.785	40.872	-2.068
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	586.685	486.152	862.087	100.533
Liquide Mittel	115.981	127.046	125.469	-11.064
	740.383	652.982	1.028.428	87.401
C Rechnungsabgrenzungsposten	370.917	417.454	501.038	-46.537
Summe Aktiva	**17.416.510**	**17.904.701**	**18.438.936**	**-488.191**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	890.703	939.331	480.243	-48.628
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15.868	-48.628	459.089	64.496
	6.610.572	6.594.703	6.643.331	15.868
B Rückstellungen	377.302	396.651	309.726	-19.348
C Verbindlichkeiten	10.308.322	10.880.342	11.466.351	-572.020
D Rechnungsabgrenzungsposten	120.314	33.005	19.527	87.308
Summe Passiva	**17.416.510**	**17.904.701**	**18.438.936**	**-488.191**

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	10.253.135	6.838.711	6.738.173	3.414.424
2	Sonstige betriebliche Erträge	21.565	3.334.932	3.363.591	-3.313.366
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.249.090	2.070.203	2.177.557	178.886
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	713.615	702.950	691.407	10.665
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.535.475	1.367.253	1.486.150	168.221
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.830.102	4.610.820	4.261.944	219.282
a)	Löhne und Gehälter	3.803.845	3.646.918	3.359.831	156.927
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.026.256	963.902	902.113	62.354
5	Abschreibungen	676.952	666.497	668.774	10.456
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.086.166	2.395.944	2.073.397	-309.778
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	305	756	7.695	-451
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	163	163	-163
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	421.816	453.149	459.945	-31.333
	davon an verbundene Unternehmen	39.820	36.093	30.127	3.727
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-16.500	6.900	0	-23.400
10	Ergebnis nach Steuern	27.379	-29.114	467.843	
11	Sonstige Steuern	11.511	19.514	8.754	-8.003
12	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**15.868**	**-48.628**	**459.089**	**64.496**

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.234	50.481	57.894	-2.247
Liquide Mittel	1.164	930	644	234
	49.399	51.411	58.538	-2.013
Summe Aktiva	**49.399**	**51.411**	**58.538**	**-2.013**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	18.434	17.272	16.110	1.162
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.162	1.162	1.162	0
	47.207	46.044	44.882	1.162
B Rückstellungen	1.718	1.718	11.565	-0
C Verbindlichkeiten	474	3.649	2.091	-3.175
Summe Passiva	**49.399**	**51.411**	**58.538**	**-2.013**

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Sonstige betriebliche Erträge	13.580	16.737	20.963	-3.157
2	Personalaufwand, <u>davon:</u>	11.266	22.238	18.150	-10.973
a)	Löhne und Gehälter	8.706	10.087	8.584	-1.380
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.559	4.089	9.566	-1.529
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.314	2.562	2.813	-247
4	Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	218	218	-0
6	Ergebnis nach Steuern	1.162	1.162	1.162	
7	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.162**	**1.162**	**1.162**	**0**

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	4.263.307	4.454.377	4.645.448	-191.070
	4.263.308	4.454.378	4.645.449	-191.070
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.793	4.389	2.802	-1.595
Liquide Mittel	15.267	0	3.086	15.267
	18.061	4.389	5.888	13.672
Summe Aktiva	**4.281.369**	**4.458.767**	**4.651.338**	**-177.398**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-601.875	-595.045	-570.411	-6.830
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.375.929	1.382.759	1.407.393	-6.830
B Rückstellungen	7.600	7.600	9.073	0
C Verbindlichkeiten	2.897.840	3.068.408	3.234.871	-170.568
Summe Passiva	**4.281.369**	**4.458.767**	**4.651.338**	**-177.398**

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	522.067	511.160	494.619	10.908
2	Abschreibungen	191.070	191.071	192.045	-1
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	88.180	85.588	117.123	2.592
4	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	62	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	104.307	113.795	124.759	-9.488
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Ergebnis nach Steuern	138.510	120.706	60.753	
7	Sonstige Steuern	17.240	17.240	12.403	-0
8	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**121.270**	**103.466**	**48.350**	**17.804**
9	Gutschrift auf Kapitalkonto	-121.270	-103.466	-48.350	**-17.804**
10	**Ergebnis nach Verwendungsrechnung**	**0**	**0**	**0**	**0**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
GZZ	142	141	127	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
Schloß Schleiden	0	0	0	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
Geriatrische Reha	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	12	12	12	
Auslastung	108,7	109,8 %	109,0 %	
Kurzzeitpflege GZZ	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	70,0 %	63,8 %	66,9 %	
Dauer-/ Kurzzeit-pflege Barbarahof	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	100,0 %	99,5 %	100,0 %	
Betreutes Wohnen	65	65	66	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	96,9	93,1 %	94,5 %	

6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH

A) Ziele der Beteiligungen
Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000 €	100,00 %
Summe	**100.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:
Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhielten die Geschäftsführer im Berichtsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.426	8.568	0	-2.142
Sachanlagen	2.125	2.359	2.786	-234
	8.551	10.927	2.786	-2.376
B Umlaufvermögen				0
Vorräte	16.382	18.132	16.374	-1.751
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.639.746	1.318.686	1.260.628	321.061
Liquide Mittel	412.430	385.938	288.010	26.492
	2.068.558	1.722.756	1.565.012	345.801
C Rechnungsabgrenzungsposten	6.050	1.317	1.396	4.733
Summe Aktiva	2.083.159	1.735.001	1.569.194	348.158
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.085.286	963.748	677.586	121.537
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	214.460	121.537	286.162	92.923
	1.400.816	1.186.356	1.064.818	214.460
B Sonderposten	2.125	2.359	2.593	-234
C Rückstellungen	359.856	243.465	233.171	116.391
D Verbindlichkeiten	304.875	253.858	252.383	51.017
E Rechnungsabgrenzungsposten	15.487	48.963	16.229	-33.476
Summe Passiva	**2.083.159**	**1.735.001**	**1.569.194**	**348.158**

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	7.995.053	7.441.912	7.175.501	553.142
2	Sonstige betriebliche Erträge	148.184	445.758	370.486	-297.574
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.229.213	1.356.787	1.399.445	-127.573
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	503.213	508.181	514.708	-4.968
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	726.000	848.605	884.736	-122.606
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.128.952	3.795.923	3.469.048	333.029
a)	Löhne und Gehälter	3.175.006	3.026.278	2.770.413	148.728
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	953.945	769.645	698.634	184.300
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendunen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234	0	0	234
6	Abschreibungen	2.376	2.569	526	-193
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.615.081	2.630.808	2.408.955	-15.728
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47.185	20.564	18.649	26.621
	davon aus verbundenen Unternehmen	21.913	20.554	18.003	1.358
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	575	610	500	-35
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	214.460	121.537	286.162	92.923
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**214.460**	**121.537**	**286.162**	**92.923**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	137,5	136	141	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Bettenzahl	163,0	163,0	163,0	
davon				
Liebfrauenhof	102,0	102,02	102,0	
Brabenderstift	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad	98,6 %	99,3 %	100,2 %	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon:				
Liebfrauenhof	98,1 %	99,1 %	100,9 %	
Brabenderstift	99,6 %	99,7 %	98,9 %	

6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.

A) Ziele der Beteiligungen
Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollten bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013). Nach dem Vertrag über den Kauf und die Abtretung von Geschäftsanteilen der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH vom 30.10.2013 musste das Angebot zum Kauf und zur Abtretung der verbleibenden GmbH-Geschäftsanteile bis spätestens zum 31.12.2016 in notarieller Form angenommen werden. Mit Notarurkunde vom 13.10.2016 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich die restlichen, bei der CTW verbliebenen Anteile an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit Wirkung zum 01.01.2016 übernommen. Der Betrieb des Krankenhauses Schleiden wurde mit allen Aktiva und Passiva mit Wirkung zum 01.01.2016 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH stellt sich seitdem als GmbH-Mantel ohne konkreten Gesellschaftszweck dar. Die Gesellschaft wird aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 16.12.2016 liquidiert.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt. Die Bekanntmachung der Auflösung wurde am 03.03.2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter Stand: 31.12.2015	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	28.000 €	93,33 %
Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH	2.000 €	6,67 %
Summe	**30.000 €**	**100,00 %**

Seit 01.01.2016 ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Alleingesellschafterin der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	16.471	17.436	-16.471
Sachanlagen	0	8.329.764	6.430.212	-8.329.764
	0	8.346.235	6.447.648	-8.346.235
B Umlaufvermögen				
Vorräte	0	189.251	169.890	-189.251
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.900	2.189.172	2.133.915	-2.158.272
Liquide Mittel	0	1.480.320	1.453.963	-1.480.320
	30.900	3.858.744	3.757.768	-3.827.844
C Ausgleichsposten nach KHG	0	166.563	166.563	-166.563
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	4.425	8.809	-4.425
Summe Aktiva	**30.900**	**12.375.967**	**10.380.789**	**-12.345.067**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	30.000	0
Kapitalrücklage	272.483	272.483	272.483	0
Gewinnrücklagen	3.063.914	3.063.914	3.063.914	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.532.874	-1.965.439	-1.430.496	-567.435
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-806.523	-567.435	-534.943	-239.089
	27.000	833.523	1.400.958	-806.523
B Sonderposten	0	3.363.358	3.192.062	-3.363.358
C Rückstellungen	3.900	1.005.817	990.776	-1.001.917
D Verbindlichkeiten	0	6.411.409	3.973.790	-6.411.409
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	761.860	823.203	-761.860
Summe Passiva	**30.900**	**12.375.967**	**10.380.789**	**-12.345.067**

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	0	13.207.021	13.618.820	-13.207.021
2	Bestandsveränderungen	0	15.479	-22.687	-15.479
3	Sonstige betriebliche Erträge	0	2.084.188	2.318.756	-2.084.188
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	3.021.629	2.997.684	-3.021.629
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	1.401.024	1.618.540	-1.401.024
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	1.620.605	1.379.144	-1.620.605
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	0			
a)	Löhne und Gehälter	0	8.467.378	8.760.976	-8.467.378
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0	1.749.710	1.947.288	-1.749.710
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	0	466.963	444.928	-466.963
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	0	432.401	439.904	-432.401
8	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0	61.343	61.343	-61.343
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	0	467.997	448.417	-467.997
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	0	21.629	25.747	-21.629
11	Abschreibungen	0	684.854	691.806	-684.854
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	807.423	2.356.793	2.477.343	-1.549.370
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	900	2.821	3.978	-1.921
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	56.141	40.528	-56.141
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	11.520	10.198	-11.520
16	Ergebnis nach Steuern	-806.523	-567.435	-534.943	-239.089
17	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-806.523**	**-567.435**	**-534.943**	**-239.089**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	0	203	215	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
Planbetten / -plätze	0	105	105	
davon:				
vollstationäre Betten	0	105	105	
DRG Fallpauschalen	0	4.4577	4.589	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	0	3.831	4.109	Bewertungsrelationspunkte (BWR),
Casemixindex	0	0,837	0,895	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	0	74,40 %	77,61 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	0	5,92	6,16	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2.4 AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

A) Ziele der Beteiligungen
Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen

Hinweis:
Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

nachrichtlich:
Im Nachgang zur steuerlichen Betriebsprüfung in 2015/2016 wurde als sinnvolle bzw. notwendige Änderung die Verschmelzung der AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH herausgearbeitet (Info 235/2017). Diese Maßnahme dient insbesondere der Vereinfachung der internen administrativen Abläufe im Unternehmensverbund. Im Rahmen der notariellen Beurkundung am 05.07.2017 wurde mit Wirkung zum 01.01.2017 (Verschmelzungsstichtag) das Vermögen der AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	228	457	685	-228
Sachanlagen	711.171	758.832	804.287	-47.661
	711.399	759.289	804.973	-47.890
B Umlaufvermögen				
Vorräte	8.455	26.894	15.551	-18.439
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	111.701	112.036	100.801	-335
Liquide Mittel	1.045	10.547	4.942	-9.503
	121.200	149.477	121.294	-28.277
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	24	0
Summe Aktiva	**832.599**	**908.766**	**926.291**	**-76.167**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	119.690	121.601	110.516	-1.910
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-32.775	-1.910	11.085	-30.864
	111.916	144.690	146.601	-32.775
B Rückstellungen	38.400	45.646	35.957	-7.246
C Verbindlichkeiten	682.284	718.430	743.733	-36.146
Summe Passiva	**832.599**	**908.766**	**926.291**	**-76.167**

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	674.401	636.615	702.169	37.786
2	Sonstige betriebliche Erträge	58.483	76.919	44.207	-18.436
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	153.641	148.506	142.377	5.135
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	116.499	111.335	105.421	5.164
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	37.142	37.171	36.955	-28
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	341.870	346.077	349.122	-4.207
a)	Löhne und Gehälter	293.478	298.806	300.745	-5.327
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	48.391	47.271	48.376	1.120
5	Abschreibungen	48.059	51.075	65.139	-3.016
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	153.089	150.675	155.223	2.414
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88	88	93	
	davon aus verbundenen Unternehmen	88	88	88	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.554	19.200	23.524	354
	davon an verbundene Unternehmen	7.724	7.724	5.269	
9	Ergebnis nach Steuern	16.759	-1.910	11.085	
10	Sonstige Steuern	49.534	0	0	**49.534**
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-32.775**	**-1.910**	**11.085**	**-30.864**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	6	6	6	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
ambulate Operationen	1.525	1.537	1.300	
davon durch KKM GmbH	1.072	838	788	(ab 2016 mit Krankenhaus Schleiden)

6.2.5 KKM Servicegesellschaft mbH

A) Ziele der Beteiligungen
KKM Servicegesellschaft mbH
Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH
Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen**.**

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegen bei den beiden v.g. mittelbaren Beteiligungsgesellschaften des Kreises sog. nichtwirtschaftliche Betätigungen gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt jeweils in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist in beiden Fällen gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

Beteiligungsgesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH
KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	**Stammkapital**	**Anteil**
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000 €	100,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:
Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

KKM Servicegesellschaft mbH
a) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Lothar Jentges

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

KKM Gebäudedienste GmbH
a) Geschäftsführung Manfred Herrmann

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

nachrichtlich:
Im Nachgang zur steuerlichen Betriebsprüfung in 2015/2016 wurde als sinnvolle bzw. notwendige Änderung die Verschmelzung der KKM Servicegesellschaft mbH mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH herausgearbeitet (Info 235/2017). Diese Maßnahme dient insbesondere der Vereinfachung der

internen administrativen Abläufe im Unternehmensverbund. Im Rahmen der notariellen Beurkundung am 05.07.2017 wurde mit Wirkung zum 01.01.2017 (Verschmelzungsstichtag) das Vermögen der KKM Servicegesellschaft mbH als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Ab diesem Zeitpunkt ist alleinige Gesellschafterin der KKM Gebäudedienste GmbH die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen
KKM Servicegesellschaft mbH

KKM Servicegesellschaft mbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	20.545	26.282	1.033	-5.737
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	45.545	51.282	26.033	-5.737
B Umlaufvermögen				
Vorräte	409.019	345.894	254.939	63.125
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	70.328	55.851	48.502	14.477
Liquide Mittel	8.134	156.341	123.214	-148.208
	487.481	558.087	426.655	-70.606
Summe Aktiva	**533.026**	**609.369**	**452.688**	**-76.343**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	79.543	72.679	63.683	6.864
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23.821	6.864	8.996	16.957
	128.364	104.543	97.679	23.821
B Rückstellungen	45.070	25.500	22.500	19.570
C Verbindlichkeiten	359.592	479.326	332.509	-119.734
Summe Passiva	**533.026**	**609.369**	**452.688**	**-76.343**

KKM Servicegesellschaft mbH
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.224.915	6.818.391	6.434.958	1.406.524
2	Sonstige betriebliche Erträge	722	5.651	875	-4.929
3	Materialaufwand, davon:	7.864.359	6.564.862	6.235.222	1.299.498
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7.554.321	6.290.255	5.981.462	1.264.066
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	310.038	274.607	253.760	35.432
4	Personalaufwand, davon:	160.985	131.601	78.984	29.385
a)	Löhne und Gehälter	130.743	106.977	65.191	23.766
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	30.243	24.624	13.793	5.619
5	Abschreibungen	6.034	3.306	914	2.728
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	111.991	101.617	98.793	10.374
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	317	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.000	9.214	9.200	3.785
	davon an verbundene Unternehmen	9.200	9.200	9.200	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	44.132	3.578	4.042	40.554
10	Ergebnis nach Steuern	25.136	9.864	8.996	
11	Sonstige Steuern	1.316	3.000	0	-1.684
12	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**23.821**	**6.864**	**8.996**	**16.957**

KKM Gebäudedienste GmbH

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	149.741	137.719	66.868	12.022
Liquide Mittel	145.554	140.922	142.497	4.632
	295.296	278.641	209.365	16.654
Summe Aktiva	**295.296**	**278.641**	**209.365**	**16.654**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	80.912	37.654	30.907	43.258
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.306	43.258	6.747	-44.564
	104.606	105.912	62.654	-1.306
B Rückstellungen	69.028	55.995	32.758	13.033
C Verbindlichkeiten	121.662	116.734	113.953	4.927
Summe Passiva	**295.296**	**278.641**	**209.365**	**16.654**

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	1.757.190	1.695.501	1.570.752	61.688
2	Sonstige betriebliche Erträge	4.301	0	220	4.301
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.475.305	1.386.075	1.311.984	89.230
a)	Löhne und Gehälter	1.196.470	1.133.098	1.066.168	63.373
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	278.835	252.978	245.816	25.857
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	248.620	244.468	249.379	4.153
5	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	134	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.866	11	0	2.855
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	35.555	21.326	2.997	14.229
8	Ergebnis nach Steuern	-856	43.622	6.747	
9	Sonstige Steuern	450	364	0	87
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-1.306**	**43.258**	**6.747**	**-44.564**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
KKM Service GmbH	12	11	8	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKM Gebäude GmbH	112	113	113	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

./.

6.2.6 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

A) Ziele der Beteiligungen
Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Summe	**25.050 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:
Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe
Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:
1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

b) Geschäftsführung Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.893	10.017	13.349	-3.124
Sachanlagen	37.224	43.434	52.093	-6.210
	44.117	53.451	65.442	-9.334
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.382.987	1.790.125	1.489.689	592.862
Liquide Mittel	344.780	344.227	217.781	554
	2.727.767	2.134.352	1.707.470	593.415
C Rechnungsabgrenzungsposten	6.318	5.946	5.112	371
Summe Aktiva	**2.778.202**	**2.193.749**	**1.778.024**	**584.453**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.638.336	1.345.106	1.015.032	293.230
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	344.099	293.230	330.074	50.868
	2.008.095	1.663.996	1.370.766	344.099
B Rückstellungen	476.260	332.663	286.368	143.597
C Verbindlichkeiten	293.847	197.090	120.891	96.757
Summe Passiva	**2.778.202**	**2.193.749**	**1.778.024**	**584.453**

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	4.561.445	3.809.606	3.503.798	751.840
2	Sonstige betriebliche Erträge	129.249	334.545	328.857	-205.297
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	564.855	444.288	373.982	120.567
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	204.570	191.573	182.550	12.996
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	360.285	252.714	191.432	107.571
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.665.977	2.501.436	2.180.413	164.541
a)	Löhne und Gehälter	2.193.080	2.063.429	1.806.564	129.651
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	472.897	438.008	373.849	34.889
5	Abschreibungen	15.573	15.184	17.589	389
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.124.380	908.572	944.546	215.808
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.524	21.835	16.547	5.689
	davon aus verbundenen Unternehmen	27.387	21.661	15.882	5.726
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	310	350	290	-40
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	347.123	296.156	332.381	
10	Sonstige Steuern	3.024	2.926	2.307	98
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**344.099**	**293.230**	**330.074**	**50.868**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	120,5	113	111	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Abrechnungsfälle SGB V	359	345	340	durchschnittliche Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	275	255	249	durchschnittliche Zahl pro Monat
Tagepflegeplätze gesamt	35	35	35	Mechernich, Schleiden und Zülpich
Auslastung Tagespflege-einrichtungen gesamt	84,3 %	74,1 %	55,0 %	

7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: http://www.rvk.de/

A) Ziele der Beteiligung
Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2016	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	**3.579.200 €**	**100,00 %**

Im August 2016 wurde der Gesellschafter für den Rhein-Sieg-Kreis, die Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (VLG), mit seinem gesamten Geschäftsanteil von 12,5 % auf die Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK) verschmolzen.

Gesellschafter 31.12.2016	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400 €	12,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	**3.579.200 €**	**100,00 %**

Die RVK ist beteiligt an der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,

nachrichtlich:
Der Kreistag hat am 12.07.2017 einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt. Gleichzeitig stimmte er der Abtretung von jeweils 2,5 % Anteilen an der RVK GmbH durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, die Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, die Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH zu (V 325/2017). Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse erfolgte bis zum 15.09.2017 noch nicht.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011). In seiner Sitzung am 25.03.2015 hat der Kreistag einer weiteren Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt (V 94/2015). Hiernach sind negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die notarielle Beurkundung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 21.08.2015.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	120 54702	5.256.000 €	5.482.030 €	6.294.305 €

erhaltene Zahlungen (ohne Steuern) *		
2016	**2015**	**2014**
531.200 €	686.250 €	379.540 €

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1) nachgewiesen

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter)
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung
Hans Schmitz (SPD)

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat
Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 21 T€.

c) Geschäftsführung	Gesamtbezüge 2016
Eugen Puderbach	213 T€

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Regionalverkehr Köln GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	388.376	588.751	854.053	-200.375
Sachanlagen	32.610.674	34.822.487	37.953.442	-2.211.814
Finanzanlagen	236.383	239.394	290.444	-3.011
	33.235.433	35.650.633	39.097.939	-2.415.200
B Umlaufvermögen				
Vorräte	158.984	186.152	179.424	-27.168
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.812.477	6.595.723	6.722.917	-783.246
Liquide Mittel	11.881.753	12.657.122	16.844.960	-775.370
	17.853.213	19.438.997	23.747.301	-1.585.784
C Rechnungsabgrenzungsposten	81.970	102.384	129.332	-20.414
Summe Aktiva	**51.170.616**	**55.192.014**	**62.974.572**	**-4.021.398**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920		
Kapitalrücklage	6.594.207	6.258.207	7.885.455	336.000
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	4.337.265	3.871.760	5.685.993	465.505
	14.863.222	14.061.717	17.861.118	801.505
B Sonderposten	5.169.764	7.122.340	9.280.688	-1.952.576
C Rückstellungen	5.831.873	10.650.790	9.147.917	-4.818.917
D Verbindlichkeiten	24.749.252	22.884.400	26.182.057	1.864.852
E Rechnungsabgrenzungsposten	556.505	472.768	502.792	83.738
Summe Passiva	**51.170.616**	**55.192.014**	**62.974.572**	**-4.021.398**

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	388.378	588.753	854.055	-200.375
Sachanlagen	32.612.219	34.824.553	37.956.076	-2.212.335
Finanzanlagen	9.383	12.394	63.444	-3.011
	33.009.980	35.425.701	38.873.576	-2.415.721
B Umlaufvermögen				
Vorräte	158.984	186.152	179.424	-27.168
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.841.442	6.608.650	6.739.575	-767.208
Liquide Mittel	12.267.163	13.496.988	17.149.639	-1.229.825
	18.267.589	20.291.790	24.068.638	-2.024.201
C Rechnungsabgrenzungsposten	85.366	107.633	129.332	-22.267
Summe Aktiva	**51.362.935**	**55.825.124**	**63.071.545**	**-4.462.188**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920		
Kapitalrücklage	6.591.336	6.255.336	7.882.583	336.000
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	4.354.357	3.888.852	5.703.085	465.505
	14.877.917	14.076.412	17.875.812	801.505
B Sonderposten	5.169.764	7.122.340	9.280.688	-1.952.576
C Rückstellungen	6.606.256	11.276.173	9.522.847	-4.669.917
D Verbindlichkeiten	24.152.493	22.877.431	25.889.405	1.275.062
E Rechnungsabgrenzungsposten	556.505	472.768	502.792	83.738
Summe Passiva	**51.362.935**	**55.825.124**	**63.071.545**	**-4.462.188**

Regionalverkehr Köln GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	67.505.315	67.426.541	66.203.201	78.774
2	Sonstige betriebliche Erträge	21.015.941	16.201.285	20.449.449	4.814.656
3	Materialaufwand, davon:	51.168.456	47.832.381	46.503.204	3.336.075
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.171.994	5.523.260	6.332.941	-351.266
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	45.996.462	42.309.121	40.170.264	3.687.341
4	Personalaufwand, davon:	19.732.579	20.135.795	20.638.050	-403.216
a)	Löhne und Gehälter	16.452.133	16.721.847	17.022.184	-269.714
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.280.446	3.413.949	3.615.866	-133.502
5	Abschreibungen	7.197.875	7.153.521	7.852.209	44.354
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.399.802	7.407.028	8.028.952	992.774
7	Erträge aus Beteiligungen	0	0	3.000	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Erträge aus Gewinnabführung	21.131	18.663	25.601	2.468
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.867	7.882	21.168	-5.014
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	579.806	596.418	669.700	-16.612
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
11	Ergebnis nach Steuern	**1.466.736**	529.227	3.010.304	937.510
12	Sonstige Steuern	39.422	26.151	39.778	13.271
13	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.427.314**	**503.076**	**2.970.526**	**924.239**
14	Gewinnvortrag	1.871.760	3.185.993	1.852.209	-1.314.233
15	Entnahme aus Kapitalrücklage	1.038.191	182.691	863.258	855.499
16	**Bilanzgewinn**	**4.337.265**	**3.871.760**	**5.685.993**	**465.505**

Konzern Regionalverkehr Köln - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	65.461.735	65.296.902	64.063.273	164.833
2	Sonstige betriebliche Erträge	21.059.527	16.268.177	20.425.263	4.791.350
3	Materialaufwand, davon:	34.430.162	33.075.665	32.949.868	1.354.496
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.123.273	5.474.251	6.284.719	-350.978
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	29.306.889	27.601.414	26.665.149	1.705.475
4	Personalaufwand, davon:	34.271.164	32.631.482	31.861.327	1.639.682
a)	Löhne und Gehälter	28.570.890	27.168.429	26.371.834	1.402.461
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.700.274	5.463.053	5.489.492	237.221
5	Abschreibungen	7.198.396	7.154.089	7.852.963	44.307
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.574.661	7.583.824	8.166.660	990.837
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.867	7.882	21.482	-5.014
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	582.851	598.599	671.734	-15.749
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	**1.466.896**	529.301	3.010.465	
10	Sonstige Steuern	39.582	26.225	39.939	13.357
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.427.314**	**503.076**	**2.970.526**	**924.239**

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2016

„Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen ist weiterhin dadurch geprägt, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen treffen. Gleichzeitig befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem Veränderungsprozess.

Das sich nähernde Ende der Übergangsfrist der EU-VO(EG) 1370/2007 führt zu verstärkten Aktivitäten sowohl im Ausschreibungsbereich als auch zu Direktvergaben von Personenverkehrsdiensten. Die nicht immer eindeutige Rechtslage (bedingt durch Auslegungsspielräume der maßgeblichen EU-VO (EG) 1370/2007) führt bundesweit zu einer Fülle von vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren.

Die grundsätzliche Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste, indem sie sich zwischen der Finanzierung durch öffentliche Dienstleistungsaufträge oder durch allgemeine Vorschriften entscheiden können, wurde in Nordrhein-Westfalen durch Änderung des § 11 a ÖPNVG bestärkt.
Hierzu sind zwischenzeitlich Entscheidungen ergangen. Demnach steht es wie in der Vergangenheit im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt. Die RVK sieht daher weiterhin verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.
Zu beachten sein wird künftig insbesondere die EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EU-VO 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit begonnen. Hierzu ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-VO 1370/2007 erfolgt. Allerdings hat der Gesellschafter REVG vor dem Landgericht Köln Klage gegen die Gesellschaftsvertragsänderung erhoben. Die Klage wurde mit Urteil vom 14. April 2016 abgewiesen. Die von der Klägerin eingelegte Berufung wurde mit Urteil vom 14. Oktober 2016 abgewiesen. Da das OLG Düsseldorf die Änderung der Satzung an zwei Positionen von der formal notwendigen aber auch rechtlich verpflichteten Zustimmungserklärung der REVG abhängig gemacht hat, sind seitdem Bemühungen erfolgt die Zustimmungserklärung zu erlangen. Diese wurde nach Gesellschafterbeschlüssen in der 112. Sitzung der Gesellschafterversammlung in Aussicht gestellt.
Zudem wurden Gespräche über künftige öffentliche Dienstleistungsaufträge eingeleitet. Es wird nun zur Sicherstellung von für die Zukunft rechtssicheren Gestaltungen für die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK für den Gesellschafter bzw. Aufgabenträgerkreis ein Vorschlag unter Berücksichtigung der EU-VO (EG) 1370/2007, des neuen PBefG, des ÖPNVG NRW, des TVgG NRW und der aktuellen Rechtsprechung erarbeitet.
Eine Vorabbekanntmachung für einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK ist erfolgt. Die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer haben zu Beschlüssen der Vergabekammer geführt, die die Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die RVK durch den Rhein-Sieg-Kreis untersagen. Gegen die Beschlüsse der Vergabekammer vom 29. April 2016 sind sofortige Beschwerden beim OLG Düsseldorf eingelegt worden. Mit Beschluss des Vergabesenats des OLG Düsseldorf am 3. Mai 2017 wurden dem europäischen Gerichtshof Vorlagefragen gestellt, welche die Einhaltung des Kontroll- und des Tätigkeitskriteriums bei der Direktvergabe des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK betreffen. Aufgrund des erwarteten Zeitlaufes bis zu einer Entscheidung des EuGH fährt die RVK derzeit die Fahrleistungen im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis auf der Basis einer Notmaßnahme nach Art. 5 Abs. 5 der VO1370/2007 und einstweiligen Erlaubnissen nach PBefG.
Zur Sicherung der durch die Stadtbusgesellschaften Euskirchen, Hürth, Brühl und Wesseling beauftragten Verkehre wurden satzungsändernde Beschlüsse der RVK eingeleitet, um eine Beteiligung der Stadtbusgesellschaften an der RVK zu ermöglichen und damit die Vergabe der Aufträge im Wege der Inhouse-Vergabe zu ermöglichen. Der Erwerb von Anteilen an der RVK wurde durch ein Kaufangebot der SSB-GmbH über vier Anteile zu je 2,5 % eingeleitet.
Zwischen Vertretern der RVK und der REVG haben im Verlauf des Jahres 2016 und darüber hinaus Gespräche stattgefunden, in denen die Möglichkeit für eine weitere Zusammenarbeit erörtert wurde.
Gegenstand dieser Gespräche sind bislang verschiedene Modelle, die sicherstellen sollen, dass es auch künftig zu einer guten Versorgung mit ÖPNV-Dienstleistungen im REK kommt. Dabei sollte die weitere wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen gesichert und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine positive Zukunftsperspektive erhalten werden.
Die Beteiligten seitens REK und REVG sind sich darin einig, dass die laufenden Gespräche eine Grundlage für die Klärung aller übrigen Themen bilden können. Das betrifft auch die laufenden Verfahren sowie die Frage der Veränderung der Gesellschafterstruktur, insbesondere die Aufnahme weiterer Gesellschafter, wie vorstehend dargestellt.
Die Beteiligten stimmen auch weiter darin überein, dass es zu einer möglichst kurzfristigen Einigung kommen muss, um die gemeinsamen Ziele nicht zu gefährden.
Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen - im Wesentlichen Gesellschafter der RVK - erbracht.
Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrahmens entsprechen jedoch nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten, Systems. Insbesondere die zu erwartenden oder bereits eingetretenen demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region machen ein weitgehend

nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.
Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang" seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen, „ad hoc-Haltestellen" einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr 2016 sind die Gesamtfahrleistungen im RVK-Konzern gestiegen und umfassen insgesamt 26,44 Mio. Km (Vorjahr 25,23 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen. Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 94% des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden. Bei beiden Verkehren ist im Geschäftsjahr 2016 ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG 8,46% (+894.469 Km) auf insgesamt 11.467 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen 1,65% (+218.155 Km) auf insgesamt 13.428 Tkm.
Eine Minderung hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 35,94% (-20.313 Km) gesunken. Bei den TaxiBus-Leistungen und dem Verkehr nach der Freistellungsverordnung sind jeweils Zugänge zu verzeichnen. Diese betragen 16,86% (+174.696 Km) beim TaxiBus und 63,61% (+47.998 Km) bei den freigestellten Verkehren. Eine geringfügige Steigerung in Höhe von 3,16 % (+108 Km) ist bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG festzustellen.
Beim Notverkehr ist die Fahrleistung um 57,83 % zurückgegangen (-3.252 Km).
Wie in den Jahren zuvor wird die RVK angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot anregen, wenn und soweit durch andere, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote (RufoderTaxiBus) ein öffentliches Mobilitätsangebot sichergestellt werden kann. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des jeweiligen Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.
Der Verlauf des Geschäftsjahres 2016 kann zusammenfassend als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen und in einem Umfang von ca. 5.664 T€ getätigt worden.
Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 5.664 T€. Die Investitionen wurden überwiegend im Bereich Busbeschaffung (4.294 T€) und Abfertigungssystem AVIS (1.124 T€) getätigt.
Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 1.230 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Minderung 775 T€.
Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.
Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 4.462 T€ auf 51.363 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 4.021 T€ auf 51.171 T€.
Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2016 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 32,21% (Vorjahr 28,90%). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 32,31% (Vorjahr 29,25%).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.
Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 3.040 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 13.577 T€. Dieser Schuldenstand betrifft nur die Muttergesellschaft.
Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.
Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht - auf Grund der unteijährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen

zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.
Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.
Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.
Im Berichtsjahr 2016 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2016 TEUR	2015 TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.661	6.237
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-4.271	-3.795
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.835	-6.630
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-775	-4.188
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	12.657	16.845
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.882	12.657

Ertragslage
Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2016 in Höhe von rd. 1.427 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe) ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Außerdem erfolgte im Geschäftsjahr 2016 die Veräußerung des Betriebsgrundstückes in Bergheim, mit einer Ergebnisauswirkung in Höhe von 1,24 Mio. € und eine Anpassung/Erhöhung der Rückstellung für die Rückzahlungsverpflichtung der RVK an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg für das Jahr 2015 in Höhe von 612 T€.
Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund des positiven handelsrechtlichen Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 13.531 T€ keiner ertragsteuerlichen Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.
Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.
Eine Steigerung in Höhe von insgesamt ca. 165 T€ auf 65.462 T€ ergibt sich im RVK-Konzern bei den Umsatzerlösen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 79 T€ auf 67.505 T€.
In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Minderung zu verzeichnen (-0,12%). Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ergibt sich ebenfalls eine Minderung (-0,94%). Beim freigestellten Schülerverkehr ist eine Steigerung festzustellen (+9,20%). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind im Vorjahresvergleich gestiegen (+1,59 %).
Eine Steigerung um 73 T€ (+10,93%) - nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen - ist bei den Abgeltungen nach SGB IX festzustellen.
Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.622 T€ (-2,19%).
Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 4.029 T€ auf 84.474 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 3.970 T€ auf 86.499 T€.
Eine Zunahme ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 1.640 T€. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 403 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Steigerung um insgesamt 12 Personen (RBR +44, RVK -32).
Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 1.354 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 3.336 T€.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 991 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 993 T€ gestiegen.
Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 516 T€ aufgewendet.
Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zinserträge in Höhe von 3 T€ gegenüber. Diese Erträge betreffen nur die Muttergesellschaft RVK.
Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht
Abschluss des Restrukturierungsprozesses im Zuge der Neuordnung im Oberbergischen

Kreis
Die Gesellschafterversammlung der RVK hat in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2013 aus betrieblichen und vergaberechtlichen Gründen den Rückzug aus dem Oberbergischen Kreis durch Betriebsteilübergang der Niederlassung Gummersbach und der Zweigniederlassung Waldbröl an die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land (VBL), bei gleichzeitiger Veräußerung der Liegenschaften, Anlagen und Fahrzeuge, beschlossen.
Nach Wegfall der verkehrlichen Betriebsleistung von rd. 2,2 Mio. km, bei gleichzeitiger Übertragung der hierfür erforderlichen Personale sowie Veräußerung der Betriebsmittel und Liegenschaften auf die VBL/OVAG und Dritte, wurde die RVK um den hierfür erforderlichen finanziellen Aufwand entlastet. Hiervon unberührt blieben die Kosten der Hauptverwaltung der RVK, da Personal und Betriebsmittel zur Steuerung und Verwaltung der Verkehrsleistung von rd. 2,2 Mio. km nicht übertragen werden konnten.
Der hierfür in der RVK (Hauptverwaltung) verbleibende Aufwand wurde für das Basisjahr 2013 in Höhe von 800.000,-- € (Remanenz-Kosten) festgestellt. Zum Abbau dieser Kosten wurde ebenfalls in der Sitzung der Gesellschafterversammlung am 18. Dezember 2013 ein Restrukturierungsplan für den Zeitraum vom 01.01.2014 bis 31.12.2017 beschlossen, der bis zum 31.12.2017 den kompletten Abbau der Remanenz-Kosten in der Hauptverwaltung durch Personal- und Sachkostenabbau bei gleichzeitiger Ertragssteigerung durch Fahrleistungsmehrungen und Dienstleistungen für Dritte vorsah.
Aus den außerordentlichen Erträgen der Vermögensveräußerung der Liegenschaften, Fahrzeuge und Anlagen wurde eine „Restrukturierungsrücklage" (als Teil des Bilanzgewinnes/der Gewinnrücklage) zum Ausgleich der Remanenz-Kosten gebildet. Im Restrukturierungsplan waren an außerordentlichen Erträgen 1.415.000,-- € veranschlagt die jahresbezogen zum Ausgleich von nicht eliminierten Kosten bis zum Ende des Restrukturierungszeitraums zum 31.12.2017 vorgesehen waren.
Heute, zum Ende des Jahres 2016 kann festgestellt werden, dass der Restrukturierungsplan frühzeitig erfüllt bzw. im positiven Sinne übertroffen wurde.
Aus den Vermögensveräußerungen wurden ursprünglich 1.415.000,-- € an Erlösen erwartet. Tatsächlich konnten außerordentliche Erträge in Höhe von 1.585.914,10 € erzielt werden.
Den im Plan vorgesehenen Dienstleistungen für OVAG/VBL in Höhe von 400.000 €/J stehen tatsächliche Erträge von bisher dauerhaft rd. 380.000 €/J (ca. 20.000 € unter Plan) gegenüber. Die Kostenreduzierung im Personal- und Sachkostenbereich entwickelte sich dafür positiver als im Modell ursprünglich geplant. So konnten bisher 7 Vollzeitstellen und damit 350.000 €/J eingespart und die lt. Plan erforderliche Summe von 300.000 €/J bis Ende 2017 bereits heute um 50.000 €/J übertroffen werden.
Dem Wegfall der Verkehrsleistungen im OBK zum 31.12.2013 in einem Umfang von rd. 2,2 Mio. km stehen seitdem mit Stand Fahrplanwechsel Dezember 2016 Fahrleistungsmehrungen von rd. 1,7 Mio. km mit den entsprechenden Umsatzsteigerungen bei gleichzeitigem Personalabbau in der Hauptverwaltung, wie vorstehend beschrieben, gegenüber.
Damit kann festgestellt werden, dass die erforderliche Restrukturierung, bedingt durch den Rückzug der RVK aus dem Oberbergischen Kreis, bereits zum 31.12.2016 und damit ein Jahr früher als geplant, erfolgreich abgeschlossen werden konnte.
Die Ausgleichsrücklage, als Teil der Gewinnrücklage, wird somit zum Ende des Jahres 2016 einen Bestand von rd. 850 T€ ausweisen, mehr als 500 T€ über Plan.

Umsetzung von Ergebnissen der Organisationsanalyse
Zum Abbau von durch den Wegfall des Fahrleistungsauftrages im Oberbergischen Kreis entstehenden Remanenz-Kosten und zur Verbesserung der Kostenstruktur der RVK wurde die Einleitung von Restrukturierungsmaßnahmen in der allgemeinen Verwaltung der RVK angestoßen.
Nachdem durch die in dieser Fragestellung renommierte Unternehmensberatung Prof. Wieselhuber und Partner, München, eine Organisationsanalyse zur Feststellung von Kostensenkungs- und Effizienzpotentialen erstellt worden ist bei der durch Tätigkeitsstrukturanalysen (ISA) stellenbezogene Profile erstellt Schnittstellenaufwand überprüft und Organisationsstrukturen analysiert worden sind, wurden als Ergebnis Potentiale festgestellt die durch Organisationsänderungen gehoben werden könnten. Die Sachkosten wurden auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten geprüft und mögliche Einnahmenverbesserungen identifiziert.
Die Geschäftsführung hat hieraus eine Veränderung der Organisationsstruktur erarbeitet. Hierbei wurden die Zielsetzungen der Zusammenführung von Führungsebenen insbesondere im Bereich Betrieb, der Zuordnung typischer Stabsfunktionen und Entlastung der Linie von Stabs und Projektfunktionen, der Eingliederung von Betriebs- und Einsatzplanung in den Geschäftsbereich „Produktion" und IT-Informationstechnik in den Geschäftsbereich „Wirtschaft", der Verkürzung des EBE-Prozess (EBE-erhöhtes Beförderungsentgelt „Schwarzfahrer") und der Verstärkung des Bereiche „Personalentwicklung" und „Ausbildung" zur Steigerung der multiplen Verwendbarkeit vorhandener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer ganzheitlich durchzuführenden Ausbildung neu einzustellenden Fahrpersonals beachtet.
Der positive, mittelfristige Effekt wird weiterhin mit ca. 695 T€ eingeschätzt.
Die konkrete (einzelfallbezogene) Umsetzung wird aufgrund vertraglicher Bindungen (z.B. im Auftragsunternehmerbereich oder Mietverträgen bei den Sachkosten oder Arbeitsverträgen) schrittweise erfol-

gen, so dass identifizierte Potentiale nicht gleichzusetzen sind mit sofortigen Einsparungen. Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Potentiale nicht inflationiert sind und tarifvertragliche Veränderungen nicht antizipiert wurden.
Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde unmittelbar 2014 begonnen. Mit Stand April 2017 sind neun Vollzeitstellen (VZ) konkret abgebaut worden, mit einem Volumen von ca. 330 T€.
Ergänzend wurde eine Organisationsuntersuchung des betriebsnahen Verwaltungsdienstes auf den Niederlassungen vorgenommen, die nunmehr in die Umsetzung geht.
Bei Verfolgung des Zieles, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, rechnet die Geschäftsführung damit bis zum Jahre 2018 die Potentiale zu heben.
Es ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass sich weitere gesetzliche, bürokratische oder beauftragte Anforderungen an den Personalbestand nicht abschließend absehen lassen.
Zur Umsetzung der Einsparpotentiale von ca. 500 T€ im Sachkostenbereich sind Arbeitsgruppen gebildet und Prüfaufträge ergangen. Der wesentliche Teil der Einsparung wird im Bereich des Kraftstoffverbrauchs unter konsequenter Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen wie „clever lenken, Kosten senken", umfassende Schulungsmaßnahmen und weitere Umstellung der Fahrzeugflotte auf energiesparende Antriebsarten gesehen. Letzter Punkt steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Überlegungen zur Erreichung des Zieles „Null-Emission".
Weiter sind Buswartungskosten durch Umstellung der Systematik von Wartungsverträgen und Verjüngung der Busflotte einsparbar. Die sinkenden Personalzahlen werden Senkung von Mietkosten und ggf. Konsequenzen im Fuhrpark erzeugen. Schließlich sind laufende Anpassungen im Bereich Serverkosten und Kommunikationskosten vorgesehen. Auch in diesem Bereich ist darauf hinzuweisen, dass die Effekte ggf. durch gegenläufige Tendenzen (insbesondere bei Kraftstoffkosten und Kosten der Buswartung) neutralisiert werden.
Die vollständige Ergebniswirksamkeit wird ab Geschäftsjahr 2019 erwartet.
Darüber hinaus wird durch die Geschäftsführung eine grundsätzliche Änderung der konzerninternen Rahmenbedingungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Fahrpersonal forciert, welche einerseits externe Kosten in erheblichem Umfang einsparen soll und andererseits aufgrund der Arbeitsmarktsituation unabdingbar notwendig ist. Aktuell werden bundesweit mehrere tausend Busfahrerinnen und Busfahrer gesucht. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren weiter verstärken und führt heute bereits zu einem Wettbewerb um die entsprechenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region
Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2016 fortgeführt.
Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)" als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM)".
Im Sinne der Übertragbarkeit von Einzelmaßnahmen aus RegioM auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit im Mittelpunkt der weiteren Projektumsetzung. Die RVK begleitet die weiteren Schritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus.
Die Untersuchungsreihe „MoSiM" wurde fortgesetzt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden in der Stadt Rösrath in 2015 Maßnahmen aus der in 2014 abgeschlossenen Untersuchung umgesetzt. Weitere Maßnahmen folgten in den Städten Rösrath und Bergisch Gladbach in 2016. So beinhaltete die MoSiM-Studie in der Stadt Bergisch Gladbach die Schlussfolgerung, dass man eine bessere Mobilität durch eine neue Quartierbuslinie im Stadtteil Bensberg erreichen könnte, die kleinräumig die Wohnortlagen mit den Versorgungsstätten sowie mit anderen relevanten Einrichtungen und Zielen (z. B. der Friedhof in Bensberg) für insbesondere ältere und mobilitätsbeeinträchtigte Menschen verbindet.
Der so genannte Bensberger Stadthüpfer, ein Midi-Bus (>15 Sitze), der auf zwei verschiedenen Hauptschleifen, die jeweils am Busbahnhof (hier gibt es eine Verknüpfung zur Stadtbahnlinie 1 der KVB) beginnen bzw. enden, hat am 26. September 2016 den Betrieb aufgenommen. Er fährt montags bis freitags stündlich zwischen 9.15 und 16.15 Uhr sowie samstags bis 12.15 Uhr.
In der Stadt Wermelskirchen ist die in 2015 begonnene MoSiM-Untersuchung ebenfalls in 2016 abgeschlossen worden. Sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie Aufwertung von Haltestellen, als auch verkehrliche Verbesserungen durch Taktverdichtungen und Ausweitung des Angebotes, insbesondere durch Taxibusverkehre, sind bereits umgesetzt.
Darüber hinaus beteiligt sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsam vom Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis ins Leben gerufenen Leader-Wettbewerbs. Im Projektraum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Fahrrad-Bus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die „Große Dhünn-Talsperre" und die Talsperren des Wasserquintetts erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Das Projekt erhält im zweiten Schritt eine energetische Komponente durch den Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge. Es wird eine „blaue Linie" kreiert auf deren (Teil-

)Streckenverlauf ein Wasserstoffbus die Erschließung unter dem Titel „Mit Wasserstoff ins Wasserland" sichert. Über den Antrag wurde im Rahmen des Leader-Wettbewerbs im November 2016 durch die Jury positiv entschieden, so dass der Fahrradbus voraussichtlich im Juni 2017 startet.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Ebenfalls beinhaltet dies die ständige Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Somit wurden die Forderungen der europäischen Richtlinie der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes und des daraus entstandenen Bundesgesetzes (EDG-L) an allen Standorten (Hauptverwaltung, eigene bzw. angemietete Betriebshöfe, KundenCenter) bis zum Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die RVK hat nach externen Audits durch die TÜV-Rheinland GmbH im September 2016 ein zertifiziertes Energiemanagement nach ISO 50001.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet, transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen jeweils die höchste Umweltnorm, aktuell die Schadstoffklasse Euro 6, einhalten.

Im Jahr 2017 wird der Fuhrpark um zwei zusätzliche Midi-Busse erweitert. Diese Fahrzeuge werden auf Linien mit niedriger Fahrgastnachfrage eingesetzt. Durch das geringere Gewicht wird erheblich weniger Kraftstoff verbraucht. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz. Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Projektumsetzung E-PKW

Alle zehn PKW mit alternativen Antrieben sind weiterhin für die RVK im Einsatz. Die Verträge für die kostenlose Nutzung der zwei Transit Connect Electric wurden auch im Jahr 2016 verlängert. Da beide Fahrzeuge störungsfrei eingesetzt werden, wurde der Leihvertrag auch für das Jahr 2017 abgeschlossen.

Projektumsetzung Wasserstoff - Brennstoffzellen-Hybridbusse

Um die angestrebten Klimaschutzziele des Unternehmens erreichen zu können, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission" ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich emissionsfreie bzw. klimaneutrale Fahrzeuge anzuschaffen. Parallel zu diesen Bemühungen soll die benötigte Infrastruktur aufgebaut sowie bereits bis 2030 eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Die sich seit September 2011 im Einsatz befindlichen 18 Meter Frototypen-Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs Phileas wurden Ende 2016 aus dem Betrieb genommen. Gründe hierfür waren zum einen das Ende des fünfjährigen Förderprojekts zum anderen zeigte der niederländische Hersteller kein Interesse, die RVK beim Weiterbetrieb der Busse über das Projektende hinaus zu unterstützen. Somit werden aktuell zwei Van Hool A380 FC im Linienverkehr der Städte Hürth und Brühl eingesetzt.

Die RVK ist aktuell weiterhin einziger Betreiber von Brennstoffzellen-Hybridbussen in NRW und verfügt dadurch über einen signifikanten organisatorischen, betrieblichen und technischen Wissensvorsprung.

Um den angestrebten Ausbau der Hz-Busflotte voranzutreiben, hat die RVK 2016 und 2017 mehrere Förderanträge - teils als Partner in europäischen Konsortien - gestellt. Ziel dieser Bemühungen ist es, die Fahrzeugflotte um 30 neue Brennstoffzellen-Hybridbusse zu erweitern und an den RVK-Standorten in Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) und Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) jeweils eine Wasserstofftankstelle zu errichten. Zudem soll die bestehende H2-Tankstelle in Hürth ausgebaut und damit die Kapazität erweitert werden und es werden Verhandlungen bezüglich der Nutzung der am Flughafen Köln/Bonn entstehenden Wasserstofftankstelle zur Betankung von RVK-Bussen geführt.

Am 24. und 25. Januar 2017 fand das so genannte Kickoff Meeting für die EU-FörderprojekteJIVE[2] und MEHRLIN[3] in Köln statt. In beiden Projekten ist die RVK Partner.

Mit der Lieferung der ersten neuen Brennstoffzellen-Hybridbusse ist ab Ende 2018 zu rechnen. Die Tankstellen sollen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls funktionsfähig sein.

Die RVK hat des Weiteren einen Bedarf nach weiteren zehn zusätzlichen Brennstoffzellen-Hybridbussen im Zuge des so genannten JIVE 2 Projektes angemeldet. Der Förderaufruf hierfür ist Anfang des Jahres veröffentlicht worden. Der entsprechende Förderantrag wurde eingereicht.

---

[2] Joint Initiative für Hydrogen Vehicles Across Europe

[3] Models for Economic Hydrogen Refuelling Infrastructure

Projektumsetzung (Bio-) Erdgasbusse

Mitte 2016 fand ein weiterer Test eines Erdgasbusses im Kreis Euskirchen statt. Diesmal wurde ein Bus des Fahrzeugherstellers „Evobus" getestet. Das Fahrzeug wurde störungsfrei sowohl im Regional- als auch im Stadtverkehr eingesetzt. Im Gegensatz zum ersten Test wurde der Bus nicht an einer Erdgas-Tankstelle für PKW sondern an einer Erdgas-Tankstelle für Nutzfahrzeuge in Kall (Kreis Euskirchen) betankt.

Hierdurch war erstmalig die vollständige Betankung des Busses möglich. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Erdgasbusse über die notwendige Reichweite verfügen, um auf allen Umläufen im Kreis Euskirchen eingesetzt zu werden. Das Fahrpersonal war von den Fahreigenschaften des Busses begeistert.

Im August/September 2017 sollen die ersten drei Erdgasbusse im Kreis Euskirchen zum Einsatz kommen. Sie ersetzen drei Busse, welche derzeit noch als Nationalpark-Shuttle auf der Linie SB 82 zum Einsatz kommen und 2017 auf Grund ihres Alters zur Ausmusterung anstehen. Sie werden auf dem Weg zwischen Einsatzort und Betriebshof in Kall betankt.

Im Rahmen der regulären Fahrzeugausmusterung sind folgende Ersatzbeschaffungen in den Jahren 2018 bis 2020 geplant:

Jahr	Erdgasfahrzeuge	Einsatzgebiet
2018	10	Regionalverkehr
2019	9	Stadtverkehr
2019	13	Regionalverkehr
2020	8	Stadtverkehr

Durch die zügige Umstellung des Fuhrparks wird gewährleistet, dass die Erdgastankstelle des kommunalen Energieversorgers „e-regio" auf dem Betriebshof der RVK in der Stadt Euskirchen wirtschaftlich betrieben werden kann und die RVK den von der Abnahmemenge abhängigen, günstigeren Preis für den alternativen Energieträger Bio-Erdgas erhält.

Die „e-regio" wird mit dem Bau der Erdgas-Tankstelle beginnen, sobald die öffentlichen Dienstleistungsaufträge der RVK mit Kreis und Stadt Euskirchen gesichert sind. Die Bauphase soll dann etwa 12 Monate dauern.

Im Juni 2017 wird mit den Vor-Untersuchungen für einen Einsatz von Bio-Erdgas-Bussen auch im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Oberbergischen Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis begonnen.

Am 15. Februar 2017 hat das Bundeskabinett die erhoffte Fortführung der Steuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff mindestens bis zum Jahr 2026 beschlossen. Die Steuerermäßigung wird bis zum Jahr 2024 im gleichen Umfang wie bisher gewährt. Für die Folgejahre ist eine Degression der Förderung vorgesehen.

Liegenschaft Betriebshof Bergheim (Erft) / Sachstand

Die RVK besaß und betrieb in Bergheim (Erft), Kölner Straße 16, einen Busbetriebshof. Im Februar 2014 wurde die Geschäftsführung der RVK durch Schreiben des Landrats des Rhein-Erft-Kreises, im Zusammenhang mit der geplanten Aufwertung der Innenstadt erstmalig über das Interesse der Stadt Bergheim am Betriebsgrundstück der RVK unterrichtet.

Die RVK-Geschäftsführung wurde darüber hinaus gebeten, die Eignung alternativer Betriebsgrundstücke zu prüfen und die REVG-Geschäftsführung über das Ergebnis zu informieren, wobei diese betonte, dass bei allen Varianten der reibungslose Betriebsablauf gewährleistet sein müsse.

Entsprechend der Bitte der REVG wurden mehrere Grundstücke in Bergheim und Kerpen unter Einbeziehung externen Sachverstandes einer eingehenden Überprüfung unterzogen, wirtschaftlich bewertet und die Ergebnisse der Stadt Bergheim und dem Rhein-Erft-Kreis mitgeteilt.

Da aber die Weiterbeauftragung der RVK durch die REVG / den REK über den 31. Dezember 2018 hinaus fraglich ist, wurde unter dem Blickwinkel eines möglicherweise nur noch bis Ende Dezember 2018 sicherzustellenden Betriebs als Alternative zur Investitionsentscheidung auch die Verkehrsbedienung von der bestehenden Zweigniederlassung auf dem Betriebsgelände der Fa. SOV in Hürth, aus geprüft und wirtschaftlich bewertet.

Beide vorstehend beschriebenen Varianten führen zu durch die REVG zu tragende Mehrkosten für die Verkehrsbedienung im Rhein-Erft-Kreis. Diese sind in ihrer Höhe unterschiedlich. Bei einer Investitionsentscheidung zum Herrichten eines neuen Betriebshofs - also im Falle eines Ankaufs eines neuen Grundstücks und Investitionen in Betriebshofanlagen bzw. Gebäude - ergeben sich durch die längerfristigen Gestaltungsmöglichkeiten, die Investitionssicherheit und weniger Leer-Kilometer geringere jährliche Kostensteigerungen.

Mit Schreiben vom 22. Januar 2016 wurde der REVG auch dieses Ergebnis mitgeteilt und um entsprechende Entscheidung der Kostentragung durch die REVG gebeten. Mit Schreiben vom 10.03.2016 teilte die REVG mit, dass sie dem für die Bedienung von Hürth aus vorgelegten Konzept zustimme und die Mehrkosten übernehme.

Damit war der Weg frei für die Veräußerung des Betriebsgrundstücks in Bergheim und die Verlagerung des Betriebshofes nach Hürth. Die RVK-Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 30.06.2016

einstimmig beschlossen, die zeitnahe Veräußerung des Betriebsgrundstücks Bergheim zu einem gutachterlich festgestellten Kaufpreis in Höhe von 1.475.000,-- € zum Zwecke der städtebaulichen Entwicklung an die Stadt Bergheim auf der Grundlage des vorliegenden notariellen Kaufvertragsentwurfs zu genehmigen. Des Weiteren stimmte die Gesellschafterversammlung der Übernahme der Kosten für die gutachterlich festgestellten und mit den Fachbehörden abgestimmten Sanierungsmaßnahmen wegen einer Bodenverunreinigung im Bereich der Dieseltanks auf dem Betriebsgrundstück der RVK bis zu einer Höhe von max. 150 T€ zu. Am 07. Juli 2016 wurde der Kaufvertrag unter Beisein des Notars von beiden Seiten unterschrieben. Am 15. September ist der Kaufpreis bei der RVK eingegangen.
Für die erforderliche Grundstückssanierung wurde im Jahresabschluss 2016 eine Rückstellung in Höhe von 150 T€ gebildet. Die Maßnahme wird voraussichtlich bis Mitte 2017 abgeschlossen sein.
Der Umzug der RVK-Niederlassung von Bergheim nach Hürth, Bonnstraße 262, erfolgte am ersten Oktober-Wochenende 2016. Der Betrieb läuft seit dieser Zeit im Wesentlichen reibungslos.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg
Die Situation der Einnahmenaufteilung im VRS ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräume einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Das formal erforderliche Schiedsverfahren nach dem zwischen den Verkehrsunternehmen geschlossenen Einnahmeaufteilungsvertrag hat nicht zu einer abschließenden Beschlussfassung über die Einnahmeaufteilung geführt. Eine einstimmige Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, in der Folge des Schiedsgutachtens, ist in der Sitzung des Beirates der Unternehmen im VRS am 13. März 2014 endgültig gescheitert.
Die zwischenzeitlich anhängigen Klageverfahren haben zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch keinen Abschluss gefunden. Versuche, zu einem Vergleich zu kommen, sind bisher zwar unternommen worden, jedoch noch nicht in Vergleichen gemündet. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist ein Vergleichsvorschlag vorgelegt und befindet sich in den Gremien der Vergleichsparteien in Abstimmung. Der Vergleich hat für die RVK zur Folge, dass die Abrechnungen der Jahre 2009 bis 2015 auf der Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 anerkannt werden. Infolgedessen verwirklicht sich derTatbestand, der bei der RVK in Erwartung dieser Abrechnungen zu Rückstellungen geführt hat.
Die RVK ist an keinem dieser Verfahren, weder als Klägerin, noch als Beklagte, beteiligt da sie der Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 zugestimmt hat.
Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 für die Geschäftsjahre 2009 - 2015 in Höhe von jährlich rd. 1,08 Mio. Euro berücksichtigt.
Nach einer, aus Sicht des Berichterstatters, verlässlichen mündlichen Zusage der Vertreter der anspruchsberechtigten Verkehrsunternehmen (prägend sind dies die DB Regio NRW AG und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG) entstehen dem RVK-Konzern keine Zinsverpflichtungen aus diesen, nach wie vor von einigen Unternehmen bestrittenen „offenen Forderungen", da sie ihre Zustimmung zur Ergebnisfeststellung der Verkehrserhebung 2009 gegeben hat.

Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
Nach dem am 01. Mai 2012 in Kraft getretenen Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) dürfen öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen."
Nachdem zunächst durch die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (repräsentative Tarifverträge VO - RepTVVO) festgelegt wurde, dass der repräsentative Tarifvertrag im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N) sei, ist zwischenzeitlich auch der TV NWO-ver.di für repräsentativ erklärt worden.
Insoweit die RVK öffentliche Dienstleistungsaufträge durch ihre Eigentümer erhält ist jedoch davon auszugehen, dass diese öffentlichen Dienstleistungsaufträge - im Rahmen einer Inhouse-Beauftragung - nicht von der Verpflichtung zur Anwendung des TV-N erfasst werden. Dennoch ist die Tendenz zum Abschluss deutlich höherer Tarifabschlüsse - auch aufgrund des Drucks der Gewerkschaften in Richtung TV-N - zu erkennen mit entsprechender Wirkung auf die Kosten.
Eine zwischenzeitlich eingereichte Klage des Arbeitgeberverbandes AGVDE, an welcher die RVK maßgeblich beteiligt ist, ist in erster Instanz zurückgewiesen worden, eine Berufung noch nicht zugelassen. Die Klagen des NWO gegen die Anwendung des Tariftreuegesetzes bzw. der TVVO sind zwischenzeitlich zurückgenommen worden.

Unmittelbare Auswirkungen durch das TVgG im Berichtszeitraum sind nicht eingetreten, da vorhandene Beauftragungen durch die Aufgabenträger und vorhandene Subunternehmerverträgen per se nicht betroffen sind.
Es ist darauf aufmerksam zu machen, dass das TVgG keine Anwendung auf eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehr hat - mangels Vergabevorgang.
Daher ist eine deutliche Unterschreitung der tariflichen Bezahlung der Mitarbeiter unter das Niveau des TV-N, der RVK/RBR-Haustarifverträge und des NWO-Tarifes, bei Beantragung eigenwirtschaftlicher Verkehre möglich.
Dies ist ein Kostenvorteil zulasten der Beschäftigten, der nicht der Intention des in der Praxis derzeit angewendeten TVgG entspricht, aber vor allem zu keiner angemessenen Vergütung der Arbeitsleistung der dort tätigen Mitarbeiter führt.
Es besteht für die Zukunft jedoch die berechtigte Hoffnung, dass der Druck auf den Arbeitsmarkt hinsichtlich der immer schwieriger werdenden Beschaffung von geeignetem Fahrpersonal, zu einer Bereinigung, zumindest bei den Vollzeitbeschäftigen bis zum Alter von 67 Jahren, führen wird.
Die Entwicklung am Arbeitsmarkt insgesamt, macht aber auch deutlich, dass eine selbstständig durchgeführte und umfassende Ausbildung von Fahrpersonal im RVK-Konzern selbst unerlässlich ist.
Inwieweit das aktuelle TVgG in NRW seine Gültigkeit behält, ist beim derzeitigen Stand der Regierungsbildung nach der Landtagswahl vom 14. Mai 2017, zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht absehbar.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289a HGB
Mit Datum vom 01.05.2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten. Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.
Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen" festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.
Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.
In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die aktuellen Mitglieder des Aufsichtsrates in der Regel bis zum Jahr 2020 bestellt sind. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von 1 Mitglied festgelegt."
In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.
Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu am 29. September 2015 eine Festlegung getroffen. In Anbetracht der nicht zu erwartenden Besetzung von Positionen der zweiten und dritten Führungsebene in der ersten Fristlaufzeit bis zum 30.06.2017 wurde festgestellt, dass keine Schaffung neuer Stellen der zweiten und dritten Führungsebene erfolgen wird, jedoch eine Zielgröße für den Fall von Neubesetzungen festgelegt wird.
Die Geschäftsführung hat eine Zielgröße von 30 % für die zweite und dritte Führungsebene festgelegt.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (R&C-Management)
Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern- Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.
Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen- Management" untersucht und ggf. neu bewertet. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des R&C-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage
Für die Jahre 2017 und 2018 werden lt. beschlossenem Wirtschaftsplan der RVK positive Betriebsergebnisse in Höhe von ca. 1.180 T€ bzw. 1.555 T€ erwartet. Wesentliche Veränderungen der Vermögens- und Finanzlage sind weder auf Ebene der Muttergesellschaft noch im Konzern zu erwarten. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dieser Jahre kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.
Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für die Jahre 2017 und 2018 liegen in einer Größenordnung von jeweils rd. 26,4 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung ergibt sich auch auf Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit jeweils 12,8 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit jeweils 13,6 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Arbeitsziele der Geschäftsführung
Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:
1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern werden u.a. Projekte wie die Weiterentwicklung des Tarif- und Vertriebssystems, Digitalisierung (Smarte Mobilität), „MoSiM" und „RegioM" sowie „Null Emission", als wesentliche Aspekte zur Verdeutlichung der Innnovationsfähigkeit des RVK-Konzerns verfolgt und aktualisiert.
Hierzu zählt insbesondere auch die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie zu einem bedeutenden Instrument der klimaschonenden Mobilität.
Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher das Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete permanent fortschreiben und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Eigentümern abstimmen.
Dies gilt ebenso für den Einsatz von Erdgas- oder Batterie-Bussen in ihrer Rolle als möglicher Bestandteil der Brückentechnologie im Nutzfahrzeugbereich, hin zur Erreichung des Ober-Ziels „Null Emission".
Ebenfalls ist beabsichtigt, die erforderlichen Kapazitäten zur umfassenden Ausbildung von geeignetem Fachpersonal, insbesondere im Bereich des Fahrbetriebs, weiter auszubauen und zu optimieren. Die Heranführung von motivierten und leistungsbereiten Menschen in das Unternehmen und die Fortbildung der bereits hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist eine der weiteren zentralen Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns.

Köln, 18. Mai 2017
Regionalverkehr Köln GmbH
Eugen Puderbach
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
RVK GmbH	408	440	470	-
RVK Konzern	794	782	789	-

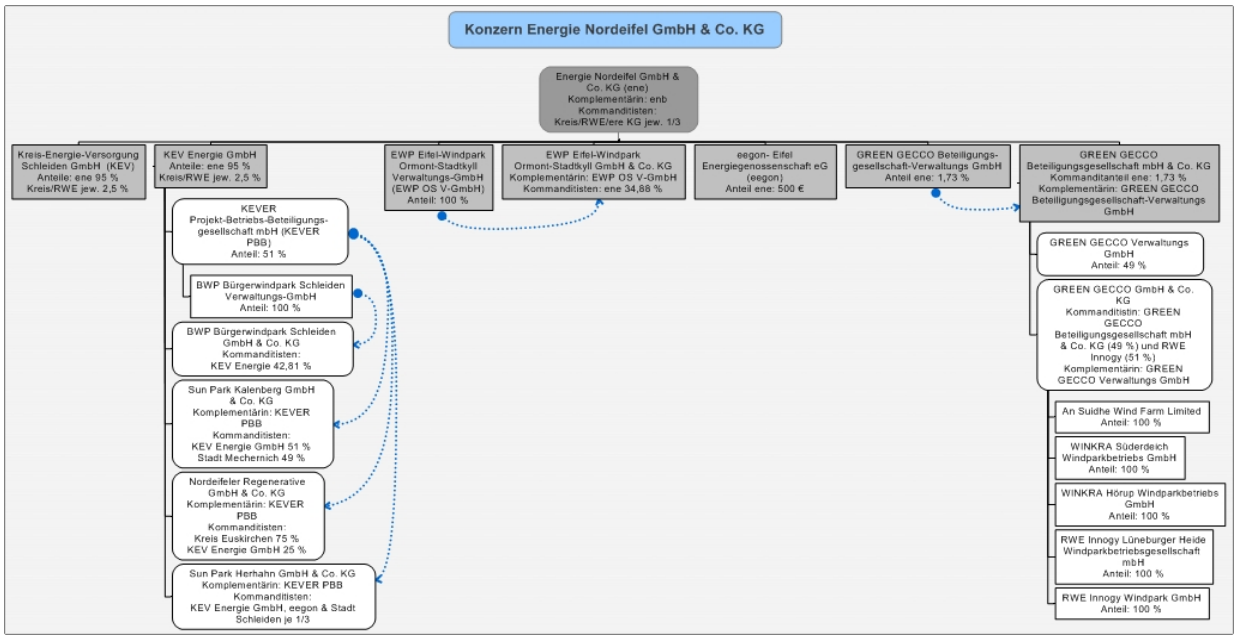
H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Fahrleistungen:	24,89	23,78	24,84	Mio. km

8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: http://www.ene-eifel.de/



8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	**33,40 %**
Innogy SE	8.350 €	**33,40 %**
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	**33,20 %**
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	**33,40 %**
Innogy SE	8.350 €	**33,40 %**
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	**33,20 %**
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen.
Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperrten Betrag. Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst. Hiernach ist die ene bei der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH grundsätzlich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen.
Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern) * 2016	2015	2014
Kreis	120 54702	729.873 €	662.751 €	883.243 €

* Hier ist die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ (inkl. Anteile aus Gewinnausschüttungen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG) berücksichtigt.

E) Zusammensetzung der Organe
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

a) Gesellschafterversammlung
b) Verwaltungsrat (9 Mitglieder, davon 3 Vertreter des Kreises Euskirchen)
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter/innen	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Josef Reidt (Stimmführer)	CDU	Ute Stolz	CDU
3. Frank Weimbs	CDU	Johannes Mertens	CDU
4. Hans-Peter Wasems	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
5. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
6. Angela Kalnins	B 90/Grüne	Jörg Grutke	B 90/Grüne
7. Markus Herbrand	FDP	Hans Reiff	FDP

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Ordentliche Mitglieder		Aufwandsentschädigung 2016
1. Günter Rosenke	Landrat	3.000 €
2. Johannes Esser	CDU	3.000 €
3. Thilo Waasem	SPD	2.750 €

c) Geschäftsführung[1*] Bezüge 2016

Markus Böhm 30.960 €

Die persönlich haftende Gesellschafterin erhielt im Geschäftsjahr eine Vergütung von 4.500 €.

[1*] Lt. Gesellschaftsvertrag der ene KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH

a) Gesellschafterversammlung

b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Johannes Mertens	CDU	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.894	14.543	25.929	-6.649
Sachanlagen	396.400	421.769	432.287	-25.369
Finanzanlagen	9.374.437	3.909.479	10.773.885	5.464.958
	9.778.731	4.345.791	11.232.101	5.432.940
B Umlaufvermögen				
Vorräte	625.524	784.446	613.651	-158.922
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.740.761	10.409.689	5.104.361	-1.668.928
Liquide Mittel	593.101	4.097.694	8.329.148	-3.504.592
	9.959.386	15.291.828	14.047.160	-5.332.442
C Rechnungsabgrenzungsposten	33.147	66.022	1.847	-32.875
Summe Aktiva	**19.771.264**	**19.703.641**	**25.281.108**	**67.623**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.947.287	2.947.287	2.947.287	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.426.909	3.284.564	3.411.521	2.142.345
	8.374.196	6.231.851	6.358.808	2.142.345
B Rückstellungen	2.589.164	3.025.303	9.929.306	-436.139
C Verbindlichkeiten	8.807.904	10.446.487	8.992.994	-1.638.584
Summe Passiva	**19.771.264**	**19.703.641**	**25.281.108**	**67.623**

Konzern Energie Nordeifel - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	719.172	910.280	679.093	-191.108
Sachanlagen	33.020.004	31.138.220	21.237.467	1.881.785
Finanzanlagen	5.285.247	4.525.498	11.051.619	759.749
	39.024.423	36.573.997	32.968.179	2.450.426
B Umlaufvermögen				
Vorräte	625.524	975.117	613.651	-349.593
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.011.760	8.303.641	5.939.167	1.708.119
Liquide Mittel	4.620.616	7.008.607	20.110.838	-2.387.991
	15.257.900	16.287.365	26.663.657	-1.029.465
C Rechnungsabgrenzungsposten	134.146	90.827	5.854	43.319
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	242.308	466.988	298.812	-224.680
Summe Aktiva	**54.658.777**	**53.419.177**	**59.936.501**	**1.239.600**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	13.479.193	12.861.956	7.849.602	617.237
Bilanzgewinn	5.185.844	3.901.801	3.923.876	
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	786.131	489.795	411.304	296.336
	19.451.168	17.253.553	12.184.781	2.197.615
B Sonderposten	1.065.399	1.437.810	1.862.776	-372.410
C Rückstellungen	11.229.743	10.669.263	16.604.233	560.480
D Verbindlichkeiten	21.165.143	22.350.622	28.262.696	-1.185.479
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.747.324	1.707.930	1.022.015	39.394
Summe Passiva	**54.658.777**	**53.419.177**	**59.936.501**	**1.239.600**

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	9	29	-9
Liquide Mittel	29.150	29.687	29.550	-537
	29.150	29.697	29.579	-547
Summe Aktiva	**29.150**	**29.697**	**29.579**	**-547**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	792	1.431	1.008	-639
	25.792	26.431	26.008	-639
B Rückstellungen	3.116	2.955	2.788	161
C Verbindlichkeiten	242	311	782	-69
Summe Passiva	**29.150**	**29.697**	**29.579**	**-547**

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	12.947.442	13.943.803	11.573.143	-996.361
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	474	3.784	130	-3.310
3	Sonstige betriebliche Erträge	143.065	2.021.582	85.395	-1.878.517
4	Materialaufwand, davon:	6.559.235	6.308.331	9.205.335	250.904
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.179.856	3.294.079	7.443.792	-114.223
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.379.380	3.014.252	1.761.543	365.127
5	Personalaufwand, davon:	1.175.379	3.228.771	3.167.910	-2.053.391
a)	Löhne und Gehälter	958.356	2.446.381	2.523.321	-1.488.025
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	217.023	782.389	644.588	-565.366
6	Abschreibungen	65.286	75.566	95.892	-10.280
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.689.769	3.687.298	2.912.783	2.471
8	Erträge aus Beteiligungen/Gewinnabführungsverträgen	5.855.035	2.759.240	8.961.977	3.095.795
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	393.023	407.915	-393.023
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	50	7.494	-50
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0	251.307	425.075	-251.307
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	357.023	362.176	223.250	-5.153
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.670.681	1.898.321	1.593.582	-227.640
14	Ergebnis nach Steuern	**5.428.642**	3.309.711	3.412.227	
15	Sonstige Steuern	1.733	25.147	706	-23.414
16	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**5.426.909**	**3.284.564**	**3.411.521**	**2.142.345**

Konzern Energie Nordeifel
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	78.365.214	75.301.427	74.115.721	3.063.787
2	Bestandsveränderungen	-190.671	0	0	-190.671
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	151.970	613.296	537.045	-461.326
4	Sonstige betriebliche Erträge	795.815	3.159.241	3.640.179	-2.363.425
5	Materialaufwand, davon:	54.031.494	51.515.930	55.906.654	2.515.564
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	30.949.020	31.320.192	37.711.014	-371.172
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	23.082.474	20.195.738	18.195.640	2.886.736
6	Personalaufwand, davon:	9.471.486	9.212.110	7.968.284	259.376
a)	Löhne und Gehälter	7.441.852	6.610.176	6.271.074	831.676
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.029.634	2.601.934	1.697.210	-572.300
7	Abschreibungen	2.809.086	2.688.965	2.227.976	120.121
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.177.081	5.125.995	5.482.895	51.086
9	Erträge aus Beteiligungen	381.080	671.968	262.210	-290.888
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	393.023	407.915	-393.023
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.846	7.602	29.032	2.244
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
12	Aufwendungen aus Verlustübernahme		251.307	425.075	-251.307
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	891.993	849.990	773.558	42.004
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
14	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.787.878	1.963.077	1.787.393	-175.199
15	Ergebnis nach Steuern	5.344.236	8.539.183	4.420.267	
16	Sonstige Steuern	35.601	58.890	30.896	-23.290
17	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**5.308.635**	**8.480.292**	**4.389.371**	**-3.171.657**
18	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	4.500.000	0	-4.500.000
19	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	122.792	78.492	465.496	44.300
20	**Konzerngewinn**	**5.185.844**	**3.901.801**	**3.923.876**	**1.284.043**

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.500	4.714	4.500	-214
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.558	3.016	3.341	542
3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	36	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	150	267	186	-117
5	Ergebnis nach Steuern	**792**	1.431	1.008	
6	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**792**	**1.431**	**1.008**	**-639**

Lagebericht

„1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall, (KEV Schleiden GmbH) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Am ene-Konzern waren zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 der Kreis Euskirchen und die innogy SE mit Sitz in Essen, mit jeweils 33,4 % und die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere), Kall mit 33,2 % an der ene beteiligt. Kreis Euskirchen, innogy SE und ere haben ihre Kommanditeinlage in Höhe von je 8.350 € bzw. 8.300 € in bar erbracht. Die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb), Kall, ist als Komplementärin ohne Kapitaleinlage (Stammkapital: 25.000,00 €) an der ene beteiligt.

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen.

Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV Schleiden GmbH, Kall, und der KEV Energie GmbH, Kall, sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV Schleiden GmbH eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie GmbH ebenfalls eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die innogy SE sind jeweils mit 2,5 % an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 8. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV Schleiden GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie GmbH und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Am 10. Dezember 2013 wurden beide Ergebnisabführungsverträge dahingehend geändert, dass im § 2 ein Verweis auf § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung enthalten ist.

Die EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG wurde am 1. Juli 2016 gegründet. An der Gesellschaft hat sich die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit 1,5 Mio. € Kommanditkaptal beteiligt (34,88 %). Die Gesellschaft baut acht Windenergieanlagen im Bereich Ormont-Stadtkyll. Die Fertigstellung ist für das II. Quartal 2017 geplant.

Mit Kaufvertrag vom 14. September 2016 hat die ene die Beteiligung der EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH (EWP V-GmbH) zu 100 % erworben. Die EWP V-GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der der EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG.

Herr Markus Böhm ist als Geschäftsführer der enb bestellt. Im Rahmen der Geschäftsführungsfunktion der Komplementärin ist er berechtigt, die Gesellschaft alleine zu vertreten.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2016:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2016 im Jahresdurch-schnitt	Betriebliches Ergebnis 2016	Gezeichnetes Kapital / Kommandit-kapital	Kerngeschäft
		T€	T€	T€	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	12	18	1.601	2.945	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	76	111	2.159	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH, Kall	12	17	2.899	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall	0	0	335	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	0	0	308	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	1.746	5.620	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden	0	0	3	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co KG
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall (at equity in den Konzern einbezogen)	0	0	78	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	191	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall	0	0	3	28	Komplementär der EWP KG
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG, Ormont (at equity in den Konzern einbezogen)	0	0	-145	4.155	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Der Energiesektor befindet sich in Deutschland – insbesondere aufgrund der Energiewende – in einem stetig wandelnden Umfeld. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist der ene-Konzern gehalten, die Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette (Energieerzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Dienstleistungen) ständig zu prüfen und ggf. auf neue Marktgegebenheiten auszurichten.

Hierbei verfolgt der ene-Konzern eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Strategie berücksichtigt die Interessen der Kunden, des kommunalen Umfeldes, der Gesellschafter sowie der Mitarbeiter.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie GmbH wider.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen sind politisch erwünscht und werden gefördert. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die jüngsten gesetzlichen Entwicklungen verpflichtend. Ziel ist, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen zu partizipieren.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex im Dienstleistungssegment ist die technische Gebäudeausrüstung. Neben Industrie, Handel und Gewerbe rückt hier zunehmend das kommunale Umfeld in den Vordergrund.

Die strategische Ausrichtung der KEV Schleiden GmbH wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll. Die KEV Schleiden GmbH bewirtschaftet dabei die Stromverteilnetze in den Netzgebieten der Kommunen Blankenheim, Dahlem, Heimbach, Hellenthal, Kall, Nettersheim und Schleiden sowie in Teilnetzgebieten der Städte Bad Münstereifel und Mechernich.

Die seit dem 1. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende Verpachtung dieses Verteilnetzes sowie die damit verbundene vertragliche Aufgabenteilung, die zum 01.01.2016 vertraglich neu geregelt wurde, führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV Schleiden GmbH.

Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Das Regulierungsmanagement wird von der Westnetz GmbH als Pächterin übernommen. Ergänzende Dienstleistungen zum Regulierungsmanagement sowie Berichtswesen, Monitoring und Regelkommunikation werden von der Verpächterin KEV Schleiden GmbH durchgeführt. Des Weiteren erfolgt die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz durch die KEV Schleiden GmbH.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach Berechnungen

des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit 4,2 % sogar noch deutlich stärker.
Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2016 von knapp 43,5 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand seit 1991. Nach ersten vorläufigen Berechnungen waren im Jahr 2016 rund 429.000 Personen oder 1,0 % mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, war 2016 um 1,2 % höher als im Vorjahr. Je Erwerbstätigen gemessen ist die Arbeitsproduktivität um 0,9 % gestiegen. [1])

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (einschließlich Netzverluste) sowie der vorwiegend EEG-vergüteten Eigenanlagen, die nicht der Industrie zuzurechnen sind, ging 2016 leicht um 0,7 % auf 493,1 Mrd. kWh zurück. Der Stromverbrauch der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) betrug im Berichtsjahr nach ersten Zahlen insgesamt 246,7 Mrd. kWh und lag mit einem Plus von 0,4 % leicht über dem Vorjahresniveau. Die stromintensiven Industrien wiesen dabei sehr differenzierte Entwicklungen auf. Der Stromverbrauch des Sektors Gewerbe, Handel, Dienstleistungen hingegen war mit 0,1 % rückläufig. In ähnlichem Maße nahm der Stromverbrauch der privaten Haushalte von 128,7 Mrd. kWh um 0,2 % auf 128,5 Mrd. kWh ab. Die Hauptgründe für den Rückgang des Stromverbrauchs sind in Sparmaßnahmen der Verbraucher sowie Effizienzverbesserungen zu sehen. Der Verbrauch im Verkehr lag leicht unter dem des Vorjahres. Insgesamt nahm der Nettostromverbrauch um 0,1 % auf 525,1 Mrd. kWh zu. [1])

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt ist weiterhin dynamisch: Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Dezember 2016 bei Strom 42 % und lag damit um gut 2 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt wechseln die Kunden: Hier haben bis Dezember 2016 schon gut 32 % der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis mindestens einmal den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch knapp 31 %. [2])

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse sind auch 2016 weiter gesunken und lagen im Mittel bei 29,98 €/MWh (Phelix Day Base/Marktgebiete Deutschland/Österreich) gegenüber 31,68 €/MWh 2015. Das entspricht einem Rückgang um 5,4 %. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2016 betrug 32,01 €/MWh (2015: 35,09 €/MWh) und verlor damit 8,8 %.
Auch am Strom-Terminmarkt hat sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre 2016 weiter fortgesetzt. Der durchschnittliche Preis 2016 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 26,58 €/MWh gegenüber 30,97 €/MWh im Vorjahr und verlor damit weitere 14,2 %. Das Jahresband tagsüber von 8 bis 20 Uhr (Phelix-Peak-Year-Future) wurde am Terminmarkt zum durchschnittlichen Preis von 33,51 €/MWh gehandelt und lag damit ebenfalls um 14,2 % niedriger als im Vorjahr (2015: 39,06 €/MWh). Die Strompreise für Industriekunden nahmen vor allem bedingt durch den Anstieg von Steuern, Abgaben und Umlagen um 1,5 % zu. Der Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis für Industriekunden von 48 % im Jahr 2015 stieg 2016 wieder auf 50 % (ohne Stromsteuer). Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte blieb 2016 nahezu unverändert und ist leicht um 0,3 % gestiegen. Wie bei den Industriekunden machte sich auch bei den Haushaltskunden der Anstieg der Steuern, Abgaben und Umlagen bemerkbar, aber auch die Netzentgelte verzeichneten 2016 einen Anstieg. Die Beschaffungskosten der Vertriebe gingen aufgrund der rückläufigen Preisentwicklung weiter zurück, was den Verbrauchern zugutekam. Damit wuchs der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis 2016 auf 54 % gegenüber noch 52 % im Vorjahr an. Im Jahr 2017 steigt der Anteil der staatlichen Belastungen weiter um rund 0,5 ct/kWh und erhöht damit den Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen für Haushalte auf das Rekordniveau von 55 %. [5])

2.3 Geschäftsverlauf 2016 (ene-Konzern)

Für den ene-Konzern als regionaler Energieversorger war auch in 2016 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom, Erdgas und energienahe Dienstleistungen.
Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge ist im Berichtsjahr leicht gestiegen.
Insgesamt war die Netznutzung fast auf gleichem Niveau wie im Vorjahr.
Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der KEV Schleiden GmbH gab es in 2016 keine Veränderungen. Da die Konzessionsverfahren (Strom) im bisherigen Netzgebiet der KEV Schlei-

[1]) [Quelle: Statistisches Bundesamt; Entwicklung der deutschen Wirtschaft 2016]
[2]) [Quelle: BDEW Fakten und Argumente März 2017; Entwicklung der Energieversorgung 2016]

den GmbH abgeschlossen sind, bewirbt sich das Unternehmen um Gaskonzessionen im regionalen Umfeld.
Die Preise in der Grundversorgung der KEV Energie GmbH konnten in 2016 stabil gehalten werden. Im Geschäfts- und Industriekundensegment (Lieferstellen mit registrierender Leistungsmessung) wurden geänderte Umlagen und Aufschläge sowie angepasste Netznutzungsentgelte über entsprechende Preisanpassungsklauseln in den Verträgen im Markt weitergegeben. Die Absatzmenge ist bei den SLP-Kunden leicht um 0,7 % zurückgegangen.
Durch eine insgesamt gute Auftragslage einiger Schlüsselkunden ist die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden insgesamt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei konnte die außerhalb des Grundversorgungsgebietes gelieferte Menge auf 36,7 GWh (Vj. 36,0 GWh) gesteigert werden.
Das Privat- und Gewerbekundensegment wird weiterhin stark vom Wettbewerbsumfeld beeinflusst. Durch gezielte Akquisemaßnahmen konnten Kunden zurückgewonnen werden, insgesamt bleibt ein leicht negativer Saldo bei Kunden- und Mengenentwicklung in diesem Kundensegment. Im Raumheizungsbereich (Wärmespeicherheizung, Wärmepumpen) sind die Verkaufsmengen aufgrund der milderen Witterung während der Heizperiode im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen.
Bezogen auf alle Liefersegmente des Unternehmens konnte ein Mengenzuwachs von 0,6 % erreicht werden.
Stromverkauf Mengenveränderungen nach Kundengruppen:

Stromverkauf	**2016**	**2015**	**Abweichung**	
	GWh	**GWh**	**GWh**	**%**
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	112,6	113,4	-0,8	-0,7
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	18,1	20,2	-2,1	-10,4
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	158,6	154,1	4,5	2,9
Summe Stromverkauf	**289,3**	**287,7**	**1,6**	**0,6**

Im Jahresverlauf konnten weitere Gaslieferverträge im Privat- und Gewerbekundensegment im Rahmen eines in 2015 gestarteten Pilotprojektes gewonnen werden. Die Absatzmenge im Berichtsjahr betrug 2.357 MWh.
Die EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG wurde am 1. Juli 2016 gegründet. An der Gesellschaft hat sich die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit 1,5 Mio. € beteiligt (34,88 %). Mit Kaufvertrag vom 14. September 2016 wurde die Beteiligung der EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH (EWP V-GmbH) zu 100 % erworben. Die EWP V-GmbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG (EWP KG).
Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft EWP KG war geprägt durch die Geschäftsaufnahme in 2016. Am 23.08.2016 wurde von der Kreisverwaltung Daun die Genehmigung zur Errichtung und des Betriebs von Windkraftanlagen des Typs Enercon E-115 für beide Windparkbereiche Ormont und Stadtkyll erteilt. Bei der EWP KG befanden sich in 2016 acht Windkraftanlagen des Typs E-115 des Windanlagenherstellers Enercon im Bau.
Gegen die erteilte immissionsrechtliche Genehmigung ist seit dem 30.09.2016 ein Widerspruchsverfahren beim Verwaltungsgericht Trier anhängig. Für die Gerichtskosten und Rechtsberatungskosten wurde eine Rückstellung gebildet.
Die EWP KG hat aufgrund von Vorlaufkosten wie Pachten, Beratungskosten etc. einen negativen Jahresüberschuss von 145 T€ erzielt.
2016 war für den ene-Konzern ein gutes Jahr. Das prognostizierte Konzernjahresergebnis wurde leicht unterschritten. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Umsatzerlöse und gegenläufig die Beteiligungsergebnisse der assoziierten Unternehmen und höhere Personalaufwendungen durch das zum 1. November 2016 neu aufgelegte Altersteilzeitprogramm für zehn Mitarbeiter im Konzern.

2.4 Geschäftsverlauf 2016 (ene Jahresabschluss)

Die Umsätze im externen Dienstleistungsgeschäft der ene (Anlagenbau, Straßenbeleuchtung, Windenergieservice, Planungsleistungen im Bereich technischer Gebäudeausrüstung usw.) wurden in der bewährten vertrieblichen Kooperation mit der KEV Energie GmbH realisiert.
Wichtigste Ertragssäule der ene war unverändert das konzerninterne und konzernexterne Dienstleistungsgeschäft.
2016 war für die ene ein gutes Jahr. Das prognostizierte Jahresergebnis von 5.120 T€ wurde übertroffen. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen höhere Erlöse aus dem konzernexternen Geschäft und der internen Leistungsverrechnung sowie höhere Beteiligungserträge aus der BWP Schleiden KG als geplant.

2.5 Lage des Konzerns

Neben dem operativen Netzgeschäft der KEV Schleiden GmbH, dem Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des Konzerns durch die ene selber, entwickeln sich die Aktivitäten der KEVER im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen zunehmend zu einem weiteren wirtschaftlichen Standbein des ene-Konzerns.
Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.5.1 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betrugen im Berichtszeitraum 78.365 T€ (Vj. 75.301 T€). Der Konzernjahresüberschuss erreichte 5.309 T€ (Vj. 8.480 T€).
Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2016	2015	Veränderung
Außenumsätze			
ene	3.361	4.481	-1.120
KEV Schleiden GmbH	19.906	18.656	1.250
KEV Energie GmbH	52.010	50.953	1.057
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	2.268	316	1.952
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	821	896	-75
∑ Konzern	**78.366**	**75.302**	**3.064**
Jahresüberschuss vor Ergebnisverwendung			
ene	5.427	3.285	2.142
(davon KEV Schleiden GmbH)	(1.885)	(4.503)	-(2.618)
(davon KEV Energie GmbH)	(3.925)	(2.699)	(1.226)
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	241	101	140
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	10	59	-49
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	2	0	2
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH	2	0	2

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzern-Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 6,77 % (Vj. 11,26 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz*:*

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (KEV Schleiden GmbH) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 471 GWh (Vj. 444 GWh). Davon wurden 301 GWh (Vj. 280 GWh) aus erneuerbaren Energien in dieses Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 64 % an der Gesamteinspeisung.
Insgesamt lag die Netznutzung bei 329 GWh (Vj. 326 GWh). Hinzu kam 123 GWh (Vj. 104 GWh) Rückeinspeisung an die vorgelagerte Netzebene.
Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der KEV Schleiden GmbH gab es in 2016 keine Veränderungen.
Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Dortmund, erzielte der Konzern Erlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 18.886 T€ (Vj. 17.635 T€). Die Erhöhung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus höheren Erlösen aus der Abrechnung von Investitionen für Bauprojekte an die Westnetz GmbH.
Die sonstigen betrieblichen Erträge der KEV Schleiden GmbH haben sich von 1.002 T€ auf 529 T€ vermindert. Die Veränderung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Einmaleffekt aus Auflösung von Rückstellungen für Zinsen gem. § 233 AO im Vorjahr.
Der Personalaufwand der KEV Schleiden GmbH ist von 4.832 T€ auf 7.164 T€ gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen durch eine Umstrukturierung im ene-Konzern durch den Zugang von vierundzwanzig Mitarbeitern und durch Aufwendungen für eine neue Altersteilzeitregelung für 10 Personen im Blockmodel verursacht.
Der Anteil der Konzessionsabgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beträgt im Berichtsjahr 2.110 T€ (Vj. 2.196 T€).

Energievertrieb*:*

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebs des Konzerns (KEV Energie GmbH) nach Abzug von Stromsteuer betrugen im Berichtszeitraum 52.010 T€ (Vj. 50.953 T€). Im SLP-Kundensegment sind die Erlöse leicht gestiegen. Die Absatzmenge ist bei den SLP- Kunden leicht um 0,7 % zurückgegangen. Im Geschäfts- und Industriekundensegment stiegen die Erlöse mengenbedingt.
Die Umsatzerlöse aus dem Gasvertrieb betrugen insgesamt nach Abzug der Erdgassteuer 92,5 € (Vj. 37,8 T€).

Projektgeschäft
Die Ertragslage der KEVER, an der die KEV Energie GmbH zu 51 % beteiligt ist, ist geprägt von den in den Umsatzerlösen ausgewiesenen Erträgen für Beratungsleistungen, kaufmännische und technische Betriebsführung sowie der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit. Die Umsatzerlöse der KEVER sind insbesondere aufgrund der Projekttätigkeit für den EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG von 358,2 T€ auf 2.311 T€ gestiegen.
Nach Abzug von Materialaufwand von 1.523 T€, der aus Fremdleistungen resultiert sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 302,6 T€ und Steuern vom Einkommen und Ertrag i.H. v. 94,2 T€ verbleibt der KEVER ein Jahresüberschuss von 240,8 T€ (Vj. 101,1 T€). Da die KEVER in weitere Projektentwicklungen investieren wird, ist mit einer Ausschüttung in 2017 nicht zu rechnen.

2.5.2 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)
Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2016	2015	Veränderung
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.106	-8.990	16.096
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-4.875	-6.520	1.645
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-4.619	2.408	-7.027
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.388	-13.102	10.714
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	7.009	20.111	-13.102
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	**4.621**	**7.009**	**-2.388**

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2016 einen positiven Cash Flow in Höhe von 7.106 T€ (Vj. -8.990 T€). Im Saldo ist der Bestand an liquiden Mitteln von 7.009 T€ auf 4.621 T€ im Wesentlichen durch Ausgleich von Verbindlichkeiten gesunken. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Beteiligungen die KEV Schleiden GmbH und die KEV Energie GmbH sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.
Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 66,4 % abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 71,4 %. Die Konzern-Bilanzsumme steigt um 1.240 T€ auf 54.659 T€ im Wesentlichen durch Anschaffungskosten für die Beteiligung an der EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co KG und durch den Anstieg der Forderungen gegen die Westnetz GmbH. Kompensierende Effekte ergaben sich aus dem Rückgang der flüssigen Mittel. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 35,6 % (Vj. 32,3 %).

2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)
Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft einen Umsatz von 12.947 T€ (Vj. 13.944 T€).

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschlusses

Angaben vor Konsolidierung in T €	2016	2015	Veränderung
Anlagevermögen	9.779	4.346	5.433
Umlaufvermögen	9.959	15.292	-5.333
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	2.589	3.025	-436
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	12.198	13.731	-1.533
Eigenkapitalquote in Prozent	42,4	31,6	10,8
Umsatzerlöse	12.947	13.944	-997
Jahresüberschuss	5.427	3.285	2.142

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Anteile an der KEV Schleiden GmbH und die Beteiligung an der EWP KG sowie durch Forderungen gegen Konzerngesellschaften und Verbindlichkeiten aus der Bankenfinanzierung. Die Ertragslage der ene ist geprägt von den Umsatzerlösen aus dem Dienstleistungsgeschäft sowie von den Ergebnisabführungsverträgen mit der KEV Schleiden GmbH sowie der KEV Energie GmbH. Als Sondereffekt bei der ene ist in diesem Geschäftsjahr der Rückgang

des Personalaufwands aufgrund des durchgeführten Personaltransfers zur KEV Schleiden GmbH hervorzuheben.
Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

2.7 Leistungsindikatoren

2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cash Flow. Die Cash Flows sind in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt.
Die Umsatzerlöse der ene sind von 13.944 T€ auf 12.947 T€ gesunken. Die Umsatzerlöse aus interner Leistungsverrechnung haben sich im Wesentlichen durch den Übergang von 24 Mitarbeitern von der ene und KEV Energie GmbH zur KEV Schleiden GmbH im Rahmen von Umstrukturierungen vermindert.
Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.
Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung des Jahres- bzw. Konzernergebnis ist die Bruttoumsatzrendite der ene im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Konzern lag die Nettoumsatzrendite bei 6,6 % (Vj. 5,2 %). Die Nettorendite in Bezug auf das eingesetzte Kapital lag in 2016 bei 9,5 % (Vj. 7,3 %).

2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruieren wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.
Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter/innen ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2016 die strategischen Personalentwicklungsmaßnahmen, Laufbahnplanungen, Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen fortgeführt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gleichermaßen zu fördern.
Seit dem Jahre 2013 sind wir von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 Gemeindeordnung NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.
Der ene-Konzern erfüllt im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.
Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Erbringung von energienahen Dienstleistungen im kommunalen Umfeld einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

Angaben gem. § 6 b Abs. 7 Satz 4 EnWG (Tätigkeitsabschluss)

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1 EnWG war die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Die geschäftlichen Aktivitäten der ene betreffen ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“, so dass der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 allein diese Tätigkeit reflektiert.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 146 Mitarbeiter (Vj. 153) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2016	2015	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	16	47	-31
KEV Schleiden GmbH	98	72	26
KEV Energie GmbH	17	19	-2
Konzern	131	138	-7
Auszubildende			
ene	2	0	2
KEV Schleiden GmbH	13	15	-2
Konzern	15	15	0

Aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und regulatorischen Aspekten ist zum 1. Januar 2016 eine Anpassung der Unternehmensorganisation erfolgt. In diesem Zusammenhang wurden 23 Arbeitsplätze von der ene und ein Arbeitsplatz von der KEV Energie GmbH zur KEV Schleiden GmbH überführt.
Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Jahresdurchschnitt 23 (Vj. 29) in einer Teilzeitbeschäftigung, von denen wiederum 2 Mitarbeiter (Vj. 7) in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Am Jahresende beschäftigten wir im Konzern 8 Mitarbeiter (Vj. 7) mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Zum 31. Dezember 2016 sind 17 Mitarbeiter (Vj. 17) befristet beschäftigt.
Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 0,8 % (Vj. 3,6 %).
Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2016 ein aktives Arbeitsvermögen von 115,9 Mitarbeiteräquivalente (MÄ) (Vj. 116,4 MÄ).
Im Berichtsjahr wurden im Konzern rd. 127 T€ (123 T€) für Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen (ohne Nebenkosten) aufgewendet. Hierbei entfallen auf die ene 46 T€ (Vj. 73 T€), auf die KEV Schleiden GmbH 60 T€ (Vj. 35 T€) und auf die KEV Energie GmbH 21 T€ (Vj. 15 T€).
Zusätzlich zu den Qualifikationsmaßnahmen wurden notwendige Pflichtschulungen und Unterweisungen durchgeführt. Neben anderen Maßnahmen wurden vor allem Abschlüsse in folgenden Kategorien erreicht: Zertifizierte Managementassistentin, Fachkaufmann für Einkauf und Logistik/IHK, drei Energiefachwirte/IHK, zwei staatlich geprüfte Techniker (Fachrichtung Elektrotechnik), zwei Industriemeister/IHK, ein Abschluss in Grundausbildung Themenzentrierte Interaktion (TZI) sowie drei nebenberufliche Abschlüsse zum Bachelor of Arts. Einige Qualifikations- und Entwicklungsmaßnahmen wurden vom Unternehmen auf Grundlage einer dazu bestehenden Betriebsvereinbarung unterstützt.
Derzeit befinden sich vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem nebenberuflichen Studium an einer öffentlichen oder privaten Fachhochschule. Wir nutzen intensiv interne Besprechungen, um über Arbeitsschutz zu informieren und zu motivieren. Am 29.03.2017 konnte die in 2016 begonnene Maßnahme zur Qualitätssicherung mit der TSM Zertifizierung für weitere fünf Jahre abgeschlossen werden (TSM: Technisches Sicherheitsmanagement).

4 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten des ene-Konzerns zählen neben Beteiligungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten.
Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern.
Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der verbundenen Unternehmen sowie der Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundling. Der ene-Konzern verfügt für sich selbst und seine Beteiligungen über gute Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle. Mit der Budgetplanung für das Folgejahr und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen erfolgreich gesteuert. Dies zeigt sich bei turnusmäßigen Aktualisierungen und den in diesem Zusammenhang angefertigten Plan-/Ist-Vergleichen sowie Abweichungsanalysen.
Das Versicherungssystem wird grundsätzlich einer jährlichen Überprüfung unterzogen und jeweils optimiert.
Derivative Finanzinstrumente kommen im ene-Konzern nicht zum Einsatz.

5 Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

5.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene)

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2017 im laufenden Jahr von 1,4 % Wirtschaftswachstum aus, für das kommende Jahr prognostizieren sie 1,6 %. Getragen wird das moderate Wachstum vor allem vom privaten Konsum. Eine weitere Zunahme der Beschäftigung, spürbare Lohnsteigerungen, teilweise kräftige Rentenerhöhungen, gesunkene Energiepreise, niedrige Inflation sowie günstige Zinsen sorgen hier für Kaufkraftzuwächse bei den privaten Haushalten.
Nach einem seit 2011 tendenziell sinkenden Stromverbrauch in Deutschland stieg dieser 2016 erstmals wieder an. Nach einem deutlichen Anstieg des Gesamt-Stromverbrauchs im Januar 2017, lag dieser im Februar 2017 um 2,9 % niedriger als im Vorjahr, was aber maßgeblich auf den Schalttag 2016 zurückzuführen ist. Bereinigt um Kalendereffekte verbleibt für den Februar ein Plus von 0,7 %.
In den ersten beiden Monaten 2017 nahm der Erdgasverbrauch zu. Während jedoch im Januar ein Plus von nahezu 20 % zu verzeichnen war, ging der effektive Verbrauch im Februar um 8,9 % zurück. Die milde Witterung und der Schalttag des Vorjahres dämpften die Entwicklung des Verbrauchs deutlich. [3])

Verteilnetz:

Zur Stabilisierung der künftigen Ergebnisse hat die KEV Schleiden GmbH das Pacht- und Dienstleistungsverhältnis mit der Westnetz GmbH, dass zum 31. Dezember 2015 endete, ab dem 1. Januar 2016 fortgesetzt und das Netz für weitere 5 Jahre bis einschließlich 2020 neu an die Westnetz GmbH verpachtet.
Das am 02.09.2016 in Kraft getretene neue Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) verpflichtet den grundzuständigen Messstellenbetreiber – in der Regel den Verteilernetzbetreiber – zum Rollout von intelligenten Messsystemen und modernen Messeinrichtungen, und zwar zu einem durch Preisobergrenzen festgelegten Preis. Im Rahmen des MsbG sind gewisse Einbaupflichten umzusetzen. Die KEV Schleiden GmbH wird in 2017 als Dienstleister für die Westnetz GmbH mit dem Rollout beginnen, um den

[3]) [Quelle: BDEW Konjunktur und Energieverbrauch 5. Mai 2017]

vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Austausch der Messeinrichtungen in dem vorgegebenen Zeitraum abzuwickeln.
Die KEV Schleiden GmbH wird sich zunehmend um Gaskonzessionen im regionalen Umfeld bewerben.
Mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes vom 17.07.2015 kommen neue Herausforderungen auf Unternehmen zu, die Betreiber von kritischen Infrastrukturen (u.a. Stromnetze) sind. Sie werden gesetzlich verpflichtet, ein Mindestniveau an IT-Sicherheit einzuhalten. Hierzu hat die Bundesnetzagentur einen IT-Sicherheitskatalog gemäß § 11 Absatz 1a EnWG veröffentlicht. Verpflichtend ist nun, dass bis zum 31.01.2018 ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) gemäß DIN ISO/IEC 27001 im Unternehmen implementiert und zertifiziert wird. Der ene-Konzern hat hierzu Anfang 2016 mit Unterstützung eines externen Dienstleisters ein Projekt aufgesetzt. Projektziel ist die Umsetzung des IT-Sicherheitskataloges im ene-Konzern bis Ende 2017.

Energievertrieb:

Den rückläufigen Stromabsatzmengen im „heimischen“ Stromgeschäft wird durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegen gewirkt. Durch Neukunden im Geschäfts- und Industriekundensegment können auslaufende und nicht verlängerte Vertragsmengen mehr als ausgeglichen werden. Die Stromverkaufsmenge außerhalb des Grundversorgungsgebietes prognostizieren wir für 2017 auf ca. 66,1 GWh (2016: 42,5 GWh). Trotz weiter rückläufiger Kundenzahlen und Verkaufsmengen im Privat- und Gewerbekunden-Segment rechnen wir für 2017 mit einem Letztverbraucherabsatz von 5 % über dem Vorjahresniveau. Nach ersten Erfolgen in der Gewinnung von Neukunden im Jahr 2016 soll das Gasvertriebsgeschäft in 2017 weiter ausgebaut werden.
Bei den Beteiligungsergebnissen SPK, SPH, NER und BWP Schleiden KG werden für 2017 Erträge auf Basis der zum Zeitpunkt der jeweiligen Investitionsentscheidung vorliegenden Business-Cases der Projektgesellschaften erwartet. In den kommenden Jahren werden stabile Erträge aus diesem Beteiligungsengagement erwartet. Bei den Beteiligungserträgen aus der BWP Schleiden KG ist planmäßig mit einem Rückgang der Beteiligungserträge aufgrund der Aufwendungen für den Vollwartungsvertrag zu rechnen - der erstmalig in 2017 - nach einer dreijährigen entgeltfreien Wartungszeit kostenpflichtig wird.
Der Geschäftsverlauf der EWP KG wird 2017 durch die Fertigstellung der Windkraftanlagen geprägt sein. Die EWP KG geht von einem positiven Jahresüberschuss von 16 T€ aus. Aufgrund von Verlustvorträgen ist in 2017 noch nicht mit einem Beteiligungsertrag aus der EWP KG zu rechnen.

Dienstleistungsgeschäft:

E-Mobilität ist ein Trend in die Zukunft. Die ene baut die Ladeinfrastruktur in der Region kontinuierlich aus. Die Anzahl der installierten öffentlichen Ladesäulen soll in 2017 von derzeit 8 auf 14 erweitert werden. Hierzu hat die ene öffentliche Fördermittel im Rahmen eines Förderprogramms des BMWi beantragt.
Es werden deutlich verminderte Umsatzerlöse im Dienstleistungsgeschäft (Anlagenbau, Beleuchtungstechnik, TGA-Planung) erwartet.
Ein weiteres Geschäftsfeld wurde mit der Dienstleistung „Windanlagenservice“ in 2016 gestartet. Hierzu wurde ein Rahmenvertrag mit Enercon abgeschlossen. Der Vertrag umfasst die Wartung der Windenergieanlagen des Herstellers in der Region.
Das konzerninterne Geschäft ist nach wie vor durch die Dienstleistungen der ene für den Bauplan (Investitionsprojekte und Instandhaltungsmaßnahmen) der KEV Schleiden GmbH sowie kaufmännischen und technischen Betriebsführungen der regenerativen Projektgesellschaften geprägt.

5.2 Risikobericht

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. In diesem Rahmen werden potenzielle Risiken identifiziert, dokumentiert und nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und –ausprägung analysiert. Einzelbezogene Meldungen aktualisieren das Risikoportfolio regelmäßig. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme werden durch den Prozess zur Risikosteuerung ergänzt.
Die folgende Tabelle skizziert die Risikoportfolio-Matrix – nach Umsetzung von Risikobegrenzungsmaßnahmen – bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Festlegung der Wesentlichkeitsgrenze erfolgt in Abhängigkeit des Betrieblichen Ergebnisses (BE).

Risikoportfolio

Schadenshöhe	niedrig bis 10 %	mittel bis 20 %	hoch bis 50 %	sehr hoch ab 50 %
existenzbedrohend ab 50 % des EK	H	H	H	H
schwerwiegend ab 50 % des BE	B/H	H	H	H
gravierend ab 10 % des BE	B/H	B/H	H	H
mittel ab 10 % des BE	Ü	B/H	B/H	H
gering bis 10 % des BE	Ü	Ü	B/H	B/H

Eintrittswahrscheinlichkeit

H = dringender Handlungsbedarf
B/H = beobachten, evtl. handeln
Ü = überwachen
EK = Eigenkapital laut Handelsbilanz
BE = betriebliches Ergebnis (Ergebnis vor Finanzergebnis und Steuern)

Den erkennbaren Risiken wird, soweit handelsrechtlich zulässig, durch Bildung angemessener Rückstellungen sowie durch ausreichenden Versicherungsschutz Rechnung getragen.
Dies gilt insbesondere für unsere größten Einzelrisiken, das sind das Risiko regulatorischer Eingriffe wie auch das Risiko höchstrichterlicher Rechtsprechung zur Strompreisfindung bzw. -anpassung sowie Ausfälle von Beteiligungserträgen.
Darüber hinaus sind sämtliche Einzelrisiken als nicht wesentlich und zur Überwachung eingestuft. Im Rahmen des Risikomanagements wurden keine Risiken mit dringendem Handlungsbedarf identifiziert.
Der ene-Konzern unternimmt alle Anstrengungen, um die Auswirkungen der in diesem Rahmen identifizierten Risiken zu minimieren.
Branchenspezifische Risiken betreffen neben der ene selber insbesondere die beiden Tochtergesellschaften KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH.
Neben den allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für die KEV Schleiden GmbH mögliche Risikopotenziale insbesondere aus Änderungen im regulatorischen Umfeld. Neben jährlichen Absenkungen der Erlösobergrenzen stehen in den nächsten Jahren wiederum neue Kostenerhebungen zur Festlegung der entsprechenden Erlösobergrenzen an. Aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus ist für die nächsten Regulierungsperioden mit einer sinkenden Eigenkapitalverzinsung zu rechnen. Weiterhin ist beabsichtigt, auf der Basis eines seit Anfang 2016 vorliegenden Referentenentwurfs zur Novellierung der Anreizregulierungsverordnung die Systematik der Anreizregulierung zu überprüfen. Bei allen genannten Maßnahmen ist davon auszugehen, dass es bei den Erträgen aus dem Netzgeschäft zu weiteren Minderungen kommt. Aufgrund der bestehenden Vertragsklauseln kann der Pächter des Netzes (Westnetz GmbH, Dortmund) diese Minderungen an die KEV Schleiden GmbH weiter belasten. Wir schätzen das vorgenannte Risiko als mittleres Risiko ein. Hier gilt es, solche Änderungen frühzeitig zu identifizieren und die Unternehmensstrategie den neuen Gegebenheiten anzupassen.
Grundlage für die Ausübung der Geschäftstätigkeit einer Stromnetzgesellschaft sind technologisch anspruchsvolle und komplexe Anlagen. Trotz umfangreicher Vorsorge durch entsprechende Kontrollen, Wartungen, Betriebsführungskonzepte etc. können sich Risiken durch den Ausfall dieser Einheiten aus den unterschiedlichsten Gründen, beispielsweise Alter, Witterung etc., ergeben. Betriebsrisiken begegnet die KEV Schleiden GmbH durch ihr risikoorientiertes Management. Wir schätzen diese Risiken als geringfügig ein.
Auf liberalisierten Energiemärkten ergeben sich neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern, gerade bei der Ausdehnung des Geschäfts auf neue Märkte. Wir sehen es aber auch als Chance, mit aktiven Produkt- und Preisstrategien Kunden neu zu gewinnen bzw. wiederzugewinnen. Tägliche Bedarfsaktualisierungen helfen uns im Stromeinkauf bei der Risikobegrenzung. Die Wertung unserer Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden in unsere Risikobewertung einbezogen. Hierzu führen wir bei den leistungsgemessenen Kunden eine EDV-gestützte Bonitätsprüfung durch. Während der laufenden Geschäftsbeziehung werden unsere Kunden durch ein automatisiertes Mahnverfahren überwacht.
Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie GmbH ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden (> 1,0 GWh Jahresmenge) im Geschäfts- und Industriekundensegment wird im Regelfall eine back-to-back Beschaffung am Terminmarkt durchgeführt. Die Beschaffung für die Privat-, Gewerbe- und Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Diese sind in einem Be-

schaffungshandbuch definiert. Zudem werden Teilmengen kurzfristig am Spotmarkt gekauft. Absatzpreise werden bei Preisverhandlungen mit Kunden auf Basis von erwarteten Abnahmeprofilen EDV-gestützt und unter Einbindung in das Gesamtportfolio der KEV Energie GmbH detailliert ermittelt und den Preisverhandlungen zu Grunde gelegt.
Zusätzliches Risikopotential in Verträgen mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung sehen wir in einem Urteil des BGH vom 28. Oktober 2015 (BGH, AZ VIII ZR 158/11). Gegen dieses BGH-Urteil wurde von Verbraucherschutzseite (Bund der Energieverbraucher e.V.) Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wann das Bundesverfassungsgericht sich dazu äußern wird, ist derzeit nicht absehbar.
Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse im ene-Konzern rentabel zu gewährleisten, ist es notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu nutzen. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite oder Einflüsse höherer Gewalt. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der ene werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.
Weitere mögliche Risiken verbergen sich bei IT-Dienstleistern, die durch fehlerhafte Programmierungen, nicht fristgerechte Anpassungen von gesetzlichen Regularien oder benötigten Erweiterungen eine Erhöhung von Ressourcenaufwendungen personeller und finanzieller Art notwendig machen. Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistungspartnern und genauer Ausarbeitung der benötigten Anforderungen in Form von Lastenheften können fehlerhafte Programmierungen minimiert werden. Des Weiteren wird durch intensive Testphasen vor Abnahme des Produktes oder der Erweiterung gewährleistet, dass die eingesetzten Applikationen möglichst fehlerfrei arbeiten. Notwendige Anpassungen an gesetzliche oder behördliche Regularien werden nach Bekanntgabe sofort in Auftrag gegeben und fristgemäß umgesetzt.

5.2.1 Ertragsorientierte Risiken

Erkennbaren Risiken wird - soweit handelsrechtlich zulässig - durch eine angemessene Dotierung von Rückstellungen Rechnung getragen.
Der Wettbewerb um Kunden in allen Kundengruppen hält weiter an. Dem Kundenkauf mittels Bonusmodellen stehen die Kunden unverändert positiv gegenüber. Durch den Markteintritt neuer Marktteilnehmer, insbesondere durch deren Kundengewinnungsaktionen, besteht ein Risiko hinsichtlich des Bestandes des Kundenportfolios.
Sämtliche übrigen Einzelrisiken des Risikoportfolios werden zum jetzigen Zeitpunkt als nicht wesentlich eingestuft und werden laufend überwacht. Die kritische Prüfung des Risikoportfolios lässt die Feststellung zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Erkenntnisstand auch für das Geschäftsjahr 2017 nicht erkennbar sind.

5.3 Chancenbericht

Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen stellt für die KEV Schleiden GmbH ein wichtiges Ziel dar. Hier eröffnen sich Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzen und zur Steigerung der Ergebnisse. Hinzu kommen die Teilnahme an Konzessionsverfahren und Kooperationsmodellen.
Die starke Position der KEV Energie GmbH im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant, im Verbund mit der ene verstärkt Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen bietet der Themenkomplex Energieeffizienz noch weitere Wachstumspotentiale, die es zu erschließen gilt. Aber auch die EU-Energieeffizienzrichtlinie, die aktuell ihre Umsetzung in nationales Recht durch die Neufassung des Energiedienstleistungsgesetztes findet, bietet neue Ertragspotentiale. Alle großen Unternehmen werden zu regelmäßigen Energieaudits verpflichtet, die von Fachleuten durchgeführt werden müssen. Die ene-Unternehmensgruppe verfügt über entsprechend qualifizierte personelle Ressourcen.
Projekte im Sektor der erneuerbaren Energien sind von den erzielbaren Preisen des erzeugten Stroms abhängig. In Deutschland werden die Einspeisevergütungen sowie deren Degressionen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegt. Durch diese Einspeisevergütungen oder die erzielbaren Preise am Markt werden die Wirtschaftlichkeit und Projekteffizienz maßgeblich bestimmt. Neben den Risiken der Finanzmärkte ist die Verbindlichkeit dieser Gesetze und Verordnungen das größte Risiko des Unternehmens. Zum Januar 2017 trat in Deutschland eine grundlegende Novellierung des Erneuerbaren-

Energien-Gesetzes (EEG) in Kraft. Die Vergütung des erneuerbaren Stroms wird neuerdings nicht wie zuvor staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen ermittelt. [4])
Als Chance sehen wir die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den mit den von uns entwickelten Projekten erzeugten Strom auch außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten – z.B. Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen – an. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden. Wir sehen hier auch gute Chancen, als reiner Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

6 Gesamtaussage
Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen für 2017 keine die Substanz gefährdenden Risiken.

7 Ausblick
Bei der ene wird insgesamt ein deutlicher Umsatzrückgang, der im Wesentlichen auf geringere Bautätigkeit im externen Dienstleistungsgeschäft und internen Auftragsleistungen im Netzbau zurückzuführen ist, sowie ein Ergebnis deutlich unter dem Vorjahresniveau erwartet.
Auf Konzernebene wird für 2017 mit Umsatzerlösen leicht unter dem Niveau von 2016 gerechnet. Auf Konzernebene wird ein Ergebnis deutlich unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Kall, 31. März 2017
(Markus Böhm, Geschäftsführer)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
ene GmbH & Co. KG	16	47	49	
davon:	3	8	9	Teilzeitkräfte
	2	0	0	Auszubildende
ene Konzern	131	138	134	Beschäftigte zum 31.12.
davon:	22	29	31	Teilzeitkräfte
	15	15	16	Auszubildende
enb	0	0	0	kein eigenes Personal

H) Kennzahlen
./.

[4]) [Quelle Dossier des Bundeswirtschaftsministeriums, vom 8.2.2017: Erneuerbare-Energien]

8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Die ene und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der ene wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
  - Green Gecco Verwaltungs GmbH
  - Green Gecco GmbH & Co. KG
    - An Suidhe Wind Farm Ltd.
    - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
    - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
    - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düshorner Heide)
    - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH

A) Ziele der Beteiligung
Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550 €	**2,50 %**
Innogy SE	77.550 €	**2,50 %**
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	2.944.900 €	**95,00 %**
Summe	**3.100.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Franz-Josef Nießen	CDU	Franz Cremer	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung	Bezüge 2016
Helmut Klaßen	130.849 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	674.510	863.631	648.011	-189.121
Sachanlagen	26.257.323	23.985.432	13.629.321	2.271.891
Finanzanlagen	28.555	31.899	27.831	-3.344
	26.960.388	24.880.963	14.305.163	2.079.426
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.434.750	1.534.777	1.135.530	1.899.973
Liquide Mittel	100.285	1.165.675	1.790.239	-1.065.389
	3.535.035	2.700.452	2.925.770	834.584
C Rechnungsabgrenzungsposten	100.999	24.805	4.007	76.194
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	242.308	466.988	298.812	-224.680
Summe Aktiva	**30.838.731**	**28.073.208**	**17.533.752**	**2.765.523**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	8.397.955	4.397.955	4.397.955	4.000.000
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	99.791	0
	16.097.746	12.097.746	7.597.746	4.000.000
B Sonderposten	1.065.399	1.437.810	1.862.776	-372.410
C Rückstellungen	8.094.969	6.835.485	5.934.372	1.259.484
D Verbindlichkeiten	3.833.292	5.994.237	1.116.843	-2.160.944
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.747.324	1.707.930	1.022.015	39.394
Summe Passiva	**30.838.731**	**28.073.208**	**17.533.752**	**2.765.523**

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	22.388.981	21.161.493	19.993.308	1.227.488
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	609.512	536.915	-609.512
3	Sonstige betriebliche Erträge	529.212	1.001.627	3.404.234	-472.415
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	5.971.509	5.368.923	5.281.260	602.586
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	30.863	-155	12.872	31.018
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.940.645	5.369.077	5.268.388	571.568
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	7.163.735	4.831.563	3.740.185	2.332.172
a)	Löhne und Gehälter	5.571.993	3.252.503	2.896.623	2.319.490
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.591.742	1.579.060	843.562	12.682
6	Abschreibungen	2.296.176	2.169.964	1.609.712	126.213
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.327.821	5.714.644	5.491.000	-386.823
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	171	31	6.954	140
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	1	679	-1
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	256.245	166.806	124.032	89.438
	davon an verbundene Unternehmen	0	48	1.139	-48
10	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.409	-3.322	-4.345	-87
11	Ergebnis nach Steuern	**1.906.286**	4.524.085	7.699.568	
12	Sonstige Steuern	21.755	21.361	18.189	393
13	Gewinnabführung	1.884.532	2.723	7.681.379	+ 1.881.808
14	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**	**0**	**4.500.000**	**0**	**-4.500.000**
15	Einstellung in Gewinnrücklage	**0**	**4.500.000**	**0**	-4.500.000
16	**Bilanzgewinn**	**0**	**0**	**0**	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
	111	87	85	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Eingespeiste Strommenge	471	444	389	GWh - bezogen auf das Verteilnetz (Fremdbezug)
davon Lieferung RWE/innogy	170	165	181	GWh - Übertragungsbetzbetreiber (ÜNB)
Lieferung ÜNB in %	36,1	37,1	46,3	
davon:				
dezentrale Einspeisung	301	280	208	GWh - gem. EEG und KWKG
dezentrale Einspeisung in %	64,0	62,9	53,5	
Netznutzung	329	326	324	Abweichung zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen und Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung				
Händler KEV Energie	247	248	244	GWh - im Verteilnetz des Konzern
übrige Händler	82	78	80	GWh

8.2.2 KEV Energie GmbH

A) Ziele der Beteiligung
Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500 €	**2,50 %**
Innogy SE	7.500 €	**2,50 %**
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	285.000 €	**95,00 %**
Summe	**300.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Thilo Waasem	CDU	Dominik Schmitz	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung	Bezüge 2016
Markus Böhm	141.102 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEV Energie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	36.768	32.106	5.153	4.662
Sachanlagen	477.629	439.174	480.908	38.455
Finanzanlagen	2.958.029	2.754.872	2.955.716	203.156
	3.472.425	3.226.152	3.441.777	246.273
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.450.130	4.838.986	3.296.335	-1.388.855
Liquide Mittel	3.159.418	890.111	8.099.673	2.269.307
	6.609.548	5.729.096	11.396.008	880.452
Summe Aktiva	**10.081.974**	**8.955.248**	**14.837.784**	**1.126.725**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Kapitalrücklage	157.115	157.115	157.115	0
	457.115	457.115	457.115	0
B Rückstellungen	735.850	664.166	647.820	71.684
C Verbindlichkeiten	8.889.009	7.833.968	13.732.850	1.055.041
Summe Passiva	**10.081.974**	**8.955.248**	**14.837.784**	**1.126.725**

KEV Energie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	52.414.412	51.249.842	51.388.696	1.164.570
2	Sonstige betriebliche Erträge	128.524	118.210	168.160	10.314
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	45.997.599	44.411.490	46.390.419	1.586.110
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.545.096	29.013.645	31.333.604	-468.550
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.452.504	15.397.844	15.056.815	2.054.659
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.132.372	1.151.776	1.060.189	-19.404
a)	Löhne und Gehälter	911.503	911.292	851.129	211
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	220.869	240.484	209.060	-19.615
5	Abschreibungen	43.902	39.774	47.322	4.127
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.470.429	3.104.907	2.972.369	-634.478
7	Erträge aus Beteiligungen	1.035.088	79.336	65.000	955.753
	davon aus verbundenen Unternehmen	23.373	0	65.000	23.373
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.541	6.433	12.420	2.108
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	8	302	-8
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.033	34.547	31.228	-29.514
	davon an verbundene Unternehmen	1.181	1.203	1.336	-23
10	Ergebnis nach Steuern	**3.937.231**	2.711.327	1.132.748	
11	Sonstige Steuern	12.113	12.382	12.000	-269
12	Gewinnabführung	3.925.118	2.698.945	1.120.748	1.226.173
13	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**0**	**0**	**0**	**-0**

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	17	19	20	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Stromverkauf	289,3	287,7	273,6	GWh
Gasverkauf	2,3	0,8	0,18	GWh

Über die **Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH** wird nachstehend unter den Gliederungsnummern 8.2.2.1 bis 8.2.2.5 berichtet.

8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

A) Ziele der Beteiligung
Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750 €	**51,00 %**
PE Becker GmbH	12.250 €	**49,00 %**
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

Beteiligungsgesellschaft der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH:

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	**100,00 %**
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene. Gleiches gilt für die mittelbaren Beteiligungen der KEV Energie GmbH.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
Geschäftsführung
Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
Geschäftsführung
Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhält für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.691	1.349	921	342
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	26.691	26.349	25.921	342
B Umlaufvermögen				
Vorräte	0	190.671	0	-190.671
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.585.934	190.455	243.305	1.395.480
Liquide Mittel	75.805	199.275	1.386.422	-123.470
	1.661.739	580.400	1.629.726	1.081.339
Summe Aktiva	**1.688.430**	**606.749**	**1.655.647**	**1.081.681**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Kapitalrücklage	400.000	0	0	400.000
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	255.578	154.520	47.104	101.058
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	240.833	101.058	107.417	139.775
	921.412	280.578	179.520	640.833
B Rückstellungen	65.670	63.034	36.218	2.636
C Verbindlichkeiten	701.348	263.137	1.439.909	438.212
Summe Passiva	**1.688.430**	**606.749**	**1.655.647**	**1.081.681**

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	2.310.965	358.245	1.382.771	1.952.720
2	Bestandsveränderungen	-190.671	0	0	-190.671
3	Sonstige betriebliche Erträge	40.605	70.189	50.907	-29.585
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.523.101	41.191	1.135.848	1.481.910
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	50	140	5.145	-90
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.523.051	41.052	1.130.703	1.481.999
5	Abschreibungen	187	127	106	61
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	302.567	251.770	150.760	50.797
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	139	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	94.211	34.288	39.686	59.923
9	Ergebnis nach Steuern	**240.833**	101.058	107.417	
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**240.833**	**101.058**	**107.417**	**139.775**

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.717	17.592	5.734	4.125
Liquide Mittel	25.297	25.487	27.703	-190
	47.014	43.079	33.438	3.935
Summe Aktiva	**47.014**	**43.079**	**33.438**	**3.935**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.187	706	213	481
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.141	481	493	1.660
	28.328	26.187	25.706	2.141
B Rückstellungen	2.592	1.494	1.304	1.098
C Verbindlichkeiten	16.094	15.399	6.428	696
Summe Passiva	**47.014**	**43.079**	**33.438**	**3.935**

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Sonstige betriebliche Erträge	18.245	14.772	14.730	3.472
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.703	14.201	14.122	14.122
3	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	49	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
4	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	401	90	165	310
5	Ergebnis nach Steuern	**2.141**	481	493	
6	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**2.141**	**481**	**493**	**1.660**

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung
Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse
Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	**Stammkapital**	**Anteil**
KEV Energie GmbH	158.100 €	**51,00 %**
Stadt Mechernich	151.900 €	**49,00 %**
Summe	**310.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Geschäftsführung
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft bestehenden Eigenkapitals. Durch die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 30.11.2016 erhält die Geschäftsführung ab dem Geschäftsjahr 2016 eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5%, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.886.962	6.290.496	6.694.030	-403.534
	5.886.962	6.290.496	6.694.030	-403.534
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	230.980	233.445	222.817	-2.465
Liquide Mittel	643.700	630.365	477.653	13.334
	874.680	863.810	700.469	10.870
C Rechnungsabgrenzungsposten				0
Summe Aktiva	**6.761.642**	**7.154.306**	**7.394.499**	**-392.664**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	296.700	250.833	13.300
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.762	59.129	45.868	-49.367
	319.762	355.829	296.700	-36.067
B Rückstellungen	64.882	79.781	55.213	-14.899
C Verbindlichkeiten	6.376.998	6.718.696	7.042.586	-341.698
Summe Passiva	**6.761.642**	**7.154.306**	**7.394.499**	**-392.664**

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	820.662	895.803	874.891	-75.141
2	Sonstige betriebliche Erträge	2.084	5.395	4.179	-3.310
3	Materialaufwand, davon:	14.859	18.294	19.108	-3.435
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.576	4.578	4.978	-1.002
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.283	13.716	14.129	-2.433
4	Abschreibungen	403.534	403.534	403.534	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	96.435	101.170	92.951	-4.735
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.315	2.341	1.303	-26
	davon aus verbundenen Unternehmen	1.181	1.194	36	-13
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	274.873	287.712	297.425	-12.839
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.598	33.699	21.488	-8.102
9	Ergebnis nach Steuern	**24.621**	77.423	64.976	
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**24.621**	**77.423**	**64.976**	**-52.802**

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Erzeugte Energie	3.887,6	4.243,5	4.144,5	MWh

8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung
Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse
Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000 €	**75,00 %**
KEV Energie GmbH	50.000 €	**25,00 %**
Summe	**200.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

		erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	120 5470200	41.679 €	24.683 €	0 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Hans-Peter Wasems	CDU	Franz Cremer	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft bestehenden Eigenkapitals. Durch die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 30.11.2016 erhält die Geschäftsführung ab dem Geschäftsjahr 2016 eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5%, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.361.169	1.450.917	1.540.665	-89.748
	1.361.169	1.450.917	1.540.665	-89.748
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.491	46.367	7.982	-34.876
Liquide Mittel	199.490	197.454	167.939	2.036
	210.980	243.820	175.921	-32.840
Summe Aktiva	**1.572.149**	**1.694.737**	**1.716.586**	**-122.588**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Kapitalrücklage	0	6.108	6.108	-6.108
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.667	65.535	34.553	-33.867
	231.667	271.643	240.661	-39.975
B Rückstellungen	40.800	35.255	19.755	5.545
C Verbindlichkeiten	1.299.682	1.387.840	1.456.170	-88.158
Summe Passiva	**1.572.149**	**1.694.737**	**1.716.586**	**-122.588**

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	217.669	266.336	219.785	-48.667
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	3.109	402	-3.109
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.105	6.994	3.281	-3.889
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	742	3.341	906	-2.598
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.363	3.654	2.375	-1.291
4	Abschreibungen	89.748	89.748	89.748	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	46.897	53.315	46.770	-6.418
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	230	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.152	39.954	41.210	-1.802
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.100	13.900	4.855	-5.800
9	Ergebnis nach Steuern	**31.667**	65.535	34.553	
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**31.667**	**65.535**	**34.553**	**-33.867**

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Erzeugte Energie	986,3	1.081,8	1.041,1	MWh

8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung
Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse
Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000 €	**33,33 %**
eegon - Eifel-Energiegenossenschaft eG	120.000 €	**33,33 %**
Stadt Schleiden	120.000 €	**33,33 %**
Summe	**360.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft bestehenden Eigenkapitals. Durch die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 30.11.2016 erhält die Geschäftsführung ab dem Geschäftsjahr 2016 eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5%, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	3.030.616	3.212.453	3.394.290	-181.837
	3.030.616	3.212.453	3.394.290	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.674	23.805	12.134	-4.130
Liquide Mittel	452.451	420.499	338.248	31.952
	472.126	444.304	350.382	27.822
Summe Aktiva	**3.502.742**	**3.656.757**	**3.744.672**	**-154.015**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	325.440	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	79.256	93.901	96.652	-14.644
	439.256	453.901	422.093	-14.644
B Rückstellungen	69.440	44.300	34.500	25.140
C Verbindlichkeiten	2.994.046	3.158.557	3.288.079	-164.511
Summe Passiva	**3.502.742**	**3.656.757**	**3.744.672**	**-154.015**

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	445.886	480.341	466.221	-34.455
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.365	1.859	604	-494
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	7.910	16.608	10.970	-8.698
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.803	2.455	2.670	348
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.108	14.153	8.300	-9.046
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	66.527	77.222	70.110	-10.695
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	5	337	1
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	90.586	94.258	95.794	-3.672
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.140	18.379	11.800	2.761
9	Ergebnis nach Steuern	**79.256**	93.901	96.652	
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**79.256**	**93.901**	**96.652**	**-14.644**

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Erzeugte Energie	1.875,1	2.013,9	1.956,8	MWh

8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung
Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse
Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.406.200 €	**42,81 %**
PE Becker GmbH	2.293.800 €	40,81 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	520.000 €	9,26 %
Stadt Schleiden	400.000 €	7,12 %
Summe	**5.620.000 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe
Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung
BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	27.629.909	29.615.747	31.378.623	-1.985.838
	27.629.909	29.615.747	31.378.623	-1.985.838
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	804.867	1.149.520	1.360.296	-344.654
Liquide Mittel	3.968.888	4.811.220	4.536.552	-842.332
	4.773.754	5.960.740	5.896.848	-1.186.986
Summe Aktiva	**32.403.663**	**35.576.487**	**37.275.471**	**-3.172.824**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.613.144	0
Rücklagen	0	789.851	0	-789.851
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	721.801	1.206.989	796.707	-485.188
	6.341.801	7.616.840	6.409.851	-1.275.039
B Rückstellungen	73.270	178.212	171.335	-104.942
C Verbindlichkeiten	25.979.180	27.768.752	30.694.286	-1.789.572
D Passive Latente Steuern	9.412	12.683	0	-3.271
Summe Passiva	**32.403.663**	**35.576.487**	**37.275.471**	**-3.172.824**

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	3.091.202	4.835.952	1.384.511	-1.744.750
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.632.124	486.430	0	1.145.694
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	232.159	206.163	101.560	25.996
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.241	9.058	14.608	-817
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	223.918	197.105	86.953	26.813
4	Abschreibungen	1.985.838	1.975.942	71.410	9.896
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	759.756	775.806	181.065	-16.050
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17	9	3.822	9
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	833.761	853.024	100.773	-19.264
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	190.029	304.465	136.818	-114.436
9	Ergebnis nach Steuern	**953.960**	1.413.153	898.267	
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**953.960**	**1.413.153**	**898.267**	**-459.193**

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Erzeugte Energie	46.460,8	53.661,1	13.601,7	MWh

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).
ere V-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter (Stand: 01.01.2016)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.250 €	29,00 %
Innogy SE	7.250 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Kommunen Schleiden, Mechernich, Bad Münstereifel und Heimbach fand im Rahmen von notariellen Beurkundungen am 21.09. bzw. 20.12.2016 statt.

Gesellschafter (Stand: 31.12.2016)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	5.125 €	20,50 %
Innogy SE	5.125 €	20,50 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

nachrichtlich:
Die Übertragung der Anteile auf die Städte Bad Münstereifel und Heimbach erfolgte am 03.01.2017.

Gesellschafter (Stand: 03.01.2017)	*Stammkapital*	*Anteil*
Kreis Euskirchen	*2.250 €*	*9,00 %*
Innogy SE	*2.250 €*	*9,00 %*
Gemeinde Blankenheim	*3.500 €*	*14,00 %*
Gemeinde Hellenthal	*3.500 €*	*14,00 %*
Gemeinde Kall	*3.500 €*	*14,00 %*
Stadt Schleiden	*4.000 €*	*16,00 %*
Stadt Mechernich	*250 €*	*1,00 %*
Stadt Bad Münstereifel	*4.500 €*	*18,00 %*
Stadt Heimbach	*1.250 €*	*5,00 %*
Summe	***25.000 €***	***100,00 %***

Der Kreistag hat am 05.04.2017 die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der Energie Rur-Erft GmbH Co. KG und an deren Komplementärin, der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Kommunen Bad Münstereifel

(4,0 %), Schleiden (3,8 %), Blankenheim (3,0 %), Hellenthal (3,0 %), Kall (3,0 %) Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) beschlossen (V 290/2017).

Die Veräußerung weiterer Geschäftsanteile erfolgte im Rahmen der notariellen Beurkundung am 13.07.2017.

Gesellschafter (Stand: 16.08.2017)	***Stammkapital***	***Anteil***
Kreis Euskirchen	*25 €*	*0,10 %*
Innogy SE	*25 €*	*0,10 %*
Gemeinde Blankenheim	*4.250 €*	*17,00 %*
Gemeinde Hellenthal	*4.250 €*	*17,00 %*
Gemeinde Kall	*4.250 €*	*17,00 %*
Stadt Schleiden	*4.950 €*	*19,80 %*
Stadt Mechernich	*250 €*	*1,00 %*
Stadt Bad Münstereifel	*5.500 €*	*22,00 %*
Stadt Heimbach	*1.500 €*	*6,00 %*
Summe	***25.000 €***	***100,00 %***

9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter (Stand: 01.01.2016)	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	7.250 €	29,00 %
Innogy SE	7.250 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Kommunen Schleiden, Mechernich, Bad Münstereifel und Heimbach fand im Rahmen von notariellen Beurkundungen am 21.09. bzw. 20.12.2016 statt.

Gesellschafter (Stand: 31.12.2016)	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	5.125 €	20,50 %
Innogy SE	5.125 €	20,50 %
Gemeinde Blankenheim	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500 €	14,00 %
Stadt Schleiden	4.000 €	16,00 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Summe	**25.000 €**	**100,00 %**

<u>nachrichtlich:</u>
Die Übertragung der Anteile auf die Städte Bad Münstereifel und Heimbach erfolgte am 03.01.2017.

Gesellschafter (Stand: 03.01.2017)	***Stammkapital***	***Anteil***
Kreis Euskirchen	*2.250 €*	*9,00 %*
Innogy SE	*2.250 €*	*9,00 %*
Gemeinde Blankenheim	*3.500 €*	*14,00 %*
Gemeinde Hellenthal	*3.500 €*	*14,00 %*
Gemeinde Kall	*3.500 €*	*14,00 %*
Stadt Schleiden	*4.000 €*	*16,00 %*
Stadt Mechernich	*250 €*	*1,00 %*
Stadt Bad Münstereifel	*4.500 €*	*18,00 %*
Stadt Heimbach	*1.250 €*	*5,00 %*
Summe	***25.000 €***	***100,00 %***

Der Kreistag hat am 05.04.2017 die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der Energie Rur-Erft GmbH Co. KG und an deren Komplementärin, der Energie Rur-Erft Verwaltungs-

GmbH, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Kommunen Bad Münstereifel (4,0 %), Schleiden (3,8 %), Blankenheim (3,0 %), Hellenthal (3,0 %), Kall (3,0 %) Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) beschlossen (V 290/2017).

Die Veräußerung weiterer Kommanditanteile erfolgte im Rahmen der notariellen Beurkundung am 13.07.2017.

Gesellschafter (Stand: 16.08.2017)	***Stammkapital***	***Anteil***
Kreis Euskirchen	*25 €*	*0,10 %*
Innogy SE	*25 €*	*0,10 %*
Gemeinde Blankenheim	*4.250 €*	*17,00 %*
Gemeinde Hellenthal	*4.250 €*	*17,00 %*
Gemeinde Kall	*4.250 €*	*17,00 %*
Stadt Schleiden	*4.950 €*	*19,80 %*
Stadt Mechernich	*250 €*	*1,00 %*
Stadt Bad Münstereifel	*5.500 €*	*22,00 %*
Stadt Heimbach	*1.500 €*	*6,00 %*
Summe	***25.000 €***	***100,00 %***

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

	Produkt /	**erhaltene Zahlungen (ohne Steuern *)**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	120 54702	384.899 €	0 €	€

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Gliederungsnummer 8.1) nachgewiesen.

E) Zusammensetzung der Organe

1. Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung
Herbert Radermacher, Bürgermeister Gemeinde Kall
Jens van der Crabben, Innogy SE

Die Geschäftsführung hat für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung erhalten.

2. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)
a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung
Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH [1*]

[1*] Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Die Jahresabschlüsse 2016 lagen zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und werden im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt. Es folgt nachstehend die Berichterstattung über die Jahresabschlüsse 2015.

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2015			Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€		€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	16.600			16.600
	16.600	0	0	16.600
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.129.759			1.129.759
Liquide Mittel	8.300			8.300
	1.138.059	0	0	1.138.059
Summe Aktiva	**1.154.659**	**0**	**0**	**1.154.659**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000			25.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.019.580			1.019.580
	1.044.580	0	0	1.044.580
B Rückstellungen	4.300			4.300
C Verbindlichkeiten	105.779			105.779
Summe Passiva	**1.154.659**	**0**	**0**	**1.154.659**

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.500	3.000	0	4.500
Liquide Mittel	24.645	24.992	0	-347
	32.145	27.992	0	4.153
Summe Aktiva	**32.145**	**27.992**	**0**	**4.153**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.456	0	0	1.456
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.463	1.456	0	7
	27.920	26.456	0	1.463
B Rückstellungen	3.000	1.500	0	1.500
C Verbindlichkeiten	1.226	36	0	1.190
Summe Passiva	**32.145**	**27.992**	**0**	**4.153**

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Aufwendungen	70.895			70.895
2	Erträge aus Beteiligungen	1.090.475			1.090.475
	davon aus verbundenen Unternehmen				
3	Ergebnis nach Steuern	**1.019.580**	0	0	
4	Sonstige Steuern				
5	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.019.580**	**0**	**0**	**1.019.580**

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.500	3.000	0	1.500
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.037	1.544	0	1.493
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	
4	Ergebnis nach Steuern	1.463	1.456	0	
5	Sonstige Steuern	0	0	0	
6	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**1.463**	**1.456**	**0**	**7**

Lagebericht

„1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere) wurde am 2. Januar 2015 mit Sitz in Kall gegründet. Gründungskommanditisten waren der Kreis Euskirchen, Euskirchen und die RWE Deutschland GmbH, Essen, zu jeweils 50 %.

Mit Verträgen vom 22. Juni 2015 wurden von den Gründungsgesellschaftern je 21 % an die Kommunen Blankenheim, Hellenthal und Kall veräußert, die nun jeweils einen Anteil von 14 % halten.

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand der ere ist das Halten die Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichts Düren unter der HR A 2498 eingetragenen Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) mit Sitz in Kall sowie das Halten einer Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Düren unter HRB B 4438 eingetragenen Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb) mit Sitz in Kall. Das Gesellschaftskapital beträgt 25.000 €.

1.3 Forschung und Entwicklung

Das Unternehmen betreibt keine Forschung und Entwicklung.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft entwickelte sich 2015 insgesamt positiv, wenn auch sektorial betrachtet durchaus unterschiedlich. Während im Bereich produzierendes und verarbeitendes Gewerbe - und hier vor allem in den energieintensiven Industrien - geringere und teilweise negative Änderungsraten zu beobachten waren, ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2015 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 1,7 % gestiegen. [Quelle; BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015]

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2015 mit 43,0 Millionen das neunte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Das waren 324.000 Personen oder 0,8 % mehr als im Vorjahr. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, war 2015 im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert (+ 0,1 %). Je Erwerbstätigen ist sie um 0,5 % gegenüber 2014 gestiegen.

2015 wurden in Deutschland brutto 651,8 Mrd. kWh Strom erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Stromerzeugung damit um 24,0 Mrd. kWh - das entspricht 3,8 % - zu. Der Zuwachs war allein auf die Erneuerbaren Energien (bis auf die Wasserkraft) zurückzuführen, die konventionellen und nuklearen Energieträger hatten allesamt Rückgänge zu verzeichnen. Die Stromerzeugung der Braunkohlekraftwerke belief sich 2015 auf 155,0 Mrd. kWh. Das entspricht einem Rückgang von 0,5 % im Vergleich zum Vorjahreswert. Der Beitrag der Braunkohlekraftwerke zur Bruttostromerzeugung betrug 23,8 %. Braunkohle war somit auch Im vergangenen Jahr der wichtigste Energieträger Im deutschen Strommix. Die Steinkohlekraftwerke lieferten 2015 ebenfalls weniger Strom als im vorangegangenen Jahr. Sie produzierten 118,0 Mrd. kWh; das entspricht ebenfalls einem Rückgang von 0,5 % im Vorjahresvergleich.

Der Anteil der Steinkohle am Energieträgermix der deutschen Stromversorgung betrug 18,1 %. Die Kernkraftwerke in Deutschland erzeugten im Berichtsjahr 91,8 Mrd. kWh Strom; das entspricht einem Anteil von 14,1 % an der Bruttostromerzeugung. Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraftwerken der Stromversorgung ging um knapp 2 % zurück; er befindet sich seit 2008 in einem kontinuierlichen Rückgang. In Summe hatte Erdgas 2015 einen Anteil von 9,1 % an der Bruttostromerzeugung Deutschlands. 2015 wurde aus Erneuerbaren Energien 20,5 % mehr Strom erzeugt als im Jahr zuvor. Den größten Zuwachs konnte die Stromerzeugung aus Windenergie verzeichnen. Mit 79,3 Mrd. kWh erzeugten die Windkraftanlagen an Land 23,4 Mrd. kWh mehr Strom als im Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg um fast 42 %. [Quelle. BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015].

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen
Der Primärenergieverbrauch in Deutschland nahm 2015 verglichen mit dem Vorjahr um 1,1 % zu. Außer bei den Erneuerbaren Energien und beim Erdgas war bei allen Energieträgern ein Verbrauchsrückgang zu verzeichnen. Die Zunahme des Primärenergieverbrauchs ist außer auf die relativ positive konjunkturelle Entwicklung im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung während der Heizperiode zurückzuführen. Bereinigt um die Witterungseinflüsse sank der Primärenergieverbrauch um etwa 0,4 %. Tendenziell ist der effektive Primärenergieverbrauch seit 1990 rückläufig. Nach dem Krisenjahr 2009 stieg der Verbrauch 2010 zwar sichtbar, erreichte aber noch nicht wieder das Niveau der Jahre 2006 bis 2008.
2013 gab die sehr kühle Witterung zwar einen Verbrauchsschub, die sinkende Tendenz setzte sich jedoch fort. [Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015].
2.3 Geschäftsverlauf 2015
Das Geschäft der ere besteht ausschließlich in dem Halten von Beteiligungen. Es wurde ein Jahresüberschuss von 1.019 T€ erzielt.
2.4 Lage des Unternehmens
2.4.1 Ertragslage
Aus Beteiligungen resultieren Erträge in Höhe von 1.090 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 71 T€ betreffen im Wesentlichen Honorare für Steuer- und Rechtsberatung sowie Aufwendungen für die Betriebsführung und Geschäftsführungsvergütung für die ere. Nach Abzug von Kosten für die kfm. Betriebsführung sowie sonstiger Kosten (u.a. Jahresabschlusskosten) verbleibt ein Jahresüberschuss von 1.019 T€.
2.4.2 Vermögenslage und Finanzlage
Die Gesellschaft hat kein Sachanlagevermögen sondern im Wesentlichen Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 1.090 T€, Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 39,2 T€, Finanzanlagen von 16,6 T€ und liquide Mittel von 8,3 T€, die aus der Einzahlung des Gesellschaftskapitals resultieren. Alle Forderungen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.
2.5 Leistungsindikatoren
2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren
Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt durch den finanziellen Leistungsindikator Beteiligungserträge, die die Einkünfte aus der Beteiligung der ene widerspiegelt.
2.5.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren
Im Berichtszeitraum hatte die ere keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch Mitarbeiter der Energie Nordeifel GmbH & Co KG. Als nicht finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft wird insbesondere die gute Reputation der Beteiligungen im Bereich der Energieversorgung mit regionaler Verwurzelung gesehen.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO
Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Die ere, deren Gesellschaftszweck auf das Halten von Beteiligungen im Energieversorgungssektor gerichtet ist, trägt hierbei indirekt einen Beitrag zur Stromversorgung in der Nordeifel bei.

4 Nachtragsbericht
Im Zeitraum nach dem 31.12.2015 sind keine Ereignisse eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der ere haben.

5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten der Gesellschaft zählen Forderungen gegenüber der Kommanditgesellschaft ene. Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen des Cash Managements kontinuierlich überwacht.

6 Prognose-, Risiko- und Chancenbericht
6.1 Prognosebericht
Entsprechend der Prognose und Budgetplanung der ene erhält die ere Beteiligungserträge von ca. 1.088 T€. Wir gehen künftig von gleichbleibenden Erträgen und niedrigen Kosten aus.
6.2 Risikobericht
6.2.1 Branchenspezifische Risiken
Die Gesellschaft erzielt als Gesellschafterin der ene Beteiligungserträge. Die ene wiederum hat mit den Tochtergesellschaften KEV Energie GmbH und Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen. Die für die ene und ihre Tochtergesellschaften bestehenden Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die ere. Mögliche Risikopotentiale liegen insbesondere im

regulatorischen Umfeld sowie in den liberalisierten Energiemärkten. Bei Letzteren ergeben sich neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern.
6.2.2 Ertragsorientierte Risiken
Veränderungen der bestehenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen können Investitionen und Ertragslage der Gesellschaft signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des ene-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt. Risiken bestehen darin, dass Beteiligungserträge ausfallen, d.h. Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft der ene und Erträge aus deren Beteiligungen bleiben aus. Mittelbare Risiken bestehen insoweit aus der Abhängigkeit der erzielten Beteiligungserträge aus der ene. Sämtliche Risiken werden als Risiken mit niedriger bis mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft.

6.3 Chancenbericht

Die ere als Gesellschafter übt über den Aufsichtsrat der ene eine Steuerungsfunktion des ene-Konzerns aus. Mit der der Verfolgung der für den ene-Konzern relevanten strategischen Ziele eröffnen sich gute Chancen, bestehende Geschäftsaktivitäten weiterzuentwickeln und eine Verbesserung der Ertragslage nachhaltig zu realisieren.
Die ere profitiert dann von höheren Beteiligungserträgen.

7 Ausblick

Wir gehen in 2016 davon aus, dass wir Beteiligungserträge auf dem Niveau von 2015 erzielen werden. Nach Abzug von Aufwendungen für kfm. Betriebsführung, Jahresabschlussprüfung und Beratungskosten gehen wir von einem leicht gestiegenen Ergebnis gegenüber 2015 aus.

Kall, 29. Juli 2016
(Jens van der Crabben, Geschäftsführer) (Herbert Radermacher, Geschäftsführer)“

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: http://www.agit.de/

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverstandes aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000 €	1,60%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Summe	**3.253.000 €**	**100,00%**

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

nachrichtlich:
Der Kreis Heinsberg hat im Februar 2017 gegenüber der Gesellschaft schriftlich den Austritt aus der AGIT erklärt. Der Austritt wird zum 31.12.2017 wirksam werden.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) wurden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.
Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.
Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschussschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat im Herbst/Winter 2016 eine teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichende Finanzierungsart im Rahmen der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2017 beschlossen. Der Kreistag hat am 14.12.2016 diesem Vorgehen zugestimmt (V 273/2016).

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57104 08	52.239 €	50.965 €	51.000 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:		Stellvertreter:	
Franz Cremer	SPD	Hans Peter Wasems	CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke (Aufsichtsratsvorsitzender bis 30.06.2016)	Stellvertreter: Franz Cremer	SPD

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

c) Geschäftsführung

		Bezüge 2016
Dr. Helmut Greif	bis 30.06.2016	73 T€
Dr. Lothar Mahnke	ab 01.07.2016	68 T€

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.362	28.226	8.921	-15.864
Sachanlagen	4.542.441	5.378.365	6.153.411	-835.924
Finanzanlagen	42.605	48.996	48.996	-6.391
	4.597.408	5.455.587	6.211.328	-858.179
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	410.611	612.970	877.315	-202.359
Liquide Mittel	308.878	227.364	338.355	81.514
	719.489	840.334	1.215.670	-120.845
C Rechnungsabgrenzungsposten	14.819	1.610	168	13.210
Summe Aktiva	**5.331.716**	**6.297.531**	**7.427.166**	**-965.815**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.320.313	-2.091.537	-2.093.075	-228.776
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	170.194	-228.776	1.538	398.970
	1.102.881	932.687	1.161.463	170.194
B Sonderposten	963.732	1.609.964	2.256.386	-646.232
C Rückstellungen	64.651	105.200	92.700	-40.549
D Verbindlichkeiten	3.146.895	3.649.680	3.916.617	-502.786
E Rechnungsabgrenzungsposten	53.558			53.558
Summe Passiva	**5.331.716**	**6.297.531**	**7.427.166**	**-965.815**

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.433.773	3.341.321	3.534.700	92.453
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.770.361	1.793.338	2.412.523	-22.978
3	Materialaufwand, davon:	2.149.425	0	0	2.149.425
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.149.425			2.149.425
4	Personalaufwand, davon:	1.399.048	1.540.685	1.622.874	-141.637
a)	Löhne und Gehälter	1.111.800	1.213.601	1.281.875	-101.801
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	287.248	327.084	340.999	-39.835
5	Abschreibungen	910.138	913.516	900.408	-3.378
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	366.136	2.697.513	3.081.451	-2.331.377
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	127	39	470	89
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	91.820	93.901	113.306	-2.081
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	**287.695**	-110.916	229.655	398.611
10	Sonstige Steuern	117.501	117.860	228.116	-359
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**170.194**	**-228.776**	**1.538**	**398.970**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

„Vorbemerkungen zum Jahr 2016

Seit 2013 befindet sich die Aufgabenverteilung im Bereich der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in der Region Aachen in einem Restrukturierungsprozess, der auch Ende 2016 noch nicht ab-

geschlossen war. Insbesondere die in 2015 grundsätzlich geregelte Aufgabenverteilung zwischen AGIT und Zweckverband Region Aachen (ZV) musste sich in der Praxis noch bewähren.
Zum 1. Juli 2016 wurde ein Nachfolger für den altersbedingt ausscheidenden Geschäftsführer bestellt.
Neben diesen internen Veränderungsprozessen war das Geschäftsjahr von einem immer wieder aufgeschobenen Start der beiden Interreg-Projekte „Early Tec" und „I2M" geprägt, die erst im November 2016 endgültig genehmigt wurden. Dadurch wurde die Personal- und Finanzplanung für das gesamte Jahr vor besondere Herausforderungen gestellt.
Das von der AGIT in Kooperation mit Wissenschafts- und Industriepartnern betriebene „Automotive & Rail Innovation Center" (ARIC) in Wegberg-Wildenrath konnte auch in 2016 die als Grundlage für das Geschäftsmodell notwendigen Dienstleistungsaufträge nicht akquirieren.
Deshalb wurden die Kooperationsverträge mit den Projektpartnern gekündigt und das Gesamtprojekt mit Wirkung zum 1. August 2016 auf den zentralen Mitarbeiter dieses Projektes übertragen. Dadurch können die sich aus der Projektförderung ergebenen Verwertungsverpflichtungen erfüllt werden, ohne dass sich bei der AGIT ein weiteres finanzielles Defizit aufbaut. An möglicherweise doch noch aus Dienstleistungsaufträgen zu erzielenden Gewinnen ist die Gesellschaft nicht mehr beteiligt.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technoiogieorientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und die Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt.
Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert:

- Im Bereich „Technologiezentrumsmanagement" wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen.
- Der Bereich „Wirtschaftsförderung" umfasst die Beratung von Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Während die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren auch in 2016 auf einem gleichbleibend hohen Niveau blieb, haben sich die Rahmenbedingungen für den Bereich „Wirtschaftsförderung" z.T. grundlegend verändert. Dies betrifft insbesondere die internationale Standortwerbung, mit der ausländische Firmen für eine Ansiedlung in der Region Aachen akquiriert werden sollen. Obwohl die Auslandsinvestitionen in Deutschland generell weiter sehr hoch sind, gehen diese Investitionen weit überwiegend in Unternehmensbeteiligungen und Aufkäufe (sowie in Bestandsinvestitionen), die durch Standortwerbung nicht zu beeinflussen sind. Dadurch ist die Basis für diese AGIT-Aktivitäten weitgehend weggebrochen. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region bleibt weiterhin hoch, allerdings ist ein wichtiges Förderprogramm in 2016 weggefallen, sodass die durch die Beratung ausgelösten Fördervolumina zurückgehen.
Die Projektförderkulisse war in 2016 problematisch, da obwohl die neue EU-Förderperiode bereits in 2014 begann, die endgültigen Projektbewiliigungen aus dem Interreg-Programm erst im letzten Quartal 2016 erfolgte.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2016 über 16 festangestellte Mitarbeiter, 4 über Projekte finanzierte Mitarbeiter mit befristeten Verträgen sowie über 7 Auszubildende und Aushilfskräfte.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im TZA konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2016 hinweg nahe 100% gehalten werden. Insgesamt zogen 12 Firmen aus, während 5 Unternehmen neu in das TZA einzogen. 13 bereits im TZA ansässige Firmen vergrößerten ihren Flächenbedarf. Bei der sehr guten Auslastung muss doch auch berücksichtigt werden, dass nur noch 7% der vermietbaren Fläche von tatsächlichen Unternehmensgründern (bis zu fünf Jahre nach Gründung) belegt werden, das TZA seinen Wirtschaftsförderungsauftrag zur Unterstützung von Existenzgründern nur noch bedingt wahrnimmt. Insgesamt waren zum Jahresende 76 Unternehmen mit knapp 900 Arbeitsplätzen im TZA ansässig.

Im ZBMT zogen im Berichtszeitraum 4 Unternehmen aus und 3 Unternehmen neu ein. Des Weiteren vergrößerten 4 Unternehmen ihren Flächenbedarf, während sich 1 Unternehmen verkleinerte. Damit konnte auch für das ZBMT in 2016 eine Vollauslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 20 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt.
Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig entwickelt, insgesamt ist die Auslastung aber weiterhin zufriedenstellend. Über 40.000 Teilnehmer nahmen an Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2016 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 195 Beratungsfällen deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (168 Beratungsfälle). Allerdings war das dadurch ausgelöste Investitionsvolumen durch den Wegfall eines wichtigen Förderprogramms mit knapp 37 Mio € rückläufig (Durchschnitt der letzten zehn Jahre 65 Mio €). Die Zahl der damit geschaffenen Arbeitsplätze lag dagegen mit 516 neuen Arbeitsplätzen sogar höher als das Mittel der letzten zehn Jahre (464).
Die regionale Verteilung dieser Beratungsfälle weist eine deutliche Konzentration auf die Städteregion Aachen, und hier wiederum auf die Stadt Aachen selbst auf. So konnte die AGIT 99 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 16,4 Mio € mit Sitz in der Stadt Aachen, 28 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 2,5 Mio € in der restlichen Städteregion, 8 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 1,4 Mio € im Kreis Heinsberg, 15 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 6,8 Mio € im Kreis Düren sowie 8 Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 3 Mio € beraten.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen für die internationale Standortwerbung konnte die AGIT in 2016 insgesamt 6 Ansiedlungsfälle positiv begleiten, darunter 3 aus den Niederlanden, sowie jeweils 1 Unternehmen aus Korea, China und Deutschland. Diese Ansiedlungen wurden alle in der Städteregion Aachen realisiert. Erheblich zugenommen haben Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst, wobei diese Aufgabe in erster Linie durch die Kreiswirtschaftsförderer wahrgenommen werden sollte.
Auch unter dem Eindruck einer Delegationsreise anlässlich der 30-jährigen Städtepartnerschaft Aachen-Ningbo nach China wurde im zweiten Halbjahr eine grundlegende Neuausrichtung dieser Abteilung in Gang gesetzt, die sich hauptsächlich auf bestehende Unternehmensnetzwerke aus den großen Forschungseinrichtungen nach China und Korea konzentrieren soll.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Der verspätete Projektstart für die beiden Interreg-Projekte „Early Tec" und „I2M" erlaubte in 2016 für diese beiden Vorhaben im Wesentlichen nur vorbereitende Arbeiten.
Das seit rund zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das daraus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2016 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet, nahmen aber mit insgesamt 3.434 TEUR gegenüber dem Vorjahr um -109 TEUR ab. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100%, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist auch die Erlösentwicklung im ZBMT, wo mit 655 TEUR die Mieterlöse gegenüber dem Jahr 2015 um 75 TEUR gesteigert werden konnten. Hier bleiben die hohen Raum- und Grundstücksaufwendungen in Höhe von 152 TEUR und vor allem die sehr hohen Anlagekosten (Instandhaltung) in Höhe von 83 TEUR die Gründe für das insgesamt mit -153 TEUR negative ZBMT-Ergebnis.
Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrumsmanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamtergebnis in Höhe von knapp 300 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung" blieben mit 899 TEUR in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmen aus Projekten konnten durch den verspäteten Start der Projekte die bereits aufgelaufenen Personalkosten nicht ausgleichen, so dass im Bereich „Wirtschaftsförderung" ein Defizit in Höhe von rund - 130 TEUR aufgebaut wurde. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit nach dem mit -229 TEUR defizitären Jahr 2015 wieder mit 170 TEUR ein positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Finanzlage

Auch in 2016 wurde wie in den Vorjahren ein Kontokorrentkredit in Höhe von 400 TEUR in zur Liquiditätserhaltung in Anspruch genommen. Dabei wurde die Liquidität insbesondere durch den verspäteten Start der Projekte - und der dadurch nochmals verzögerten Auszahlung von Fördermitteln - im Bereich „Wirtschaftsförderung" belastet. Im Bereich „Technologiezentrumsmanagement" konnten die in den Vorjahren aufgetretenen Liquiditätsengpässen im ZBMT weitgehend vermieden werden.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet, wobei sich das Gesamtvermögen auf 5.331 TEUR gegenüber dem Vorjahr mit 6.297 TEUR um rund 15% verringert hat.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
Bezüglich der Auslastung der beiden Zentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau, allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass der eigentliche Zweck der Technologiezentren - Unterstützung von Neugründungen - nur noch zu einem geringen Prozentsatz erfüllt wird.
Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich 2016 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Die Anzahl der Neuansiedlungen von Unternehmen ist dagegen auch im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen.

III. Prognosebericht
Da die Mietstreitigkeiten im ZBMT inzwischen beigelegt werden konnten und aus den zugesagten Projekten jetzt auch Fördermittel abgerufen werden können, wird sich die Liquidität in 2017 deutlich verbessern.
Die Auslastung der beiden Technologiezentren ist auch in 2017 auf einem weiterhin hohen Niveau zu erwarten. Die Beratungsleistung für technologie-orientierte Unternehmen soll zukünftig verstärkt auch mit eigenen Instrumenten für den ländlichen Raum intensiviert werden, so dass in diesem Bereich ein höheres Leistungsvolumen zu erwarten ist. Die Neuansiedlung von Unternehmen wird dagegen weiterhin zurückgehen, so dass hier strategische Neuausrichtungen erfolgen müssen.
Da die regionalen und euregionalen Projekte in 2017 voll angelaufen sind, ist in diesem Bereich im Gegensatz zu den beiden Vorjahren auch mit wirtschaftlich besseren Ergebnissen zu rechnen.

V. Chancen- und Risikobericht
1. Risikobericht
Die Wirkungen der AGIT sind stark auf die Stadt Aachen und die übrige Städteregion konzentriert, was in den Kreisen Düren, Euskirchen und Heinsberg in Teilen der Politik zu Diskussionen über einen weiteren Verbleib in der Gesellschaft geführt hat. Die AGIT hat darauf gemeinsam mit dem Zweckverband mit einem „Strategiepapier" reagiert, das derzeit in den politischen Gremien der Gebietskörperschaften diskutiert wird. Es ist zu erwarten, dass die Aufgabenverteilung zwischen AGIT und Zweckverband somit nochmals neu ausgerichtet werden muss.
Die erheblichen finanziellen Risiken durch das ARIC-Projekt in Wildenrath konnten durch eine Ende Juli 2016 unterzeichnete Vereinbarung mit den Projektpartnern auf Null reduziert werden.
Bereits in 2015 hat die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung aufgefordert, die „Anpassungskennzahlen" im Personalbereich zu reduzieren. Dies ist bisher nicht geschehen, sodass die deutliche finanzielle Besserstellung eines Teils der AGIT-Mitarbeiter (mit altem BAT-Vertrag) weiterbesteht.

2. Chancenbericht
Die Gesellschaft bietet in mehreren Bereichen Ansatzpunkte, die ursprünglich gesetzten Gesellschaftsziele - Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung - wieder besser zu erreichen. Hierzu sollte geprüft werden, ob mit dem Verkauf des für die reine Gründerförderung zu großen TZA nicht die notwendigen finanziellen Mittel erwirtschaftet werden können, um ein modernes Technologiezentrum neu zu errichten. Mittelfristig könnten so auch die Mittel für die Wirtschaftsförderung weitgehend aus den Mieterlösen erwirtschaftet werden.

3. Gesamtaussage
Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage, für die Erreichung der ursprünglich gesetzten Ziele ist in 2017 zu prüfen, ob grundlegende Entscheidungen für eine tiefergehende Neuausrichtung der Gesellschaft getroffen werden sollen.
Nach Schluss des Geschäftsjahres hat der Kreis Heinsberg beschlossen, als Gesellschafter der AGIT mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 auszutreten.

Aachen, Im April 2017
Dr. Lothar Mahnke
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	19	24	30	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

H) Kennzahlen
./.

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: http://www.tae-gmbh.de/

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen dem Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE), der Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen sollte. Im Verlauf des 2. Halbjahres 2016 stellte sich diese Möglichkeit als umsetzbar dar. Entsprechende Beschlussfassungen erfolgten in der Gesellschafterversammlung am 29.11.2016. Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2016 aufgelöst und befindet sich nunmehr in der Liquidation. Der Geschäftsführer wurde abberufen und zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 03.01.2017.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	**25.564,59 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57101 04	44.460 €	44.460 €	27.953 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:		Stellvertreter/innen:	
1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer)	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
2. Karsten Stickeler	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
3. Heinrich Hettmer (stv. Stimmführer)	SPD	Stefanie Seidler	SPD
4. Dirk van Meenen	FDP	Hans Reiff	FDP

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.11.2016 wurde Herr Jochen Kupp zum 31.12.2016 als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zum Liquidator bestellt.

Die Vergütung der Geschäftsführung betrug im Berichtsjahr 3.600 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i.L.
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	7	89	286	-82
	8	90	287	-82
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.306	81.140	44.588	-59.834
Liquide Mittel	23.445	0	4.094	23.445
	44.750	81.140	48.681	-36.389
Summe Aktiva	**44.758**	**81.230**	**48.968**	**-36.471**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565	0
Kapitalrücklage	88.744	89.243	67.108	-498
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-81.599	-85.998	-63.365	4.399
	32.710	28.809	29.307	3.900
B Rückstellungen	4.500	30.650	10.811	-26.150
C Verbindlichkeiten	7.549	21.770	8.850	-14.222
Summe Passiva	**44.758**	**81.230**	**48.968**	**-36.471**

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i. L.
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	61.373	71.263	61.237	-9.890
2	Sonstige betriebliche Erträge	3.250	4.252	265	-1.002
3	Materialaufwand, davon:	0	4.867	2.418	-4.867
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	4.650	2.418	-4.650
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	217		-217
4	Personalaufwand, davon:	74.221	104.390	74.819	-30.169
a)	Löhne und Gehälter	60.958	87.261	62.553	-26.303
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.264	17.130	12.265	-3.866
5	Abschreibungen	82	197	1.420	-115
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	72.800	51.948	44.395	20.851
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.190	110	1.816	1.080
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	**-83.671**	-81.131	-60.948	
9	Sonstige Steuern	-2.071	0	0	-2.071
10	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-81.599**	**-81.131**	**-60.948**	**-468**

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2016

„Vorbemerkung
Das seit einigen Jahren laufende Projekt TeTRRA B ist zum 30. Juni 2015 ausgelaufen. Bereits seit Ende 2014 wurde versucht, ein Folgeprojekt zu generieren.
Um die Euregionale Zusammenarbeit weiter zu fördern, hat sich die TAE GmbH in zwei Projektanbahnungen engagiert:
EarlyTech: Hier geht es um Kontakte und Kooperationen in einem frühen Stadium neuer Produkte zu Hochschulen und anderen Knowhow-Trägern. Gerade dazu hat sich in der Vergangenheit großes Interesse bei den im Kreis Euskirchen ansässigen Unternehmen gezeigt. Das betrifft sowohl Gründer als auch eingesessene Unternehmen.
Innovation2Market: Dieses Projekt zielt auf Kooperationen zwischen Unternehmen ab, um neue Produkte gemeinsam zu verwirklichen, die bereits eine große Nähe zum Markt haben. Auch dies ist für KMU interessant: So hat z. B. ein Unternehmen aus Stolberg mit einer länderübergreifenden Kooperation ein Produkt realisieren können, mit dem es sich jetzt um einen Innovationspreis bewirbt. Insgesamt sind im Vorläuferprojekt TTC dutzende solcher Kooperationen zwischen KMU entstanden, die Feedbacks der Unternehmen sind überwiegend positiv. Diese Erfahrungen sollen nun auf den ländlichen Raum ausgedehnt werden.
Leider wurde der Start der Projekte aufgrund fehlender Voraussetzungen auf Seiten des genehmigenden Büros mehrfach verschoben. Dies führte zu fehlenden Erträgen für die TAE GmbH und einer drohenden Überschuldung.
Sämtliche Anstellungsverträge wurden zum 30. September 2016 beendet.

Geschäftsfeld Seminare
Die Seminarreihe zum Führungskräftetraining wurde auch im Jahr 2016 fortgeführt. Die Teilnehmerzahlen sind im Vergleich zu den Vorjahren durch die Akquisition zwei neuer Kunden deutlich gestiegen.
Ab dem Jahr 2017 führt das Berufsbildungszentrum Euskirchen die Seminarreihe aufgrund der Liquidation der TAE GmbH weiter fort.

Ertragslage
Die Umsatzerlöse der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar:

	2014	2015	2016
Umsatzerlöse	61,2 T€	71,3 T€	61,4 T€
Projekte	38,6 T€	29,9 T€	11,6 T€
Sachkosten	6,4 T€	9,2 T€	--
Seminare	19,0 T€	32,7 T€	49,8 T€

Vermögen
Das Vermögen entwickelte sich im Berichtszeitraum wie folgt:

	2014	2015	2016
Forderungen per 31.12	44,6 T€	61,1 T€	21,2 T€
Rücklagen per 31.12.	67,1 T€	89,2 T€	88,7 T€
Gez. Kapital per 31.12.	25,6 T€	25,6 T€	25,6 T€

Personal
Im Berichtszeitraum waren bei der TAE folgende Mitarbeiter beschäftigt:

	Technologiescout	Vollzeit (bis zum 30.09.16)
	Projektmitarbeiterin	Halbtags (bis zum 30.09.16)
Jochen Kupp	Geschäftsführer	(bis zum 31.12.2016)

Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom 25. August 2016 wurden die Dienstverträge von und zum 30. September 2016 aufgelöst. Herr Jochen Kupp wurde zum Liquidator der Gesellschaft ernannt.

Chancen / Risiken / Ausblick
In der Gesellschafterversammlung am 29. November 2016 wurde die Liquidation der Gesellschaft zum 31. Dezember 2016 beschlossen und alle notwendigen Schritte in die Wege geleitet. Der bisherige Geschäftsführer Jochen Kupp wurde zum 31. Dezember als Geschäftsführer abberufen und zum Liquidator der Gesellschaft ernannt. Im Jahr 2017 erfolgt keine Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Das Seminargeschäft wurde dem Berufsbildungszentrum Euskirchen übertragen und die Projekttätigkeiten werden von der Abteilung 80 - Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen wahrgenommen.
Aufgrund einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt Aachen, wurde im Jahr 2016 für die Geschäftsjahre 2012 - 2014 eine Kapitalertragssteuernachzahung in Höhe von insgesamt 15.658,38 Euro geltend gemacht. Die Steuernachforderungen wurden entsprechend den Gesellschafteranteilen an die Gesell-

schafter weitergeleitet. Hieraus resultiert ein Schaden für den Kreis Euskirchen (52%), die IHK Aachen (7%) und die HWK Aachen (7%). Für die anderen Gesellschafter entstand kein monetärer Schaden. Unseres Erachtens ist der Steuerberater der TAE für den Schaden (der Wirtschaftsjahre 2013 / 2014) verantwortlich. Dieser wurde von der TAE GmbH entsprechend geltend gemacht und von Seiten der Eigenschadenversicherung gemeldet.
Bis zum heutigen Zeitpunkt hat die Versicherung noch keine abschließende Beurteilung in deckungs- und haftungsrechtlicher Form vorgenommen. Dies wird auch erst erfolgen, sobald entsprechende Gerichtsurteile vorliegen. Von Seiten wird davon ausgegangen, dass die endgültige Klärung erst in 3-4 Jahren erfolgen kann. Auf der nächsten Gesellschafterversammlung der TAE im Juni 2017 wird dies erneut thematisiert und dann entschieden, ob die Gesellschaft ohne Ausgleich der Forderung aufgelöst werden soll. Die maximale Entschädigungssumme liegt bei 7.602,56 Euro (64% der Kapitalertragssteuer aus den Jahren 2013/2014).

Euskirchen, 18. April 2017
gez. Jochen Kupp
Liquidator“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	2	2	2	Stand 31.12. ohne Geschäftsführer und Aushilfen

H) Kennzahlen
./.

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: http://www.vogelsang-ip.de/de

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
   - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
   - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
   - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
   - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
   - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
   - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
   - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
   - Betreuung Markterkundungsverfahren
   - Nutzer- und Investorenakquisition
   - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
   - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
   - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
   - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
   - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
   - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
   - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
   - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
   - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
   - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
   - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
   - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von ¾ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages am 06.12.2016 endet die Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2018. Der Austritt eines Gesellschafters wird bis zum Ablauf des 31.12.2018 ausgeschlossen, es sei denn aus wichtigem Grund.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014.

In einem am 30.09./12.10./14.10.2016 unterzeichneten Letter of Intent (LOI) zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Land NordrheinWestfalen (NRW) und der Region haben sich die Partner über die Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018 verständigt. Die Laufzeit der zu diesem Zweck gegründeten Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde durch Gesellschafterbeschluss bereits mehrfach verlängert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Gesellschaft soll nun für zwei weitere Jahre (2017-2018) fortgesetzt werden. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert.

Zielsetzung des gemeinsamen Engagements in einer strukturell und personell unveränderten Standortentwicklungsgesellschaft ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim inklusive der Umweltbildungsflächen.
Die Vermarktung der Gebäude bzw. Grundstücke soll wie bisher durch die SEV in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf der Grundlage eines Verwertungsplans erfolgen. Der Verwertungsplan ist wesentlicher Bestandteil des o. g. Letter of Intent. Das im Konsens der Partner beschlossene Leitbild „Vogelsang IP Internationaler Platz im Nationalpark Eifel" ist nach wie vor die maßgebliche Richtschnur der weiteren Verwertung.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor.
Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV)*	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	**36.000 €**	**100,00%**

** seit Juli 2017 wird das Land NRW durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) vertreten.*

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“ in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57104 07	81.000 €	81.000 €	81.000 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter/innen	
1. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs (Stimmführer)	CDU	Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter/innen	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
3. Franz Cremer	SPD	Markus Ramers	SPD

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

Die Geschäftsführung erhält keine direkte Vergütung von der Gesellschaft. Die Gestellung der Geschäftsführung erfolgt über einen Dienstleistungsvertrag mit der NRW.Urban GmbH & Co. KG. Die jährliche pauschle Vergütung für die Geschäftsführung beträgt 147.560 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	3	3	-2
Sachanlagen	34.357	42.586	15.369	-8.229
	34.358	42.589	15.372	-8.231
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.824	15.698	15.515	14.126
Sonstige Wertpapiere	0	0	36.000	0
Liquide Mittel	241.714	269.875	196.565	-28.160
	271.538	285.572	248.080	-14.034
C Rechnungsabgrenzungsposten	3.465	4.739	2.435	-1.274
Summe Aktiva	**309.361**	**332.900**	**265.887**	**-23.539**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	217.682	169.699	147.177	47.983
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-20.452	47.983	22.522	-68.435
	233.230	253.682	205.699	-20.452
B Rückstellungen	18.351	19.124	17.424	-773
C Verbindlichkeiten	57.779	60.094	42.763	-2.315
Summe Passiva	**309.361**	**332.900**	**265.887**	**-23.539**

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	149.436	116.969	102.971	32.467
2	Sonstige betriebliche Erträge	454.170	452.959	480.291	1.211
3	Personalaufwand, davon:	107.197	91.570	102.752	15.627
a)	Löhne und Gehälter	87.345	73.659	83.046	13.685
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	19.852	17.911	19.706	1.942
4	Abschreibungen	9.528	11.229	10.013	-1.701
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	506.724	418.557	447.608	88.167
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	21	334	-20
7	Ergebnis nach Steuern	**-19.841**	48.594	23.223	-68.435
8	Sonstige Steuern	611	611	701	
9	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-20.452**	**47.983**	**22.522**	**-68.435**

Lagebericht für das Jahr 2016

„1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang" gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel". Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und mehrfach fortgeführt, Ende des Jahres 2016 letztmalig um zwei Jahre bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil In Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2016

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018" von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen.

Neben der Erstellung eines detaillierten Verwertungsplanes für die Jahre 2017 und 2018 waren weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2016 die Ansiedlung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe und die Projektentwicklung neuer Nutzungen für die Bestandsimmobilien.

Die im Jahr 2012 begonnenen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Dauerausstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum konnten im Jahr 2016 weitgehend abgeschlossen werden. Mit der Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination Vogelsang IP am 11.09.2016 erfolgte gleichzeitig die Aufnahme des Besucherbetriebes. Damit wird die Umsetzung einer der sogenannten Kernnutzungen gemäß Rahmenvereinbarung 2008 abgeschlossen.

Durch die Absage des Deutschen Jugendherbergswerks Ende 2015, nicht in eine Jugendherberge am Standort investieren zu wollen, haben sich neue Standortkonstellationen für die Nationalparkverwaltung und das Jugendwaldheim ergeben. Durch das Umweltministerium wurde im März 2016 entschieden, dass beide Kernprojekte in Neubauten am Standort der „Redoute" errichtet werden sollen. Für die für den Betrieb des Jugendwaldheims erforderlichen Umweltbildungsflächen von ca. 45 ha und das Grundstück Redoute wurden die konkreten Schritte zur Grundstücksübertragung eingeleitet.

Die Einrichtung der zentralen Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW auf einer Teilfläche der Scheide von 8,0 ha wurde im Jahr 2016 für den zentralen Bereich abgeschlossen. Bei der Installation der Außenbeleuchtung wurden nach Auffassung der SEV nicht alle standortspezifischen Vorgaben eingehalten. Da dadurch der Betrieb der Astronomie-Werkstatt in unmittelbarer Nähe gefährdet ist, hat sich der Aufsichtsrat mehrfach mit dem Thema und den Auswirkungen auf den Titel „International Dark Sky Park" und die geplante Zertifizierung als Sternenregion beschäftigt.

Im Seminarhaus „Vogelsang 86" im ehemaligen Kameradschaftshaus Nr. 6 und in „K 13 Das Gästehaus", Kameradschaftshaus 13, wurden zu Beginn des Jahres jeweils der Regelbetrieb aufgenommen. Ein zunächst provisorischer Betrieb erfolgt seit Frühjahr 2016 auch im ehemaligen Kameradschaftshaus 9, welches als Naturschutzhaus Eifel-Ardennen etabliert werden soll. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus im Haus der ehemaligen Hundestaffel hat das DRK in Vogelsang bereits die fünfte Immobilie in Nutzung genommen. Gute Chancen auf Realisierung im kommenden Jahr durch private Investoren werden für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 14 gesehen. Zur Ansiedlung eines Hotels wurde durch die SEV eine Planungsstudie für die Nutzung der sog. Hundertschaftshäuser erstellt. Das ehemalige Kameradschaftshaus Nr. 5 konnte verkauft werden, es soll als Primbsch-Haus für Bildungszwecke genutzt werden.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurden die Beleuchtungseinrichtungen auf einer wichtigen Fußwegeverbindung im Hang realisiert sowie ein Konzept für die Beschilderung und Wegweisung des KFZ-Verkehrs aufgestellt. Für den Rückbau von „Van Dooren" und die Gestaltung der zentralen Freifläche wurde im Auftrag der SEV ein Vorentwurf erstellt, mit der Denkmalpflege abgestimmt und im Aufsichtsrat verabschiedet. Die in der Folge vorgelegten Finanzierungskonzepte sind aus unterschiedlichen Gründen gescheitert, sodass die Immobilie im Jahr 2017 am Markt angeboten wird.

Nach umfangreichen Untersuchungen des Bunkers vor Hundertschaftshaus 4a wurde sich schließlich angesichts der angestrebten Hotelnutzung in Gebäude 4a mit der Denkmalpflege auf den Rückbau des ehemaligen Luftschutzraums verständigt. Der Rückbau des Bunkers soll im Jahr 2017 erfolgen. Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden das Schadenskataster fortgeschrieben und insbesondere Sanierungsarbeiten an den Dachflächen durchgeführt.
Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen" und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2016 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit reduziertem eigenen Personal fortgeführt.
Das Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogelsang als Baudenkmal wurde im zweiten Jahr fortgeführt. Eine weitere Stellungnahme wurde abgegeben.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen
Mit Wegfall der Großbaustelle und Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP" im September sind die Besucherzahlen am Standort gegenüber dem Vorjahr unmittelbar gestiegen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2015 noch ca. 168.500 betrug, nahm im Jahr 2016 mit ca. 218.000 deutlich zu. Aufgrund der positiven Erfahrungen der ersten Monate, 87.500 Besucher seit der Eröffnung am 11.09.2016, sind die avisierten 300.000 Besucher im Jahr 2017 ein realistisches Ziel.
Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2016 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz". Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als siebzig neue Arbeitsplätze geschaffen.
Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre wie im Jahr 2015 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, hat deutlich zugenommen. Mit dem Naturschutzhaus Eifel-Ardennen und dem Rotkreuz-Fluchthaus wurden zwei weitere Bestandsimmobilien in Nutzung genommen. Gute Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2017 bestehen für die beiden bisher noch nicht genutzten Kameradschaftshäuser.
Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP" mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb aufgenommen hat.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses
Im Geschäftsjahr 2016 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.
Im Geschäftsbereich „Geländemanagement" wurde der Im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.
Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 47.983,20 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage
2.1. Vermögenslage
Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 309.360,74 € (Vorjahr: 332.900,05 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 34.358,00 € (Vorjahr: 42.589,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 275.002,74 € (Vorjahr: 290.311,05 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682,38 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 76.130,41 € (Vorjahr: 79.217,67 €) gegenüber.
Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 241.714,36 € (Vorjahr: 269.874,67 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf

der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682,38 €) den wesentlichsten Posten.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2016 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € im Jahr 2015. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 603.607,79 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen) stehen Aufwendungen in Höhe von 624.059,84 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung" gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,02 € (Vorjahr: 302.260,00 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement" entstand der größte Aufwandsposten mit 107.197,02 € (Vorjahr 91.569,93 €) im Jahr 2016 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 309.360,74 € (Vorjahr: 332.900,05 €) beträgt das Eigenkapital 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682j38 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 75 % (Vorjahr: 76 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 241.714,36 € (Vorjahr: 269.874,67 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 25 % (Vorjahr; 24 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Chancen und Risiken

Mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wurde das Leitprojekt des Standorts nach 4 1/2 Jahren Bauzeit im September 2016 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor elf Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit zwölf weiteren schon betriebenen Einrichtungen auf einem guten Weg. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes wären eine zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt und damit die Bespielung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren werden für die bei den noch ungenutzten Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 14 gesehen. Auch für die Unterbringung eines Hotels in den Hundertschaftshäusern besteht eine realistische Entwicklungsperspektive. Hierfür muss der sog. Bunker 4a zurückgebaut werden und die Infrastruktur weiter ausgebaut werden.

Ob und welche Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung und den Betrieb die zentrale Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge „Scheide" hat, wird sich nach der Inbetriebnahme im Januar 2017 zeigen. Der Wegfall der Astronomie-Werkstatt aufgrund der Konflikte mit der Beleuchtung der Flüchtlingsunterkunft wäre ein Verlust für Vogelsang IP.

Gerade nach der Eröffnung des Forum Vogelsang IP ist ein stabiler Betrieb am Standort im Jahr 2017 wichtig, um das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu festigen. Nur dann kann es künftig gelingen, auch die schwierigen Immobilien wie die Hundertschaftshäuser, den Malakoff-Komplex und das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren zu vermarkten. Zu klaren Standortbedingungen würde auch beitragen, wenn für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung" als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung" bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländema-

nagement" vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement" keine Ausfallrisiken gesehen.
Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.
Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung" wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2018 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2018. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis zum Laufzeitende der Gesellschaft am 31.12.2018 nicht erkennbar.

4. Prognose
Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Zielsetzung der Gesellschaft in den verbleibenden zwei Jahren ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang auf Grundlage des im Letter of Intent vereinbarten Verwertungsplans. Die besten Chancen der Realisierung werden für die schon anentwickelten Projekte in den Kameradschaftshäusern und eine Hotelnutzung in den Hundertschaftshäusern gesehen. Auch für die Entwicklung eines Wohnmobilparks und neuer Nutzungen im Malakoff-Komplex werden gute Chancen gesehen.
Entscheidend zum Erfolg der gesetzten Ziele tragen neben der zurzeit günstigen Investitionslage klare Standortbedingungen bei. Hierzu zählt zum einen der stabile Regelbetrieb im neu eröffneten Forum Vogelsang u. a. mit der Steigerung der Besucherfrequenz. Zum zweiten sollte für die lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt im Jahr 2017 eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden. Zusammen mit den Umweltbildungsflächen würden über 50 Hektar an das Land übertragen, das Thema Nationalpark in Vogelsang noch stärker als bisher positioniert. Ob und wie sich der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft Scheide auf die Entwicklung des Standortes auswirkt, kann noch nicht prognostiziert werden.
Neben der vollständigen Vermarktung der noch nicht übertragenen Immobilien wird die Geschäftsführung bereits frühzeitig Verhandlungen mit den Standortpartnern zur Übernahme des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ aufnehmen.
Für das kommende Geschäftsjahr wird wegen der forcierten Verwertung der Immobilien wieder ein Verlust erwartet.

Schleiden, 17. Mai 2017
Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	5	5	5	-

H) Kennzahlen
./.

13. Vogelsang IP gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: http://www.vogelsang-ip.de/de/

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	**27.300 €**	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.07.2016 haben die Gesellschafter ihren politischen Gremien zur Sicherstellung der Finanzierung der GmbH ab 2017 eine zunächst bis Ende 2019 befristete Anhebung des jährlichen maximalen Zuschussbetrags der Gesellschafter auf 850 TEUR vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde in 2016 durch die politischen Gremien aller Gesellschafter angenommen. Der Kreistag fasste hierzu am 05.10.2016 (V 235/2016) einen entsprechenden Beschluss.

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57104 07	147.081 €	138.280 €	142.344 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung
b) Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Johannes Mertens (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Emmanuel Kunz (bis 04.10.2016)	SPD	Markus Ramers	SPD
Wolfgang Heller (ab 05.10.2016)	SPD		

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

In 2016 wurde der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter/innen	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
3. Markus Ramers	SPD	Emmanuel Kunz (bis 04.10.2016)	SPD
		Wolfgang Heller (ab 05.10.2016)	SPD

Für die Tätigkeit des Aufsichtsrates wurde im Berichtsjahr keine Vergütung gezahlt.

Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt - analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom anderen Gesellschafter gestellt.

In 2016 wurde der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

c) Geschäftsführung
Geschäftsführer: Albert Moritz
Ulrich Hammes (bis 31.07.2016)

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 124 T€.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Vogelsang ip gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.694	27.530	17.169	-8.836
Sachanlagen	45.533.085	37.878.795	24.689.256	7.654.290
	45.551.779	37.906.325	24.706.425	7.645.454
B Umlaufvermögen				
Vorräte	283.906	21.473	17.957	262.433
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.291.621	1.787.637	1.093.155	-496.016
Liquide Mittel	1.018.819	2.036.938	1.841.927	-1.018.119
	2.594.346	3.846.048	2.953.039	-1.251.702
C Rechnungsabgrenzungsposten	44.801	24.288	15.478	20.514
Summe Aktiva	**48.190.927**	**41.776.660**	**27.674.942**	**6.414.266**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.300	27.300	27.300	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-16.198	-6.892	-6.892	-9.306
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-9.306	0	9.306
	11.103	11.103	20.408	0
B Sonderposten	34.776.332	34.012.062	21.325.779	764.270
C Rückstellungen	158.328	113.733	52.752	44.596
D Verbindlichkeiten	13.245.164	7.384.263	6.274.127	5.860.901
E Rechnungsabgrenzungsposten	0	255.500	1.875	-255.500
Summe Passiva	**48.190.927**	**41.776.660**	**27.674.942**	**6.414.266**

Vogelsang ip gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	918.318	432.827	375.901	485.492
2	Bestandsveränderungen	251.024	0	0	251.024
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	813.385	150.019	21.117	663.366
4	Sonstige betriebliche Erträge	1.293.309	1.629.708	1.525.042	-336.399
5	Materialaufwand, davon:	229.353			229.353
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	135.766	53.575	56.619	82.191
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	93.586	450	0	93.136
6	Personalaufwand, davon:	1.481.202			1.481.202
a)	Löhne und Gehälter	1.239.741	1.084.715	1.022.204	155.026
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	241.461	217.015	227.149	24.446
7	Abschreibungen	777.591	133.172	104.304	644.418
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	738.682	730.112	501.849	8.569
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.687	3.174	4.468	4.513
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	
11	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	55.404	5.994	14.402	49.410
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.492	0	0	**1.492**
14	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**0**	**-9.306**	**0**	**-240.226**

LAGEBERICHT 31.12.2016

„1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang

sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.
Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.
Im Jahr 2016 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:
- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57%)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14%)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38%)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38%)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von Vogelsang IP sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.
Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.
- den Betrieb des Informationszentrums von Vogelsang IP mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
  und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Am 11.09.2016 erfolgte durch die Neueröffnung des 12.500 m² Nutzfläche umfassenden Forum Vogelsang IP mit
- Besucherzentrum
- Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation)
- Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ (Nationalpark-Zentrum)
- Panoramagastronomie
- Seminar- und Tagungsbereich
- Verwaltungsbereiche

ein wesentlicher, seit Jahren vorbereiteter Qualitätssprung im Angebot. Die Besucherinformation zog zu diesem Zeitpunkt aus der temporären Situation im Kulturkino um; der Kinokomplex wird seitdem als pädagogisches Zentrum der Akademie, als Veranstaltungsort sowie für Teile der Verwaltung genutzt.
Das Jahr 2016 war vor diesem Hintergrund in betrieblicher Hinsicht ein zweigeteiltes Jahr.
Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW. Die Betriebsführung des beide Ausstellungen erschließenden Besucherzentrums erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH.
Die Neueröffnung des Forums führte in 2016 trotz der nur knapp 4-monatigen dortigen Betriebsführung zu einem deutlichen Anstieg der Bucherzahl:
- 188.000 Besucherinnen und Besucher konnten begrüßt werden (d.h. plus 12% gegenüber dem Vorjahr), davon
- 79.600 seit Neueröffnung des Forums.

Im Bildungsbereich der Akademie Vogelsang IP war folgende Nachfrage festzustellen:
- 1.586 Bildungsformate mit 28.453 Teilnehmenden, davon 3.162 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.
  das sind plus 21% (Bildungsformate) bzw. plus 10% (Teilnehmende) im Vergleich zum Vorjahr.

Hinzu kamen
- 14.280 Besucherinnen und Besucher (seit 11.09.) der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch …“ und ca. 7.600 in der Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“

in vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.
Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2016 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Hierzu zählten vor allem diverse Jugendbildungsprojekte (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter) sowie ein Projekt zum Thema „Flucht und Asyl“ der Bundeszentrale für politische Bildung.
Die politische Bildungsarbeit der GmbH wurde zudem durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW gefördert. Weiterhin war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen. Die am 21.08.2016 eröffnete Dauerausstellung in der alten Schule Wollseifen wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie Vogelsang IP erarbeitet und gestaltet.
Insgesamt kann die Entwicklung des Unternehmens in 2016 als günstig bezeichnet werden. Indikatoren hierfür sind die Neueröffnung des Forums mit den beiden Ausstellungen, die damit verbundene Ausweitung des Angebotes sowie die Einhaltung des Budgetrahmens unter teilweise schwierigen Randbedingungen.
Während einerseits seit Eröffnung des Forums insbesondere im Bereich des Facility-Managements die deutlich höheren Aufwendungen zu Buche schlugen, führten andererseits die wesentlich höhere Nutzung der Formate der Akademie, der gestiegene Shopumsatz und gestiegene Parkeinnahmen zu einer insgesamt deutlich gestiegenen Kostendeckung.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Die in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen
1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (gefördertes Volumen: 35,1 Mio. EUR),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (gefördertes Volumen: 3 Mio. EUR)
   und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (gefördertes Volumen: 1,2 Mio. EUR)

wurden abgerechnet. Restmaßnahmen und diverse Mängelbeseitigungen, speziell im Projekt Sanierung und Umbau laufen bis zum heutigen Tage. Der 10%ige Eigenanteil zum förderfähigen Projektvolumen wurde durch Finanzierungsbeiträge der GmbH-Gesellschafter sichergestellt, Mehrkosten sind wegen der Höchstbetragsregelung durch die GmbH zu finanzieren. Hierzu wurden in 2016 vom Aufsichtsrat zwei langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. EUR und damit insgesamt 10 Mio. EUR freigegeben und von der GmbH aufgenommen. Die beiden Darlehen wurden zwischen Mai 2016 und Mai 2017 ausgezahlt.
Bereits in den Vorjahren wurde zu substanz- und kündigungsbedingten Mehrkosten (u.a. IMTECH) im Projekt Sanierung und Umbau berichtet. Auch im Jahr 2016 wirkten sich vielfältige Komplikationen im Bauablauf sowie die Kündigung des Planungs- und Bauleitungsbüros zur Technischen Gebäudeausrüstung negativ aus. Auf Basis der zum Jahresende sukzessive eingehenden (Schluss)Rechnungen und eigener Ermittlungen ist ein die bisher erwarteten 10 Mio. € überschreitender, weiterer Mehraufwand von im worst case bis zu weiteren 3,9 Mio. € zu prognostizieren. Die Finanzierung wurde zunächst über ein temporäres Gesellschafterdarlehen des LVR mit Laufzeit bis zum 31.12.2017 sichergestellt; zur Zeit laufen auf Gesellschafterebene intensive Überlegungen für eine dauerhafte Liquiditätssicherung der GmbH, die bis zum Jahresende politisch beraten und umgesetzt sein sollen.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Geschäftsergebnis 2016 ist durch den satzungsgemäßen Gesellschafterverlustausgleich ausgeglichen. Die Planzahlen für das Jahr 2016 bzw. den Zeitraum nach der Eröffnung wurden insgesamt weitgehend erfüllt. Die Besucherzahlen sind nach Eröffnung des neuen Forums wie erwartet deutlich gestiegen; der ursprünglich erwartete außergewöhnliche Besucheransturm direkt nach der Eröffnung ist jedoch ausgeblieben.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2016 wurde durch die Neueröffnung des Forums und die gleichzeitige dauerhafte Nutzung des Kulturkinos als pädagogisches Zentrum der Akademie die physische Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft geschaffen.
Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation (bis 10.09.) weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel, das neue Forum (ab 11.09.) sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 45.533 TEUR (Vorjahr 37.878 TEUR; + 20 %) geprägt, darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen,
  hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 284 TEUR (Vorjahr 21 TEUR; +1.252 %), durch Umsatzsteuerforderungen von 1.092 TEUR (Vorjahr 1099 TEUR; - 0 %) und durch liquide Mittel in Höhe von 1.019 TEUR (Vorjahr 2.037 TEUR; - 50 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 34.776 TEUR (Vorjahr 34.012 TEUR; + 2 %),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 6.709 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten"; Vorjahr 6.711 TEUR; - 0 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.501 TEUR (Vorjahr 632 TEUR; + 137 %)
- Rückstellungen in Höhe von 158 TEUR (Vorjahr 114 TEUR; + 39 %)

gegenüber.

Grund für den Anstieg der Vorräte und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind ein wesentlich erweitertes Shop-Angebot sowie, bezogen auf die Vorräte, die eigen erstellten Publikationen zur NS-Dokumentation. Der Rückgang der liquiden Mittel sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist im Wesentlichen auf Bauausgaben zurückzuführen.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschafsverband Rheinland LVR
  sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Die von der Geschäftsführung im November/Dezember 2016 festgestellten, über 10 Mio. € hinausgehenden Projektmehrkosten bei Sanierung und Umbau des Forum wurden vom Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis genommen und umgehend die erforderlichen Schritte zur längerfristigen Sicherung der Finanzierung eingeleitet.

Zum Ende des Jahres 2016 bestehen aus dem Projekt Sanierung und Umbau noch laufende Rest-Investitionen von rd. 1,8 Mio. €, weiterhin zurückgestellte Maßnahmen von rd. 300 T€ und dringende Optimierungsmaßnahmen von rd. 150 T€.

Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.019 T€ (Vorjahr: 2.037 €). Die Differenz zum Vorjahr resultiert aus dem Darlehensmanagement.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2016 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2016 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich" von 498.114,70 EUR (Vorjahr 509.305,88 EUR) aus. Der Verlust liegt um 1.885,30 EUR unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2016 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 918.318 EUR, d.h. + 112 %
2. Erhöhung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse | 251.023 EUR
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 813.385 EUR, d.h. + 442 %
4. Sonstige betriebliche Erträge (incl. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten) | 1.293.309 EUR, d.h. - 21 %
5. Materialaufwand | 229.352,74 EUR, d.h. + 297 %
6. Personalaufwand | 1.481.202 EUR, d.h. + 14 %
7. Abschreibungen | 777.590 EUR, d.h. + 484 %
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 738.681,72 EUR, d.h. + 3 %
9. Zinserträge | 7.687 EUR, d.h. + 142 %
10. Zinsaufwand | 55.404 EUR, d.h. + 824 %
    sowie

11. Steuern vom Einkommen und Ertrag | 1.492 EUR

Die vom Vorjahr stark abweichenden Werte erklären sich zusammengefasst wie folgt:

1. Restabwicklung Baumaßnahmen / Eröffnung / Auslaufen Förderungen zum 31.12.2015:
   Steigerung der aktivierten Eigenleistungen durch den baubedingten Einsatz eigener Mitarbeiter
2. Betrieb des neuen Forums Vogelsang ab dem 11.09.2016:
   Umsatzerlöse: Steigerung bei Führungen, Shop und Parkplatz, Gastronomie, neue Erlöse bei Ausstellungseintritten und Nationalpark-Zentrum aus Vermietung und Geschäftsbesorgung
   höhere Bestände und Materialaufwand durch wesentliche Erweiterung des Shops
   Anstieg beim Personalaufwand
   Steigerung des Abschreibungs- und Zinsaufwandes, gegenlaufend: Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für den geförderten Anteil

3. NACHTRAGSBERICHT

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben in ihren Sitzungen vom 19.12.2016 und 21.03.2017 die Weichen zur langfristigen Liquiditätssicherung der Gesellschaft gestellt. Im Kern stehen zur Zeit drei Fragenkomplexe zur Validierung und Lösung an:

- die Validierung und längerfristige Definition des maximalen jährlichen Gesellschafterverlustausgleichs, der auf Basis der mittelfristigen Wirtschaftsplanung und nach Beratung und Zustimmung in den Gesellschaftergremien bis Ende 2019 zunächst auf 850 TEUR festgelegt wurde,
- die Regelung des über die bereits bewilligten 10 Mio. EUR an investitionsbedingten Krediten hinaus gehenden Kapitalbedarfs, der im Wesentlichen durch die Forums-Investitionen, aber auch andere Vorfinanzierungsbedarfe bedingt ist und aktuell bis Ende 2017 durch das Liquiditätsdarlehen des LVR gesichert ist,
  sowie
- der Umgang mit möglichen Insolvenzrisiken, bedingt u.a. durch die aktuellen Randbedingungen der Satzung

4. PROGNOSEBERICHT

In 2017 wird sich der Geschäftsbetrieb aller Voraussicht nach auf einem neuen, aus den neuen Forumsangeboten resultierenden Niveau konsolidieren. Nach bisherigem Besuchsverlauf in den ersten Monaten von 2017 und unter Ansatz der langjährigen Jahresverläufe ist zur Zeit mit ca. 275 Tausend Besucherinnen und Besuchern in 2017 zu rechnen. Der außergewöhnlich hohe Vorbuchungsstand für 2017/18 lässt vermuten, dass in 2017 auch die Bildungsangebote gegenüber 2016 deutlich stärker nachgefragt werden.

Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2017 wird die noch umfängliche Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum sein.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis, das sich im Rahmen des durch die Gesellschafterbeschlüsse bis zunächst 2019 definierten Rahmens von 850 TEUR an maximalem Gesellschafterzuschuss bewegt. Basis für das Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Zuschüsse aus Bildungsprojekten
  sowie
- Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Die Ergebniserwartung 2017 basiert in Ermangelung von längerfristigen Erfahrungswerten auf den ersten Betriebserfahrungen 2017 und darauf aufbauenden Prognosen/Fortschreibungen. Hier liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere im Bereich der tatsächlichen Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen) sowie des tatsächlichen Aufwandes für das Facility-Management.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Wirtschaftsplanung 2017 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem 1. Betriebsjahr unter neuen Randbedingungen nicht exakt prognostizierbar ist.

Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich insbesondere folgende Risiken eintreten:

1. ggf. Rückforderungen von Zuwendungsgebern, z.B. als Ergebnis von Prüfungen,
   und
2. ggf. weitere, über das Volumen von 13,9 Mio. € hinausgehende Projektausgaben, insbesondere durch ggf. weitere Forderungen von Firmen.

Bei der Prognose des Investitionsvolumens mit ungeförderten Mehrkosten von max. 13,9 Mio. € wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten berücksichtigt. Eine weitere Erhöhung ist aus Sicht der Geschäftsführung relativ unwahrscheinlich. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende 2017/Anfang 2018 eine abschließend belastbare Prognosebasis besteht.

Die grundsätzlich gegebenen, bestandsgefährdenden Insolvenz- und Liquiditätsrisiken aus den satzungsbedingten Randbedingungen der Finanzierung (mangelnde Kapitalausstattung, absehbar zu niedriger Verlustausgleichsrahmen) wurden von Geschäftsführung und Gesellschaftern erkannt; es ist – wie beschrieben – ihre Absicht, hier im Laufe des Jahres eine nachhaltige Lösung zu definieren. Die diesbezüglichen Vorberatungen und Lösungsfindungen laufen.
Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.
Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 18.08.2017
Albert Moritz | Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	41	39	35	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Besucherzahlen	188.000	168.500	156.500	Eröffnung des Forums am 11.09.2016
Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“	14.280	-	-	Besucher seit 11.09.2016
Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“	7.600	-	-	Besucher seit 11.09.2016

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: http://www.nordeifel-tourismus.de/

A) Ziele der Beteiligung
Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	**Stammkapital**	**Anteil**
Kreis Euskirchen	14.400 €	54,50 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zülpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	**26.400 €**	100,00 %

nachrichtlich:
Der Kreistag hat aufgrund der Vorlage D 29/2017 am 05.04.2017 der Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von 1.200 € an die Gemeinde Dahlem zugestimmt. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Rat der Gemeinde Dahlem am 08.12.2016 gefasst. Die Veräußerung und Abtretung erfolgte im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 06.04.2016 mit Wirkung zum 01.05.2017.

Gesellschafter (Stand: 01.05.2017)	***Stammkapital***	***Anteil***
Kreis Euskirchen	*13.200 €*	*50,00 %*
Gemeinde Hellenthal	*1.200 €*	*4,55 %*
Gemeinde Kall	*1.200 €*	*4,55 %*
Gemeinde Weilerswist	*1.200 €*	*4,55 %*
Kreisstadt Euskirchen	*1.200 €*	*4,55 %*
Stadt Mechernich	*1.200 €*	*4,55 %*
Stadt Schleiden	*1.200 €*	*4,55 %*
Stadt Zülpich	*1.200 €*	*4,55 %*
Gemeinde Blankenheim	*1.200 €*	*4,55 %*
Gemeinde Nettersheim	*1.200 €*	*4,55 %*
Stadt Bad Münstereifel	*1.200 €*	*4,55 %*
Gemeinde Dahlem	*1.200 €*	*4,55 %*
Gesamtsumme	***26.400,00 €***	*100,00 %*

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartals im Voraus an die Gesellschaft gezahlt.
Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

Aufgrund der Vorlage V 171/2015 hat der Kreistag beschlossen, die über die Deckelungsbeträge der kommunalen Gesellschafter (20.000 €) hinaus gehenden Beträge der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 ff. durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen im Rahmen seines Deckelungsbetrages (260.000 €) abzudecken.

nachrichtlich:
Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12.07.2017 (V 334/2017) u.a. beschlossen, dass die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs ab dem Jahre 2018 mit der Aufteilung und Übernahme zu 50 % durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %) erfolgt. Gleichzeitig wurde der Beschluss über die Erhöhung der maximalen Finanzierungsbeträge des Kreises Euskirchen auf 310.000 €/a und der übrigen kommunalen Gesellschaftern auf 25.000 €/a gefasst. Die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages soll bis Ende 2017 erfolgen.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57104 01	255.833 €	259.524 €	246.501 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder (bis 19.04.2016)		Stellvertreter (bis 19.04.2016)	
1. Günter Rosenke	Landrat	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Thilo Waasem (stv. Stimmführer)	SPD	Gerhard Stentrup	SPD

ordentliche Mitglieder (ab 20.04.2016)		Stellvertreter (ab 20.04.2016)	
1. Günter Rosenke	Landrat	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung	Bezüge 2016
Geschäftsführerin: Iris Poth	7.247,70 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Nordeifel Tourismus GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	25.796	33.117	39.175	-7.321
Sachanlagen	7.191	8.173	14.009	-982
	32.987	41.290	53.184	-8.303
B Umlaufvermögen				
Vorräte	5.637	7.468	17.033	-1.831
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.991	4.654	12.560	13.337
Liquide Mittel	102.754	81.366	60.473	21.388
	126.382	93.488	90.065	32.894
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.088	847	1.241	1.241
Summe Aktiva	**161.457**	**135.625**	**144.490**	**25.832**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	2.628.083	2.180.583	1.741.383	447.500
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.121.574	-1.678.654	-1.259.651	-442.920
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-441.815	-442.920	-419.003	1.106
	91.094	85.409	89.129	5.685
B Rückstellungen	29.046	17.199	14.772	11.847
C Verbindlichkeiten	40.019	30.442	38.829	9.577
D Rechnungsabgrenzungsposten	1.298	2.576	1.760	-1.278
Summe Passiva	**161.457**	**135.625**	**144.490**	**25.832**

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	208.683	217.975	234.459	-9.291
2	Sonstige betriebliche Erträge	16.316	15.974	10.897	342
3	Materialaufwand, davon:	24.423	29.836	22.144	-5.413
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	24.423	29.836	22.144	-5.413
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, davon:	362.794	351.821	367.014	10.973
a)	Löhne und Gehälter	296.892	287.316	298.500	9.576
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	65.902	64.505	68.515	1.397
5	Abschreibungen	9.742	16.103	12.326	-6.361
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	269.766	279.064	263.116	-9.298
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	50	259	-47
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-1	
9	Ergebnis nach Steuern	**-441.723**	-442.826	-418.985	
10	Sonstige Steuern	92	94	18	-2
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-441.815**	**-442.920**	**-419.003**	**1.106**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

„I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen.
Zum 01. Juni 2016 konnte das Ziel erreicht werden, die Stadt Bad Münstereifel als neuen Gesellschafter zu gewinnen. Die Gemeinde Dahlem wird der Nordeifel Tourismus GmbH zum 01. Mai 2017 beitreten. Damit gehören dann alle kreisangehörigen Kommunen dazu.
Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagementorganisation (DMO) tätig und fungiert im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in

Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftervertrag verankerten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer Teilregion federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern [1*], Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd.

3. Forschung und Entwicklung

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat im Jahr 2016 keine eigenen Forschungstätigkeiten durchgeführt. Mit Ausnahme von Gästebefragungen werden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch Partner wie NRW Tourismus e.V., Rheinland Pfalz Tourismus GmbH und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst. Der vom Nationalparkforstamt Eifel im Jahr 2016 veröffentlichte sozioökonomische Monitoringbericht beleuchtet mit aktuellen Zahlen und Fakten die Bedeutung des Nationalparks Eifel für die Nordeifel.

Ein im Jahr 2015 vom Kreis Euskirchen in Auftrag gegebenes Gutachten hat nach wie vor Bestand und unterstreicht die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus für die Region. 1,2 Mio. Übernachtungsgäste in sämtlichen Unterkunftskategorien sowie 7,4 Mio. Tagesausflügler tragen zu einem Jahresbruttoumsatz in Höhe von 262,5 Mio. € bei. Im Vergleich zum Vorgängergutachten aus dem Jahr 2012 sind deutliche Steigerungen erkennbar.

Die Geschäftsführung hat darüber hinaus im Rahmen von einigen Bachelorarbeiten für sog. Experteninterviews zur Verfügung gestanden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2016 vorgelegt hat. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich zum Jahr 2015 sowohl Zuwächse bei den Gästeankünften (+ 2,0 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 1,9 %). Für die Eifel und die Region Aachen ergeben sich nahezu dieselben Zahlen wie in 2015 und damit keine prozentuale Veränderung.

Die Zahlen im Kreis Euskirchen entsprechen dem eifelweiten, stabilen Trend, trotz eines leichten Rückgangs bei den Gästeankünften um -3,3 % auf 283.861 und bei den Übernachtungen um -3,8% auf 839.006. Die Aufenthaltsdauer wird dadurch nicht beeinflusst und beträgt nach wie vor 3 Tage. Bei ausländischen Gästen ist im Bereich der Ankünfte (+ 1,10 %) ein Anstieg zu verzeichnen. Bei den Übernachtungen (-3,3 %) hingegen ist ein Rückgang im Vergleich zum Jahr 2015 festzustellen.

Für den Gesellschafterraum der Nordeifel Tourismus GmbH ist im Jahr 2016 ein Rückgang bei den Ankünften um -1,2 % und bei den Übernachtungen um -0,7 % zu verzeichnen.

Insgesamt kann das stabile Niveau der Vorjahre gehalten werden. Durch eine mögliche Hotelansiedlung am Standort Vogelsang IP (Vogelsang Internationaler Platz) sowie die geplante neue Jugendherberge in Gemünd sind positive Impulse zu erwarten. Mit Blick auf die amtliche Übernachtungsstatistik sei darauf hingewiesen, dass diese die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden. Die Bedeutung dieser Betriebe wird eindrucksvoll im Gutachten Wirtschaftsfaktor Tourismus dargestellt.

Entwicklung der Übernachtungszahlen im Vergleich der Jahre 2015 und 2016 in NRW, im Kreis Euskirchen und in der Nordeifel:

	Gäste		**Übernachtungen**		**Aufenthaltsdauer**
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	22.148.062	+2,0	49.596.890	+1,9	2,2

[1]* Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (Struktur- und Wirtschaftsförderung, ÖPNV, Untere Landschaftsbehörde und Fahrradbeauftragter des Kreises) und die Kommunen.

Kreis Euskirchen	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0
Teilregion Nordeifel Tourismus	252.088	-1,2	714.980	-0,7	3,0

Quelle: IT NRW Februar 2017

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2016:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der Ankünfte zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchschnittl Aufenthaltsdauer in Tagen	Mittlere Auslastung der angebotenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	6,5	749.179	1,6	3,0	31,9
2012	263.173	4,8	804.307	7,5	3,1	33,9
2013	276.835	5,2	841.199	4,6	3,0	35,3
2014	291.604	5,3	888.285	5,6	3,0	33,4
2015	293.627	0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2

Quelle: IT NRW, Februar 2017

Nach nunmehr über 8 Jahren Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH zeigt sich, dass die Gästeankünfte und die Übernachtungszahlen eine positive Entwicklung genommen haben und sich aktuell auf einem hohen, stabilen Niveau eingependelt haben. Angesichts der vorhandenen Angebotsstruktur bei Übernachtungsbetrieben ist davon auszugehen, dass bei bestehend bleibendem Angebot dieses Niveau auf Dauer nicht weiter gesteigert werden kann.

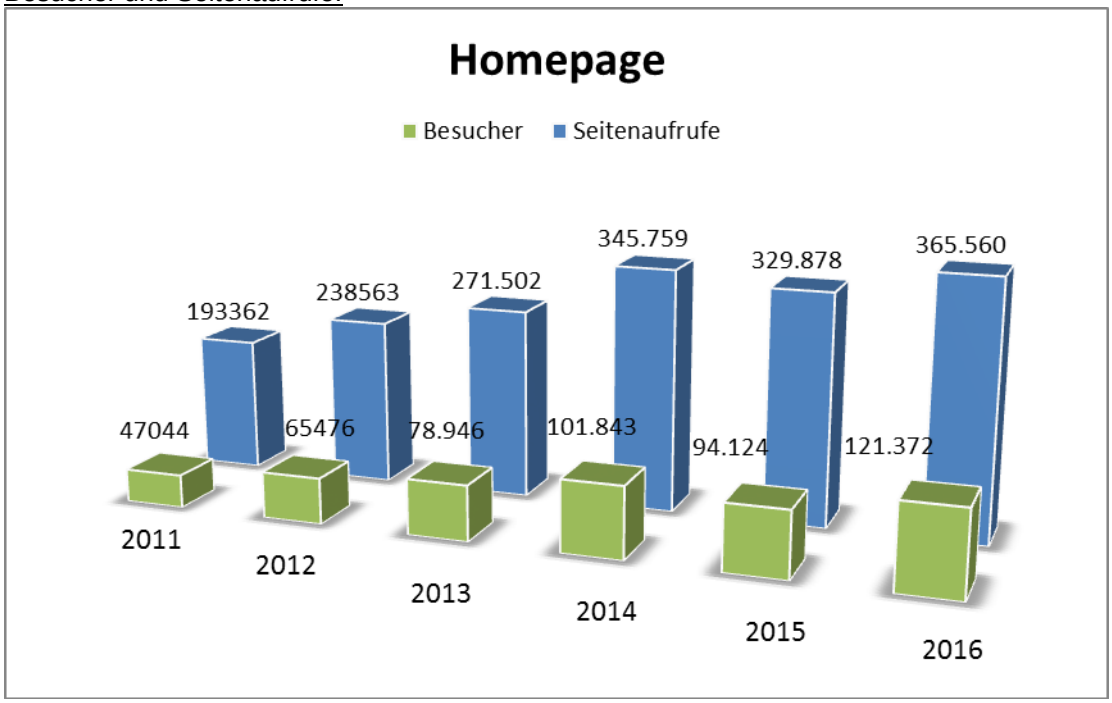
3. Geschäftsverlauf 2016

Unternehmensziele und -strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verfolgt:

- Auf Basis konkreter Handlungsempfehlungen wurde das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 weiter umgesetzt. Zur Umsetzung beigetragen haben Maßnahmen wie der Relaunch von Printprodukten, die Entwicklung eines Slogans, die Mitarbeit am Förderantrag „Wanderwelt der Zukunft“, die Beteiligung am Bundeswettbewerb „Nachhaltige Tourismusdestination“, verschiedene Onlinekampagnen, durchgeführte Fotoshootings sowie Videodrehs, die Vorbereitung eines tour. Mobilitätskonzeptes, die Konzeption und Umsetzung des Eifelsteig-Wanderbusses, die Mitarbeit am Radkonzept Eifel und verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung als nachhaltige Tourismusregion.
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (3 x im Jahr 2016), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr), AG Kulturelle Höhepunkte (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Wasserburgen-Route, AG Nationalpark-Tore, AG Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen Nordeifel der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl und Suchmaschinenoptimierung.
- Betrieb von sieben Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwanderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de
- Integration von Deskline 3.0 als Vollfunktionssystem auf den o.g. Homepages
- Zusammenarbeit mit 150 Gastgebern in Deskline 3.0
- Teaminterner Workshop zur Erarbeitung eines nach innen gerichteten Leitbildes im Sommer 2016
- Mitarbeit an der Vorbereitung von LEADER-Förderprojekten, u.a. Tourismuswerkstatt Nordeifel und Radfreizeit Zülpicher Börde, Nachfolge in Hotellerie und Gastronomie
- Weiterentwicklung des Gästemagazins 2017

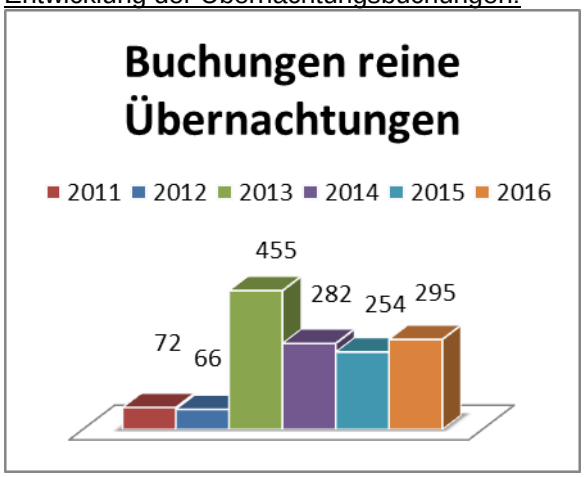
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästemagazin Nordeifel 2017“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2017, Flyer „Nordeifel frühlingshaft“, „Nordeifel sommerlich“, „Nordeifel herbstlich“ und „Nordeifel winterlich“, Flyer „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2017, Flyer Eifelsteig-Wanderbus
- Nachdruck diverser thematischer Broschüren
- Vorbereitung der Neuauflage des Pocketguides Radfahren
- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2016“ in Zusammenarbeit mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren touristischen Akteuren
- Entwicklung neuer Arrangements: “Wandertag im Nationalpark Eifel“, „Wildnis & Wellness“ und „Kulinarische Radtour“
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: NRW-Tag Düsseldorf, Innenstadteinsätze Köln, Essen, Venlo und Bonn, Radaktiv Düsseldorf, Wanderopening V, Burgfest Reifferscheid, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Nettersheim, Country Homes in Mechernich, Gewerbeschau in Kall, Aktionstag Gartenschaupark Zülpich, Biathlon Blankenheim, Weihnachtsmarkt Bad Münstereifel
- Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen
- 108 DTV-Klassifizierungen
- 2 Schulungstermine für die Counterkräfte aller Tourist-Informationen: Produktschulung in Gemünd und Touristiker-Tag in Euskirchen
- Durchführung des zweiten touristischen Netzwerk-Treffens in der Nordeifel im Kloster Steinfeld, Vorbereitung des 3. Treffens im Mai 2017 in Vogelsang IP
- Teilnahme am Deutschen Tourismustag in Dortmund
- Teilnahme an der ITB Berlin 2016
- Koordination und Durchführung des Aktionstages in der Nordeifel „Zu Gast in der eigenen Heimat“ mit 19 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe für 2017
- Koordination des Veranstaltungsformates „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ im Herbst 2016 mit sieben Partnern sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe mit Erstellung eines Förderantrags beim Zweckverband Region Aachen für die Auflage in 2017
- Vermarktung der Veranstaltungsreihe „Archäologietour Nordeifel 2016“ und Vorbereitung der Reihe in 2017 als Mitorganisator
- Organisation und Durchführung des Wanderopenings 2016, Vorbereitung des Eifeler Sonntagsausflugs als Nachfolgeveranstaltung im Jahr 2017
- Vier Pressekonferenzen: ITB Berlin 2016, Wanderopening 2016, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und Trekking Eifel
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Veröffentlichung der Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, vier jahreszeitliche Veranstaltungskalender, NeTWorking Nordeifel, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Familienprogramm Sommer 2016“, Beratungstage 2016, Osteraktion Nationalpark-Tor Gemünd, Beitritt Stadt Bad Münstereifel, Kultur bei Nacht, Pocketguide Wandern, NeTWorking Nordeifel, Wanderopening, Gästemagazin 2017, I-marke Nationalpark-Tor Gemünd, Fahrradverleih NLP-Tor
- Mitwirkung an der Vorbereitung des Projektantrags „Wanderwelt der Zukunft – Eifelspuren & Eifelschleifen“. Ab Dezember 2016 Mitarbeit im Projektmanagement am vorstehenden Projekt. Das Projektbüro hat seinen Sitz in der Geschäftsstelle in Kall
- Umfangreiche Gästebefragung zur Evaluierung der GästeCard. Vorbereitende Maßnahme für Überlegung der weiteren Vorgehensweise zur Fortführung der GästeCard ab 01. Januar 2018.
- Unterstützung bei der erstmaligen Ausrichtung des Megamarsches auf dem Römerkanal-Wanderweg und Vorbereitung der Veranstaltung im Herbst 2017
- Gespräche mit verschiedenen Unternehmen bezüglich Kooperation / Sponsoring
- Abschluss eines Sponsoringvertrags mit der Kreissparkasse Euskirchen für das Jahr 2017
- Jahresgespräche mit verschiedenen Gesellschaftern
- Präsentation der NeT GmbH im Fachausschuss der Stadt Bad Münstereifel
- Beteiligung am wirtschaftlichen Kreisentwicklungskonzept, Inklusionsplan, Aktionstag der Wirtschaft und Demografieforum des Kreises Euskirchen
- Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern in Dahlem bezüglich eines Gesellschafterbeitritts
- Erstmaliges Angebot von Trekkingfahrrädern zum Verleih im Nationalpark-Tor Gemünd
- Mitarbeit am Prozess „Radkonzept Eifel“ der Eifel Tourismus GmbH
- Mitarbeit bei der Umsetzung des Förderprojektes „Crossing Nature“ der Kreise Düren und Euskirchen (aktuell: „freifahrt Eifel“)
- Vorbereitung eines Wettbewerbsbeitrags für den Naturpark-Wettbewerb 2016-2018
- Erstellung eines umfassenden Bewerbungsbeitrages der Nordeifel Tourismus GmbH und Teilnahme am Bundeswettbewerb 2016/2017 „Nachhaltige Tourismusdestination“
- Buchungsstelle für das neue Angebot Trekking Eifel

Statistische Erhebungen
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2016 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014, und 2015 nach Besuchern und Seitenaufrufen:
Besucher und Seitenaufrufe:



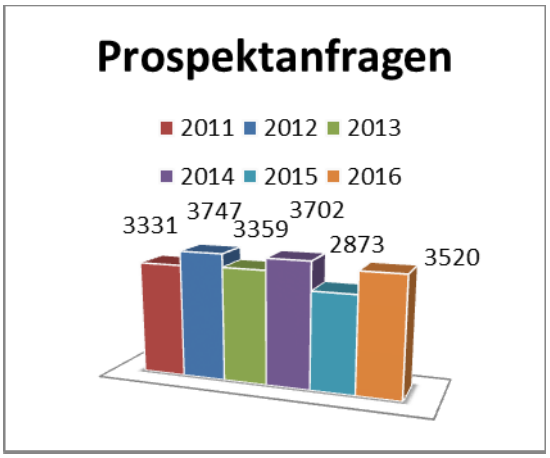
Eigene Erhebungen, Januar 2017

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



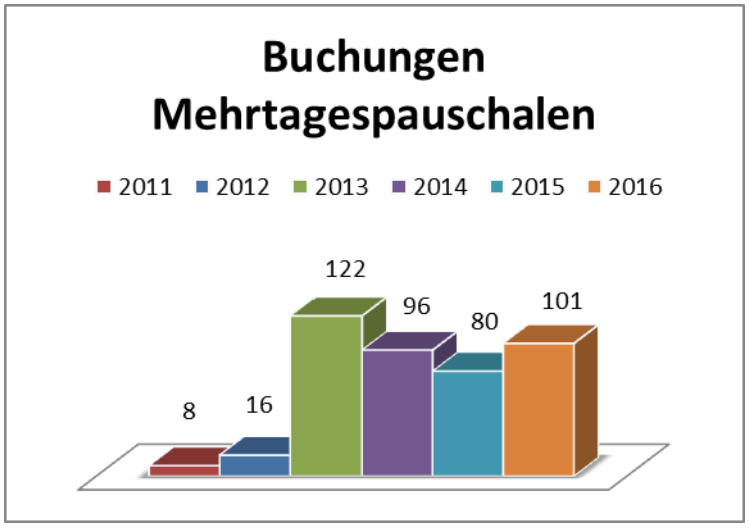
Eigene Erhebungen, Januar 2017

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2017

Entwicklung der Buchungen von Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2017

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2014, 2015 und 2016

Monat	2014	2015	2016
Januar	1.630	1.031	1.261
Februar	1.618	1.389	1.340
März	2.718	2.174	2.443
April	3.668	3.285	2.473
Mai	3.895	4.543	4.168
Juni	4.176	3.840	2.707
Juli	4.501	4.187	4.875
August	6.546	5.222	5.292
September	4.667	3.537	4.453
Oktober	3.906	4.068	4.190
November	2.547	1.667	1.465
Dezember	1.259	1.527	1.593
Gesamt	41.131	36.470	36.260

Erläuterungen zu den Statistiken:
Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass großes Interesse von Gästen besteht, sich mittels Homepage und Broschüren der Nordeifel Tourismus GmbH sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Wie im Vorjahr bereits angedeutet, haben sich sowohl die Besucher- als auch die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de wieder erhöht. Durch eine laufende Suchmaschinenoptimierung, permanente Aktualisierung und Google-Adwords-Kampagnen wird die Homepage www.nordeifel-tourismus.de attraktiv gehalten.
Zusätzliche Prospektanfragen könnten von der Geschäftsstelle in Kall aus bearbeitet werden, wenn alle Gesellschafter ihre Prospektanfragen nach Kall weiterleiten würden. Diesem Kundenbereich könnte das Newsletter der Nordeifel Tourismus GmbH zugänglich gemacht werden.
Im Buchungsgeschäft sind Erlössteigerungen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies betrifft vor allem die ob ihrer Margen attraktiven Mehrtagesarrangements der Nordeifel Tourismus GmbH.
Weitere Entwicklungen:
Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen touristischen Betrieben die Beratungstage an. Ein Anlass für dieses Angebot sind Beobachtungen und Entwicklungen, dass zahlreiche touristische Übernachtungsbetriebe in den nächsten Jahren ihren Betrieb einstellen oder Nachfolger suchen. Zudem überlegen zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer, ihre bislang privat genutzten Immobilien zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen beider Entwicklungen – Betriebsnachfolge und Existenzgründung – ergeben sich zahlreiche Fragen und ein großer Beratungsbedarf auf dem Weg in die Selbständigkeit.
Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert, um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger und deren Betriebe, die sich im Bereich der Vermarktung, aber auch der Qualität beraten lassen können, optimieren. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen im Wirtschaftsjahr 2016 weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungstermine	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
Gesamt	**151**	**71**

Eigene Erhebungen, Januar 2017

Vertrieb:
Die Anzahl der Vertriebsstellen, in denen das Prospektmaterial der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten wird, hat sich bis Dezember 2016 auf über 200 Stellen ausgeweitet. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen (Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG), Dürener Kreisbahn (DKB) und Regionalverkehr Köln (RVK), der Sängerhof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn. Neu hinzugekommen sind unter anderem die Thermen & Badewelt Euskirchen, die Information des City Outlet Bad Münstereifel und die Tourist-Informationen in Bad Münstereifel.
Im Bereich der Kundenbindung ist die Entwicklung der Newsletterabonnenten auf über 3.000 im Dezember 2016 erwähnenswert. Auch die Anzahl der Facebook-Fans wächst stetig auf derzeit über 2.000 an.
Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2, Nr. 2 GO NRW
Gemäß § 108 Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.
Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seine kommunalen Gesellschafter. Im Jahr 2016 fehlte noch die Gemeinde Dahlem. Die Stadt Bad Münstereifel ist seit dem 01. Juni 2016 Gesellschafter.
Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.
Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation (DMO), so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage
Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2016 68,20 % (Vorjahr 66,83 %).
Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 447.500 € ein (Vorjahr 439.200 €).
Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.
Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen in 2016 208.683,37 € (Vorjahr 217.974,80 €).
Der geringfügige Rückgang der Umsatzerlöse erklärt sich aus geringeren Umsätzen im NLP-Shop und durch Vermittlung von Unterkünften.

	2015	Wirtschaftsplan 2016	2016
Umsatzerlöse	217.974,80 €	231.500,00 €	208.683,37 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	16.023,54 €	300,00 €	16.318,53 €

Betriebsleistung	**233.998,34 €**	**231.800,00 €**	**225.001,90 €**

Die Betriebsleistung erreichte den im dem Wirtschaftsplan 2016 angesetzten Wert aufgrund der Umsatzrückgänge nicht.
Wesentliche Erlöse kamen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop sowie dem Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden.
In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen zur Projektförderung für „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ enthalten. Dieser Zuschuss wurde zum einen den betrieblichen Partnern zur Verfügung gestellt, zum anderen für das Marketing der Nordeifel Tourismus GmbH genutzt.
Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2015	**Wirtschaftsplan 2016**	**2016**
Materialaufwand	29.836,36 €	20.050,00 €	24.422,97 €
Personalaufwand	351.820,86 €	375.700,00 €	362.794,06 €
Abschreibungen	16.103,12 €	13.000,00 €	9.741,70 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	279.064,15 €	270.650,00 €	269.765,79 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	676.824,49 €	679.400,00 €	666.724,52 €
Ergebnis nach Steuern	-442.826,15 €	-447.600,00 €	-441.722,62 €
sonstige Steuern	-94,00 €	-100,00 €	-91,91 €
Jahresfehlbetrag	**-442.920,15 €**	**-447.700,00 €**	**-441.814,53 €**

Die Personalaufwendungen sind um 12.905,94 € niedriger als im Wirtschaftsplan, resultierend aus längeren krankheitsbedingter Ausfällen und nicht ausgeschöpfter, vorsorglich eingestellter Reserven. Die Abschreibungen sind um 3.258,30 € niedriger als im Wirtschaftsplan.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 884,21 € niedriger ausgefallen. Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -441.814,53 € (Wirtschaftsplan -447.700,00 €).

b) Finanzlage
Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs von 81.366,05 € auf 102.753,89 € erhöht.
Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2016 12.768,17 € (Vorjahr 2.898,83 €).
Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 102.753,89 € rund 64 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage
Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2016 keine gravierenden Änderungen.
Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 1.438,70 € laufende Abschreibungen in Höhe von 9.741,70 € gegenüber. Abgänge fanden in 2016 nicht statt, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 32.987,00€ beträgt.
Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft beträgt 56,4 %.
Die Lage des Unternehmens ist abhängig von den kommunalen Gesellschafterzuschüssen sowie vom operativen Geschäft. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren
Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2016 TEUR TEUR -425 (Vorjahr TEUR -414).

Die Umsatzrendite (Anteils des Gewinns am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2016 -211,5% (Vorjahr -203,20 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.
Aus nicht finanzieller Sicht weisen langjährige Beschäftigungsverhältnisse und die in den Mitarbeitergesprächen getätigten Äußerungen auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation der Beschäftigten hin. Daneben lässt die von den touristischen Partnern geschätzte Kompetenz, die die Nordeifel Tourismus GmbH ausstrahlt, auf eine hohe Reputation schließen. Aus Gastsicht sind die steigende Nachfrage nach Prospektmaterial, die wachsende Anzahl an Facebook-Fans sowie Newsletterabonnenten eindeutige Indikatoren für eine erfolgreiche Marktdurchdringung.
Die Nachhaltigkeit wird nicht nur nach außen hin wirksam umgesetzt, sondern durch gezielte innerbetriebliche Maßnahmen wie die mit dem Energie-Audit identifizierten Maßnahmen zum Teil umgesetzt.

e) Gesamtaussage
Der Nordeifel Tourismus GmbH ist es in den acht Jahren ihrer Existenz gelungen, sich gut aufzustellen und den Bekanntheitsgrad der Tourismus-, Freizeit- und Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktiv und Kulturelle Höhepunkte.
Das Geschäftsjahr 2016 sowie das erste Quartal des Jahres 2017 wurden geprägt durch verschiedenste Umsetzungsmaßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020, die Vorbereitung der Aufnahme bzw. Integration der neuen Gesellschafter Bad Münstereifel und Dahlem sowie die Vorbereitung und den Beginn verschiedenster Projekte zum Beispiel Tourismuswerkstatt Eifel. Damit setzt die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fort, neben dem täglich operativen Geschäft auch weiterhin „hinter den Kulissen“ intensive touristische Strukturförderung zu betreiben, um die Region und ihre Akteure touristisch zukunftsfit zu halten bzw. zu machen. Eine Anerkennung für all diese Bemühungen ist die Nominierung als eine von fünf Regionen beim Bundeswettbewerb 2016/2017 „Nachhaltige Tourismusdestinationen“. Trotz geringerer Umsatzerlöse als prognostiziert wurde das gemäß Wirtschafts- und Finanzplan zur Verfügung stehende Budget unterschritten, so dass zusätzliche Rücklagen gebildet werden konnten. Für die Geschäftsführung stellen die Entwicklungen eine positive Bestätigung der Arbeit dar, die nicht zuletzt mit der Kompetenz und dem Engagement des Teams der Nordeifel Tourismus GmbH erreicht werden konnte.

III. Prognosebericht
Der im Herbst 2016 beschlossene Wirtschaftsplan für das laufende Jahr 2017 weist für das Wirtschaftsjahr einen prognostizierten Verlust in Höhe von 459.548 €, auf. Dieser wird laut Gesellschafterbeschluss vom Herbst 2016 durch die kommunalen Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlage bis zum Deckelungsbetrag in Höhe von 20.000 € finanziert. Die Restsumme wird durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen finanziert. Hierzu liegt ein Kreistagsbeschluss vom 16. Dezember 2015 vor.
Mit Bezug zur Prognose aus dem Jahr 2015 ist festzustellen, dass das zur Verfügung stehende Budget für das Jahr 2016 unterschritten werden konnte. Sämtliche eingeleitete Projekte und vorbereitende Maßnahmen wie beispielhaft die „Wanderwelt der Zukunft“, die „Tourismuswerkstatt Eifel“ und die Handlungsempfehlungen aus dem Tourismus- und Marketingkonzept konnten erfolgreich gestartet bzw. umgesetzt werden.
Verschiedene Umstände wie der Beitritt der Gemeinde Dahlem machen eine Änderung des Wirtschafts- und Finanzplans 2017-2021 in der 25. Gesellschaftversammlung am 30. März 2017 notwendig. Die Gesellschafterversammlung hat daher unter Vorbehalt der Beratung in den politischen Gremien der Gesellschafter die Änderung des Wirtschafts- und Finanzplans 2017-2021 beschlossen. Für das Jahr 2017 wird die bisherige Finanzierungsregelung beibehalten (Betrag Kommunen bis 20.000 €, Restbetrag Kreis Euskirchen), ab dem Jahr 2018 soll eine neue Finanzregelung in Kraft treten (Betrag Kommunen bis 25.000 € und der Kreis Euskirchen bis 310.000 €). Der geänderte Wirtschaftsplan für das laufende Jahr 2017 wurde mit einen prognostizierten Verlust in Höhe von 463.992 € beschlossen.
Mit Blick auf das Jahr 2018 und die Folgejahre steht fest, dass die Ende 2012 im Gesellschaftervertrag beschlossenen Deckelungsbeträge der Gesellschafter, 260.000 € für den Kreis Euskirchen und je 20.000 € pro Kommune, zukünftig nicht mehr ausreichen werden. (Vergleiche Anlage 4 Seite 17)
Grundsätzlich sind sich die Gesellschafter darüber einig, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH seit ihrer Gründung im Jahr 2009 äußerst positiv entwickelt hat, zahlreiche Impulse setzt und von den Verantwortlichen, touristischen Akteuren und sonstigen Kooperationspartnern als engagierter, kompetenter und zuverlässiger Dienstleister geschätzt wird. Mit ihrer Rolle trägt die Nordeifel Tourismus GmbH dazu bei, den wichtigen Wirtschaftsfaktor Tourismus im Kreis Euskirchen weiter zu stärken.
Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei, dass die Nordeifel Tourismus GmbH sich strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann.
Vor der Gesellschaft liegen neue Herausforderungen, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region. Neben den Beitritten der Stadt Bad Münstereifel am 1.

Juni 2016 und der Gemeinde Dahlem zum 1. Mai 2017 sind vor allem die Mitverantwortung im Projektmanagement des Projektes "Wanderwelt der Zukunft- Eifelschleifen & Eifelspuren", die Mitarbeit beim Radkonzept Eifel, die Projektumsetzungen in den beiden LEADER-Regionen Eifel und Zülpicher Börde, die Stabilisierung der guten Übernachtungs- und Gästezahlen bei gleichzeitigem intensiven Strukturwandel innerhalb der Betriebswelt, die Mitarbeit an einer eifelweiten Tourismusstrategie, die Einrichtung der Tourismuswerkstatt Nordeifel und nicht zuletzt die Umsetzung des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020 der Nordeifel Tourismus GmbH zu nennen.
Entscheidende Voraussetzung zur Fortsetzung des erfolgreichen Kurses ist neben einem auskömmlichen Budget im Bereich Marketing vor allem ein fachlich fundiert arbeitendes, engagiertes und gut funktionierendes Team in den Geschäftsstellen der Nordeifel Tourismus GmbH in Kall und Gemünd. Um für eine verlässliche Kontinuität zu sorgen, gilt es, die Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Dafür ist es notwendig, den Beschäftigten Anreize in Bezug auf die Vergütung und sonstigen Rahmenbedingungen anzubieten. Demzufolge wurde in der Gesellschafterversammlung im März 2017 die Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie beschlossen.
Gleichwohl ist die Nordeifel Tourismus GmbH intensiv darum bemüht, ihre Umsatzerlöse durch Verkauf, Vermittlung, Sponsoring und Projektbeteiligungen zu erhöhen. Als konzeptionelle Grundlage dient das im Herbst 2015 verabschiedete Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020, das Handlungsempfehlungen enthält, die von der Geschäftsstelle in Form von konkreten Maßnahmen operationalisiert werden und mit Zeitschiene und Budget hinterlegt werden.
Wichtige Basis für die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen und die Attraktivierung der Region ist die Kooperation mit den Partnern Rureifel-Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V., mit dem NRW Tourismus e.V., der Eifel Tourismus GmbH und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den touristischen Akteuren in der Region. Im Jahresverlauf 2017 sind verschiedenste Workshops geplant, um die Zusammenarbeit zwischen den Tourismusorganisationen zu optimieren.
Bezüglich dem Fundament des touristischen Angebotes, den Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung stehen und / oder aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe droht. Ebenso problematisch sind die mitunter enormen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben. Diese Situation trifft die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung in der Tourismusbranche bei. Daher ist es unerlässlich, eine Qualitätsoffensive zur Stärkung der Betriebe, zu deren Erhalt und zur Unterstützung bei der Übergabe durchzuführen. Konkret soll dies mit dem Aufbau der Tourismuswerkstatt über das LEADER-Programm für die Eifel gelingen. Geplant ist ein modulartig aufgebautes Schulungsprogramm. Dieser Schritt verdeutlicht die perspektivische Funktionsverlagerung der Nordeifel Tourismus GmbH mehr und mehr in Richtung Qualifizierung und Beratung. Flankierend soll das Projekt „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ durch den Kreis Euskirchen wirken. Im Rahmen der Innovationswerkstatt von Tourismus.NRW werden darüber hinaus wieder umfangreiche Schulungen und Coachings für die touristischen Akteure angeboten.
Um das Wanderwegenetz und die touristischen Akteure für die Zukunft fit zu machen, wird derzeit mit Laufzeit bis Ende 2019 das Projekt „Wanderwelt der Zukunft“ durch den Kreis Euskirchen umgesetzt.
Weiteres Entwicklungspotenzial sieht die Geschäftsführung in dem Gesellschafterbeitritt der Gemeinde Dahlem zum 01. Mai 2017. Für die zukünftige Perspektive der Nordeifel Tourismus GmbH hat die Gesellschafterversammlung in der Sitzung im März 2017 einstimmig die Vorlage über die zukünftige Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH beschlossen, die bis zum Sommer 2017 in den politischen Gremien der Gesellschafter beraten und beschlossen werden soll. Konkret sollen die kommunalen Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2017 den Deckelungsbetrag in Höhe von 20.000 € zahlen. Der Gesellschafter Kreis Euskirchen übernimmt die über den Deckelungsbetrag der Kommunen hinaus gehenden Beträge im Rahmen seines Deckelungsbetrags in Höhe von 260.000 €. Für das Wirtschaftsjahr 2018 ff erfolgt die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs mit der Aufteilung und Übernahme zu 50% durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %), wie ursprünglich bei der Gründung der Nordeifel Tourismus GmbH beabsichtigt. Als Voraussetzung für die zukünftige Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH ab dem Wirtschaftsjahr 2018 soll der notwendigen Änderung des Gesellschaftervertrags im Herbst 2017 zugestimmt werden. Darin wird der Deckelungsbetrag der Kommunen auf 25.000 € erhöht. Für den Kreis Euskirchen wird ein Deckelungsbetrag in Höhe von 310.000 € festgesetzt.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 68 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen durch Haushaltssicherungskonzepte eingeschränkt sind.

Ein mittelbares Risiko für die Gesellschaft in Bezug auf einen möglichen Akzeptanzverlust seitens der Gesellschafter stellt die durch die am 08.09.2015 vom Finanzamt Aachen angeordnete steuerliche Außenprüfung mit dem Prüfungsinhalt der Dauerverlusttätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH und dem Nachforderungsbescheid des Finanzamtes Schleiden vom 5. Januar 2017 mit der Aufforderung zur Zahlung von Kapitalertragssteuer für den Zeitraum 2010 bis 2014 i.H. von 246.105,02 Euro dar. Damit verbunden waren zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Gesellschafter. Zur Finanzierung der Steuerschuld hat die Gesellschafterversammlung eine Vorfinanzierung durch die Gesellschafter beschlossen, zeitgleich wurde ein Einspruchsverfahren eingeleitet sowie Schadensersatzansprüche gegenüber dem beauftragten Steuerbüro gestellt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine neuen Erkenntnisse in dieser Angelegenheit vor.
Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ist die Nordeifel Tourismus GmbH dauerdefizitär. Verluste wurden stets über Gesellschaftereinlagen aus Mitteln der kommunalen Haushalte ausgeglichen. Die Finanzierung könnte somit auch gegen das EU-Beilhilfeverbot im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV verstoßen. Nach Abschluss des o.g. Steuerprüfverfahrens wird nun zu klären sein, ob die Tatbestandsmerkmale durch Betrauungsakt oder EU-Notifizierung der Beihilfen bei der Europäischen Kommission behoben werden können. Mögliche Rückforderungsansprüche könnten zu bestandsgefährdenden Risiken führen.
Im achten Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu 2015 leicht rückläufig. Bemühungen zum Erhalt bzw. zur Steigerung werden fortgesetzt.
Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Unabhängig von einer Kostensteigerung des laufenden Betriebs ergeben sich durch den Beitritt der beiden neuen Gesellschafter weitere finanzielle Mehraufwände. Zugleich sind mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie Anpassungen bei der Gehaltsstruktur der Belegschaft notwendig, die zu einer Erhöhung des Personalbudgets führen.
Die Auswirkungen der EU-Beihilferechtlichen Prüfung auf die Geschäftsinhalte sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat einen erfolgreichen Umsetzungsprozess hin zum Tourismus-Service-Center (TSC) absolviert und konzentriert sich inhaltlich auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020.
Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei, dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann. Die Kooperation mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert reibungslos.
Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren sollte es sein, die in dem Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder „Nachhaltigkeit“ und „Qualifizierung & Beratung“ sukzessive mit innovativen Projekten (zum Beispiel „Wanderwelt der Zukunft“) und Angeboten zu bespielen. Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Immer stärker wird die Nordeifel Tourismus GmbH zudem eine beratende Funktion übernehmen, beispielsweise hinsichtlich der Qualifizierung der regionalen Akteure. Sie sollte sich ihrer neuen Rolle und den damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen stellen und diese aktiv im Sinne der Netzwerkbildung und gemeinsamen Profilierung und Vermarktung der Nordeifel nutzen. Der nach innen gerichtete Leitbildprozess könnte auf diesem Weg ein Schlüssel zum Erfolg sein.
Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird daher die Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH sein. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie sowie weitere touristische Partner) sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewonnen werden können. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss.
Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren.
Als Chancenfeld soll das Thema Nachhaltigkeit weiter intensiv bearbeitet werden und dabei Ansätze wie die GästeCard, die Sternenregion, die Tourismuswerkstatt Nordeifel, das Projekt Wanderwelt der Zukunft und das touristische Mobilitätskonzept weiter verfolgt werden. Ebenso soll auch das Thema Barrierefreiheit eine weitere Stärkung erfahren.
Die etablierten Veranstaltungskonzepte „Zu Gast in der eigenen Heimat“, “Nordeifel – Kultur bei Nacht“ und Archäologietour Nordeifel bereichern das kulturelle Angebot und werden in 2017 durch weitere Impulse weiter entwickelt. Zur Stärkung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leis-

tungsträger findet jährlich „NeTWorking Nordeifel“, ein regionales Netzwerk-Treffen, sowie der Aktionstag „Zu Gast in der eigenen Heimat“ statt. Darüber hinaus ist die Einführung eines Leitbildes geplant.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.
Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.
Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VI. Bericht über die Zweigniederlassungen

Seit dem 01.01.2013 betreibt die Nordeifel Tourismus GmbH das Nationalpark-Tor in Gemünd. Die Betriebsführung erfolgt per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden. Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich.
Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Dezember 2016 erneut die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismusverband (DTV) nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist erneut das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Es sei angemerkt, dass die Schließung der DJH-Jugendherberge Gemünd im Jahr 2017 infolge des Neubaus sowie die weitere Etablierung der attraktiven Nationalparkausstellung in Vogelsang IP zu einem weiteren Rückgang der Besucherzahlen im Nationalpark-Tor Gemünd führen kann. Mit der Nationalparkverwaltung werden Attraktivierungsmaßnahmen angedacht.
Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 162.500 € prognostiziert, im Ergebnis wurden 148.092,94 € erreicht.

Kall, den 21. Juni 2017
Iris Poth
Geschäftsführerin“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	11	11	11	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Gästeankünfte	252.088	205.542	210.454	-
Übernachtungen	714.980	618.139	656.992	-
Ø Aufenthaltsdauer	3,0	3,0	3,0	Tage
Prospektanfragen	3.520	2.873	3.702	-
Buchungsgeschäft	295	254	282	-
Homepagebesuche	121.372	94.124	101.843	-
Seitenaufrufe	365.560	329.878	345.759	-

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: http://www.rheinisches-revier.de

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	1.000,00 €	4,00 %
IHK Aachen	1.750,00 €	7,00 %
IHK Köln	1.750,00 €	7,00 %
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000,00 €	4,00 %
HWK Aachen	1.500,00 €	6,00 %
HWK Köln	1.500,00 €	6,00 %
HWK Düsseldorf	1.500,00 €	6,00 %
Summe	**25.000,00 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ und „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht.
Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Der Kreistag hat am 21.10.2015 zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 „Netzwerkaktivitäten/ Betrieb der Geschäftsstelle“) in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen 2016	2015	2014
Kreis	150 57104 15	12.986 €	9.127 €	2.073 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Gesellschafterversammlung (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
b) Aufsichtsrat
c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

c) Geschäftsführung
Geschäftsführer: Heinz Weifels (ab 25.11.2016)

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.577	781	0	1.796
	2.577	781	0	1.796
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.457.745	207.516	672.280	1.250.229
Liquide Mittel	176.034	185.496	96.281	-9.462
	1.633.780	393.012	768.561	1.240.768
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.239	0	0	1.239
Summe Aktiva	**1.637.596**	**393.793**	**768.561**	**1.243.803**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	36.885	20.000	0	16.885
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9.872	16.885	20.000	-7.012
	71.757	61.885	45.000	9.872
B Rückstellungen	47.768	9.032	2.380	38.737
C Verbindlichkeiten	1.509.321	252.877	721.181	1.256.444
D Rechnungsabgrenzungsposten	8.750	70.000	0	-61.250
Summe Passiva	**1.637.596**	**393.793**	**768.561**	**1.243.803**

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	70.000	70.000	70.000	
2	Sonstige betriebliche Erträge	538.095	614.781	228.525	-76.687
3	Materialaufwand, davon:	121.992	277.787	86.451	-155.795
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	121.992	277.787	86.451	-155.795
4	Personalaufwand, davon:	351.413	300.694	149.733	50.719
a)	Löhne und Gehälter	290.187	213.986	107.489	76.202
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	61.226	86.708	42.243	-25.482
5	Abschreibungen	527	207	0	321
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	99.149	89.156	42.342	9.994
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	54	0	-54
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.141	0	0	25.141
9	Ergebnis nach Steuern	**9.872**	16.885	20.000	

Lagebericht zum 31. Dezember 2016

„1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2016 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2018 wird das Projekt „Präventive Transformation" durchgeführt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden - soweit sie förderfähig sind - zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten.

Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation" organisiert die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018 / Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion - Kreislaufwirtschaft Bauen". 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20 % tragen 7 der 14 Gesellschafter.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2016 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2016 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 537.836,43 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2015 ein Jahresüberschuss in Höhe von 16.884,60 €, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

2. Prognosebericht

Im Rahmen eines Aufrufs des MBWSV NRW hat sich die IRR GmbH um die Ausrichtung einer der beiden ausgeschriebenen REGIONALEN (Präsentationsjahre 2022 oder 2025) beworben. Ein Zuschlag wurde nicht erteilt.

Neue Finanzierungsquellen könnten über Aktivitäten der Bundesebene erschlossen werden. So hat der Bund mit dem Haushaltsplan 2016 beschlossen, Mittel aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) in Höhe von jährlich 4 Mio. Euro zur Bewältigung des Strukturwandels in den vier deutschen Braunkohleregionen (Lausitzer Revier, Rheinisches Revier, Mitteldeutsches Revier und Helmstedter Revier) bereitzustellen. Die Mittel werden im Rahmen eines neuen Bundesprogramms für mindestens 10 Jahre für eine präventive Regionalpolitik in den Revieren eingesetzt. Die Förderrichtlinie für das Programm soll laut

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) noch im Laufe des Jahres 2017 veröffentlicht werden. Zudem hat das Bundeskabinett mit dem „Klimaschutzplan 2050" die Einrichtung einer Kommission 'Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung" beim BMWi beschlossen. Die Kommission soll einen Instrumentenmix entwickeln, um den Regionen und Branchen zu helfen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Anfang 2018 wird die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung" ihre Arbeit aufnehmen. Das BMWi wird nach eigenem Bekunden jeweils einen Ansprechpartner je Revier anstreben. Für das Rheinische Revier soll dies die IRR werden.

3. Risikobericht

Entsprechend der beiden vorliegenden Zuwendungsbescheide des Landes NRW erhält die IRR GmbH bis Ende 2018 öffentliche Mittel mit einer Förderquote von 80%. Die Förderung beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Der Förderantrag und die Bereitstellung des Eigenanteils sind von den Gesellschaftern beschlossen worden.

Die Gesellschaft ist gehalten die Finanzierung über 2018 hinaus zu klären. Die IRR GmbH ist auf unbestimmte Zeit gegründet und braucht für eine dauerhafte Verstetigung ein entsprechendes Finanzierungsmodell um die Aufgaben dem Gesellschaftszweck entsprechend erfüllen zu können und Planungssicherheit zu erhalten. Eine Weiterfinanzierung über die EFRE-Projektförderung kann hingegen nicht als „dauerhafte Verstetigung" gelten.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der entstandenen Kosten zu beantragen. Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen.

Jülich, den 19. Juni 2017
Heinz Weifels, Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	8	5	4	-

H) Kennzahlen

./.

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts

1. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Winterstraße 19
50354 Hürth

Internet: http://www.cvua-rheinland.de/

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmen
Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).
Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Land NRW	90.000,00 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Summe	**300.000,00 €**	**100,00 %**

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, er-

hebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

Finanzbeziehung zu	**Produkt / Kostenträger**	**geleistete Zahlungen 2016**	**2015**	**2014**
Kreis	020 12204	352.459 €	339.261 €	329.034 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Verwaltungsrat
b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Heinz Rosell	GBL II	Dr. Jochen Weins	Abt.-Leiter 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

b) Vorstand	Bezüge 2016
Herr Dr. Löhr, Vorstandsvorsitzender	81.611,05 €
Frau Pauly-Mundegar	89.516,96 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	38.110	17.260	10.169	20.849
Sachanlagen	22.088.604	14.084.477	3.692.208	8.004.126
	22.126.713	14.101.737	3.702.377	8.024.976
B Umlaufvermögen				
Vorräte	41.778	42.445	42.445	-667
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.266.295	7.269.319	6.355.740	-3.024
Liquide Mittel	1.762.189	969.240	5.212.409	792.949
	9.070.262	8.281.004	11.610.595	789.258
C Rechnungsabgrenzungsposten	57.283	51.036	63.859	6.247
Summe Aktiva	**31.254.258**	**22.433.777**	**15.376.831**	**8.820.481**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	4.662.770	4.421.089	3.315.064	241.681
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	280.218	241.681	1.106.025	38.537
	5.242.988	4.962.770	4.721.089	280.218
B Rückstellungen	12.592.681	12.224.390	10.180.750	368.292
C Verbindlichkeiten	13.418.589	4.867.389	351.086	8.551.200
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	379.228	123.906	-379.228
Summe Passiva	**31.254.258**	**22.433.777**	**15.376.831**	**8.820.481**

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.315.749	9.304.859	9.476.770	10.890
2	Sonstige betriebliche Erträge	130.282	126.223	63.443	4.059
3	Materialaufwand, davon:	1.454.914	1.446.989	1.462.962	7.925
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	294.683	286.792	296.928	7.891
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.160.231	1.160.197	1.166.034	34
4	Personalaufwand, davon:	5.207.199	7.054.475	5.937.200	-1.847.276
a)	Löhne und Gehälter	4.045.356	4.107.167	3.855.527	-61.811
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.161.843	2.947.308	2.081.673	-1.785.465
5	Abschreibungen	1.027.154	332.572	355.263	694.583
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.259.532	1.258.017	1.307.787	1.514
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	136.816	908.123	630.197	-771.307
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	352.468	4.360	0	348.108
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	**281.580**	242.791	1.107.197	
10	Sonstige Steuern	1.362	1.110	1.172	252
11	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**280.218**	**241.681**	**1.106.025**	**38.537**

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2016

„1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt war der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen. Seit 1. Juli 2016 ist Hürth der Sitz der Anstalt; die Standorte Aachen, Bonn und Leverkusen wurden ab Ende Mai 2016 frei gezogen.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

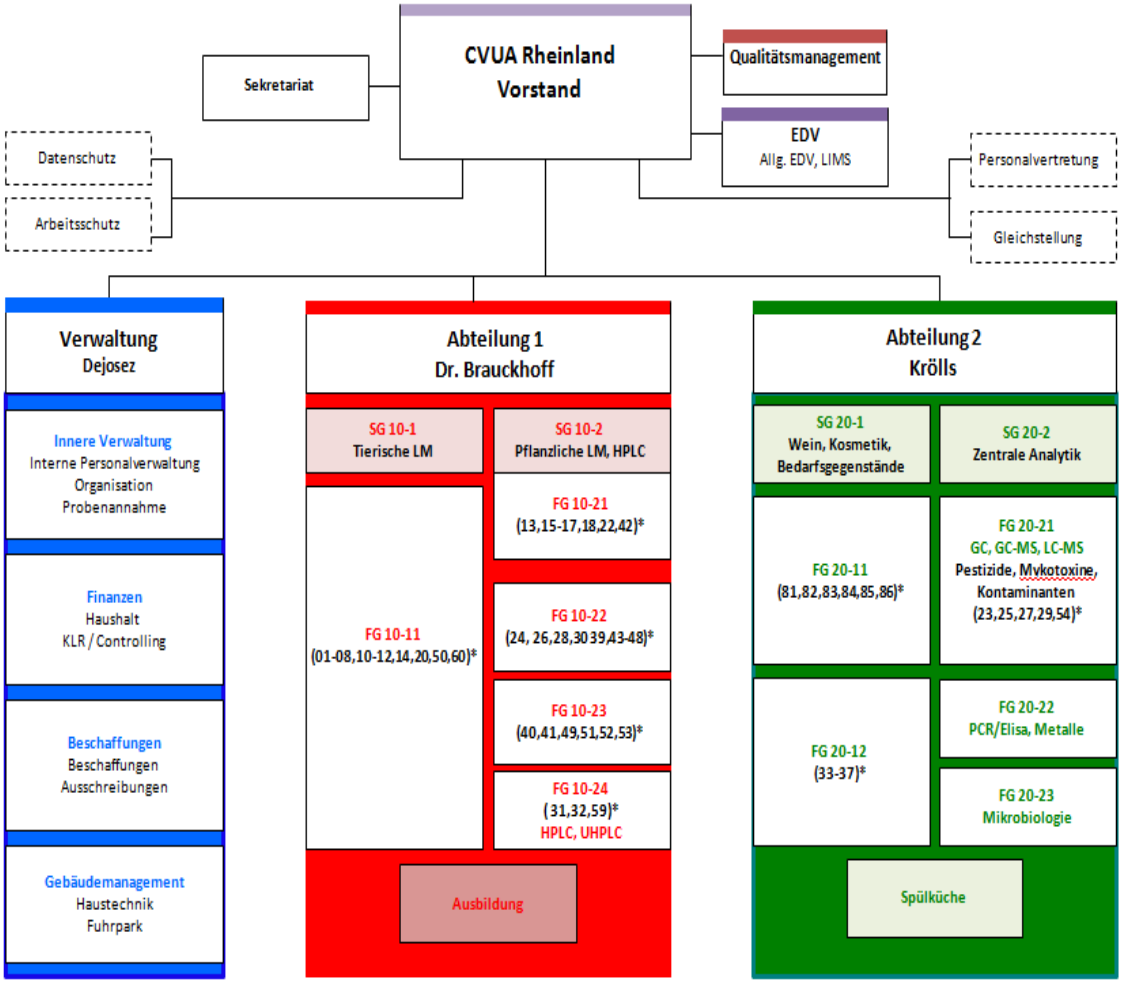
1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.
Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.
Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.
Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



* Warenobergruppen

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden 5 Mitarbeiterinnen aus. Aus der Verwaltung haben sich zwei Mitarbeiterinnen beruflich verändert; die Neubesetzung ihrer Stellen war durch die Rückkehr einer Langzeiterkrankten und die Nutzung von Synergieeffekten nicht notwendig. Drei technische Mitarbeiterinnen sind durch Verrentung, Eigenkündigung und Kündigung ausgeschieden. Zwei Stellen wurden befristet nachbesetzt und 4 Mitarbeiterinnen wurden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2016 wurden insgesamt 16.789 (Vorjahr: 17145) amtliche Proben zur Untersuchung eingereicht.

2.2.3. Gemeinsamer Standort Hürth

Die Arbeiten am Neubau waren Anfang Mai so weit abgeschlossen, dass der Umzug auf Ende Mai/Anfang Juni festgelegt werden konnte. Wir starteten in Leverkusen mit dem Umzug, der von einem professionellen Unternehmen im Vorfeld geplant, generalstabsmäßig durchgeführt und mit dem Standort Aachen abgeschlossen wurde. Innerhalb von zwei Wochen waren sämtliche Laborgeräte am neuen Standort in Hürth funktionsfähig aufgebaut, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CVUA Rheinland schnellstmöglich wieder mit ihrer Arbeit beginnen konnten.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2016, der vom Verwaltungsrat am 15. Dezember 2015 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18.052 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 8.891 T€, wobei 420 T€ für allgemeine Investitionen und 8.471 T€ für die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Verlust von 373 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 280 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 15. Dezember 2015 beschlossenen Entgeltordnung 9.314 T€ (Vj.: 9.304 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 109 T€ (Vj.: 107 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 21 T€ (Vj.: 19 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.207 T€ (Vj.: 7.054 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 57 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandsposten bleiben im Berichtsjahr die Mieten mit 252 T€ (Vj.: 505 T€) bis zum Umzug an den neuen zentralen Standort Hürth und die Betriebskosten mit 351 T€ (Vj.: 360 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 147 T€ (Vj.: 145 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 33 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 124 T€ (Vj.: 89 T€), für Versicherungen in Höhe von 22 T€ (Vj.: 18 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 22 T€ (Vj.: 21 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.027.154,45 T€ (Vj.: 333 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 mit einem ausgewiesenen Verlust von 373 T€ wurde ein Bilanzgewinn von 280 T€ erzielt.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2015	31.12.2016
Bilanzsumme	22.433.777,18 €	31.254.258,36 €
Anlagevermögen	14.101.737,41 €	22.126.713,21 €
Vorratsvermögen	42.445,49 €	41.778,08 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000 €
Eigenkapital	4.962.770,11 €	5.242.988,46
Eigenkapitalquote	22,1%	16,8%
Rückstellungen	12.224.389,73 €	12.592.681,33 €
Liquide Mittel	969.239,93	1.762.189,32 €
Verbindlichkeiten	4.867.388,91 €	13.418.588,57 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	12.304.166,62 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	4,5	-82,5

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 22.434 T€ auf 31.254 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth das Mitte 2016 fertiggestellt und als zentraler einheitlicher Standort bezogen wurde. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten.
Im Geschäftsjahr wurden 245 T€ in neue Laborgeräte und 8.736 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert.
Von den rd. 3.000 Vermögensgegenständen (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 898 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen.
Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 12.546 T€ (Vj.: 12.224 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 11.996 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherren der Beamten betragen 7.264 T€ (Vorjahr 7.254 T€).

2.4. Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 280.218,35 € erwirtschaftet.
Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

3. Prognosebericht

3.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Mit dem CVUA Münsterland-Emscher-Lippe (MEL) und dem CVUA Westfalen wurden bilaterale Vereinbarungen getroffen und bereits am 1. Juli 2016 mit der Schwerpunktbildung bei einigen Warenobergruppen begonnen. So wurden im CVUA Rheinland Wein, -erzeugnisse, weinähnliche Getränke und Spirituosen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg und Schokolade, Kakao und Würzmittel aus dem Regierungsbezirk Münster untersucht. Im Austausch wurden Fette/Öle und Butter aus unserem Einzugsgebiet im CVUA Westfalen und Nahrungsergänzungsmittel, Säuglings- und Kleinkindernahrung im CVUA MEL untersucht.
Die im vorjährigen Lagebericht genannten Voraussetzungen für die Umsetzung der Schwerpunktbildung
- Probenplanung durch das LANUV
- Regelung des Probentransports durch die CVUÄ

waren zu diesem Zeitpunkt so weit auf den Weg gebracht, dass mit diesem Austausch begonnen werden konnte.
Durch Änderung der Errichtungsverordnung zum 1. Januar 2017 wurden die Zuständigkeiten der einzelnen CVUÄ rechtlich geregelt.

3.1.2. Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr.

765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.
Im Februar 2016 wurde das 2. Zwischenaudit durch die DAkkS durchgeführt. Die für den neuen Standort erforderliche Auditierung durch die DAkkS wurde aufgrund von personellen Engpässen bei der DAkkS auf 2017 verschoben und wird im Juni erfolgen.

3.1.3. Standort Hürth

Mit Bezug des neuen Gebäudes wurden für die technischen Einrichtungen Wartungsverträge, die zum Teil gesetzlich vorgeschrieben sind, abgeschlossen.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2017, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 8. Dezember 2016 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 159 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.525 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 420 T€ beschlossen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.
Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.
Hürth, den 12. Mai 2017

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand –

gez. Dr. Gerhard Löhr gez. Dagmar Pauly-Mundegar“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	89	95	97	-

H) Kennzahlen

./.

2. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: http//www.primesite-rhineregion.org/

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmen

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000,00 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000,00 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000,00 €	20,00 %
Gesamtsumme	**10.000,00 €**	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag der LEP-AöR betrug zum 31.12.2014 785.390,53 €. Da die Finanzierung des Vorhabens insgesamt durch die v. g. endfälligen Darlehen sichergestellt ist, wurde bislang die Auffassung vertreten, dass die Kapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet ist. Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 KUV sind identisch mit den Regelungen des § 10 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung. Hierzu vertritt die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Auffassung (Stand März 2016), dass die Eigenkapitalausstattung bei Ausweis eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages gefährdet sei und weitere Verlustvorträge gemäß § 10 Abs. 6 S. 1 EigVO NRW nicht mehr zulässig seien, so dass im Rahmen der LEP AöR-Jahresabschlüsse 2015 ff. bei entsprechender Auslegung des § 14 Abs. 2 KUV Forderungen gegen die Trägerkommunen eingebucht werden. Diese Forderungen werden zunächst als kurzfristige Forderungen ausgewiesen.

Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30.06.2020) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben (gestundet).

Finanzbeziehung zu	**Produkt / Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
Kreis	150 57104 00	60.942 €	327.617 €	0 €	Aufwand
		0 €	0 €	0 €	Auszahlung

Höhe der gestundeten Forderung am 31.12.2016: 352.254,62 €

Die Differenz zwischen dem Gesamtaufwand des Kreises (388.559 €) und der zum 31.12.2016 gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen in der Bilanz der LEP-AöR ergibt sich daraus, dass das tatsächliche Jahresergebnis, welches zu einer Auflösung der Rückstellung für den Verlustausgleich der LEP-AöR führen wird, beim Kreis Euskirchen erst im Haushaltsjahr 2017 Berücksichtigung finden wird.

E) Zusammensetzung der Organe
a) Verwaltungsrat
b) Vorstand
c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vorstand	Vergütung 2016
Josef Forstner (Vorsitzender)	7.036 €
Johannes Adams	0 €
Oliver Knaup	0 €

nachrichtlich:
Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 04.05.2017 beschlossen, Herrn Ingo Hessenius mit Wirkung zum 26.05.2017 zum Vorstandsmitglied zu bestellen. Gleichzeitig wurde Herr Johannes Adams mit Wirkung zum 26.05.2017 als Vorstandsmitglied abberufen.

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

LEP-Fläche Euskirchen / Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	0	0	207	0
	0	0	207	0
B Umlaufvermögen				
Vorräte	14.288.063	14.276.495	13.723.476	11.568
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.956.147	2.443.497	1.157.412	512.650
Liquide Mittel	108.839	114.852	200.340	-6.013
	17.353.049	16.834.845	15.081.228	518.204
C Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	785.391	0
Summe Aktiva	**17.353.049**	**16.834.845**	**15.866.826**	**518.204**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-795.391	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	785.391	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	17.896	16.033	35.580	1.863
C Verbindlichkeiten	17.319.636	16.803.295	15.815.730	516.341
D Rechnungsabgrenzungsposten	15.517	15.517	15.517	0
Summe Passiva	**17.353.049**	**16.834.845**	**15.866.826**	**518.204**

LEP-Fläche Euskirchen / Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	49.581	0	866.410	49.581
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	49.491	48.237	-49.491
3	Materialaufwand, davon:	0	0	993.345	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	979.421	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	13.924	
4	Personalaufwand, davon:	7.036	7.041	7.028	-5
a)	Löhne und Gehälter	5.400	5.400	5.400	
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.636	1.641	1.628	-5
5	Abschreibungen	0	207	251	-207
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	60.046	59.858	55.637	188
7	Erträge aus Verlustübernahme	512.650	1.284.584	1.153.222	-771.934
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	64	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	468.095	455.381	444.281	12.713
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	**27.053**	811.587	567.392	
11	Sonstige Steuern	27.053	26.197	25.722	857
12	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**	**0**	**785.391**	**541.670**	**-785.391**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

„1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,

- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist" (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.
Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung — KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2016 konnten trotz intensiver Verhandlungen keine weiteren Flächen erworben werden. Zusammen mit den ca. 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit weiterhin ca. 146 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden.
Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel bleibt, zunächst im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebietes für Eigentümer, die ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Tausch ihrer Grundstücke gegen Ersatzland erklärt haben, konnten auch im Jahre 2016 nicht erworben werden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet. Zur fehlenden Verkaufsbereitschaft bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage tragen offensichtlich die deutlich gesunkenen Renditen für übliche Geldanlagen bei.

Bodenordnung

Die zur Vermeidung von Bodenordnungsmaßnahmen (Umlegung) geführten Verhandlungen mit 4 Eigentümern, die im südlichen Teil der LEP-Fläche insgesamt ca. 19,7 ha Fläche besitzen, konnten bisher wider Erwarten nicht erfolgreich abgeschlossen werden. Allen Beteiligten liegen unterschriftsreife Kauf- und Tauschvertragsentwürfe vor.
Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von 80 ha gebildet werden kann, bei der sich nur noch drei Grundstücke in einer Größe von ca. 3,1 ha in Privateigentum befinden, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden, bevor die Umlegung weiter verfolgt wird.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans

Die Festlegungen des Landesentwicklungsplans 1995 erschweren die Vermarktung einer großflächigen Industrieansiedlung erheblich. In ihren Stellungnahmen vom 25.02.2014, 02.04.2014, 03.12.2015 und 14.01.2016 zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans hatte die LEP-AöR mehrere Anregungen zur Anpassung der geplanten Regelungen an die geänderte Marktsituation für großflächige bzw. flächenintensive Ansiedlungen vorgetragen. Auf starre Flächenmindestgrößen sollte möglichst verzichtet werden. Soweit dies nicht durchsetzbar ist, sollten diese lediglich als Orientierungsgröße formuliert und flexibel gehandhabt werden können. Der Verwaltungsrat und der Projektbeirat haben die vom Vorstand vorgelegten Stellungnahmen am 21.03.2014 und 03.12.2015 beschlossen.
Auch die mit der Vermarktung der Fläche federführend beauftragte NRW.INVEST hatte aufgrund ihrer Erfahrungen in ihrer Stellungnahme dringend eine Anpassung der Vorschriften des Landesentwicklungsplans an die zu erwartenden Nachfragen vorgeschlagen.
Die Landesregierung ist in ihren Beschlüssen vom 28.04.2015 und 23.06.2015 diesen Anregungen zur Erleichterung der Vermarktung der Fläche aus u.E. nicht schlüssigen Gründen leider nicht gefolgt.

In einem Erörterungsgespräch mit der Staatskanzlei am 11.01.2016 unter Teilnahme von NRW.INVEST konnte keine wesentliche Annäherung der Standpunkte erreicht werden. Als Ergebnis des Gespräches hat der Vorstand der LEP-AöR am 14.01.2016 weitere Anregungen (z. B. Mindestarbeitsplatzanzahl, Arbeitsplatzdichte, Gleichwertigkeit des Vorhabenverbundes und arbeitsplatzintensive Unternehmen, vorzugsweise solche industrieller Prägung oder produktionsnah) vorgetragen. Auch diesen Anregungen wurde nicht gefolgt.
Die Landesregierung hat die Verordnung über den Landesentwicklungsplan am 05.07.2016 beschlossen und dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt (LT-Drucksache 16/4116). In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, des Ausschusses für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und des Ausschusses für Kommunalpolitik am 07.11.2016 wurden Sachverständige angehört und der Verordnungstext ohne Änderungen zur Zustimmung an den Landtag weitergeleitet (LT-Drucksache 16/13711 und APr 16/1510).
In seiner Sitzung am 14.12.2016 hat der Landtag dem von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungsplan und dem Verordnungstext zugestimmt.
Der Landesentwicklungsplan und die Verordnung über den Landesentwicklungsplan wurden am 25.01.2017 im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW (Nr. 4/2017) veröffentlicht; sie sind am 08.02.2017 in Kraft getreten.
Der Landesentwicklungsplan 2017 ist als Rechtsverordnung des Landes verbindlich bei der Entwicklung der LEP-Fläche zu berücksichtigen. Leider wurde die Chance verpasst, die Erfolgsaussichten unserer Ansiedlungsbemühungen durch eine Flexibilisierung der Vorschriften des Landesentwicklungsplanes entsprechend unserer Anregungen zu verbessern.

Vermarktung

Schwerpunkt der Aktivtäten des Vorstandes im Geschäftsjahr 2016 war die Bereitstellung und Vermarktung einer mindestens 80 ha großen zusammenhängenden Fläche für eine Ansiedlung entsprechend der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes. Die in den Sitzungen des Verwaltungsrates und des Projektbeirates am 11.05.2015 und 03.12.2015 vorgestellten Vermarktungsstrategien wurden mit Projektentwicklern, die bereits größere Investitionsvorhaben realisiert haben, und NRW.INVEST erörtert.
Anschließend wurden mit zwei Kontaktpartnern vertiefende Gespräche in 2016 geführt. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Projektentwickler wurde der Stadt Euskirchen vorgeschlagen, das Gebiet des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 14 zu ändern und in Teilabschnitte A, B und C aufzuteilen.
Der zuständige Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen hat am 07.12.2016 einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss gefasst.
In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen, NRW.INVEST, AGIT (Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer), IRR (Innovationsregion Rheinisches Revier), LEP-AöR, RWTH Aachen (Lehrstuhl für Produktionsmanagement), Universität Münster (MEET) und jeweils hinzu geladenen Fachleuten wurden die Vorzüge der zu vermarktenden Fläche gegenüber Alternativflächen in Deutschland und insbesondere NRW untersucht.
Es wurde festgestellt, dass die Fläche für Produktionsstätten im Bereich der zukunftsträchtigen Elektromobilität und Batterieproduktion hervorragend geeignet ist.
Mit finanzieller Unterstützung durch das Land und NRW.INVEST werden entsprechende vertiefende Untersuchungen vorbereitet und Präsentationen erarbeitet.
Der Landrat und die Bürgermeister von Euskirchen und Weilerswist haben in einem gemeinsamen Anschreiben an große Automobilhersteller (Volkswagen, Daimler, Tesla) die Vorzüge der hiesigen LEP-Fläche für eine mögliche Batterie- und Automobilproduktion präsentiert sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Unterstützung angeboten.
Leider haben Volkswagen und Daimler bereits mitgeteilt, dass eine solche Produktion an anderen Standorten der Unternehmen in Erwägung gezogen werden wird. Tesla hat noch keine Antwort gegeben. In 2017 soll mit einer speziell entworfenen Präsentationsbroschüre die LEP-Fläche bei Tesla bekannt gemacht und angeboten werden.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Nach Abschluss der bodenarchäologischen Erkundungen durch die Firma Troll Archäologie GbR führte das Amt für Bodendenkmalpflege des LVR in 2016 weitere flächige Grabungen durch.
Die abschließende Dokumentation der bodenarchäologischen Befunde wurde von der Firma Troll vorgelegt.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Die Bauleitplanung ist zwischen den Kommunen Weilerswist und Euskirchen in den Jahren 2012 und 2013 terminlich und inhaltlich abgestimmt worden. Die Verfahren zur Erstellung der Bebauungspläne sollten vor dem Hintergrund des möglichen Umlegungsverfahrens weitergeführt werden.
Weitere Planungsschritte an diesen Planungen sollten erst beraten werden, wenn die Ergebnisse der Gespräche mit den o.g. Akteuren der Vermarktung abgeschlossen wären und der Landesentwicklungsplan rechtskräftigt vorliege.
Als Ergebnis dieser Gespräche liegen der LEP-AöR zwei Standortkonzepte vor. Des Weiteren wurde von den Projektentwicklern verdeutlicht, dass ein Ansiedlungsinteresse schnell, maximal innerhalb ei-

nes Jahres, umgesetzt werden müsste. Die Größenordnung von 30 bis 50 ha würde angesichts der heutigen Marktbedingungen ausreichen.
Vor diesem Hintergrund wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von 80 ha resultiert aus den unveränderten Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der neuesten Fassung. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wieder.
Für den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 14 A müssen die Gutachten angepasst werden, was in 2017 geschehen soll.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 22.06.2016 und am 22.12.2016.
Der Jahresabschluss 2015 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 22.06.2016 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2015 erteilt und über die Verwendung des Bilanzverlustes entschieden (Vortrag auf neue Rechnung).
In seiner Sitzung am 22.12.2016 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.
Im Jahre 2016 fanden 6 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2016 (17.353.049 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (14.288.063 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (1.776.273 €) und die Träger der LEP-AöR (1.174.182 €).
Das Stammkapital in Höhe von 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 03.12.2015 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2016 ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge (außer aus Verlustübernahme)	58.000	49.581	*-8.419*
Zinsaufwand und Entgelte	-674.000	-468.095	*205.905*
Sachaufwand	-149.810	-87.099	*62.711*
Ergebnis vor Verlustübernahme	-773.810	-512.650	*261.160*
Erträge aus Verlustübernahme	464.286	512.650	*48.364*
Jahresergebnis	-309.524	0	*309.524*
Einzahlungen aus Krediten	6.992.810	521.237	*6.470.763*
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	-6.221.000	-11.568	*6.209.432*

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Erträge

Die 2016 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt. Der durchschnittliche Jahreszins für die Liquiditätskredite betrug ca. 0,14 % p.a. (zum Vergleich: Zinsen und Bürgschaftsentgelt für den Investitionskredit: ca. 3,35 % p.a.)

Sachaufwand

Die Grundsteuern sind geringer, weil Grundbesitz im geplanten Umfang nicht erworben werden konnte. Die Aufwendungen für Dienstleister waren geringer, weil weniger Leistungen nachgefragt werden mussten und die Aufwendungen fast ausschließlich dem Grunderwerb zuzurechnen waren.

Einzahlungen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer kein Grunderwerb möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend.
Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des je-

weils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2016 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 14.075.339 €.
Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) nahezu ausgeschlossen.
Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2016 mit 3,2 Mio. € in Anspruch genommen.
Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden.
Vorrangig ist weiterhin die Arrondierung der Flächen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A der Stadt Euskirchen. Für diese ca. 80 ha große Fläche wird ein Standortprofil entwickelt.
Das Bauleitplanverfahren wird von der Stadt Euskirchen zügig weitergeführt.
Angestrebt wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A bis spätestens 2019.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 22.12.2016 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bebauungspläne etc.) in Höhe von 1.568.000 € einkalkuliert.
Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST im Jahre 2015 bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber erneut als große Hürde angesehen.
Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).
Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.
Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2016 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 1.776.273,07 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben.
Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert, da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.
In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AöR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AöR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AöR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AöR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert.
Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.
Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 12 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.
Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden.
Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AöR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 05. April 2017
Der Vorstand

Josef Forstner	Johannes Adams	Oliver Knaup
Vorstandsvorsitzender	Vorstandsmitglied	Vorstandsmitglied“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	1	1	1	-

H) Kennzahlen

./.

3. d-NRW AöR

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 01.06.2017 den Beitritt des Kreises Euskirchen zur d-NRW AöR nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ beschlossen. Mit dem Beitritt wird nach § 4 des v. g. Gesetzes ein Stammkapitalanteil in Höhe von 1.000 € eingebracht (V 338/2017).

Die Beitrittserklärung wurde am 04.08.2017 abgegeben.

In den Organen der Anstalt öffentlichen Rechts ist der Kreis Euskirchen nicht vertreten.

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: http://www.kdvz-frechen.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnerebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembehebung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit 4 Mitgliedern, die zum 31.12.2012 ausgeschieden sind, incl. Ausgleichszahlungen für den durch das Ausscheiden entstandenen Personalüberhang in der kdvz, wurde die Bezirksregierung Köln eingeschaltet.

nachrichtlich:
Die Bezirksregierung Köln hat am 23.03.2017 einen Schlichtungsvorschlag unterbreitet. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 07.07.2017 die Annahme des Schlichtungsvorschlags beschlossen und den Verbandsvorsteher zur Abgabe aller in Ausführung des Schlichtungsvorschlags erforderlichen Erklärungen ermächtigt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.
Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)
c) Verbandsvorsteher
Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen 2016	2015	2014
Kreis	010 11117	552.790 €	579.501 €	570.145 €

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Karsten Stickeler	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat
Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

c) Verbandsvorsteher
Dr. Patrick Lehmann (Allgemeiner Vertreter und Kämmerer, Stadt Frechen)
Stellvertreter:
Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)
Johannes Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Der Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter erhalten jährlich eine Aufwandsentschädigung von insgesamt 2.453 €.

	Besoldung 2015
Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen	80.631 €

Mit Wirkung zum 03.06.2016 wurde Herr Christian Müller zum stellvertretenden Geschäftsführer bestellt.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Der Jahresabschluss 2016 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt. Es folgt nachstehend die Berichterstattung über den Jahresabschluss 2015.

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.828.926	2.009.794	2.130.584	-180.867
Sachanlagen	3.501.953	3.334.988	3.495.177	166.965
Finanzanlagen	9.771.766	9.181.154	8.364.581	590.612
	15.102.646	14.525.936	13.990.342	576.710
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.109.435	5.693.078	4.933.956	-2.583.643
Liquide Mittel	1.517.669	1.016.770	1.006.849	500.900
	4.627.104	6.709.847	5.940.805	-2.082.743
C Rechnungsabgrenzungsposten	489.734	229.180	188.615	260.554
Summe Aktiva	**20.219.483**	**21.464.963**	**20.119.763**	**-1.245.480**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	16.960.520	18.959.868	17.352.684	-1.999.348
C Verbindlichkeiten	3.258.963	2.505.095	2.767.079	753.868
Summe Passiva	**20.219.483**	**21.464.963**	**20.119.763**	**-1.245.480**

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	12.699.058	13.377.752	13.528.489	-678.694
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.014.740	735.416	400.850	279.325
3	Materialaufwand, davon:	1.102.329	916.683	1.174.391	185.645
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	703.468	630.409	324.443	73.059
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	398.861	286.275	849.947	112.586
4	Personalaufwand, davon:	6.967.652	6.642.587	6.747.372	325.065
a)	Löhne und Gehälter	4.608.657	4.360.107	4.404.081	248.550
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.358.995	2.282.480	2.343.291	76.515
5	Abschreibungen	991.295	955.917	834.337	35.378
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.612.701	5.570.989	5.091.438	-958.288
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	20.180	0	-20.180
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.630	45.701	80.782	-7.071
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	1.192	1.470	1.020	
10	Sonstige Steuern	1.192	1.470	1.020	-278
11	**Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**	**0**	**0**	**0**	**0**

Lagebericht 2015

„KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966 - BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978 - Zweckverband „Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen, Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung

Karsten Stickeler (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann 1. Beigeordneter der Stadt Frechen

1. stv. Verbandsvorsteher: Axel Buch Bürgermeister der Gemeinde Hürtgenwald

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 33 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2015 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung 2015 T €	2014 T €	Abweichung T €
Umsatzerlöse	12.699,1	13.377,8	-678,7
darin Kostenweiterbelastungen	-658,4	-565,8	-92,6
bereinigte Umsatzerlöse	12.040,7	12.812,0	-771,4
Neutrale Erträge	1.014,7	735,4	279,3
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.967,7	-6.642,6	-325,1
Abschreibungen	-991,3	-955,9	-35,4
Übrige Aufwendungen	-5.715,0	-6.487,7	772,6
davon Kostenweiterbelastungen	658,4	565,8	92,6
bereingte übrige Aufwendungen	-5.056,6	-5.921,9	865,3
Finanzergebnis	-38,6	-25,5	-13,1
Ergebnis vor Steuern	1,2	1,5	-0,3
Steuern	-1,2	-1,5	0,3
	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2015 Investitionen in Höhe von 977,4 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	457,6 T€
Betriebsgebäude	67,0 T€
Maschinen und technische Anlagen	311,3 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	141,5 T€
	977,4 T€

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2015 über dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,2 T€
ordentliche Abschreibungen	991,3 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	-502,5 T€
Cash Flow	490,0 T€

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2015 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.198,3 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	991,3 T€
Abnahme der Rückstellungen	-1.999,3 T€
Anlagenabgänge	0,0 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	2.323,1 T€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	883,3 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.198,3 T€
Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit	
Investitionen	-977,4 T€
Zugang Finanzanlagen (Beteiligungen und Pensionsfonds)	-590,6 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.568,0 T€
Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit	
Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehenstilgungen	-129,4 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-129,4 T€
Veränderung des Finanzmittelbestandes	
Finanzmittel zum 01.01.2015	1.016,8 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.198,3 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.568,0 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-129,4 T€
Finanzmittel zum 31.12.2015	1.517,7 T€

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2015 und zukünftige Entwicklung

	Ergebnis	Plan	Abweichung	zukünftige Entwicklung 2016
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	13.662.618,33 €	12.948.527,00 €	714.091,33 €	12.832.604,00 €
2. Gesamtleistung	13.662.618,33 €	12.948.527,00 €	714.091,33 €	12.832.604,00 €
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.014.740,44 €	620.000,00 €	394.740,44 €	724.358,00 €
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	703.467,83 €	185.800,00 €	517.667,83 €	189.734,00 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	398.860,69 €	306.791,00 €	92.069,69 €	659.663,00 €
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.608.656,90 €	4.132.172,00 €	476.484,90 €	4.800.396,00 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.358.994,81 €	2.229.799,00 €	129.195,81 €	2.155.681,00 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.967.651,71 €	6.361.971,00 €	605.680,71 €	6.956.077,00 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	991.295,12 €	1.209.062,00 €	217.766,88 €	1.181.579,00 €
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen				
aa) Raumkosten				
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	294.482,08 €	351.270,00 €	56.787,92 €	246.750,00 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	63.919,12 €	69.830,00 €	5.910,88 €	68.635,00 €
ad) Fahrzeugkosten	118.732,62 €	76.000,00 €	42.732,62 €	76.000,00 €
ae) Werbe- und Reisekosten	17.670,96 €	15.500,00 €	2.170,96 €	15.500,00 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	20.049,24 €	37.370,00 €	17.320,76 €	33.300,00 €
afb) Datenübermittlung	2.320.174,85 €	2.419.146,00 €	98.971,15 €	2.525.998,00 €
afc) Consulting und Beratung	370.257,16 €	327.778,00 €	42.479,16 €	401.181,00 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	440.505,90 €	399.345,00 €	41.160,90 €	451.754,00 €
ag) verschiedene betrieblic he Kosten	515.926,15 €	560.000,00 €	44.073,85 €	410.000,00 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	285.357,91 €	287.955,00 €	2.597,09 €	285.791,00 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	165.622,12 €	880.709,00 €	715.086,88 €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3,00 €	- €	3,00 €	- €
	- €	- €	- €	- €
	4.612.701,11 €	5.424.903,00 €	812.201,89 €	4.514.909,00 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	- €	- €	- €	- €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38.629,53 €	80.000,00 €	41.370,47 €	55.000,00 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	964.752,78 €	- €	964.752,78 €	- €
12. sonstige Steuern	1.192,00 €	- €	1.192,00 €	- €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenergebnis	963.560,78 €	- €	963.560,78 €	- €

14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2015	**- 963.560,78 €**

14.3 Jahresüberschuss	**- €**

Finanzstruktur

	2015 in T€	2014 in T€	Veränderung in T€
Rückstellungen	16.960,5	18.959,9	-1.999,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.542,4	1.671,8	-129,4
Übrige Verbindlichkeiten	1.716,5	833,3	883,3
(davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	(990,6)	(605,2)	(385,4)
Summe	**20.219,5**	**21.465,0**	**-1.245,5**

Vermögensstruktur

	2015 in T€	2014 in T€	Veränderung in T€
Immaterielle Anlagen	1.828,9	2.009,8	-180,9
Sachanlagen	3.502,0	3.335,0	167,0
Finanzanlagen	9.771,8	9.181,2	590,6
Anlagevermögen	15.102,6	14.526,0	576,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.109,4	5.693,0	-2.583,6
(davon gegen Verbandsmitglieder)	(2.987,6)	(5.653,0)	(-2.665,4)
Flüssige Mittel	1.517,7	1.016,8	500,9
Abgrenzungsposten	489,7	229,2	260,5
Summe	**20.219,5**	**21.465,0**	**-1.245,5**

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Von herausgehobener Bedeutung für die kdvz im abgelaufenen Jahr war, wie schon in 2014, die Abwicklung der **Wahlen**. Bedingt ist dies zum ersten durch die besondere öffentliche Wahrnehmung, zum zweiten durch die hochkomplexe technische Infrastruktur des Wahlsystems und zum dritten durch den Umstand, dass die kdvz über ihr Verbandsgebiet hinaus auch umfängliche Dienstleistungen für die Datenzentralen KDZ Westfalen-Süd und civitec erbringt. In 2015 hat die kdvz die IT-seitige Begleitung der Kommunalwahlen in diesmal insgesamt 59 Kommunen in NRW sichergestellt. Insgesamt wurden damit die Ergebnisse von gut 1.400 Stimmbezirken für die **Landrats**- sowie die gleichzeitigen **Bürgermeisterwahlen** in drei Kreisen und darüber hinaus für weitere Bürgermeisterwahlen in Kommunen der Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein, Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Erft-Kreis und der Stadt Solingen erfasst und im Internet präsentiert. Insgesamt registrierte die kdvz am Wahlabend rund 18 Millionen Zugriffe von 110.400 Besuchern auf ihre Webserver. Erfreulicherweise bereitete das Datenvolumen den Systemen des Zweckverbandes zu keinem Zeitpunkt Probleme, auch die eingesetzten Fachanwendungen versahen ihren Dienst wie gefordert. Gleiches war für die Durchführung einer Seniorenratswahl sowie zwei Ratsbürgerentscheiden zu konstatieren.

Das Thema „elektronische Verwaltungsführung“ wird die Kommunen in den nächsten Jahren deutlich fordern, zumal die gesetzlichen Grundlagen von Bund und Land eine nicht-papiergebundene Aktenführung ausdrücklich vorsehen. Entsprechend gefragt sind Dienstleistungen rund um das **Dokumentenmanagementsystem** (DMS) der kdvz. Zwei Kommunen sind im vergangenen Jahr mit der Einführung der elektronischen Steuerakte bzw. der Rettungsdienstakte ganz neu in die Thematik eingestiegen, Bestandskunden haben sich für die Umsetzung weiterer Fachakten wie z. B. Messbescheid-, Grundstücks-, Hunderegister- oder Friedhofsakte entschieden. Gemeinsam mit einer Verwaltung wurde die Rechnungseingangslösung auf Basis des Fachverfahrens im Finanzwesen realisiert. Darüber hinaus wurden weitere Workflows konzipiert und umgesetzt, beispielsweise zur Beantragung von Fortbildungsmaßnahmen, für Bedarfsmeldungen sowie für die Freigabe von Planstellen. Die bereits für den Bereich des Aktenplans vorhandenen Optionen zur späteren automatisierten Archivierung oder Löschung von Dokumenten wurde auf die Fallakten erweitert. So können z. B. alle Steuerakten eines Jahres dem Verwaltungsarchiv zur weiteren Veranlassung zugeführt werden. Eigens für die Archive entwickelte Werkzeuge ermöglichen den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schlanke und übersichtliche Wege der Weiterverarbeitung.

Im Bereich **Finanzwesen** – insbesondere bei der Unterstützung des Softwareproduktes INFOMA newsystem® – hat sich der positive Trend der Vorjahre weiter fortgesetzt; die kdvz Rhein-Erft-Rur konnte ihr Dienstleistungsangebot stetig ausbauen und die Qualität der Beratungsleistungen optimieren. Supportleistungen werden inzwischen zu nahezu allen Softwaremodulen der newsystem-Produktfamilie abgenommen. Die Unterstützung des Softwareherstellers musste nur noch in speziellen Einzelfällen abgerufen werden. Wesentlich geprägt war das Geschäftsjahr 2015 durch die Umstellung der Software auf die Version 7. Hierzu hatte die kdvz bereits im Jahr 2014 erste Umstellungsprozesse durchgeführt und insgesamt drei Kommunen auf die neue Version gehievt. In 2015 wurde der begonnene Umstellungsprozess sukzessive fortgeführt, 20 weitere newsystem-Kunden auf die Version 7 umgestellt. Dies implizierte, dass mit jeder Kommune ein individuell ausgestaltetes Projekt aufgebaut und die notwendigen Projektschritte – z. B. Schulungen, Design-Anpassungen der Bildschirmoberfläche u. ä. – konsequent abgearbeitet werden mussten. Im Ergebnis konnte die kdvz als eines von lediglich zwei Rechenzentren deutschlandweit die Umstellung auf newsystem Version 7 flächendeckend innerhalb der vom Hersteller vorgegebenen Zeitschiene bis zum 30.06.2015 realisieren.

Die zweite große Herausforderung des vergangenen Jahres lag darin, die gemäß den Kooperationsvereinbarungen zwischen der kdvz und civitec künftig zu betreuenden newsystems-Kunden von civitec zu übernehmen. Mit einem bereits vorgezogenen Umzug im März letzten Jahres startete das entsprechende Projekt, bei dem als erstes die Stadt Niederkassel ihren Weg ins Frechener Rechenzentrum fand. Es folgten ab Mitte des Jahres mit der Stadt Meckenheim sowie der Gemeinde Windeck, der Stadt Rheinbach, dem Volkshochschulzweckverband Meckenheim-Rheinbach-Swisttal mit Wachtberg sowie der Stadt Sankt Augustin fünf weitere Kunden. In detaillierten Migrationsprojekten wurde zunächst für jeden neuen Kunden eine Test-Übernahme durchgeführt, in deren Folge etwaige technische Schwierigkeiten erkannt und noch vor der eigentlichen Übernahme abgestellt werden konnten. Der eigentliche, geräuschlose Umzug erfolgte mit einem Abstand von zwei bis vier Wochen jeweils über ein Wochenende, um die Ausfallzeiten bei den Kunden möglichst gering zu halten. Entsprechend werden derzeit sechs Kunden aus dem Einzugsgebiet von civitec im Bereich Finanzwesen in Frechen gehostet und fachlich betreut. In der Folge stand für diese Neukunden ebenfalls die Migration nach Version 7 an, welche durch die kdvz nach bewährtem Muster durchgeführt wurde.

Verbunden mit der stetigen Ausweitung des Betreuungs- und Dienstleistungsangebotes konnte die kdvz ihre Position als Full-Service-Dienstleister in puncto „Jahreshauptveranlagung“ weiter ausbauen. Neben den reinen Produktionstätigkeiten (Drucken / Kuvertieren) wurde auch in 2015 die fachliche Betreuung / Unterstützung bis hin zur vollständigen Übernahme der Veranlagungstätigkeiten flächendeckend in Anspruch genommen.

Für das laufende Jahr sind, neben dem stetigen Ausbau des Dienstleistungsangebotes, insbesondere die Themenstellungen „Rechnungsworkflow“ und „Business Intelligence“ (BI) von Bedeutung. Zudem laufen bereits Gespräche mit weiteren civitec-Kunden, um auch hier weitere Consulting- / Beratungsleistungen platzieren bzw. auch für diese Kunden als Full-Service-Anbieter inklusive Hosting auftreten zu können.
Einen bedeutenden Versionswechsel gab es in 2015 auch im **Einwohnerwesen**. In der Fachapplikation OK.EWO setzte die Version 9.0 das neue Bundesmeldegesetz um. Eine wesentliche Komponente ist in diesem Gesetz die Wiedereinführung der Vermieterbescheinigung. Diese erfordert in den Bürgerbüros und der Software einige Änderungen in den Abläufen.
Gleichzeitig erfuhr das Bundesmeldegesetz eine Novelle, nach der Bürgerinnen und Bürger Einsicht in die Unterlagen nehmen können, die die Bürgerbüros über sie vorhalten, was wiederum die Notwendigkeit einer Änderung der Datenablage in den Bürgerbüros nach sich zog. Um diesem Mehraufwand entgegenzuwirken haben sich zwischenzeitlich 25 Verwaltungen für die sog. elektronische Einwohnerakte entschieden, die das Ablegen der Unterlagen verwaltet. Die Einführung soll Ende des ersten Quartals 2016 abgeschlossen sein. Das EWO-Altdatenarchiv der kdvz wurde im Rahmen einer Kooperation durch den IT-Dienstleister ITK Rheinland für die Stadt Düsseldorf beauftragt; die Software läuft dort seit Anfang dieses Jahres produktiv.
Der papierlose **Sitzungsdienst** auf mobilen Endgeräten ist mittlerweile bei 32 Verwaltungen (davon 29 Verbandsmitglieder) im Einsatz. Im Jahr 2015 wurde das System bei der Stadt Paderborn, der Gemeinde Nettersheim und dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) eingerichtet. Damit konnte die Anzahl der genutzten sog. RICH-Module auf insgesamt 915 Lizenzen gesteigert werden, die Anzahl der tatsächlichen Benutzer liegt mittlerweile bei weit über 1.000 Usern.
Im Rahmen der bestehenden Kooperation mit der GKD Paderborn wurde Mitte des Jahres der First-Level-Support für die Stadt Beverungen vom Softwarehersteller übernommen und die Verwaltung in das technische Umfeld der GKD Paderborn integriert. Außerdem wurde im zweiten Halbjahr 2015 bei der Stadt Heimbach mit der Neueinführung des Produktes SD.NET und der Einrichtung des Ratsinformationssystems begonnen.
Im Bereich **Sozialhilfe** wurde im letzten Jahr das bisherige, mehr als 20 Jahre im Einsatz befindliche Verfahren zur Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sowie des AsylBLG bei sechs Kommunen im Rhein-Erft-Kreis durch das Produkt OPEN/PROSOZ abgelöst. In 2016 ist die Umstellung der übrigen Kunden aus dem Kreisgebiet geplant. Weiterhin wird der Kreis Euskirchen den Betrieb der Software kreisweit zentralisieren und hat dieses Hosting bei der kdvz beauftragt. Hierdurch werden die vielen kleinen Installationen der kreisangehörigen Kommunen zentral gesteuert und man verspricht sich seitens des Kreises erhebliche Einsparungen bei der Administration und Steuerung der Software.
Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im vergangenen Jahr mit der Bildung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums mit den Datenzentralen in Aachen und Siegburg auf dem Gebiet der **Personalabrechnung / Personalbewirtschaftung** die Weichen gestellt ihren Kunden auch zukünftig die bestmögliche Servicequalität bieten zu können. Besetzt mit Fachleuten aus den drei Häusern, werden insgesamt monatlich über 50.000 Abrechnungen betreut. Das Jahr 2016 wird geprägt sein von einer umfassenden Modernisierung der Fachanwendung inklusive einer neuen technologischen Plattform.
Im Bereich **Content-Management-System (CMS) / Internetpräsentationen** ist die neue webbasierte Administrationsoberfläche „Infosite6“ für Redakteure im CMS im flächendeckenden Produktiveinsatz. Die grafische Benutzeroberfläche verfügt neben einer modernen Optik über zahlreiche neue Funktionen, die das Arbeiten mit dem Content-Management-System gegenüber dem Vorgänger deutlich angenehmer und effizienter gestalten. Entsprechende Redakteursschulungen haben stattgefunden und werden auch in diesem Jahr wieder angeboten. Der CMS-Hersteller hat unterdessen eine Lösung entwickelt, die den Webseiten-Relaunch hin zum „Responsive Webdesign“ (RWD) unterstützt. Dies meint, dass sich der grafische Aufbau einer Website an den Anforderungen des jeweiligen Gerätes orientiert, insbesondere was die Anordnung und Darstellung einzelner Elemente wie Navigation, Seitenspalten und Texte betrifft. Die Lösung wurde im letzten Jahr auf den Servern der kdvz konfiguriert und getestet, einige Kunden verfolgen bereits eine Umsetzung.
Das interne **Portal** der kdvz, das z. T. auch von den Verbandsmitgliedern genutzt wird, wurde im Laufe des vergangenen Jahres auf eine neue Systemumgebung gehoben, eine Migration bestehender Anwendungen durchgeführt. Dies bedingte umfangreiche technische Anpassungen, sowohl bezogen auf die Portaltechnik selbst wie auch auf die innerhalb des Portals laufenden Anwendungen. Dabei wurde auch das kdvz-Intranet in das kdvz-interne Portal integriert.
Die Erfassung von **Ordnungswidrigkeiten** über Smartphones/iPhones mithilfe der Software „WiNOWiG mobil“ wurde für zwei neue Kunden eingerichtet, so dass das Modul mittlerweile von 23 Verwaltungen eingesetzt wird. Zu Beginn des Jahres wurde zudem das Modul „Online-Anhörung“ implementiert, mit dem sich Betroffene über das Internet zu ihrer Anhörung äußern können, das mittlerweile von sieben Verwaltungen genutzt wird. Im Rahmen der Kooperation zwischen der kdvz und civitec wurde das Verfahren im September 2015 erfolgreich nach Siegburg verlagert.

Gleiches gilt für die Software im **Gewerberegister**. Zur Jahresmitte 2015 wurden Hosting und Anwenderbetreuung zu civitec übertragen. Im Rahmen der Umstellung wurden alle Verwaltungen auch auf die aktuellste Programmversion migriert. Im vierten Quartal bereitete civitec die Umsetzung der Gewerbeanzeigenverordnung (GewAnzV) vor. Mit dem neuen Schnittstellen-Standard „XGewerbeanzeige“ wird die elektronische Weiterleitung von Gewerbemeldungen an unterschiedliche Behörden (wie IHK, HWK usw.) geregelt. Die neue Schnittstelle ist seit 01.01.2016 aktiviert.

2.2 Projekte

Die Projekte für 2015 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert:

Einsatz eines Bürgerservice-Portals

Im Jahr 2015 hat die kdvz eine funktionierende Testumgebung des Bürgerserviceportals inklusive zentralem Hosting realisiert. Nach erfolgreichen Tests der Pilotkunden Frechen und Bergheim wurde zum Ende des Jahres eine sog. „Pre-Produktionsumgebung“ als letztem notwendigen Meilenstein vor der Realisierung der Produktivumgebung aufgebaut. Auf Basis weiterer erfolgreicher Tests auf der Pre-Produktionsumgebung durch die beiden Pilotkommunen ist der Produktivstart zum 02.05.2016 vorgesehen.

ePayment-Bezahlfunktionen

Die Funktion des elektronischen Bezahlens ist Bestandteil des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E- Government-Gesetz). Ein wesentliches Element dabei ist die Erleichterung bei der Erbringung von elektronischen Nachweisen und der elektronischen Bezahlung in Verwaltungsverfahren. Die kdvz hat im letzten Jahr einen Rahmenvertrag mit dem ePayment-Service-Provider „GiroSolution“, einem Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, für das Produkt „GiroCheckout“ abgeschlossen. Durch den Rahmenvertrag wird die kdvz in die Lage versetzt, ihren Kunden moderne Bezahlmethoden online anzubieten und somit neue Formen von Online-Dienstleistungen abzubilden – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Einsatz eines Bürgerservice-Portals. Mit Giro-Checkout stehen den Kunden Kreditkarten-, Lastschrift- sowie giro-pay-Zahlmöglichkeiten zur Verfügung.

Umstellung der INFOMA-Module auf „Navision 2013“

Alle INFOMA Finanzsoftware-Module wurden zeitlich und inhaltlich korrekt, begleitet mit den notwendigen Schulungsmaßnahmen, bei allen INFOMA-Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur im Jahr 2015 auf die aktuelle Version umgestellt. Näheres dazu unter II.1.

eVergabe

Unter „eVergabe“ versteht man die (vollständig) elektronische Durchführung von Vergabeverfahren bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. Unter Zuhilfenahme einer Vergabeplattform werden sämtliche Verfahrensschritte von Auftraggeber und Bieter elektronisch vorgenommen.

Die kdvz hat das Projektziel der Unterstützung der Verbandsmitglieder bei der Einführung einer kreisweiten eVergabeplattform-Lösung zur Erfüllung der EU-Richtlinien im ersten Halbjahr 2015 erfolgreich abschließen können. Im zweiten Halbjahr haben sich interessierte Kommunen und kdvz zu einer Testgemeinschaft zusammengeschlossen mit dem Ziel, eine geeignete Vergabemanagement-Software für den Verband zu testen und auszuwählen. Mit der Lösung der Fa. cosinex wurde eine solche gefunden, entsprechende Angebote an die interessierten Verwaltungen sind erfolgt.

Unterjährig hatte sich darüber hinaus zu diesem Themenkomplex eine Kooperation mit civitec ergeben. Vereinbarungsgemäß wird die kdvz zukünftig die civitec-Kunden im Bereich „eVergabe“ unterstützen und ebenfalls einen Test des genannten Vergabemanagement-Systems realisieren.

Open Data

Zu den wesentlichen Regelungen des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz) zählt u. a. die Bereitstellung von maschinenlesbaren Datenbeständen durch die Verwaltung. OpenData steht für die Idee, Daten öffentlich frei verfügbar und nutzbar zu machen. Dabei gilt der Grundsatz: Daten sind dann offen, wenn es keine rechtlichen, technischen oder sonstigen Kontrollmechanismen gibt, die den Zugang, die Weiterverarbeitung und die Weiterverbreitung dieser Daten einschränken.

Die Stadt Köln hat der kdvz Rhein-Erft-Rur ihr OpenData-Portal, das die Basis für die Bereitstellung von offenen Verwaltungsdaten bildet, für eine Testphase zur Verfügung gestellt. Erste Datensätze aus dem Einwohnerbereich interessierter Kunden wurden bereits hochgeladen, im weiteren Projektverlauf soll evaluiert werden, welche weiteren Daten sinnvollerweise und möglichst einfach bereitgestellt werden können. Hierbei sind insbesondere die OpenData-Initiativen von Bund und Land zu berücksichtigen. Ebenfalls ist eine flächendeckende Bereitstellung von Daten innerhalb des Verbandsgebietes als wichtiger neuer Bestandteil eines OpenData-Ansatzes unter Beteiligung der Initiative „Erprobungsraum Rheinland“ mit Unterstützung der KDN in den Blick zu nehmen. Während des Projektes soll eine Standardisierung und Automation der Daten im Verband sowie in Zusammenarbeit mit anderen Städten und Rechenzentren aus der Region erfolgen.

2.3 IT-Betrieb

Bedingt durch die stetig steigenden Anforderungen an die Datensicherung, sowohl quantitativ als auch qualitativ, wurden die Systeme in 2015 auf eine neue, leistungsfähigere Hard- sowie Softwarebasis gestellt um das wachsende Datenvolumen zeitgerecht sichern sowie im Bedarfsfalle zurückholen zu können.

Zur Erhöhung der Betriebssicherheit hat die kdvz eine Vereinbarung mit der Stadt Köln geschlossen, wonach die Systeme der Datensicherung in Köln gespiegelt werden. Die Spiegelung erfolgt regelmäßig täglich, in Einzelfällen auch mehrfach täglich. Ein nächster möglicher Schritt wäre die Spiegelung von Online-Daten, entsprechende Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen diesbezüglich sind zu erarbeiten.

2.4 Netze

Das **Wide Area Network** (WAN) der kdvz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich im vergangenen Jahr wiederum als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf dem Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen; die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Bei diversen Anbindungen wurden die Kapazitäten erhöht, so dass in Summe die Bandbreite aller Verbandsleitungen nun 427,5 Mbit/s beträgt.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, regelmäßige Anpassungen an den zentralen Sicherheitssystemen sind unumgänglich. Ein gänzliches Verhindern von Angriffen ist zwar nicht möglich, dennoch gewährleistet der Einsatz jeweils aktuellster zentraler Proxy-, Virenscanner- und Spam-Abwehr-Systeme mit deutlich erhöhtem Funktionsumfang den Schutz der internen Systeme. Der Gesamt-Datenverkehr ist wiederum deutlich angestiegen und lag im vergangenen Jahr bei ca. 60 Terabyte (TB) gegenüber 47 TB in 2014.

Die Anbindung an das **DOI-Netz** (Deutschland-Online Infrastruktur) ist und bleibt ein wichtiger Kommunikationsweg für die Verbandsmitglieder der kdvz; sei es zur verschlüsselten eMail-Kommunikation mit dem Land NRW und anderen an DOI angebundenen Stellen oder zur Nutzung von Anwendungen, die über dieses Netz zur Verfügung gestellt werden. Im abgelaufenen Jahr wurde ein Datenvolumen von ca. 240 Gigabyte über das DOI-Netz transportiert.

Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen (Heimarbeitsplätze, kleinere Außenstellen) hat gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen. Darüber hinaus gehört die Einbindung von Smartphones und Tablet-PCs zum Tagesgeschäft. Das **Mobile-Device-Management** (MDM), das die kdvz in 2014 zur zentralen Verwaltung dienstlich eingesetzter mobiler Endgeräte eingeführt hatte, wird von den ersten Kunden bereits produktiv eingesetzt und soll sukzessive in seiner Funktionsvielfalt erweitert werden.

In 2015 wurden in zahlreichen Verwaltungsgebäuden **W(ireless)-LAN**-Komponenten installiert. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablet etc.) haben Nutzer dort die Möglichkeit, auf das lokale Netzwerk und/oder das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdvz ihren Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung. Erweitert wurden die Nutzungsmöglichkeiten um eine SMS-Authentisierungsmethode. Zum Ende des abgelaufenen Jahres waren bei 24 Kunden insgesamt 171 WLAN-Access-Points installiert.

Die Vorteile einer **IP-basierten Telefonanlage** haben im vergangenen Jahr weitere Kommunen überzeugt. Mittlerweile setzen zwölf Verbandsmitglieder das System Swyx an über 1.000 Arbeitsplätzen ein. Mit Erfolg wurden bei allen Swyx-Bestandskunden Upgrades auf die aktuelle Version durchgeführt, daneben standen die Kundenberatung und Angebotsaufbereitung im Vordergrund. Auch bei externen Kunden konnte die kdvz in Bezug auf Swyx unterstützend tätig werden und ihr Fachwissen unter Beweis stellen.

2.5 IT-Services

Neben der Bereitstellung kommunaler Fachanwendungen bildet das umfassende Angebot an technischen Dienstleistungen das zweite strategische Standbein der kdvz Rhein-Erft-Rur. Immer mehr Verwaltungen setzen dabei auf die zentrale Bereitstellung von Standard- sowie Individual-Softwarelösungen. Die kdvz stellt demzufolge für ihre Kunden in steigender Anzahl **kommunale Fachanwendungen zentral als Service** (‚Software as a Service‘ – SaaS) bereit. Zum Ende des abgelaufenen Jahres nutzten ca. 5.000 Benutzer zentral bereitgestellte Anwendungen des Zweckverbandes.

Die Nachfrage nach **Virtualisierungstechnologien und –produkten** ist ebenfalls ungebrochen. Die entsprechende Infrastruktur der kdvz ist auf einem permanent hohen Leistungsniveau zu halten und immer wieder zu aktualisieren. Aufgrund der permanent steigenden Systemanforderungen bzw. des Serverwachstums wurden die Virtualisierungsressourcen im Jahr 2015 nochmals erweitert. Waren es im Jahr 2013 noch ca. 430 Server im Rechenzentrum der kdvz, so stieg die Anzahl bis Ende 2015 auf ca. 550 Server an – eine Entwicklung, die sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

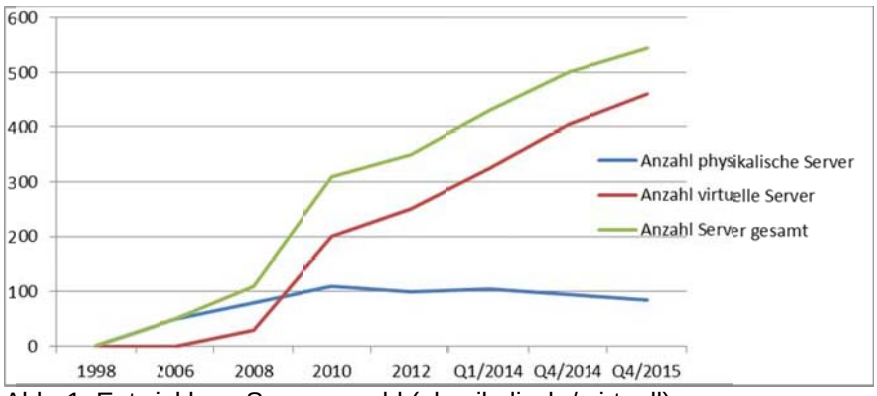


Abb. 1: Entwicklung Serveranzahl (physikalisch / virtuell)

Die steigende Komplexität von IT-Infrastrukturen hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz forciert nach wie vor das Interesse im Zweckverband nach Unterstützung bei der Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen. Durch die gemeinschaftliche und zentralsierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen, die Komplexität zurück ins Rechenzentrum verlagert werden. Die kdvz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. In 2015 konnte ein weiteres Zentralisierungsprojekt erfolgreich umgesetzt werden, darüber hinaus wurden diverse Arbeitsplätze im Rahmen einer Teil-Zentralisierung auf das Modell „IT aus der Steckdose" umgestellt. Über 1.250 Benutzer aus zehn Kommunen erhalten bereits heute ihren kompletten Arbeitsplatz (Desktop inkl. Anwendungen) zentral über die kdvz. Weitere interessierte Kunden haben im Jahr 2015 ihr Umfeld auf eine mögliche Zentralisierung hin analysiert und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gemeinsam mit der kdvz durchgeführt.
Trotz des gegenwärtigen Trends zur Re-Zentralisierung sind die Dienstleistungen beim Kunden vor Ort unverzichtbar für eine funktionierende Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern. Hierzu zählt beispielsweise die Unterstützung der Kommunen bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes. Im Jahr 2015 hat die kdvz diverse Aktualisierungen von Betriebssystemen auf Clients und Servern vorgenommen, Migrationen im Bereich virtueller Serverinfrastrukturen durchgeführt, Anforderungen der Datenbankadministration abgearbeitet sowie die Betreuung von Datensicherungssystemen gewährleistet. Auch Hardwareneukonzeptionen und deren Umsetzungen wurden unterstützt. Hinzu kommen diverse Supportleistungen wie Mietscheinablösungen, Hard- und Softwareaustausch, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz usw.; unter anderem unterstützte die kdvz eine weitere Mitgliedsverwaltung bei der Migration ihrer GroupWare-Lösung von Novell GroupWise nach MS Exchange. Somit hostet die kdvz insgesamt über 3.000 Postfächer von 22 Kommunen zentral in ihrem Rechenzentrum. Serviceverträge über die Nutzung des zentralen Virenschutzes existieren mit 26 Mitgliedsverwaltungen für insgesamt über 3.500 Clients, die von der kdvz bereitgestellte Lösung zur Softwareverteilung bedient derzeit ca. 1.540 Arbeitsplätze.
Grundlage für den stabilen und performanten Betrieb kommunaler Fachanwendungen sind entsprechend leistungsstarke Infrastrukturen, auf denen die Applikationen laufen. Auch hier ist eine permanente Modernisierung und Weiterentwicklung unumgänglich. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2015 konnte den Verwaltungen ein performantes und hochverfügbares **System für die Wahlanwendung** zur Verfügung gestellt werden. In Vorbereitung auf die Wahlperiode im Jahr 2017, in der wiederum eine weitere Zunahme der Zugriffszahlen zu erwarten ist, wird bereits jetzt parallel zur existierenden Systeminfrastruktur der Aufbau einer neuen Systemumgebung geprüft und umgesetzt, die der fortwährenden technologischen Weiterentwicklung der Web-Technologien Rechnung trägt. Es steht zu erwarten, dass zusätzlich auch neue Anforderungen des Softwareherstellers der Wahlergebnis-Applikation in die Betrachtung einfließen müssen. Ähnliches gilt für das **Finanzverfahren**. Die neue Softwaregeneration des Produktes newsystem hatte gravierende Anpassungen der technischen Infrastruktur zur Folge. Mit hohem Aufwand konnten sowohl alle Bestandskunden wie auch die neuen civitec-Verwaltungen (vgl. II.1) migriert werden. Bedingt durch die unverändert große Nachfrage im Bereich des **Dokumentenmanagements** galt es auch hier, die vorhandene Infrastruktur entsprechend zu dimensionieren. Im Zuge des Einsatzes eines **Bürgerservice-Portals** zur Abwicklung von Online-Dienstleistungen der Verwaltung hat die kdvz im letzten Jahr eine komplexe Infrastruktur aufgebaut, die den technischen Ansprüchen an die Bündelung verschiedenster kommunale Angebote in einer Portallösung Rechnung trägt.
Als größtes Infrastruktur-Projekt stand für das Jahr 2015 die Migration der Rechenzentrumsdaten auf ein neues **zentrales Storagesystem** auf dem Programm. Nachdem zunächst die Komponenten über entsprechende Rahmenverträge des KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister beschafft werden konnten, wurden anschließend im Rahmen eines umfangreichen Migrationsprojektes die vorhandenen Daten auf das neue System verlagert. Damit steht dem Zweckverband nunmehr ein deutlich moderneres und performanteres Speichersystem zur Verfügung, das auch den zukünftigen Anforderungen in den kommenden Jahren gewachsen sein wird.

2.6 Risikomanagement

Im Rahmen des **Risikomanagements** fanden in 2015 die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Darüber hinaus wurden Risikobewertungen auf Produktebene vorgenommen und in die Risikobetrachtung eingebunden. Ferner konnte das Produkt „Risikomanagement“ erfolgreich vermarktet werden; eine Kommune sowie ein Stadtwerkebetrieb nutzen die kdvz-Lösung für die Risikobetrachtung in ihren Häusern. Es ist beabsichtigt, weitere Interessenten für dieses Produkt zu gewinnen.

2.7 Weitere Themen

Ein Aufgabenschwerpunkt des **Rechnungsprüfungsamtes** (RPA) der kdvz liegt in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen auch eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird u. a. mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt drei finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr hinsichtlich ihrer Weitereinwicklung überwacht und entsprechend zertifiziert. Im Rahmen der begleitenden Vergabeprüfung hat das RPA im vergangenen Jahr 164 Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von über 4,7 Mio. € vorgenommen. Unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfungsansatzes erfolgten zusätzlich Prüfungen im Bereich „Einsatz von Tankkarten“, jeweils ohne Beanstandungen.
Die Themen **IT-Sicherheit und Datenschutz** haben nach wie vor Konjunktur. Nicht zuletzt durch die mediale Berichterstattung sind auch die Verantwortlichen in den Kommunen zunehmend sensibilisiert, was Gefährdungspotentiale, aber auch Haftungsfragen angeht. Die kdvz bietet ihren Mitgliedskommunen hier qualifizierte und zertifizierte Unterstützungsleistungen an; 13 Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdvz begleitet, für vier Kommunen stellt die kdvz den behördlichen Datenschutzbeauftragten.
Projektorientiertes Handeln ist insbesondere auf dem IT-Sektor maßgebend, wenn es darum geht, individuelle, einmalige Anforderungen mithilfe einer spezifischen Organisationsform in produktive Lösungen umzusetzen. Die kdvz Rhein-Erft-Rur agiert insofern projektorientiert und orientiert sich dabei an eigenen Richtlinien zum Vorhabens- und Projektmanagement. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Organisationsform ist ein funktionierendes **Projektcontrolling**. Im abgelaufenen Jahr hat das Projektcontrolling der kdvz insgesamt zehn Projekte unterschiedlicher Größe und Komplexität begleitet. Für das laufende Jahr sind bereits fünf Vorhaben projektiert.

3 NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 94,5.

Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.
Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2015 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
höherer Dienst		2	2	1
gehobener Dienst	6	22	32	8
mittlerer Dienst	5	11	3	3
einfacher Dienst			1	

Jährlich richtet die kdvz einen Gesundheitstag für ihre Beschäftigten aus. In 2015 standen die Themen „Ergonomie am Arbeitsplatz“, „Back-Check“ und „3-D-Wirbelsäulenscreening“ auf dem Programm.
Das standardisierte Betriebliche Eingliederungsmanagement umfasst alle Aktivitäten, Maßnahmen und Leistungen, die im Einzelfall zur Wiedereingliederung nach Arbeitsunfähigkeit oder zur Vermeidung erneuter Arbeitsunfähigkeit erforderlich sind.
Ein besonderes Augenmerk im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung (GBU) des Arbeitsschutzes wurde 2015 auf die psychische Belastungen, die von einem Arbeitsplatz/-umgebung ausgehen, gelegt. Zur Ermittlung der Belastungen wurde eine umfangreiche Mitarbeiterbefragung durchgeführt, aus deren Ergebnissen ein Maßnahmenkatalog entwickelt und die Mitarbeiter entsprechend informiert wurden. Erste Maßnahmen wurden in der Folge eingeleitet, um den psychischen Belastungen am Arbeitsplatz entgegenzuwirken.
Die fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter/innen dient u. a. dem Ziel, durch entsprechende Zertifizierungen die Qualität der Leistungserbringung auf einem hohen Niveau zu etablieren.
Das Zertifikat von der tekit/TÜV-Saarland „Geprüftes Rechenzentrum“ erfüllt die Anforderungen der Funktionssicherheit an Datenschutz, Verfügbarkeit und IT-Sicherheit nach dem IT Grundschutz, der BITKOM, TIA 942, dem UptimeInstitut®, VdS- Veröffentlichungen und ISO/IEC 27001. Das Zertifikat

erbringt einen unabhängigen Nachweis, dass die Anforderungen der Standards an die Verfügbarkeitsstufe 2 eingehalten sind.

4 CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Das Wirtschaftsjahr 2015 ist für den Zweckverband kdvz Rhein-Erft-Rur insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Dies liegt zum einen daran, dass die Produkte und Dienstleistungen der kdvz nach wie vor von ihren Verbandsmitgliedern, aber zunehmend auch darüber hinaus, intensiv abgerufen werden. Zum anderen konnte die rechtliche Auseinandersetzung zwischen der kdvz Rhein-Erft-Rur und den vier Kommunen, die zum 31.12.2012 die Kündigung ihrer Mitgliedschaft aus dem Zweckverband ausgesprochen hatten, mit der Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster nach fast drei Jahren zu einem vorläufigen Ende gebracht werden.

Zunächst muss konzediert werden, dass das OVG zugunsten der Beklagten in der Form entschieden hat, dass die vier Kommunen rechtswirksam aus dem Zweckverband ausgeschieden sind. In der für den Zweckverband bedeutsamen Frage, welche vermögensrechtlichen Ansprüche sich aus dem Ausscheiden der Kommunen für den Zweckverband ergeben, hat das Gericht darauf verwiesen, dass es in den Kompetenzbereich der Bezirksregierung Köln falle, zunächst eine Schlichtung herbeizuführen, und, im Falle eines Scheiterns der Schlichtung, eine Entscheidung zu treffen. Das Schlichtungsverfahren wurde seitens der Bezirksregierung mittlerweile wieder aufgenommen, so dass die kdvz weiterhin zuversichtlich sein kann, dass ein Lastenausgleich zu Gunsten des Zweckverbandes und seiner Mitglieder im Zuge des Austritts von Mitgliedern aus dem Zweckverband stattfinden wird. Da die kdvz ihrem satzungsgemäßen Auftrag weiterhin unvermindert nachkommt und die Verbandsmitglieder ihre Umlageanteile in voller Höhe geleistet haben, hat das Urteil des OVG Münster keine Auswirkungen auf die Liquidität des Verbandes. Konsequenzen aus dem Urteil sowie aus dem Ergebnis der Schlichtung werden sich in jedem Falle im Hinblick auf die Satzung des Zweckverbandes ergeben; die kdvz wird hier im Sinne ihrer Mitglieder für die rechtssichere Gestaltung der satzungsmäßigen Grundlagen Sorge tragen.

Was die Versorgung ihrer Mitglieder und Drittkunden mit bedarfsorientierten und wirtschaftlichen IT-Lösungen angeht, hat die kdvz auch im letzten Jahr ihren bisherigen, erfolgreichen Weg weiterverfolgt: In Segmenten, in denen die kdvz gut aufgestellt ist und über entsprechendes Know-how verfügt, werden die Dienstleistungen kontinuierlich ausgebaut; dort, wo Partner Leistungen wirtschaftlicher bzw. qualitativ hochwertiger erbringen können, werden Kooperationen forciert. So konnte etwa im Finanzwesen der Kundenkreis durch die Partnerschaft mit civitec, IT-Dienstleister mit Sitz in Siegburg, deutlich erweitert werden, während im Bereich Gewerberegister Aufgaben abgegeben wurden. Mit dieser Strategie stellt die kdvz die Weichen, um die Anforderungen an einen kommunalen IT- Dienstleister auch mittelfristig in hoher Qualität und zu angemessenen Konditionen bedienen zu können.

Ein Themenkomplex greift zunehmend Raum – auch und gerade durch seine mediale Präsenz – und wird die kdvz in den nächsten Jahren sicherlich immer stärker fordern: die Sicherheit informationstechnischer Systeme. Ransomware, Key-Logger, Social Engineering – die Bedrohungen sind mannigfaltig und werden eher zunehmen denn abschwellen. Ruft man sich die jüngste Berichterstattung über Hackerangriffe gegen IT-Systeme von Krankenhäusern in Erinnerung, wird schnell klar, dass auch Kommunalverwaltungen mit ihren sensiblen Datenbeständen vor derartigen Bedrohungen nicht gefeit sind. Für die kdvz heißt dies, sowohl die eigene IT-Infrastruktur abzusichern (Firewall, Virenschutzsysteme) und entsprechende Notfallszenarien vorzuhalten, als auch die IT-Systeme in den Rathäusern vor Ort bestmöglich zu schützen. Dazu gehört nicht zuletzt die regelmäßige Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl intern als auch verbandsweit, z. B. in Bezug auf den Umgang mit potentiell virenbefallenen E-Mails. Als wichtigen Baustein zur Erhöhung der Betriebssicherheit hat der Zweckverband darüber hinaus im vergangenen Jahr eine Vereinbarung mit der Stadt Köln geschlossen, wonach die Systeme der Datensicherung in Köln gespiegelt werden. Ein anerkannter Gradmesser für die Anstrengungen der kdvz in puncto Informationssicherheit stellt die Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik BSI auf der Basis von IT-Grundschutz dar. In 2015 hat die kdvz das umfängliche Zertifizierungsaudit initiiert, in diesem Jahr ist mit der Aushändigung des Zertifikates durch das BSI zu rechnen. Diese und zahlreiche weitere Maßnahmen machen deutlich, dass sich die Handlungsfelder rund um die Gewährleistung ausreichender Sicherheit von IT- Systemen zukünftig deutlich ausweiten werden und der IT-Dienstleister als kompetenter Ansprechpartner für seine Kunden vermehrt gefragt sein wird.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

keine

Frechen, den 14.09.2016

Im Auftrag

Dr. Lehmann
Verbandsvorsteher

Wergen
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2015	2014	2013	Erläuterung
	96	93	88	-

H) Kennzahlen

./.

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: http://www.vrsinfo.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.
Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.
Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.
Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).
Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €. Die Nahverkehr Rheinland GmbH hat am 18.12.2013 als Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital von 25.000 € die Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express (RXX) im Kooperationsraum Rheinland mbH gegründet. Mit Wirkung zum 01.01.2016 wurde die Gesellschaft auf die Alleingesellschafterin, Nahverkehr Rheinland GmbH, verschmolzen. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 10.08.2016.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben.

	Produkt /	geleistete Zahlungen		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	120 54702	15.000 €	15.000 €	15.000 €

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg
a) Verbandsversammlung
b) Verbandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH
a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
b) Aufsichtsrat
c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland
a) Verbandsversammlung
b) Vergabeausschuss
c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge
d) Hauptausschuss
e) Verbandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH
a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
b) Aufsichtsrat
c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

ordentliche Mitglieder	Bezüge	Stellvertreter (gebundene Vertretung)	Bezüge
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)*2	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach*1 (CDU)	864,40 €	Hans Schmitz (SPD)	543,60 €

*1 gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS
Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)
Stellvertreter: Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS
Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
Hans Schmitz	(SPD)	Achim Blindert	(GBL V)*2
Bernd Kolvenbach	(CDU)	geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 9,6 T€.

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH
Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL V)*2 vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 14,8 T€.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH	Vergütung 2016
Dr. Norbert Reinkober	139,3 T€
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag	143,7 T€

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

ordentliche Mitglieder		Vergütung / Verdienstausfall	Stellvertreter (gebundene Vertretung)		Vergütung / Verdienstausfall
1. LR Günter Rosenke		0,00 €	Achim Blindert	(GBL V)*2	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	2.275,60 €	Hans Schmitz	(SPD)	1.131,00 €

3b) Vergabeausschuss

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter (gebundene Vertretung)	
1. Achim Blindert	(GBL V)*2	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter (gebundene Vertretung)	
1. Achim Blindert	(GBL V)[*2]	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss zu entnehmen.

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

ordentliches Mitglied		Stellvertreter (gebundene Vertretung)	
Bernd Kolvenbach, Vorsitzender	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptauschuss des ZV NVR zu entnehmen.

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)
1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Marcel Philipp (Stadt Aachen)
2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)
3. Stellvertreter: Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR
Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

ordentliches Mitglied	Stellvertreter	
Der Kreis Euskirchen ist im Aufsichtsrat nicht durch ein ordentliches Mitglied vertreten	Achim Blindert	(GBL V)[*2]
	Bernd Kolvenbach	(CDU)
	Hans Schmitz	(SPD)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2016 Sitzungsgelder in Höhe von 8,3 T€.

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

	Bezüge 2016
Dr. Norbert Reinkober	24 T€
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag	24 T€
Heiko Sedlaczek	24 T€

[*2] *Zum 01.05.2016 erfolgte eine Neuorganisation der Geschäftsbereiche. Der bisherige GB IV wurde ohne weitere Veränderungen zum GB V.*

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087	0
	516.087	516.087	516.087	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	5.888.748	0	-5.888.748
Liquide Mittel	8.227.427	21.733.144	220.617	-13.505.718
	8.227.427	27.621.893	220.617	-19.394.466
Summe Aktiva	**8.743.514**	**28.137.980**	**736.705**	**-19.394.466**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599	
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	711.845	711.845	711.845	0
B Rückstellungen	6.000	6.000	12.000	0
C Verbindlichkeiten	8.025.669	27.420.135	12.859	-19.394.466
Summe Passiva	**8.743.514**	**28.137.980**	**736.705**	**-19.394.466**

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Zuwendungen und allg. Umlagen	8.070.503	6.238.457	8.377.466	1.832.046
2	Sonstige Transfererträge	300.000	300.000	300.000	
3	Sonstige ordnetliche Erträge	50	857	0	
4	Transferaufwendungen	8.299.242	5.949.859	8.657.325	2.349.384
5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	71.311	589.456	20.141	-518.145
6	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-0**	**0**	**0**	**-0**

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.169.856	1.069.102	970.040	100.754
Sachanlagen	672.626	798.618	818.329	-125.992
Finanzanlagen	1.430.613	1.481.421	1.307.464	-50.808
	3.273.095	3.349.140	3.095.833	-76.046
B Umlaufvermögen				
Vorräte	8.726	9.776	8.827	-1.050
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	826.545	1.251.005	894.092	-424.460
Sonstige Wertpapiere	3.500.000			
Liquide Mittel	21.323.647	59.652.719	72.694.743	-38.329.073
	25.658.918	60.913.501	73.597.662	-35.254.582
C Rechnungsabgrenzungsposten	209.760	176.800	200.504	32.960
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	90.344	0
Summe Aktiva	**29.141.772**	**64.439.441**	**76.984.342**	**-35.297.668**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	750.710	704.444	693.450	46.266
C Rückstellungen	3.053.096	2.891.577	2.866.222	161.519
D Verbindlichkeiten	25.096.113	60.601.691	73.183.256	-35.505.578
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.854	1.729	1.414	125
Summe Passiva	**29.141.772**	**64.439.441**	**76.984.342**	**-35.297.668**

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Umsatzerlöse	15.295.375	13.732.096	11.124.435	1.563.280
2	Sonstige betriebliche Erträge	170.763	820.170	783.092	-649.407
3	Materialaufwand	7.319.609	7.075.038	4.729.542	244.571
4	Personalaufwand, davon:	5.375.575	4.864.943	4.703.695	510.633
a)	Löhne und Gehälter	4.190.713	3.836.262	3.663.959	354.451
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.184.862	1.028.681	1.039.736	156.181
5	Abschreibungen	677.524	690.821	603.425	-13.298
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.885.800	1.690.512	1.654.197	195.289
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	56.507	42.863	43.584	13.645
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	211		0	211
9	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7.716	12.284	7.667	-4.569
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	213.391	183.621	217.544	29.770
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	43.242	77.910	35.042	-34.668
12	Ergebnis nach Steuern	0,00	0,00	0	
13	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**0**	**0**	**0**	

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW - Auszug -

„1. Aufgabe des Zweckverbandes und Geschäftsverlauf

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 1.1.1996.

Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (UE) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH.

Der ZV VRS ist neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur - Rheinland.

Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Verbandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Im Geschäftsjahr 2016 wurden vier Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Wirtschaftliche Lage

Die Bilanzsumme des ZV VRS beträgt zum Stichtag 31.12.2016 8.743.514,00 €, gegenüber dem Vorjahr (28.137.980,00 €) ist dies eine Reduktion um 19.394.466,00 €. Die deutliche Bilanzverkürzung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass irrtümlich ein Finanzbetrag in Höhe von 21.513.585,00 € von der Stadtkasse Köln auf das Konto des ZV VRS überwiesen wurde. Dieser Betrag war für den ZV NVR bestimmt. Anfang Januar 2016 wurde die Fehlbuchung korrigiert und der entsprechende Finanzbetrag an den ZV NVR überwiesen.

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr - SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 8.227.427,00 €, davon entfallen 7.999.242,00 € auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets.

3. Geschäftsverlauf

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen. Im Haushaltsjahr 2016 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des ZV NVR aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 54.000,00 € zur Deckung seiner Eigenaufwendungen sowie eine Zuwendung in Höhe von 7.999.242,00 € zur Förderung des MobilPass-Tickets. Die Zuwendung zur MobilPass-Förderung muss bis 30.06.2017 vollständig ausgekehrt werden.

Als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung wie in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300.000 € nach einem in der Verbandssatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 28.01.2016 genehmigt.

4. Prognose
Im Haushaltsjahr 2017 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den ZV VRS weitgehend unverändert.
Im Jahr 2017 erhält der ZV VRS seitens des Zweckverband Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von 60.000,00 Euro zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen.
Auch für das Haushaltsjahr 2017 erhebt der ZV VRS bei seinen Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € zur Finanzierung eines Teils der Aufwendungen der Beteiligungsgesellschaft.
Die Förderung des MobilPass-Tickets wird mindestens bis 31.12.2017 fortgesetzt. Im Haushaltsplan für 2017 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.500.000,00 € angesetzt.
Der Verbandsvorsteher geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen ein ausgeglichenes Ergebnis für 2017 erzielt werden kann.

Bestätigt:
Köln, den 18.04.2017

Schuster
Verbandsvorsteher

Aufgestellt:
Im Auftrag

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag“

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

„1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung
Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100 % in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.
Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tariferlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen.
Im Wirtschaftsjahr 2016 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft
2.1 Vermögenslage
Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2016 eine Bilanzsumme von 29.142 Mio. Euro aus (Vorjahr: 64,439 Mio. Euro). Der Rückgang der Bilanzsumme resultiert aus der Reduktion des Umlaufvermögens um 35,256 Mio. Euro. Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag 31.12.2016 25,659 Mio. Euro (Vorjahr: 60,914 Mio. Euro). Ursächlich für das rückläufige Umlaufvermögen ist im Wesentlichen die Reduzierung von Guthaben bei den Kreditinstituten im Umfang von 38,330 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (59,653 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 21,323 Mio. Euro. Dem steht ein Abbau der sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 59,955 Mio. Euro) auf 24, 191 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs.
Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen u.a. der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen. Das hierzu gebildete Wertpapiervermögen hat sich von 1,459 Mio. Euro auf 1,408 Mio. Euro reduziert, da für in 2016 ausgelaufene Wertpapiere aufgrund der Zinsentwicklung im Berichtsjahr noch keine adäquate Wiederanlagemöglichkeit gefunden wurde. Für die Rückdeckung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 2,694 Mio. Euro zum Stichtag 31.12.2016 stehen zusätzlich 1,286 Mio. Euro liquide Mittel zur Verfügung, die u.a. unter der Bilanzposition „Guthaben bei Kreditinstituten" ausgewiesen sind.
2.2 Finanzlage
Nach Verrechnung der liquiden Mittel mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um den kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Dies setzt allerdings stets voraus, dass die im Wesentlichen seitens des Landes, des ZV NVR und des ZV VRS zu zahlenden Zuschüsse an die Gesellschaft fristgerecht erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2016 ein Gesamtvolumen von 15,5 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (14,954 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 1,207 Mio. Euro bzw. 8,1 %.

Der Sachaufwand lag mit 7,320 Mio. Euro (Vorjahr: 7,075 Mio. Euro) um 0,245 Mio. Euro bzw. 3,5 % über dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 4,865 Mio. Euro um ca. 0,5 Mio. Euro bzw. 10,5 % auf 5,375 Mio. Euro erhöht. Ursächlich hierfür sind die Anpassung des TVöD zum 1.2.2016 um 2,4 %, tarifvertraglich vereinbarte Stufensprünge, Höhergruppierungen und die Finanzierung zusätzlicher Stellen, die im Vorjahr besetzt, aber erst in 2016 voll aufwandswirksam geworden sind. Der Personalaufwand bleibt damit aber weiterhin unter dem im WP 2016 genehmigten Planansatz von 5,769 Mio. Euro für Personal.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 1,885 Mio. Euro (Vorjahr: 1,690 Mio. Euro). Die Steigerung um ca. 0,2 Mio. Euro resultiert vor allem aus dem Anstieg der Rechts- und Beratungskosten (+ 0,1 Mio. Euro) und den EDV-Kosten (0,07 Mio. Euro).

Die im Geschäftsjahr 2016 nicht verbrauchten Finanzmittel werden im Folgejahr zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

3. Chancen- und Risikobericht

Im Rechtsstreit über die Bewertung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 als verbindliche Abrechnungsgrundlage für die Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg zwischen der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH und der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Az.: 88 O 81/14) bzw. anderen Verkehrsunternehmen haben die Streitparteien mit Ausnahme der privaten Bus-Verkehrsunternehmen im VRS am 30. Juni 2016 einen Vergleichsvertrag zur Beilegung des Konfliktes geschlossen. Auf Basis der im Vergleichsvertrag getroffenen Regelungen sind unter Zugrundelegung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 Jahresabrechnungen für den Zeitraum 2009 bis 2015 erstellt und umgesetzt worden. Ebenso wird für die Jahre 2016 und 2017 verfahren. Gleichzeitig haben die Vergleichsparteien sich darauf verständigt, eine neue Verkehrserhebung in 2018 durchzuführen. Diese bildet dann die Abrechnungsgrundlage für die Jahre 2018 bis 2021. Für die privaten Bus-Verkehrsunternehmen, die dem Vergleichsvertrag nicht beigetreten sind, wird weiterhin auf Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2004/2005 abgerechnet. Der Rechtsstreit mit diesen Verkehrsunternehmen wird weiter geführt. Das Landgericht Köln hat für den 1.Juni 2017 einen weiteren Verhandlungstermin angesetzt.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und, falls erforderlich, entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

5. Prognosebericht

Zum 1.1.2018 steht ein Wechsel in der Geschäftsführung der VRS GmbH an. Herr Dr. Schmidt-Freitag scheidet zum 31.12.2017 altersbedingt aus, ihm folgt zum 1.1.2018 Herr Michael Vogel, den die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 2. Dezember für fünf Jahre zum neuen Geschäftsführer bestellt hat. Wiederbestellt für weitere fünf Jahre ab 1.1.2018 wurde der bisherige Geschäftsführer Herr Dr. Norbert Reinkober. Die Aufgabenverteilung zwischen den Geschäftsbereichen bleibt unverändert.

Im Kalenderjahr 2017 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH voraussichtlich weitgehend unverändert.

Im Jahr 2017 erhält die Gesellschaft seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von insgesamt 3,242 Mio. Euro. Der entsprechende Zuwendungsbescheid liegt seit 2. März vor. Ebenso verhält es sich mit den Zuwendungsbescheiden zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen" mit Förderbeträgen in Höhe von 0,5 Mio. bzw. 1,231 Mio. Euro. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2017 wurde beantragt und liegt vor. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltssatzung bereits am 2. Dezember 2016 beschlossen.

In der Gesellschaft wird der Tarifvertrag TVöD angewendet. Der aktuelle Tarifvertrag endet zum 28.02.2018, zum 01.02.2017 sieht der Vertrag eine Anpassung von 2,35 % vor.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen, den Erstattungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen auch im Geschäftsjahr 2017 ein ausgeglichenes Wirtschaftsergebnis erzielt werden kann.

14. März 2017“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2016	2015	2014	Erläuterung
VRS GmbH	77	78	74	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

H) Kennzahlen

./.

3. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: http://www.dahlem.de/KronenburgerSee

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands
Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse
Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile
Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	130 55201	46.582 €	42.287 €	35.159 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Stefanie Seidler	SPD	Johannes Mertens	CDU

b) Verbandsvorsteher
Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss
Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

4. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: http://www.naturpark-rheinland.de/info/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	130 55402	45.341 €	45.306 €	45.306 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
d) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	AV	Achim Blindert	GBL V*
2. Rita Gerdemann	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

nachrichtlich:
In der Sitzung des Kreistages am 05.04.2017 wurden Herr Achim Blindert (GBL V) zum ordentlichen Mitglied und Herr Frank Fritze (AbtL. 60) zum stellvertretenden Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Rheinland entsandt.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)	Landrat		
2. Rita Gerdemann	CDU	Michael Höllmann	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)	Landrat		
2. Leo Wolter	CDU	Heinrich Hettmer	SPD

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)	Landrat		
2. Heinrich Hettmer	SPD	Karsten Stickeler	CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder der Planungsausschüsse zu entnehmen.

nachrichtlich:
** Zum 01.05.2016 erfolgte eine Neuorganisation der Geschäftsbereiche. Der bisherige GB IV wurde ohne weitere Veränderungen zum GB V.*

d) Verbandsvorsteher
Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: http://www.bze-euskirchen.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:
a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.
Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16.12.2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbetrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57102 02	-	-	-

E) Zusammensetzung der Organe

Organe
a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Manfred Poth (stv. Vorsitzender)	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Ute Stolz (Vorsitzende)	CDU	Dirk Jahr	CDU
3. Karsten Stickeler	CDU	Dominik Schmitz	CDU
4. Heinrich Hettmer	SPD	Emmanuel Kunz	SPD

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:
Heinrich Hettmer 3,60 €
Ute Stolz 153,00 €

b) Verbandsvorsteher
Jochen Kupp

Für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielt der Verbandsvorsteher eine Gesamt-Brutto-Vergütung in Höhe von 90.961,48 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen
- Bilanz -

Werte zum 31. Dezember	2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.962	8.664	9.144	-2.702
Sachanlagen	2.255.689	2.283.332	2.360.568	-27.643
Finanzanlagen	1.790	1.790	1.790	0
	2.263.440	2.293.785	2.371.501	-30.345
B Umlaufvermögen				
Vorräte	106.855	101.437	90.740	5.418
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	351.872	335.895	355.630	15.977
Liquide Mittel	5.935	1.724	594	4.211
	464.662	439.055	446.964	25.606
C Rechnungsabgrenzungsposten	150	902	0	-752
Summe Aktiva	**2.728.252**	**2.733.742**	**2.818.466**	**-5.490**
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	1.271.716	1.154.575	1.446.820	117.140
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	151.676	117.140	-292.245	34.535
	2.248.616	2.096.941	1.979.801	151.676
B Rückstellungen	79.088	109.187	265.935	-30.099
C Verbindlichkeiten	398.616	525.440	568.075	-126.824
D Rechnungsabgrenzungsposten	1.931	2.174	4.655	-243
Summe Passiva	**2.728.252**	**2.733.742**	**2.818.466**	**-5.490**

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen
- Gewinn- und Verlustrechnung -

		2016	2015	2014	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	3.202.920	2.928.692	2.660.959	274.228
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	25.324	27.177	0	-1.853
3	Sonstige betriebliche Erträge	135.137	64.922	176.162	70.215
4	Materialaufwand, davon:	245.087	140.177	140.210	104.910
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	245.087	140.177	140.210	104.910
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
5	Personalaufwand, davon:	2.253.443	2.040.504	2.234.804	212.940
a)	Löhne und Gehälter	1.742.211	1.552.853	1.716.712	189.358
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	511.232	487.651	518.092	23.582
6	Abschreibungen	206.616	198.956	207.670	7.660
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	500.082	515.973	537.215	-15.890
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.473	7.448	8.670	-1.975
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	**152.680**	117.735	-291.446	
11	Sonstige Steuern	1.004	594	799	410
12	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**151.676**	**117.140**	**-292.245**	**34.535**

Lagebericht

„1. Grundlagen des Unternehmens
a) Geschäftsmodell des Unternehmens
Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.
Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.
Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 12.08.2014) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.
b) Ziele und Strategien
Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des § 52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.
Etwa 18% (Vorjahr 20%) der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.
Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht
a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen über keine entsprechenden Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.
Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. Obwohl insgesamt ein leichter Rückgang der Ausbildungsverträge im Handwerk zu verzeichnen ist, konnten die Ausbildungszahlen in den von uns angebotenen Ausbildungsberufen konstant gehalten werden.
Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken werden. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Kompensieren wollen wir dies durch andere – freiwillige Kurse – z.B. Prüfungsvorbereitungen etc..
Dem oben dargestellten Sachverhalt folgend werden auch Asylsuchende für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt interessant. Seit Ende 2015 führen wir Maßnahmen für diesen Kundenkreis durch. Insge-

samt konnten wir ca. 11 % unseres Umsatzes mit Asylsuchenden generieren. Ab dem 1. März 2017 haben wir die Genehmigung des BAMF zur Durchführung von Integrationskursen.

b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2016 war das zweite Jahr nach dem Wechsel der Führungsspitze der Verbandsleitung. Laut Planung wollen wir unsere sehr guten Wirtschaftszahlen aus dem Jahre 2015 konsolidieren und das Berufsbildungszentrum stark für die Zukunft machen. Dies ist uns auch im abgelaufenen Jahr sehr gut gelungen und wir konnten das Ergebnis aus 2015 (+ 117.140,36 €) nochmals um gut 30% steigern und haben ein positives Ergebnis in Höhe von 151.675,50 € erwirtschaftet.

Bezeichnung	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	**707,9**	**757,7**	**704,6**	**630,8**	**537,3**
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	**514,7**	**501,7**	**550,0**	**591,4**	**580,4**
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	**300,8**	**320,4**	**377,0**	**332,9**	**363,0**
Fortbildungsmaßnahmen	**92,6**	**124,5**	**137,1**	**72,3**	**82,4**
Umschulung	**196,7**	**161,7**	**87,0**	**246,8**	**293,0**
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	**590,6**	**581,9**	**798,7**	**900,7**	**1152,2**
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme		*97,4*	*316,5*	*276,9*	*285,5*
b) Produktionsschule Jobzeit pro			*0,0*	*119,1*	*361,4*
c) Jugend in Arbeit	*13,4*	*11,9*	*21,0*	*28,9*	*37,4*
d) BO - Berufsorientierung KAoA - BoP	*538,7*	*400,9*	*374,2*	*432,6*	*101,0*
e) Vermittlungsprovisionen			*5,5*	*32,0*	*5,5*
f) Start klar			*61,7*		
g) externe Umschüler					*30,5*
h) neue Kurse mit Asylbewerbern				*5,2*	*326,7*
f) SBG II	*32,2*	*67,6*	*19,8*	*0,0*	*0,0*
g) Werkstatt	*6,3*	*4,1*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
Sonstiges	0,1	3,0	6,6	6,0	4,2
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit				153,8	194,6
Umsatzerlöse	**2403,4**	**2450,9**	**2661,0**	**2928,7**	**3202,9**
aktivierte Eigenleistungen	83,4	0,0	0,0	27,2	25,3
Sonstige betriebliche Erträge	222,1	223,2	176,2	64,9	135,1
Gesamtumsatz	**2708,9**	**2674,1**	**2837,2**	**3020,8**	**3363,3**

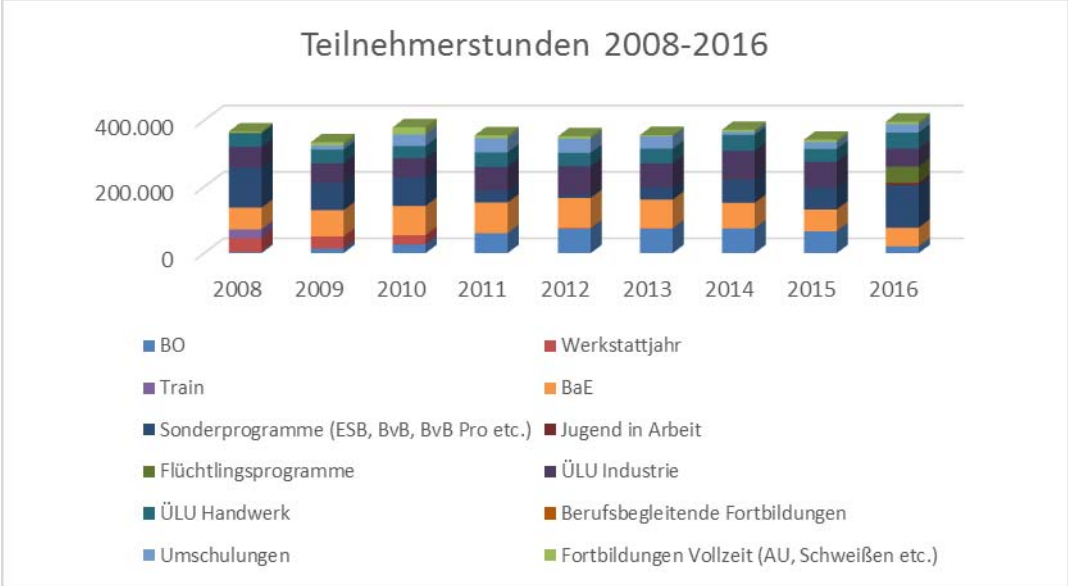
Im Berichtsjahr 2016 sind die Erträge aus dem Lehrgangsbetrieb gegenüber dem Vorjahr (+ 240,4 T€ / + 8,66 %) gestiegen. Insbesondere lag dies an den neuen Maßnahmen für Asylbewerber und der Maßnahme Produktionsschule (startete erst im September 2015). Hierdurch konnte auch der Wegfall der integrativen BaE-Maßnahme (wurde nicht mehr ausgeschrieben) kompensiert werden. Alle anderen Maßnahmen waren insgesamt recht konstant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 1/3. Hier machten sich die Eigenbewirtschaftung der Kantine und die Mieterlöse aus der Vermietung der Büroräume für den Integration Point positiv bemerkbar. Die aktivierten Eigenleistungen und die Spenden blieben konstant auf Vorjahresniveau.

Die Gesamterlöse konnten insgesamt um 342,5 T€ (+ 11,3 %) gesteigert werden.

Lehrgangsstunden / Teilnehmerstunden

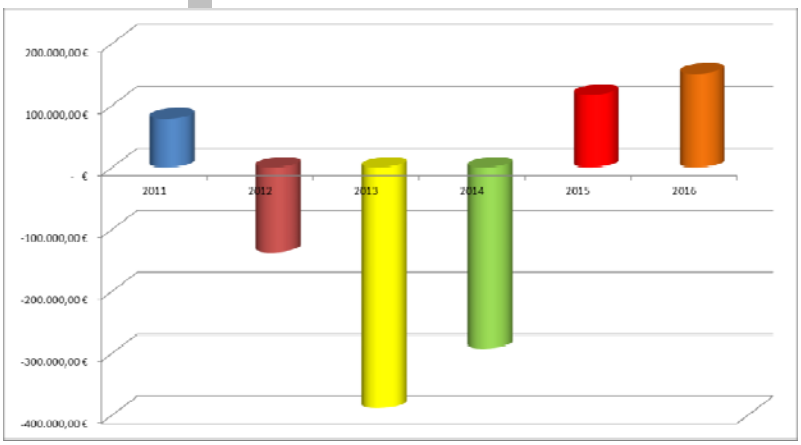
In der Abbildung 1 „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt die im Berufsbildungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung 2 „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Für 2016 bedeutet dies, dass wir ca. 1.500 Lehrgangsstunden – und ca. 56.000 Teilnehmerstunden mehr als im Vorjahr durchgeführt haben. Die Statistik hat aber nur eine geringe Aussagekraft auf die Ertragslage, da es z. B. sein kann, dass Maßnahmen mit erhöhtem Betreuungsaufwand (und daraus resultierend weniger Stundenanzahl) besser vergütet werden.



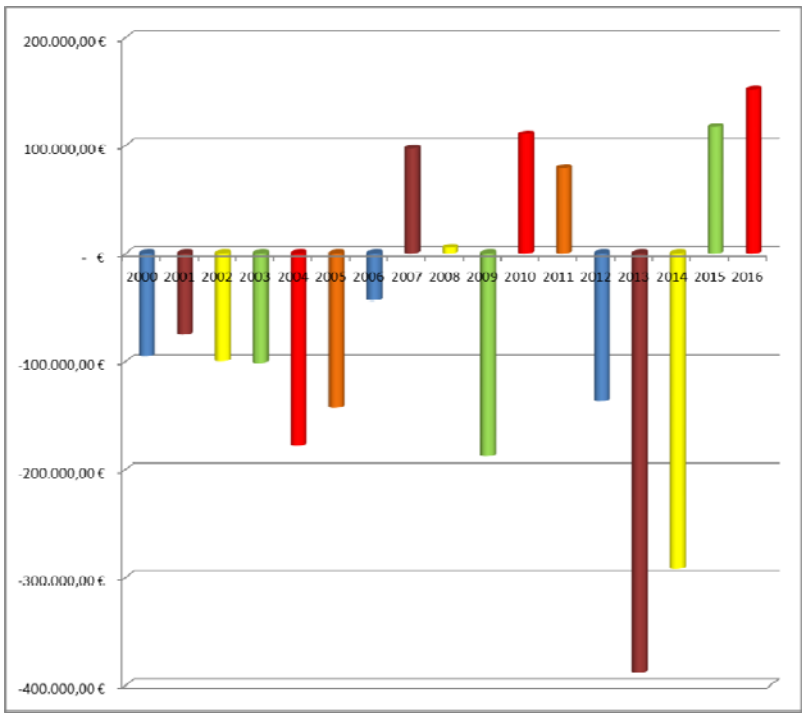
c) Ertragslage

Nach einem positiven Ergebnis im Jahr 2015 konnten wir dieses Ergebnis auch im Jahr 2016 nochmals steigern und erwirtschafteten einen Gewinn in Höhe von 151.675,50 € (Vorjahr 117.140,36 €). Folgende Entwicklung der Jahresüberschüsse / Fehlbeträge zeigt sich in den letzten 6 Jahren:

	2011	2012	2013	2014	2015	2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	**+79,0**	**-137,0**	**-388,4**	**-292,2**	**+117,1**	**+151,7**



Jahresergebnisse seit 2000



Diese Diagramme zeigen, dass das erzielte Ergebnis das beste Ergebnis seit dem Jahre 2000 ist. Wir konnten die im Wirtschaftsplan gesteckten Ziele (prognostizierter Jahresfehlbetrag ohne Umlage 125,7 T€) um über 275 T€ übertreffen.
Folgende Faktoren haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst:

- Durchführung von Maßnahmen von Asylbewerbern (geplant 65 T€ - Ist 337 T€)
- Deutliche Umsatzsteigerung im Bereich Umschulungen (geplant 100 T€ - Ist 293 T€)
- Konstante Umsätze bei den ÜLU-Maßnahmen Industrie und Handwerk
- Konstante Erträge im Bereich zu aktivierende Eigenleistungen und Spenden
- Erhöhte Mieteinahmen (+ 30 T€)

Die Gesamterlöse lagen um insgesamt 342,5 T€ (+ 11,3 %) über dem Vorjahresumsatz und um ca. 335 T€ über dem prognostizierten Umsatz. Insbesondere bedingt durch höhere Personalkosten (durch neue Maßnahmen) und höheren Materialverbrauch liegen die Gesamtaufwendungen um ca. 10 % höher als im Vorjahr.

Bezeichnung	**2014**	**2015**	**2016**	**Abweichung 2015-2016**	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	**140,2**	**140,2**	**245,1**	**104,9**	**74,82%**
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	**1716,7**	**1552,9**	**1742,2**	**189,3**	**12,19%**
b) soziale Abgaben und Aufwandungen AV	**518,1**	**487,7**	**511,0**	**23,3**	**4,78%**
Abschreibungen	**207,7**	**199,0**	**206,6**	**7,6**	**3,82%**
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten	*163,8*	*172,6*	*157,9*	**-14,7**	**-8,52%**
b) Grundstücksaufwendungen	*22,3*	*19,8*	*19,1*	**-0,7**	**-3,54%**
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	*38,4*	*38,4*	*40,1*	**1,7**	**4,43%**
d) Reparaturen und Instandhaltungen	*20,0*	*41,4*	*28,3*	**-13,1**	**-31,64%**
e) Fahrzeugkosten	*3,7*	*6,0*	*18,0*	**12,0**	**200,00%**
f) Werbe- und Reiskosten	*13,5*	*27,4*	*16,9*	**-10,5**	**-38,32%**
g) fremdes Ausbildungspersonal	*84,2*	*69,4*	*26,3*	**-43,1**	**-62,10%**
h) verschiedene betriebliche Kosten	*166,6*	*127,1*	*179,2*	**52,1**	**40,99%**
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	33,4	21,0	20,1	**-0,9**	**-4,29%**
Aufwendungen	**3128,6**	**2902,9**	**3210,8**	**82,2**	**2,83%**
sonstige Steuern	0,8	0,6	0,8	**0,2**	**25,00%**
Gesamtaufwendungen	**3129,4**	**2903,5**	**3211,6**	**308,1**	**10,61%**

Insgesamt war das Berufsbildungszentrum im Jahr 2016 gut mit Maßnahmen ausgelastet. Insbesondere bei den Umschulungen und den Maßnahmen mit Asylbewerbern. Die Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters waren leider nicht komplett ausgelastet. Dies ist umso problematischer, weil wir das Personal entsprechend vorhalten müssen und wir keine Möglichkeit haben Teilnehmer zu werben, da uns diese entsprechend zugewiesen werden. Nachstehende Aufstellung zeigt den Beispielmo-

nat November 2016. Wären alle Plätze besetzt gewesen, hätte dies eine deutliche Umsatzsteigerung zur Folge gehabt.

			Erträge				
	gebuchte Plätze	tatsächliche TN	Ertrag pro TN	gebuchte Plätze	tatsächliche TN	Differenz	
Jobzeit Pro	**40**	**26**	900,00 €	36.000,00 €	23.400,00 €	-	12.600,00 €
BaE	**39**	**30**	940,00 €	36.660,00 €	28.200,00 €	-	8.460,00 €
BvB	**51**	**42**	617,47 €	31.490,97 €	25.933,74 €	-	5.557,23 €
FfF	**36**	**0**	795,00 €	28.620,00 €	20.670,00 €	-	7.950,00 €
KompAS	**125**	**62**	245,00 €	30.625,00 €	22.050,00 €	-	8.575,00 €
EsB	**12**	**2**	505,00 €	6.060,00 €	4.545,00 €	-	1.515,00 €
Aktivcenter	**10**	**4**	980,00 €	9.800,00 €	6.860,00 €	-	2.940,00 €
							-47.597,23 €

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresgewinn in Höhe von 117,1 T€ wurde der allgemeinen Rücklage hinzugeführt, die zum Stichtag mit 1.271,7 T€ ausgewiesen ist. Der Gewinn wird der allgemeinen Rücklage hinzugeführt.

Unter Berücksichtigung des für 2016 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 2.248,6 T€ (Vorjahr 2.096,9 T€), was einer Eigenkapitalquote von 82,4% (Vorjahr 76,7%) entspricht. Dementsprechend konnten wir, wie im Vorjahr, wieder Eigenkapital aufbauen.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresfehlbetrag im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow, der zur Tilgung der Verbindlichkeiten und für Reinvestitionen eingesetzt werden kann. Notwendigerweise wurden daher in den letzten Jahren durch die Ausweitung der Bankkreditlinien in 2013 und 2014 Verluste des Geschäftsbetriebs finanziert. Mit der Rückzahlung der Bankverbindlichkeiten und einer gleichzeitigen Schaffung von Reinvestitionsrücklagen wurde begonnen.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 302,7 T€ (Vorjahr 425,2 T€). Insgesamt beläuft sich das Fremdkapital auf 479,6 T€ (Vorjahr 636,8 T€ / Vorvorjahr 838,7 T€). Das Fremdkapital konnte deutlich gesenkt werden.

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 2.728,3 T€ (Vorjahr 2.733,7 T€) aus.

Investitionen

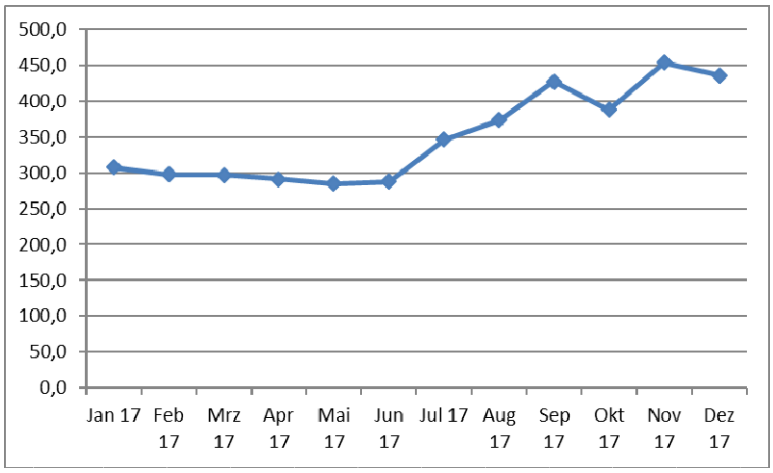
In 2016 wurden insgesamt 176,3 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 91,8 T€ aktiviert. In die EDV wurde 1,0 T€ investiert. Für die Büro- und Werkstattausrüstung wurden insgesamt 75,6 T€ aktiviert und für die technischen Anlagen und Maschinen 7,9 T€.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 206,6 T€ (Vorjahr 199,0 T€) gegenüber.

Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 2 Geschäftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2016 integriert.

Liquidität

Die Liquidität des BZE ist nicht zufriedenstellend, denn die Kreditlinie des Kontokorrentkredites beträgt 700 T€ und zum Bilanzstichtag war der Kontokorrentkredit zu ca. 43,1 % ausgereizt. Laut unserer Liquiditätsplanung aus dem Wirtschaftsplan 2017 ergeben sich folgende Daten:



Liquiditätsplanung 2017

	2017	Jan 17	Feb 17	Mrz 17	Apr 17	Mai 17	Jun 17	Jul 17	Aug 17	Sep 17	Okt 17	Nov 17	Dez 17
Anfangsbestand Kasse/Kontokorrent	-250,0	-342,8	-307,3	-297,3	-296,9	-290,9	-285,0	-287,5	-346,2	-373,2	-427,3	-387,8	-453,4
betriebliche Einzahlungen													
aus Umsatz Dez 16 bis Nov 17	2687,3	285,1	222,1	214,3	218,8	230,2	177,7	207,2	182,5	156,1	250,4	266,5	276,4
aus sonstigen Erträgen	200,0	16,3	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
Saldo betriebliche Einzahlungen	2887,3	301,4	238,8	231,0	235,5	246,9	194,4	223,9	199,2	172,8	267,1	283,2	293,1
betriebliche Auszahlungen													
für Materialaufwand	113,7	9,4	9,4	9,5	9,0	8,9	8,8	8,6	8,6	9,1	14,2	9,2	9,0
für bezogene Fremdleistungen	279,0	33,1	21,0	21,1	21,1	21,1	35,1	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1
für Instandsetzung / Reparaturen	54,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6
für Auszubildende / Lohn (in Maßnahmen)	165,0	12,6	12,6	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	21,9	16,6
für Personalaufwand	2014,6	153,3	153,3	154,7	154,7	154,7	154,7	154,7	154,7	154,7	154,7	268,0	202,6
für KFZ Steuern / Versicherungen / KFZ-Kosten	43,7	3,3	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	5,8	4,4
für Werbe- / Reisekosten	23,0	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	3,1	2,3
für sonstige betriebliche Aufwendungen	128,3	7,4	12,4	12,4	11,4	17,9	14,9	8,4	8,4	8,4	8,9	8,9	8,4
Saldo betriebliche Zahlungen	2822,1	225,4	218,3	220,1	218,6	225,0	235,9	215,2	215,2	215,7	221,3	342,6	269,0
Einzahlungen aus Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Einzahlungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Auszahlungen	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo neutrale Zahlungen	-6,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-6,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen des AV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das AV	240,0	40,0	10,0	10,0	10,0	15,0	60,0	60,0	10,0	10,0	5,0	5,0	5,0
Saldo Zahlungen Investitionsbereich	-240,0	-40,0	-10,0	-10,0	-10,0	-15,0	-60,0	-60,0	-10,0	-10,0	-5,0	-5,0	-5,0
Darlehensaufnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitaldienst	11,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3
Saldo Zahlungen Finanzierungsbereich	-11,5	-0,5	-0,5	-0,5	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,3	-1,3	-1,3	-1,3
Einlagen (Verbandsumlage für Ergebnis 2016)	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Einlagen/Entnahmen	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand Kasse/Kontokorrent	-342,8	-307,3	-297,3	-296,9	-290,9	-285,0	-287,5	-346,2	-373,2	-427,3	-387,8	-453,4	-435,6

(angepasste Darstellung aus dem Wirtschaftsplan 2017)

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.263,4 T€ (Vorjahr 2.293,7 T€) = 82,96 % der Bilanzsumme (Vorjahr 83,91%). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.712,1 T€ belaufen sich auf 4.874,8 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 301,9 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.894,7 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die mit einem Buchwert von 241,7 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 2.160,2 T€.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 344,0 T€ (Vorjahr 319,0 T€) zu nennen, z. B. gegenüber der Handwerkskammer Aachen für die Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

	2012	2013	2014	2015	2016
Eigenkapitalrentabilität	-5,1 %	-16,0 %	-14,7 %	5,6 %	6,7 %

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet. Es zeigt sich, dass fast 60% aller Teilnehmer die Kurse mit „sehr gut“ bewerten und der Anteil der „schlechten“ Bewertungen bei nur 1% liegt.

Jahr	Kunden	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
2008	639	32,34%	52,68%	13,68%	1,10%	0,25%
2009	982	34,10%	50,50%	14,35%	1,12%	0,40%
2010	960	36,99%	48,78%	12,58%	1,48%	0,16%
2011	1343	44,06%	45,63%	8,91%	1,23%	0,17%
2012	1504	48,16%	43,80%	7,04%	0,75%	0,25%
2013	1703	53,09%	39,17%	6,97%	0,55%	0,28%
2014	1285	57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%
2015	1273	60,00%	35,31%	3,63%	0,92%	0,14%
2016	1504	58,68%	36,86%	3,67%	0,63%	0,16%

Zahl d. Lehrgänge	Teilnehmer	Gewerk	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
3	25	AU	115	60			
13	53	BaE	114	211		13	9
9	44	BvB	87	100	6	36	5
15	154	Elektro Handwerk	709	367	33	2	
20	216	Elektro Industrie	943	474	85	5	
7	32	Flüchtlingsmaßnahmen	144	68	7		
2	3	Umschulung EBT	7	11	2		
		Elektro PVB-Handwerk					
2	12	Firmenschulung	44	30	7	2	1
9	54	Maler	189	181	40	2	
11	88	Metall Handwerk	384	236	23	1	
26	242	Metall Industrie	975	737	64		
		Metall PVB-Handwerk					
5	20	Umschulung Metall	59	51	25	4	1
2	13	Umschulung MA	83	8			
27	285	KFZ	1191	832	54		
11	140	SHK	718	247	17		
12	123	Tischler	513	329	30	2	1
Summe	1504		6275	3942	393	67	17
Ergebnis			58,68%	36,86%	3,67%	0,63%	0,16%

3. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE in den letzten beiden Jahren ist erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in entsprechenden Wirtschaftsplänen. Die großen Verluste der Jahre 2012-2014 (= insge-

samt 800 T€) konnten teilweise durch die Gewinne in den letzten beiden Jahren kompensiert werden. Der Kassenkredit wurde um ca. 200 T€ in den beiden letzten Jahren gesenkt.
Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Verbandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes. Seine Stellvertretung obliegt Herrn Marcus Schmelzer.
Der Restrukturierungsprozess des Berufsbildungszentrums wurde in 2015 begonnen und die Personalsituation wurde optimiert. Das BZE stellt sich aktiv dem Bildungsmarkt und reagiert schnell und kompetent auf Marktveränderungen.
Wir erwarten weitere Rückgänge im Bereich der Berufsorientierung und im Bereich der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE). Die BaE-Maßnahme wurde im Jahre 2016 nur noch im Bereich der kooperativen BaE (d. h. Ausbildung in Betrieben) ausgeschrieben. Unsere jahrelangen Erfahrungen liegen in der integrativen Form, bei der die Ausbildung hier im Berufsbildungszentrum in unseren Werkstätten erfolgt.
An folgenden Ausschreibungen haben wir uns bis zum Berichtszeitpunkt beteiligt, bzw. arbeiten wir derzeit:

- Förderzentrum (36 Maßnahmenplätze – Zuschlag im Januar 2017 erhalten)
- BvB (45 Teilnehmerplätze ab 1. September 2017)
- BvB-Reha (36 Teilnehmerplätze ab 1. September 2017)
- KompAS 3.0 – Integrationskurs mit praktischem Ansatz – ab 1. November 2017 (25 Teilnehmerplätze)

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes waren diese Maßnahmen teilweise noch nicht bekannt, daher haben wir hier pauschale Einschätzungen getroffen.

Bezeichnung	IST 2015 TEUR	Plan 2016 TEUR	Plan 2017 TEUR	Abweichung 2016-2017 absolut	Abweichung 2016-2017 relativ
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	630,8	550,0	295,5	-254,5	-46,3%
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	591,4	572,0	578,5	6,5	1,1%
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	332,9	348,4	343,5	-4,9	-1,4%
Fortbildungsmaßnahmen	72,2	98,8	122,0	23,2	23,5%
Umschulung	246,8	100,0	161,0	61,0	61,0%
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	900,8	1018,1	1370,0	351,9	34,6%
a) BvB- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	*275,0*	*266,0*	*250,0*	-16,0	-6,0%
b) Produktionsschule jobzeit pro	*120,0*	*378,0*	*180,0*	-198,0	-52,4%
c) Jugend in Arbeit	*30,0*	*36,6*	*37,4*	0,8	2,2%
d) BO- Berufsorientierung	*425,9*	*230,0*	*130,0*	-100,0	-43,5%
e) Vermittlungsprovisionen	*32,0*	*15,0*	*5,0*	-10,0	-66,7%
f) Praxiskurse	*5,7*	*10,0*	*40,0*	30,0	300,0%
g) externe Umschüler	*7,0*	*13,5*	*0,0*	-13,5	-100,0%
h) Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	*5,2*	*65,0*	*450,0*	385,0	592,3%
i) Ausbildungsbörse		*4,0*	*0,0*	-4,0	-100,0%
j) Aktivcenter			*73,1*	73,1	0,0%
k) ESB			*54,5*	54,5	0,0%
l) Neue Maßnahmen			150,0	150,0	0,0%
1. Umsatzerlöse	**2774,9**	**2687,3**	**2870,5**	**183,2**	**6,8%**
2. andere aktivierte Eigenleistungen	**27,2**	**20,0**	**20,0**	**0,0**	**0,0%**
Gesamtleistung	**2802,1**	**2707,3**	**2890,5**	**183,2**	**6,8%**
Erfolgsplan Gesamterträge	**3020,8**	**3029,3**	**3224,0**	**194,7**	**6,4%**

Zu den einzelnen durchgeführten Maßnahmen gelten die nachstehenden Erläuterungen aus dem Wirtschaftsplan 2016 (mit aktuellen Hinweisen per 31. März 2017):
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen BaE
Zur Zielgruppe gehören junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben. Dazu zählen Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nicht in einem Betrieb bestehen können sowie Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde.
Die Erträge der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sind seit mehreren Jahren rückläufig. 2016 wurde dieses Ausbildungsprogramm nicht mehr in der integrativen, sondern nur noch in der kooperativen Form ausgeschrieben. Nach aktuellem Stand läuft die Maßnahme Februar 2019 aus. Wir glauben, dass die integrative BaE ein wichtiger Baustein für die Integration von Jugendlichen in sozial-

versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ist und werden weiterhin bei der Agentur für Arbeit intervenieren, damit die integrative Form wieder ausgeschrieben wird.
Momentan sind über die Maßnahmejahre 2013 - 2015 insgesamt 28 Plätze belegt. Es werden auch nur die belegten Plätze bezahlt. Bei Bestehen der Abschlussprüfungen verlassen uns Sommer 2017 ca. 15 Teilnehmer. Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass Teilnehmer aus der laufenden Maßnahme in Betriebe vermittelt werden.

Überbetriebliche Ausbildung – Industrie

Die Ausbildungszahlen in der Industrie sind in unserer Region – nach vielen rückläufigen Jahren – für 2017 recht konstant. Aufgrund von Neuakquisition und Schaffung von neuen Kursen (insbesondere Prüfungsvorbereitungskursen) gehen wir von leichten Umsatzsteigerungen in diesem Bereich aus.

Überbetriebliche Ausbildung – Handwerk

Auch im Handwerksbereich hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge (in unseren Gewerken) im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöht. Daher gehen wir auch von leicht steigenden Umsätzen in diesem Bereich aus.

Umschulung

Nach mehreren rückläufigen Jahren entwickelt sich der Bereich „Umschulung“ derzeit wieder recht positiv.
Zurzeit führen wir folgende Umschulungen durch:

- 12 Maschinen- und Anlagenführer (bis Juni 2017), danach 6 TN bis Ende 2017
  - diese Umschulung ist am stärksten nachgefragt. Wir gehen hier auch wieder von einem neuen Maßnahmestart im laufenden Jahr 2017 mit mindestens 6 Teilnehmern aus
- 2 Industriemechaniker (ganzjährig 2017)
  - Umschulungen zu Industriemechanikern sind seitens Agentur für Arbeit und Jobcenter momentan nicht mehr nachgefragt. Hier werden verstärkt Bildungsgutscheine / Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine für die etwas niederschwelligere Maßnahme „Umschulung zum Maschinen- und Anlagenführer“ vergeben, da hier die Nachfrage auf dem regionalen Arbeitsmarkt größer ist. Zudem ist der aktuelle Kundenkreis von Agentur für Arbeit und Jobcenter nicht unbedingt geeignet, diese anspruchsvolle Ausbildung zu durchlaufen.
  - Hier wird auch für das Jahr 2017 weiter Akquise betrieben, sodass zumindest 3 bis 4 TN eine Umschulung in diesem Bereich beginnen.
- 4 Elektroniker für Betriebstechnik
  - ab Januar bis Juli 3 TN, danach nur noch 1 TN bis Ende 2017
  - ab Sommer 2017 planen wir einen neuen Umschulungsstart in diesem Bereich. Die TN-Zahl (bis 6 TN) lässt sich „nebenbei“ abwickeln, ohne zusätzliches Personal einstellen zu müssen. Eine vollständige Umschulungsgruppe (10 bis 12 TN) lässt sich aufgrund der Raum- und Personalsituation nicht bewerkstelligen

2016 haben wir zwei neue Umschulungsmaßnahmen zertifizieren lassen (Fachkraft für Metalltechnik und Fachkraft Möbel-, Küchen-, Umzugsservice). Diese sind aber bislang – trotz verstärkter Werbung – nicht nachgefragt worden. Die Zertifizierung dieser Maßnahmen läuft bis 2019.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind ein wichtiger Bestandteil in unserem Unternehmensportfolio. Der Umsatzanteil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beträgt mittlerweile fast 50 % des Gesamtumsatzes. Unter der Bezeichnung fassen wir im weitesten Sinne nach stehende Maßnahmen und Projekte zusammen:

a) BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Die BvB richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter fit für den Ausbildungsstart gemacht.
Die BVB läuft aktuell im vierten Jahr im BZE, da 2015 die Option für zwei Jahre seitens der Agentur für Arbeit gezogen wurde. Bislang können wir bereits auf sehr gute Vermittlungserfolge blicken. Von den insgesamt 51 Teilnehmerplätzen sind derzeit 36 belegt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 36 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.
Die Maßnahme wird im Frühjahr 2017 erneut ausgeschrieben werden. Derzeit arbeiten wir an der Ausschreibung und wollen auch im Bereich BvB-Reha ein Angebot abgeben. Für beide Maßnahmen erhoffen wir uns den Zuschlag und erwarten auch in den nächsten Jahren konstante Teilnehmerzahlen, da es bei den ständig steigenden Anforderungen in der Berufsausbildung immer wieder junge Menschen mit Unterstützungsbedarf geben wird.

b) Produktionsschule jobzeit pro

Die Produktionsschule ist ein Angebot für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche, welches berufliche Qualifizierung mit praktischer, produktiver Arbeit verbindet.
Im Jahr 2016 wurden seitens des Jobcenters 40 Plätze für die Produktionsschule jobzeit pro bis 31.08.2017 ausgeschrieben, die von ESF Fördermitteln kofinanziert werden. Aktuell befinden sich 30 Teilnehmer in der Produktionsschule. Es werden mindestens 20 Plätze bezahlt. Die Teilnehmerzuwei-

sung wird von allen Seiten forciert, gestaltet sich allerdings schwierig, sodass wir hier nicht von einer vollen Auslastung ausgehen.

c) Jugend in Arbeit

Jugend in Arbeit richtet sich an arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, die auf der Suche nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind und Unterstützung beim Abbau von verschiedenen Vermittlungshemmnissen benötigen.

Die Zuweisung erfolgt nur durch das Jobcenter Euskirchen. Die Agentur für Arbeit könnte zuweisen, faktisch bleiben die Zuweisungen von dieser Stelle aus. Seit Oktober 2015 haben sich die Abrechnungsmodalitäten dahingehend verändert, dass nicht mehr nach erfolgten Beratungsschritten vergütet wird, sondern eine monatliche Pauschale für eine Beraterstelle (1/2 Stellenanteil) ausgezahlt wird.

d) Berufsorientierung - Potentialanalysen

2016 erhielten wir gemeinsam mit unserem Kooperationspartner BRW den Zuschlag für über 2000 Potenzialanalysen an Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 8. Davon entfallen 1054 Potenzialanalysen aufs BZE.

Bei der Potenzialanalyse werden Stärken und Schwächen der Jugendlichen nach standardisierten Testverfahren losgelöst vom Schulalltag beleuchtet. Der Teilnehmer erhält im Anschluss ein ausführliches Feedback.

Der Zuschlagszeitraum erstreckt sich auf 3 Jahre. Die Durchführung der Potenzialanalysen beginnt in jedem Jahr nach den Sommerferien und muss bis Dezember des gleichen Jahres abgeschlossen sein.

f(a) Berufsfelderkundung - BFE

Die Berufsfelderkundung im Rahmen von KAoA ist vorgesehen für 514 Schüler im Kreis Euskirchen mit einer jeweiligen Dauer von 1 - 3 Tagen. In den Bereichen Büro, Elektro, Kfz, Holz, Maler, Metall, Lager/Handel, Hotel/Gaststätten und Kosmetik/Körperpflege erfahren die Schülerinnen und Schüler das praktische Arbeiten und können sich selbst an unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen erproben.

Für den Integrationsfachdienst (IFD) führen wir seit einigen Jahren separat abrechenbare Berufsfelderkundungen durch. Hier handelt es sich aber lediglich um zwei Kurse pro Jahr mit insgesamt ca. 20 Teilnehmern.

f(b) Praxiskurse

Innerhalb der Praxiskurse wird Schülern und Schülerinnen ab Jahrgangsstufe 9 die Möglichkeit gegeben, ihre praktischen Erfahrungen in einem Berufsfeld bzw. ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen mit Bezug auf Anforderungen in mehreren Ausbildungsberufen zu vertiefen. Sie ähneln Qualifizierungsbausteinen im Bereich der Berufsvorbereitung und orientieren sich an Anforderungen des ersten Ausbildungsjahres.

Aktuell sind BZE-Plätze für 259 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2016/2017 geplant. Für 2017 können jedoch nur noch 129 Plätze besetzt werden.

h) Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern

Bereits Ende 2015 haben wir den ersten Basis-Sprachkurs mit der Zielgruppe durchgeführt. Im Jahr 2016 haben wir uns an verschiedenen Ausschreibungen zum Thema Flüchtlinge - Eingliederung & Berufsvorbereitung beteiligt. Des Weiteren wurde eine Einzelmaßnahme für drei Jahre zertifiziert, die mittels AVGS abgerechnet und vom Integration Point bedient wird. Diese Maßnahmen laufen auch im Jahr 2017 weiter.

h(a) Förderzentrum für Flüchtlinge FfF

Das Förderzentrum für Flüchtlinge (FfF) weist 36 Teilnehmerplätze auf. Die Maßnahme läuft noch bis 30.06.2017. Start war am 01.07.2016. Durchgang pro Teilnehmer ist auf 3 Monate ausgelegt.

Inhalte sind eine Kombination aus Elementen zur Heranführung an den deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen sowie die Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme. Aktuell sind 15 Plätze belegt und es wird eine Mindestplatzzahl von 26 Teilnehmern vergütet.

h(b) KompAS

Die Maßnahme KompAS - Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb ist eine Kombimaßnahme aus praktischem Arbeiten in den Werkstätten und dem Integrationssprachkurs. Da das BZE sehr spät eine Intergrationskursträgerzulassung erhalten hat, wurde die Maßnahme gemeinsam mit unserem Kooperationspartner BRW in den Räumlichkeiten des BZE durchgeführt. Wir haben in der Ausschreibung alle 6 Lose gewonnen. Je Los wurden 25 Teilnehmerplätze beziffert, wovon jeweils 18 als Mindestteilnehmer bezahlt werden. Die Maßnahmen sollten ursprünglich alle 14 Tage starten.

Die Zuweisung gestaltete sich bislang schwierig, sodass wir eigenständig Teilnehmer akquiriert haben und die Starttermine verschoben haben. Die Zuweisungsdauer liegt zwischen sechs und acht Monaten. Maßnahmestart für den ersten Kurs war der 22.08.2016. Die Laufzeit beträgt je Kurs/Los 7 Monate.

Aktuell laufen noch 2 Kurse mit insgesamt 32 Teilnehmern.

Die Maßnahme soll im Sommer neu ausgeschrieben werden mit einem Los. Wir werden uns an der Ausschreibung beteiligen und die Maßnahme alleine durchführen, da die Integrationskurszulassung inzwischen eingetroffen ist.

h(c) BoF
Das Programm BoF ist eine Berufsorientierungsmaßnahme für Flüchtlinge, ausgeschrieben über das BMBF. Über die Laufzeit bis Ende 2018 sollen hier 30 Gruppen je 12 Teilnehmer über einen Zeitraum von 13 Wochen beruflich orientiert werden. Dieses Programm kann nur in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte durchgeführt werden. BOF gliedert sich in Werkstatttage und eine anschließende Betriebsphase. In 2016 hätten wir bereits 2 Kurse durchführen können. Aktuell liegen noch keine Teilnehmermeldungen vor, daher wurden die Mittel nicht abgerufen. Wir gehen davon aus, dass die ersten Kurse im Juni 2017 starten können.
h(d) Job Integration
Die Maßnahme Job Integration ist eine Einzelzertifizierung mit einer Zulassung für 3 Jahre. Die Zuweisung erfolgt über den Integration Point mittels AVGS. Aktuell befinden sich 7 Teilnehmer in der Maßnahme. Inhalte sind eine Berufsorientierung, Vermittlung von Deutsch und Mathematik, projektbezogenes Arbeiten in den Werkstätten und die Heranführung an das deutsche Beschäftigungssystem. Die individuelle Verweildauer beträgt 2 bis 4 Monate. Aufgrund des modularen Aufbaus ist ein wöchentlicher Einstieg mit bis zu 5 Teilnehmern möglich.
j/k ESB/Aktivcenter
ESB (Eingliederung Schwerbehinderter) ist eine Maßnahme aus dem Bereich der Schwerbehindertenförderung. Schwerbehinderte werden an zwei Präsenztagen im Einzelcoaching und in Gruppenworkshops auf neue berufliche Möglichkeiten vorbereitet. Neben Bewerbungstrainings erfolgt auch ein einzelfallorientierter Abbau von Vermittlungshemmnissen. Start war der 01.11.2016 mit einer Laufzeit bis 31.01.2018. Die Teilnehmerplatzzahl beträgt 12 mit der Mindestvergütung von 9 Plätzen.
Mit dem **Individuellen Aktivcenter** bedienen wir eine Maßnahme aus dem Bereich der Aktivierung und Vermittlung. Hier werden Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen an drei Präsenztagen soweit gefestigt und motiviert, dass sie möglichst eigenständig in der Lage sind, Integrationsbemühungen zu vollziehen. Maßnahmestart war der 21.11.2016 mit einer Laufzeit bis 20.11.2017. Die Teilnehmerplatzzahl beträgt 10 mit einer Mindestvergütung von 7 Plätzen.
l) Förderzentrum
Im Januar 2017 haben wir die Ausschreibung zu einem Projekt „Förderzentrum“ gewonnen. Die Maßnahme hat am 1. März hier mit 26 Teilnehmern gestartet. Im Moment sind 33 (von 36) Maßnahmeplätze aus dem Bereich SGBII besetzt. Es sollen vorwiegend ältere Kunden aus dem Leistungsbereich in den Berufsfeldern Lager/Handel und Hoga/Hauswirtschaft in den Arbeitsmarkt integriert werden.
Prognose 2017 – 2021 (aus Wirtschaftsplan 2017)

Bezeichnung	Plan 2017 TEUR	Plan 2018 TEUR	Plan 2019 TEUR	Plan 2020 TEUR	Plan 2021 TEUR
1. Umsatzerlöse	2870,5	2956,6	3045,3	3136,7	3230,8
2. andere aktivierte Eigenleistungen	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Gesamtleistung	2890,5	2976,6	3065,3	3156,7	3250,8
Erfolgsplan Gesamterträge	3224,0	3319,1	3414,5	3512,7	3613,7
4. Materialaufwand	126,1	128,6	131,2	133,8	136,5
5. Bezogene Fremdleistungen	255,0	249,9	252,4	260,0	267,8
6. Instandsetzung / Reparaturen	58,0	59,2	59,8	61,5	63,4
7. Auszubildene Lohn	77,0	78,5	80,1	81,7	83,3
Rohrertrag	2374,4	2460,4	2541,8	2619,7	2699,8
8. Sonst. Betr. Erlöse gesamt	326,0	332,5	339,2	346,0	352,9
Betrieblicher Rohertrag	2700,4	2792,9	2881,0	2965,7	3052,7
9. Personalaufwand	2348,6	2407,3	2467,5	2529,2	2592,4
10. betriebliche Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
11. Versicherungen / Beiträge	41,0	42,0	42,4	43,3	43,7
12. KFZ Kosten	15,5	15,9	16,0	16,4	16,5
13. Werbe-/ Reisekosten	23,7	24,3	24,5	25,0	25,3
14. Abschreibungen	200,0	205,0	207,1	211,2	213,3
15. sonstige betriebliche Aufwendungen	114,4	117,3	120,8	120,8	124,4
Betriebsergebnis	-43,3	-19,4	2,2	19,3	36,6
16. Zinsaufwand	6,0	6,2	6,3	6,3	6,5
17. sonstige Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
18. sonstiger neutraler Aufwand	3,5	11,0	11,5	12,0	12,5
19. sonstiger neutraler Ertrag	7,5	10,0	10,0	10,0	10,0
20. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-45,8	-27,1	-6,1	10,5	27,0

In den prognostizierten Jahresergebnissen ist eine Verbandsumlage in Höhe von 100 TEUR enthalten.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, welcher aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE reagiert schnell und kompetent auf die Marktbedingungen, so dass das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur ist sicherlich als Risiko für unser Berufsbildungszentrum anzusehen. Die hohen Verluste der Jahre 2012 - 2014 wurden nicht von den Mitgliedern ausgeglichen, sondern durch die Gewinnrücklagen verrechnet. Dadurch hat sich die Liquidität verschlechtert. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 700 T€, der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 43 % ausgelastet war. Durch den relativ geringen Zinssatz für den Kontokorrentkredit (1,75 %) ist der Kapitaldienst derzeit relativ gering. Falls sich die Zinssituation wieder ändert, könnte dies weitreichende Folgen für das Berufsbildungszentrum

haben. Ferner ist ein Kapitalbedarf für Reinvestitionen notwendig, damit wir das Berufsbildungszentrum auf einem technisch guten Stand halten können.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Durch ständige Gespräche mit unseren Hauptkunden (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Integration Point) können wir schnell auf Marktveränderungen reagieren.

Der zentrale Standort des BZE mit der sehr guten eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit – des Berufsbildungszentrums.

Euskirchen, den 18. April 2017
Jochen Kupp
- Verbandsvorsteher -“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	**2016**	**2015**	**2014**	**Erläuterung**
	45 (10)	37 (8)		Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeiter

H) Kennzahlen

ÜLU Industrie	6.084	8.455	9.016	Lehrgangsstunden
ÜLU Industrie	54.101	70.871	80.028	Teilnehmerstunden
ÜLU Handwerk	4.610	3.853	4.859	Lehrgangsstunden
ÜLU Handwerk	48.376	38.431	48.500	Teilnehmerstunden
Lehrgangsstunden	33.357	31.879	35.280	insgesamt
Teilnehmerstunden	398.162	341.687	371.927	insgesamt

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: http://www.regionaachen.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
   a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
   b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
   c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 15 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.
Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	150 57104 10	178.723 €	134.882 €	126.687 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
b) Präsident des Zweckverbandes
c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

ordentliche Mitglieder			Stellvertreter/innen	
1. Günter Rosenke		Landrat	Manfred Poth	AV
2. Urban-Josef Jülich		CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Bernd Kolvenbach		CDU	Josef Reidt	CDU
4. Franz-Josef Nießen		CDU	Clas Kohlheyer	CDU
5. Hans-Erhard Schneider		CDU	Dominik Schmitz	CDU
6. Hans Peter Wasems		CDU	Frank Weimbs	CDU
7. Michael Höllmann		SPD	Stefanie Seidler	SPD
8. Emmanuel Kunz		SPD	Hans Schmitz	SPD
9. Wolfgang Heller		SPD	Dr. Peter Schweikert-Wehner	SPD
10. Hans Reiff		FDP	Bernd Lübke	Fraktionslos
11. Angela Kalnins		B90/Grüne	Nathalie Konias	B90/Grüne
12. Andreas Bühl	(bis 19.04.2016)	UWV	Michael Mondorf	BüFo
Franz Troschke	(ab 20.04.2016)	UWV		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

nachrichtlich:
Seit 05.04.2017 vertritt Dorothee Kroll an Stelle von Angela Kalnins den Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung.
Nach Auflösung der Kreistagsfraktion „BüFo“ zum 30.06.2017 schloss sich Herr Michael Mondorf zum 01.07.2017 der UWV-Fraktion an.

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher
Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke
Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen
Städteregionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen
Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Verbandsvorsteher zu entnehmen.

Geschäftsführerin: Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Region Aachen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	**2016**	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
Aktiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	187	497	801	-310
Sachanlagen	1.620	2.523	3.194	-903
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	3.807	5.020	5.995	-1.213
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	501.936	476.808	566.722	25.128
Liquide Mittel	94.382	233.461	152.332	-139.079
	596.318	710.269	719.055	-113.951
Summe Aktiva	**600.125**	**715.289**	**725.050**	**-115.164**
Passiva	**€**	**€**	**€**	**€**
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	52.987	52.987	33.973	
Ausgleichsrücklage	13.592	26.493	16.986	-12.901
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-18.118	-12.901	28.521	-5.216
	48.461	66.579	79.480	-18.118
B Rückstellungen	30.500	10.500		20.000
C Verbindlichkeiten	521.164	638.210	645.569	-117.046
Summe Passiva	**600.125**	**715.289**	**725.050**	**-115.164**

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2016	**2015**	**2014**	**Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr**
	Position	**€**	**€**	**€**	**€**
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.369.059	2.369.858	2.056.044	-799
2	Sonstige ordentliche Erträge	15.465	4.529		10.936
3	Personalaufwand	1.624.051	1.616.146	1.460.321	7.904
4	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	33.869	2.425		31.444
5	Abschreibungen	1.213	975	935	238
6	Transferaufwendungen	70.258	29.685	22.500	40.574
7	Sonstige ordentliche Aufwendungen	670.984	733.512	540.353	-62.528
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.267	4.545	3.414	-2.279
9	**Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag**	**-18.118**	**-12.901**	**28.521**	**-5.216**

Lagebericht 2016
„1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2016 stellt das vierte operative Geschäftsjahr der Region Aachen - Zweckverband dar.

Mitglieder des Region Aachen - Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen - Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
   a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),

b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.

5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Vorsitzende der Verbandsversammlung ist Ulla Thönnissen, MdL, CDU-Fraktion. Die Zweckverbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes.
Zur fachlichen Beratung hat der Region Aachen - Zweckverband als beratende Gremien vier Fachausschüsse:
Ausschuss für:
(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Tourismus Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, CDU Fraktion
(eu)regionale Arbeit und Fachkräftesicherung Vorsitz: Ilse Lüngen, SPD Fraktion
(eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion Vorsitz: Dr. Margarethe Schmeer, CDU Fraktion
(eu)regionale Gesundheit Vorsitz: Dr. Hanno Kehren, CDU Fraktion

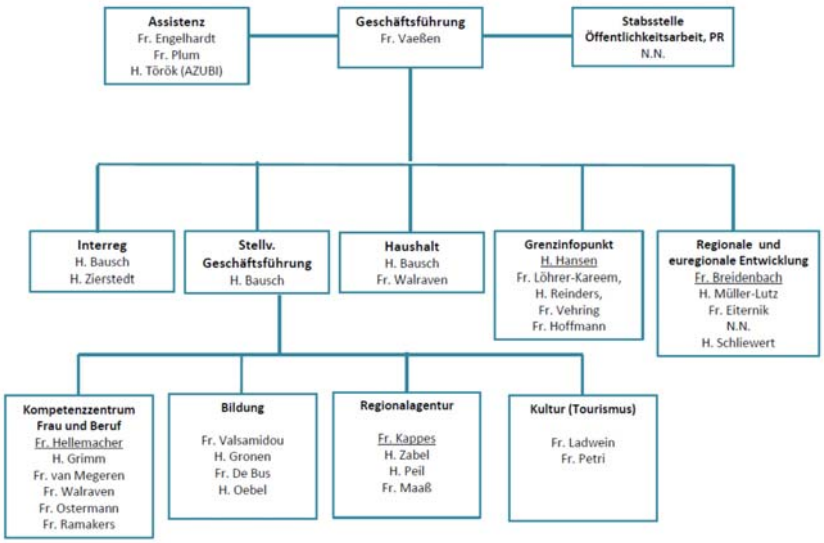
b) **Präsidentin** des Region Aachen - Zweckverband ist die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Die Zweckverbandspräsidentin vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.

c) **Verbandsvorsteher** des Region Aachen - Zweckverband ist der Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen - Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen, Manfred Bausch alleiniger stellvertretender Geschäftsführer.
Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach folgendem Organigramm:

Organigramm Region Aachen – Zweckverband Stand Dezember 2016



Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung

Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert.
Zuwendungen und allg. Umlagen
Im Sachkonto 410300 konnten Erträge aus geplanten Interreg-Anträgen aufgrund der verzögerter Entscheidungsprozesse der Verwaltungsbehörde des Programms nicht bzw. verspätet realisiert werden. Entsprechend wurden bei den jeweiligen Aufwandskonten Einsparungen vorgenommen. Des Weiteren hat das Land NRW entgegen vorher gemachter Zusagen die Finanzierung der regionalen

Partnerschaft im Rahmen der KlimaExpo.NRW erst für das Jahr 2017 sichergestellt. Auch hier wurden entsprechende Einsparungen bei den Aufwandkonten vorgenommen.

500100 Eine produktscharfe Verbuchung der Personalkosten auf die einzelnen Produkte war auf der Grundlage der von der Lohnbuchhaltung übermittelten Daten nicht möglich. Deshalb wurden alle Personalkosten zentral im Produkt 0101 verbucht. Ab dem Jahr 2017 erfolgt die produktscharfe Zuordnung der Personalkosten auf die jeweiligen Produkte. Die Minderausgaben resultieren aus verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekten – vgl. Erläuterung zu „Zuwendungen und allg. Umlagen".

520100 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Positionen, die bislang in den Sachkonten „Miete und Reisekosten" etatisiert wurden, hier verbucht werden.

540203 Im Grenzinfopunkt wurden weitere Produkte entwickelt, die durch Erträge innerhalb des Grenzinfopunktes gedeckt sind. Zusätzlich musste zur Sicherung der Anbindung an das Netz der regio iT eine verbesserte CN-Anbindung beauftragt werden.

540206 Im Haushaltsansatz waren die Kosten für die externe Finanzbuchhaltung, die Jahresabschlussarbeiten und die Rechnungsprüfungskosten nicht etatisiert.

540303,
540306 Minderausgaben durch verspätete bzw. Nicht-Genehmigung von Projekten – vgl. Erläuterung zu „Zuwendungen und allg. Umlagen".

540403 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Beiträge im Rahmen von Projekten sowie Mittelweiterleitungen im Rahmen von Projektförderungen unter dem neu eingerichteten Sachkonto „Transferaufwendungen" verbucht werden.

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von -18.118 Euro ab.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2015 in €	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €	Abweichung Plan/Ist 2016
Ordentliche Erträge	2.374.387	2.681.227	2.384.524	296.703
Ordentliche Aufwendungen	2.382.743	2.676.728	2.400.375	276.353
Ordentliches Ergebnis	**-8.356**	**4.500**	**-15.851**	**-20.351**
Finanzergebnis	-4.545	-4.500	-2.267	2.233
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	**-12.901**	**0**	**-18.118**	**-18.118**
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	**-12.901**	**0**	**-18.118**	**-18.118**

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von -15.851 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -2.267 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von -18.118 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um -18.118 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2016.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2016 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis beträgt -18.118 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um -18.118 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2016. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätzlich die allgemeine Rücklage in Anspruch dafür genommen werden muss. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen
Zur Abdeckung von negativen Jahresergebnissen dienen die Ausgleichsrücklage und die Allgemeine Rücklage als Teile des Eigenkapitals. Bei negativen Jahresergebnissen wird zunächst die Ausgleichsrücklage für den Jahresausgleich genommen. Ist diese aufgebraucht, wird die Allgemeine Rücklage verwendet.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2016:

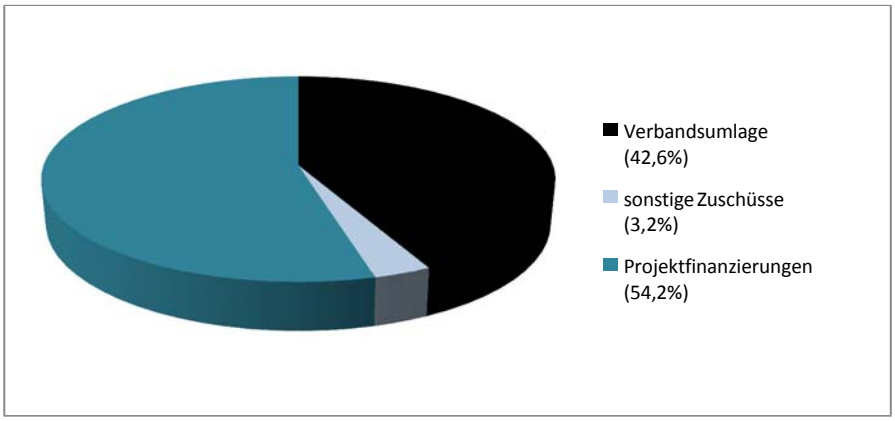
Position	Ist 2014 in €	Ist 2015 in €	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €
Jahresergebnis	28.521	-12.901	0	-18.118
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	16.986	26.493	13.592	13.592
Inanspruchnahme Ausgleichsrücklage	0	-12.901	0	-13.592
Endbestand Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	13.592	0
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	33.986	52.987	52.987	52.987
Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage	0	0	0	-4.526
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	52.987	52.987	52.987	48.461

2.1.2. Ertragslage
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2016:

Ertragsart	Ist 2015 in €	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €	Abweichung Plan/Ist 2016
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.369.858	2.681.227	2.369.059	-312.168
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	4.529	0	15.465	15.465
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	**2.374.387**	**2.681.227**	**2.384.524**	**-296.703**
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	**2.374.387**	**2.681.227**	**2.384.524**	**-296.703**

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamterträge konstant geblieben. Gegenüber dem Planansatz 2016 ist eine Abweichung von -296.703 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekte zurückzuführen. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen
Das Haushaltsvolumen des Region Aachen - Zweckverband beträgt 2.681.227 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (1.141.095 € = 42,6 %), projektorientierte Fördermittel (1.454.132 € = 54,2 %) sowie Zuschüsse des LVR, des Landes NRW und des Dienstleistungsauftrages „Regionales Gewerbeflächenmonitoring“ und „Gewerbeflächen-Informations-System“ (insg. 86.000 € = 3,2%).



Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen - Zweckverband einerseits ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen erschwert.

2.1.3. Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2016:

Aufwandsart	Ist 2015 in €	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €	Abweichung Plan/Ist 2016
Personalaufwendungen	1.616.146	1.840.426	1.624.051	216.375
Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.425	10.000	33.869	-23.869
Bilanzielle Abschreibungen	975	0	1.213	-1.213
Transferaufwendungen	29.685	0	70.258	-70.258
Sonstige ordentliche Aufwendungen	733.512	826.302	670.984	155.318
Ordentliche Aufwendungen	**2.382.743**	**2.676.728**	**2.400.375**	**276.353**
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	4.545	4.500	2.267	2.233
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	**2.387.288**	**2.681.228**	**2.402.642**	**278.586**

Gegenüber dem Planansatz 2016 ist eine Abweichung von 278.586 Euro festzustellen.
Wie unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekte zurückzuführen. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen.

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2015 in €	Plan 2016 in €	Ist 2016 in €	Abweichung Plan/Ist 2016
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.466.610	2.681.227	2.348.249	332.978
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.383.176	2.681.227	2.377.328	303.899
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	83.434	0	-29.079	-29.079
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.306	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.306	0	0	0
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	81.128	0	-29.079	-29.079
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	-110.000	-110.000
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	-110.000	-110.000
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	**81.128**	**0**	**-139.079**	**-139.079**

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 139.079 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2016 beträgt 94.382 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2016).
Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Gesamtbilanzsumme um rd. 115.000 Euro auf 600.124,75 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt.
Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltwirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,96	9,31	8,08

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2. Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60	36,58	18,11
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38	110,63	114,42

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2016 in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten zu rd. 18% nachzukommen.
Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2016 in der Lage, seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24	33,32	47,85
Zuwendungsquote	64,23	61,76	66,49	51,49
Personalintensität	69,03	72,15	67,83	67,66
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,58	99,65	99,34

Die allgemeine Umlageqoute gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.
Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen - Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.
Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen.
Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentliche Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Auch im Jahr 2016 muss seitens der Geschäftsführung festgestellt werden, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist. Ziel muss es immer noch sein, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf max. 40 gesenkt werden muss. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für die Jahre 2016/17 wurde durch die Erhöhung des Umlagebetrags von 250.000 € ein wichtiger Schritt in die Stabilisierung der Grundfinanzierung des Region Aachen –Zweckverband gemacht. Mit Perspektive auf die Haushaltsplanungen für die Folgejahre sind eine klare und eindeutige Aufgabenbeschreibung sowie die Definition verbindlicher Ziele notwendig. Diese Aufgabenanforderung und Zieldefinition muss sich dann entsprechend in den zukünftigen Haushalten durch eine entsprechende Sicherstellung der erforderlichen Finanzmittel spiegeln.
Der Region Aachen –Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen NRWs als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Nur in enger Kooperation mit den anderen strukturpolitischen Regionen kann die Profilierung der Aachener Region wirklich gelingen. Die Schaffung der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein stellen dabei weitere wichtige Elemente dar.
Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region ist aktuell stark in Bewegung. Umso mehr ist eine verbindliche Strategie, transparente und eindeutige Aufgabenzuordnung sowie die Definition von Schnittstellen notwendig. Dem Zweckverband Region Aachen fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichermaßen ist er aber auch schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig.
Als neue Aufgabe stellt dabei die Unterstützung der Prozesse im Rahmen der Regionalplanung eine wichtige Herausforderung dar. Hierzu müssen jedoch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wenn diese komplexe Aufgabe erfüllt werden soll.
Wichtig ist es nun für die regionale Entwicklung der Aachener Region, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und nicht durch wiederholte Diskussionen um strategische Anpassungen zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen.“

G) Personalbestand

./.
Den Jahresabschlüssen sind keine entsprechenden Daten zu entnehmen.

H) Kennzahlen

./.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: http://www.erftverband.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands
Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:
1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
   - Regelung des Grundwasserstands
   - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
   - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
   - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
   - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammbeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse
Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:
- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile
Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen
Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	130 55201	139.339 €	122.582 €	124.155 €

E) Zusammensetzung der Organe
a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Hans Schmitz	SPD	Urban-Josef Jülich	CDU

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat
Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Andreas Schulte (SPD) im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand
Bauassessor Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dr. Bernd Bucher

F) Jahresabschluss
Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.
Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: http://www.wver.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements", bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand" der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	130 55201	374.470 €	380.950 €	369.430 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in der Verbandsversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

nachrichtlich:
Zum 01.06.2017 wurde Herr Dipl.-Ing. Joachim Reichert zum Vorstand bestellt. Gleichzeitig wurde Herr Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk abberufen.

F) Jahresabschluss
Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: http://www.aav-nrw.de/

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetzes und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitgliedes 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

	Produkt /	**geleistete Zahlungen**		
Finanzbeziehung zu	**Kostenträger**	**2016**	**2015**	**2014**
Kreis	110 57101	11.448 €	11.278 €	11.245 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
b) Vorstand (10 Mitglieder)
c) Geschäftsführung

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Dr. Roland Arnz

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2016 ist im Internet abrufbar.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 15.09.2017

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

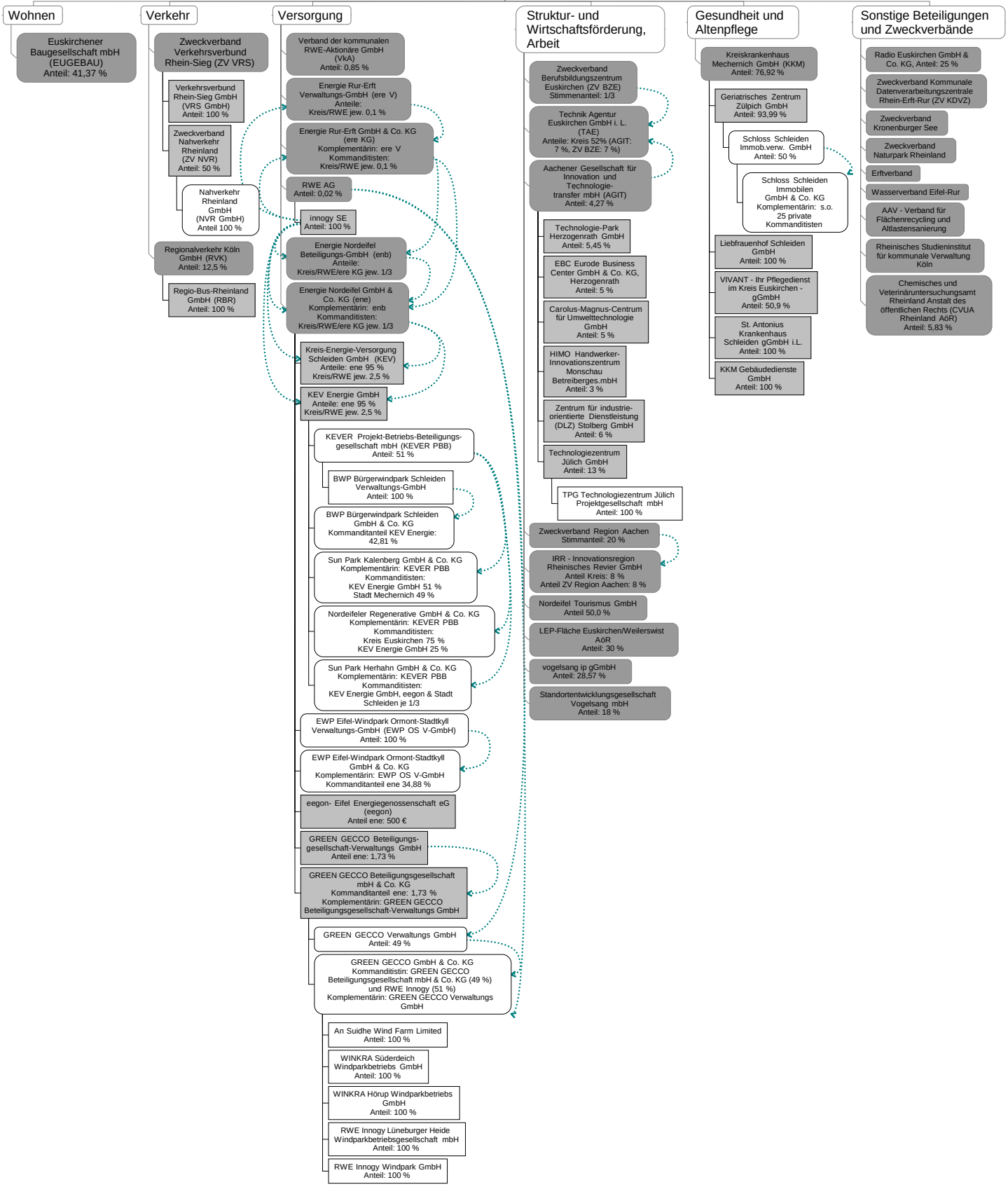
1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 05.04.2017

- Der Kreistag hat die Veräußerung der restlichen Kommandit- und Geschäftsanteile an der **Energie Rur-Erft GmbH Co. KG** und an deren Komplementärin, der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH**, gemeinsam mit der Innogy SE zu jeweils gleichen Teilen an die Städte Bad Münstereifel (4,0 %), Schleiden (3,8 %), Heimbach (1,0 %) und Mechernich (0,2 %) und die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall (jeweils 3,0 %) beschlossen (V 290/2017).
- Der Kreistag hat dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (A 131/2017) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** beschlossen: bisheriges ordentliches Mtglied: Angela Kalnins – neues ordentliches Mitglied: Dorothee Kroll.
- Der Kreistag hat beschlossen, für die Dauer der restlichen Wahlperiode an Stelle der Herren Manfred Poth (AV) als ordentliches Mitglied und Achim Blindert (GBL V) als stellvertretendes Mitglied die Herren Achim Blindert (GBL V) als ordentliches Mitglied und Frank Fritze (AbtL. 60) als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Naturpark Rheinland** zu entsenden (V 308/2017).
- Der Kreistag hat die Veräußerung eines Gesellschafteranteils an der **Nordeifel Tourismus GmbH** in Höhe von 1.200 € (zum Nennwert) an die Gemeinde Dahlem beschlossen (D 29/2017).

1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 12.07.2017

- Der Kreistag hat den Beitritt des Kreises Euskirchen zur **d-NRW AöR** nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ und die Einbringung eines Stammkapitalanteils in Höhe von 1.000,00 € beschlossen (V 338/2017).
- Der Kreistag hat hinsichtlich der **Nordeifel Tourismus GmbH** beschlossen, dass die kommunalen Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2017 den Deckelungsbetrag in Höhe von 20.000 € und der Kreis Euskirchen die über den Deckelungsbetrag der Kommunen hinaus gehenden Beträge im Rahmen seines Deckelungsbetrags in Höhe von 260.000 € übernimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2018 ff. erfolgt die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs mit der Aufteilung und Übernahme zu 50% durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %). Als Voraussetzung für die zukünftige Finanzierung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wurde der notwendigen Änderung des Gesellschaftervertrags zugestimmt. Darin wurden die Deckelungsbeträge der Kommunen auf 25.000 € und des Kreis Euskirchen auf 310.000 € festgesetzt. Der Klausel im Gesellschaftsvertrag, dass zukünftig durch vorgezogene Gesellschaftereinzahlungen, die jährliche Obergrenze, insoweit dies zur Minderung einer Kapitalertragsteuer notwendig ist, überschritten werden kann, wurde ebenfalls zugestimmt. Die vorgezogene Gesellschaftereinzahlung darf 25.000 € pro Kommune und 310.000 € für den Kreis Euskirchen nicht überschreiten und wird auf die Obergrenze des folgenden Jahres angerechnet. Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wurden zu entsprechenden Beschlussfassungen in der Gesellschafterversammlung ermächtigt (V 334/21017).
- Der Kreistag hat die Verschmelzungen der **KKM Servicegesellschaft mbH** und der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** mit der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** zur Kenntnis genommen (Info 235/2017).
- Der Kreistag hat den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Regionalverkehr Köln GmbH** in der Fassung vom 03.05.2017 zugestimmt. Weiteren Änderungen, sofern diese die wesentlichen vorgelegten Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern wurde ebenfalls zugestimmt. Darüber hinaus erfolgte die Zustimmung zur Abtretung von jeweils 2,5 % Anteil an der **Regionalverkehr Köln GmbH** durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH (V 325/2017).
- Der Kreistag hat zur Kenntnis genommen, dass die Gesellschafterversammlung der **Regionalverkehr Köln GmbH** dem Abschluss des neuen Kooperationsvertrages VRS zugestimmt hat und ermächtigte die Verwaltung, den Kooperationsvertrag VRS als Verkehrsunternehmen Kreis Euskirchen zu unterzeichnen (V 339/2017).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen
Stand 15.09.2017